POLITISCHES ARCHIV

1. Jahr | MAI 1947 | 11. Folge

Die Weltmächte vor der Deutschen Frage 1946—1947

Seit wir damit begannen, die Stellung der Weltmächte zur deutschen Frage zu behandeln, ist die Auseinandersetzung um dieses zentrale Problem der europäischen Friedensordnung in das Stadium konkreter Verhandlungen der Weltmächte eingetreten.

Am 14. Oktober, dem vorletzten Tag der Pariser Konferenz von 1946 (Konferenz der 21 Nationen), beschloß der Außenministerrat, auf der am 4. November in New York beginnenden Konferenz in Vorbesprechungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten (vgl. Europa-Archiv I/208).

Nachdem die Außenministerkonferenz in New York (vgl. Europa-Archiv I/321—329) die Tagesordnung der für den 10. März nach Moskau einberufenen Konferenz der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten festgelegt hatte, traten in London die Stellvertretenden Außenminister vom 14. Januar bis 25. Februar 1947 zur Vorbereitung der Moskauer Konferenz zusammen (vgl. Europa-Archiv I/490—499).

Die Londoner Konferenz diente in erster Linie der Entgegennahme der Auffassungen der kleineren Nationen und der Erörterung der Verfahrensordnung für die Abfassung eines Friedensvertrages mit oder für Deutschland.

In unserem ersten Beitrag über die Stellung der Weltmächte vor der deutschen Frage (vgl. Europa-Archiv I/174—186 und I/257—272) behandelten wir die Zeit bis zum Oktober 1946, die als Vorbereitungszeit im weiteren Sinne gelten kann. Der nun folgende Beitrag befaßt sich mit dem Zeitraum, in dem sich die Aufmerksamkeit der internationalen öffentlichen Meinung mehr und mehr auf die bevorstehende Moskauer Konferenz konzentrierte. Über diese Konferenz selbst berichten wir in der nächsten Folge in Fortsetzung unserer bisher erschienenen Konferenzberichte.

Die britischen Pläne

Seit der großen außenpolitischen Erklärung des britischen Außenministers *Bevin* am 22. Oktober 1946 (vgl. Europa-Archiv I/179), in der die britischen Ansichten über Deutschland klar umrissen wurden, ist in der amtlichen Haltung Großbritanniens gegenüber Deutschland keine Änderung eingetreten. Die Stellungnahmen, die zum Problem Deutschland von amtlichen Stellen erfolgten, haben lediglich eine Vertiefung der von Außenminister Bevin aufgezeigten Politik gebracht.

Andererseits wurde in den nichtamtlichen Äußerungen zum Thema Deutschland auch während der in diesem Beitrag behandelten Periode an der britischen Politik gegenüber Deutschland Kritik geübt und andere Wege in der Behandlung des deutschen Problems vorgeschlagen.

I. Amtliche Stellungnahmen

Am 31. Oktober 1946 beschäftigte sich das britische Unterhaus mit deutschen Problemen, insbesondere mit den Fragen des Hamburg-Projektes der britischen Verwaltung, des deutschen Kohlenproblems und der Ernährungslage. Minister *Hynd* beantwortete die gestellten Fragen; seine Stellungnahme erfolgte am 27. November 1946.

*

Am 9. November 1946 sprach der britische Ministerpräsident Clement *Attlee* auf dem traditionellen Bankett des Londoner Oberbürgermeisters in der *Guild Hall.* Attlee bezeichnete in seiner Rede die Regelung der Zukunft Deutschlands als den entscheidenden Faktor bei der Lösung des europäischen Problems.

„Für den Frieden der Welt muß ein Europa geschaffen werden, in dem seine vielen Völker hinfort in Frieden zusammenleben und sich gemeinsam an seiner unvergleichlichen Erbschaft gedanklicher und kultureller Werte erfreuen können.

Wir können uns eine Ansammlung armer, unterernährter und ausgebeuteter Arbeiter in Mitteleuropa nicht leisten, die unseren eigenen Lebensstandard drücken könnten, wenn wir nicht mit großer Vorsicht handeln.

Deutschlands Industrie darf nie wieder ein Arsenal für ein neues Deutschland zu Angriffen auf seine Nachbarn oder zur Förderung eines neuen Krieges werden. Dieses endgültige Gleichgewicht muß nun sorgfältig ausgearbeitet und ein vernünftiges Kontrollsystem errichtet werden. Wir haben alle Möglichkeiten in Betracht gezogen, wir haben unseren Plan vorgelegt. Wir wollen, daß er nun durch die Schmiede der Erörterungen gehe.

Der Schlüssel zu Reichtum, Frieden und Ruhe in Europa ist die Regelung der deutschen Frage."

*

In der Unterhausdebatte am 27. November 1946 wurden von Abgeordneten der Regierungspartei sowie der Opposition ein halbjähriges Kohlenmoratorium zur Ankurbelung der deutschen Industrie, Einstellung der Demontage in der britischen Zone und die Ernennung eines in Deutschland residierenden Kabinettsministers für die britische Zone gefordert.

Der Abgeordnete *Stokes* verlangte die Einstellung der Ruhrkohlenexporte für die nächsten sechs Monate. Die ganzen Lebensbedingungen in der britischen Zone, so erklärte er, seien so völlig ungewiß, daß niemand wisse, was zuerst geschehen solle. Dies sei größtenteils die Folge der unbestimmten britischen Reparationspolitik. Stokes, der der Labour-Partei angehört, erklärte, die britischen Verwaltungsbeamten in Deutschland bemühten sich zwar mit großem Nachdruck um die Verwaltungsmaschinerie, aber die politische Direktive an der Spitze sei ungenügend.

Der Labour-Abgeordnete *Levy* forderte einen Wirtschaftsplan der britischen Regierung für Deutschland. Die deutsche Wirtschaft sei durch Ungewißheit gelähmt, erklärte er.

Der konservative Abgeordnete *Boothby* wandte sich besonders gegen die Sprengung der Hamburger Werften in Anbetracht des in der ganzen Welt herrschenden Mangels an Schiffsraum. Auch Boothby forderte die Ernennung eines in Deutschland residierenden Ministers mit Kabinettsrang.

Der Labour-Abgeordnete *Foot* erklärte, es sei Pflicht des Ministers Hynd, zurückzutreten, wenn er der Auffassung sei, man habe ihm nicht zu bewältigende Aufgaben gestellt. Die täglichen Pressenachrichten aus Deutschland stünden im Gegensatz zu allen Nachrichten, die in der Londoner Dienststelle des Ministers einliefen.

In seiner Antwort auf die Kritik der Unterhausabgeordneten erinnerte Minister *Hynd* zunächst daran, daß Großbritannien nur ein Viertel Deutschlands regiere. Wolle man auf demokratischer Grundlage mit den übrigen Alliierten zusammenarbeiten, dann könne man keine Vetoposition beziehen. Die Ernährungslage sei eine Illustration dazu, wie nötig eine gemeinsame Politik mit den Alliierten sei. Großbritannien sei nicht in der Lage, von sich aus die britische Zone zu erhalten.

Die Reparationsmaßnahmen, so betonte Hynd, hätten in keiner Weise die greifbare Produktionskapazität in der britischen Zone während der letzten zwölf Monate eingeschränkt. . . . Es sei nicht beabsichtigt, die wirtschaftliche Kapazität der britischen und der amerikanischen Zone zu zerstören, wenn diese Zonen sich selbst erhalten sollten.

*

In einer Sondersitzung der Labour-Parlaments-Fraktion beantwortete der Minister für Deutschland und Österreich, John Burns *Hynd*, am 18. Dezember 1946 verschiedene auf die Verhältnisse in der britischen Zone Deutschlands bezugnehmende Fragen. Großbritannien sei nicht, dafür, daß Deutschland zum Agrarland gemacht werde.

„Unsere Politik zielt auf die Schaffung eines vereinigten Deutschland ab und ist gegen die Aufteilung dieses Landes in vier getrennte Gebiete. Wir begünstigen eine bundesstaatliche Form mit einer Zentralregierung, der örtliche Regierungen verantwortlich sind."

Über die Bodenreform erklärte Hynd, daß die von der Besatzungsbehörde übernommenen Besitztümer über 500 Hektar nicht in kleine Parzellen aufgeteilt und an Kleinbauern übereignet werden sollen, sondern man wolle den Boden im Großen bearbeiten, um dem Ernährungsproblem besser begegnen zu können.

*

Nach seiner Rückkehr von der New Yorker Außenministerkonferenz (vgl. Europa-Archiv I/321 bis 329) erstattete Außenminister *Bevin* dem britischen Volk in einer Rundfunkansprache am 22. Dezember 1946 einen Rechenschaftsbericht über die Konferenz. Zum Problem Deutschland erklärte Bevin wörtlich:

„Die andere Aufgabe, die uns in New York gestellt war, war die Zukunft Deutschlands. Es haben sich große Schwierigkeiten ergeben, aber wir haben einen praktischen Anfang zur Lösung der Frage gemacht, indem wir die britische und die amerikanische Zone zusammenlegten, wobei wir deutlich zu verstehen gaben, daß wir es begrüßen würden, wenn sich auch die anderen Zonen mit uns vereinigen würden. Die Kosten dieser Zusammenlegung werden zwischen den Vereinigten Staaten und uns aufgeteilt. Wir legen unsere technischen Hilfsquellen und Fähigkeiten zusammen. Wir werden Bedingungen schaffen, unter denen der Deutsche seine Selbstachtung wiedergewinnen kann. Aber England muß sich darüber klar sein, daß dies längere Zeit dauern wird. Hitler hat sein Volk so gedrillt, daß es mindestens eine Generation dauern wird, bis die Auswirkungen nicht mehr spürbar sind. Falsch angewandte Erziehung hat eine verheerende Wirkung auf die Entstehung des Friedens. Wir stoßen dauernd auf dieses Problem. Die UNESCO dürfte sich in dieser Hinsicht sehr nützlich erweisen.

Wir haben für eine weitere Zusammenkunft des Außenministerrats in Moskau am 10. März 1947 eine Tagesordnung aufgestellt. Auf dieser Konferenz wird die gesamte wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands zu verhandeln sein. Wir müssen es vermeiden, eine ungesunde Anhäufung billiger und halbverhungerter Arbeitskräfte in Mitteleuropa zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, daß Deutschland niemals wieder zu einer Bedrohung für die Alliierten werden kann. Zweimal innerhalb von fünfundzwanzig Jahren haben wir Deutschland bekämpfen müssen. Die Moskauer Konferenz wird sich ferner mit der Frage beschäftigen, welche Besatzungstruppen in Deutschland bleiben sollen und wie eine deutsche Zivilregierung allmählich aufgebaut werden kann. Wir werden in Moskau auch Besprechungen über Österreich haben, das von Hitler überrannt worden ist und jetzt wieder neu geschaffen wurde. Wir werden versuchen, seine Stellung durch einen neuen Vertrag endgültig festzulegen. Wenn Sie das Tagungsprogramm für diese Konferenz sehen, werden Sie verstehen, welche ungeheure Vorarbeit für die Konferenz zu leisten ist und welche ungeheure Arbeit auf der Konferenz selbst zu erledigen sein wird.

Bei all diesen Verhandlungen haben meine Kollegen und ich nach einer Annäherung der Ansichten unter den Großmächten selbst gestrebt. Es ist wahr, daß wir verschiedene Wirtschaftssysteme vertreten. Die Vereinigten Staaten, ein Land des freien Unternehmertums, haben sich bereit gezeigt, ihren Anteil an der Schaffung und Erhaltung eines gesunden und leistungsfähigen internationalen Apparates voll und ganz zu übernehmen, und haben sich sogar erboten, einem vierzigjährigen Vertrag beizutreten, durch den die Entwaffnung Deutschlands und Japans gesichert werden soll. Die Sowjet-Union, die ein ganz anders geartetes System entwickelt hat, die aber die Invasion über sich ergehen lassen mußte und furchtbare Zerstörungen erlitten hat, die praktisch die ganzen großen wirtschaftlichen Leistungen aus der Zeit zwischen der Revolution und dem Hitlerangriff zunichte machten, muß sich jetzt wieder aufbauen."

Abschließend erklärte Bevin:

„Ich habe in dieser Ansprache versucht, den Hintergrund aufzuzeigen, auf dem unsere Arbeit für den Frieden stattfindet und noch lange Jahre hindurch stattfinden wird. Seien Sie also nicht ungeduldig. Wir müssen langsam aufbauen und nach Vollkommenheit streben, denn bedenken Sie, die Männer, die den Frieden schaffen, bauen nicht nur für ihre eigene, sondern auch für die kommende Generation."

*

Der Oberbefehlshaber der britischen Zone in Deutschland, Sir Sholto *Douglas*, sprach Anfang Januar 1947 zu dem Thema „Englands Aufgabe in Deutschland" im Heimatdienst des britischen Rundfunks. Douglas führte wörtlich aus:

„Ehe ich über unsere Arbeit in Deutschland spreche, möchte ich erklären, warum wir überhaupt dort sind. Das läßt sich sehr einfach sagen. Wir sind in Deutschland, um die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Wir haben zwei Aufgaben unmittelbar vor uns: Entmilitarisierung Deutschlands und die Errichtung einer demokratischen Lehre und Lebensart. Es ist bestimmt leichter, Deutschlands Kriegspotential zu zerschlagen, als eine starke Demokratie aufzubauen. Wir dürfen nicht den Kopf verlieren bei unserer Arbeit in Deutschland und an den Deutschen. Wir müssen gerecht und barmherzig sein. Den deutschen Bestrebungen, ein ordentliches Leben zu führen, müssen wir sympathisch, nachsichtig und hilfsbereit gegenüberstehen. Aber wir dürfen uns keine Sentimentalität leisten. Wir müssen die Lehre der Geschichte und die harten Tatsachen der Weltwirtschaft von heute, soweit sie Einfluß auf unsere Aufgabe in Deutschland haben, beherzigen.

Die Frage der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands haben Ministerpräsident *Attlee*, Präsident *Truman* und Generalissimus *Stalin* erörtert und in Potsdam im August 1945 zu einem großen Teil entschieden. Auf dieser Zusammenkunft einigten sie sich über die wirtschaftlichen Grundsätze, nach denen Deutschland zunächst gelenkt werden sollte. Grundlage des Potsdamer Abkommens ist die Festsetzung, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt werden soll. Diese wirtschaftliche Einigung ist, wie der britische Steuerzahler am eigenen Leibe erfährt, bis jetzt noch nicht erreicht worden. Während Amerika und wir Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter in unsere Zonen in Deutschland eingeführt und bezahlt haben, sind die Erträge aus Exporten der russischen und der französischen Zone nicht für eine gemeinschaftliche Verwendung bereitgestellt worden. Wäre das geschehen, würde es wesentlich dazu beigetragen haben, eine ausgeglichene deutsche Handelsbilanz zu schaffen, welche dringend notwendig ist, wenn Mitteleuropa wieder einen annehmbaren Lebensstandard erreichen soll.

Eine Trennung Deutschlands in ein westliches und ein östliches Wirtschaftsgebiet ist das letzte, was wir anstreben. Wir brachten wiederholt zum Ausdruck, daß wir bereit sind, die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu erfüllen, wenn es in seiner Gesamtheit von allen Verbündeten gehalten wird. Das ist aber nicht geschehen. Solange die Wirtschaftseinheit fehlt, sind wir und die Amerikaner gezwungen, nach Mitteln und Wegen auszuschauen, wie wir mit den ungeheuren wirtschaftlichen Problemen fertig werden, die einer Lösung in den beiden Zonen harren. Der britische Steuerzahler hat genug bezahlen müssen, um den Zusammenbruch unserer Zone zu verhindern. Jedoch ist es unser Ziel, Deutschland selbst die Kosten tragen zu lassen. Es ist aber nicht möglich, einen Plan zu entwickeln, der über Nacht die britische und die amerikanische Zone wirtschaftlich auf eigene Füße stellt. Die beiden Zonen umfassen den Teil Deutschlands mit der höchsten Bevölkerungszahl und der meisten Industrie, den Teil, der überwiegend auf das übrige Deutschland angewiesen war, um Lebensmittel und gewisse Rohstoffe zu erhalten.

Viele Gründe sprechen also dafür, warum in der britisch-amerikanischen Zone die Industrie so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden muß. Deutschland muß exportieren, um die notwendigen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen bezahlen zu können. Das ist notwendig, nicht nur um den britischen Steuerzahler finanziell zu entlasten, sondern auch um die bedürftige deutsche Bevölkerung mit Verbrauchsgütern wie Stiefeln, Schuhen, Kleidung zu versorgen. Wer es nicht mit eigenen Augen gesehen hat, kann überhaupt nicht ermessen, wie sehr es an allen diesen Dingen in Deutschland mangelt.

Der einzige Weg, dem deutschen Arbeiter einen Arbeitsanreiz zu geben, besteht darin, ihm in den Läden etwas zu zeigen, das er für sein Geld kaufen kann Damit die Industrie wieder in Gang gebracht werden kann, müssen wir Rohstoffe einführen. Wir müssen das Rad erst einmal ins Rollen bringen.

Wie allgemein bekannt, wurde vor kurzer Zeit in Washington ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone unterzeichnet. Das Ziel dieses Abkommens ist, die beiden Zonen so weit zu bringen, daß sie für sich selbst aufkommen können und bis Ende 1949, also in drei Jahren, sogar einen geringen Überschuß erzielen. Wir glauben unter Berücksichtigung der augenblicklich in Deutschland herrschenden chaotischen Zustände, daß diese Zeit erforderlich ist, um die deutsche Industrie wieder auf die Beine zu bringen. Daß die britische und die amerikanische Regierung gewisse lebenswichtige Einfuhren nach Deutschland bezahlen, ist nur eine zeitlich begrenzte Maßnahme. Ich gebrauche absichtlich den Ausdruck ‚zeitlich begrenzte Maßnahme', denn diese britisch-amerikanische Hilfe kann natürlich nicht für alle Zeiten erfolgen. Diese Einfuhren sind notwendig, um die Gesundheit des deutschen Volkes zu erhalten und um seine schwer beschädigte Industrie wieder in eine friedensmäßige Verfassung zu bringen. Wenn nach drei Jahren die britisch-amerikanische Zone sich selbst erhalten kann, ist Deutschland in der Lage, mit der Rückzahlung der Vorschüsse zu beginnen, die die britische und die amerikanische Regierung ihm gewährt haben. Ich muß jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß dieses britisch-amerikanische Abkommen durchaus nicht einer weiteren Vereinigung mit dem übrigen Deutschland im Wege steht. Es ist ein erster Schritt zu einer umfassenden Vereinigung, und das Angebot an die anderen Zonen, sich dem Abkommen anzuschließen, bleibt für alle unsere Verbündeten bestehen, die bereit sind, unter anständigen und gleichen Bedingungen zusammenzuarbeiten. Ich persönlich glaube, die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone stellt einen Wendepunkt im Wiederaufbau Deutschlands dar, und von nun an wird sich die Lage in Deutschland bessern. Aber die Erholung kann nicht blitzschnell erfolgen, sie wird langsam vor sich gehen.

Im Augenblick gibt es in Deutschland Schwierigkeiten mehr als genug. Zwei besonders dringende und wichtige Fragen sind: erstens Lebensmittel und zweitens Kohle. Betrachtet man die Lebensmittellage, so muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß die Rationen entsprechend der Arbeitsart abgestuft sind. Ein Schwerarbeiter in den Bergwerken bekommt 4 000 Kalorien pro Tag. Verschiedene Arten von Arbeitern erhalten Sonderrationen. Für Kinder der verschiedenen Altersstufen und für werdende und stillende Mütter gibt es ebenfalls verschiedene Rationen. Aber wie die menschliche Natur nun einmal ist, werden viele dieser Sonderrationen mit den übrigen Familienmitgliedern geteilt. In der vereinigten britisch-amerikanischen Zone beträgt der gegenwärtige Satz für den Normalverbraucher 1550 Kalorien je Tag. Das ist etwas mehr als die Hälfte der Ration, die ein Normalverbraucher in Großbritannien erhält, und es ist gerade genug, um Leib und Seele zusammenzuhalten.

Wir hoffen, im Verlauf des Jahres 1947 den Rationssatz so weit erhöhen zu können, daß wir dem Mindestsatz von 2 000 Kalorien pro Tag, wie er von den Ernährungssachverständigen gefordert wird, etwas näherkommen. Zu diesem Zwecke werden wir mehr Lebensmittel einführen müssen. Selbst bei dem gegenwärtigen geringen Verpflegungssatz muß Westdeutschland mehr als die Hälfte seiner Nahrungsmittel einführen. Aber Nahrungsmittel sind in der ganzen Welt knapp, nicht nur in Deutschland. Es ist durchaus möglich, daß wir für eine unbestimmte Zeit zunächst nicht die zusätzlichen Nahrungsimporte erhalten können. Die Deutschen können sich in beschränktem Umfange selbst helfen durch Steigerung ihrer Lebensmittelproduktion, obwohl die Möglichkeiten dazu sehr beschränkt sind. Wieviel sie erzeugen können, hängt zum größten Teil vom Umfange ihres landwirtschaftlichen Notprogramms ab. Dieses Notprogramm soll mehr Nahrung für den menschlichen Verbrauch bringen und so Deutschlands Zahlungsverpflichtungen für Getreideeinfuhren aus dem Ausland und damit seine Auslandsschulden herabsetzen.

Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß Kohle in der modernen Industrie das wichtigste Produkt ist. Es ist klar, daß Kohle der Schlüssel zum Wiederaufbau der deutschen Industrie ist. Deutschland stand im Europa der Vorkriegszeit in der Förderung und im Export der Steinkohle unmittelbar hinter Großbritannien an zweiter Stelle. Mehr als zwei Drittel aller deutschen Steinkohle wurden im Ruhrgebiet gefördert, das nun in der britischen Zone liegt. In dem gewaltigen Chaos der deutschen Niederlage kam dieses ungeheure Kohlengebiet so gut wie gänzlich zum Stillstand. Das Problem des Wiederaufbaus der deutschen Industrie wurde zu einem *circulus vitiosus* vieler voneinander abhängiger Faktoren. Die einzige Möglichkeit, den Kreislauf zu durchbrechen, besteht darin, mehr und mehr Kohle zu fördern. Durch Erhöhung der Bergarbeiterrationen und durch andere vernünftige Arbeitsanreize erhöhte sich die Förderleistung pro Mann und Schicht von ungefähr einer halben Tonne im Jahr 1945 auf rund eine Tonne im November 1946. 1938 jedoch betrug die Förderleistung pro Mann und Schicht 1,5 Tonnen, und diese Zahl müssen wir wieder erreichen. Dazu bedarf es einer ausgeglichenen Arbeitsleistung, es müssen mehr Häuser gebaut und Verbrauchsgüter für die Bergarbeiter bereitgestellt und mehr Stahl für die Bergbauindustrie geliefert werden. Diese letzten drei Forderungen setzen wiederum eine Mehrförderung von Kohle voraus. Wir mußten bereits zweimal die Kohlenexporte aus dem Ruhrgebiet kürzen, um die deutsche Industrie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Ohne diese Kürzungen wäre der augenblicklich unzureichende Lebensstandard in der britischen Zone noch stärker herabgedrückt worden. Die Grundindustrien, auf die die britisch-amerikanische Zone angewiesen ist, Landwirtschaft, Lebensmittel, Transportwesen, Eisen- und Stahlerzeugung, chemische Industrie und Kraftwerke, hätten an noch größerem Kohlenmangel als bisher gelitten. Die Folge wäre gewesen, daß die deutsche Industrie in eine noch schlimmere Lage gekommen wäre als die, in der sie sich heute befindet.

Ich habe mich mit der wirtschaftlichen Seite dieses Problems zuerst beschäftigt, weil sie vielleicht die wichtigste ist. Aber auch auf dem Gebiete der Politik vollziehen sich bedeutende Entwicklungen. Wir halten die Zeit für gekommen, den Deutschen einen Teil der Verantwortung für die Leitung ihres eigenen Landes unter der allgemeinen Überwachung der britischen Kontrollkommission zu übertragen. Diese Verantwortung verteilt sich auf vier Gebiete, die die Bezeichnung Länder tragen. Es sind: Nordrhein-Westfalen im Südwestteil der Zone, einschließlich des Ruhrgebietes, Schleswig-Holstein, der nördliche Zipfel der Zone, nahe der dänischen Grenze, die Hansestadt Hamburg und Niedersachsen, zu dem das ganze übrige Gebiet gehört.

In Hamburg haben Wahlen stattgefunden, und eine Regierung ist von Deutschen gewählt worden. In den anderen drei Gebieten sind provisorische Regierungen von den britischen Behörden ernannt worden, jedoch sollen im März Landtagswahlen abgehalten werden. Die verschiedenen Regierungen und Minister werden dann entsprechend dem Abstimmungsergebnis gewählt.

Der Charakter der britischen Militärregierung hat sich als Ergebnis der Übertragung der Machtbefugnisse auf die deutschen Länderregierungen geändert. Ihre diensttuenden Offiziere sind nun nur noch für die Beaufsichtigung der Politik und der deutschen Verwaltung verantwortlich. Sie werden nur noch eingreifen, wenn es um die Angelegenheiten der britischen Politik geht. Die ausübenden Funktionen der Abteilungen der Kontrollkommission werden auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Damit wird eine fühlbare Verminderung des Stabes ermöglicht. Der englische Kontrollstab soll bis zum April 1947 um 6000 Mann herabgesetzt werden. Später sollen weitere entsprechende Einschränkungen erfolgen. Die Zahl der britischen Frauen und Männer, die unseren britischen Stab in Deutschland bilden, wird innerhalb der nächsten Wochen auf ungefähr 20 000 herabgesetzt werden. Es wird erklärt, diese Zahl sei immer noch zu hoch, aber ich muß darauf hinweisen, daß diese Zahl nicht nur alle Dienstgrade in der Kontrollkommission umfaßt, die für die Kontrolle von 24 Millionen Deutschen verantwortlich sind, sondern diese Zahl umfaßt viele Personen, die in der Verwaltung der verschiedensten Hilfsorganisationen für Flüchtlinge und verschleppte Personen und für andere notwendige Verwaltungsarbeit eingesetzt sind. Hier und da sind harte Worte über das Benehmen von Mitgliedern der Kontrollkommission gefallen. In einigen wenigen Fällen erwiesen sich die Anschuldigungen als berechtigt. In einer Gesellschaft von zwanzigtausend Menschen wird es immer einige wenige geben, auf die solche Beschuldigungen zutreffen. Aber die große Mehrheit der britischen Frauen und Männer der Kontrollkommission gehören zu derselben Art von Menschen, die unseren guten Namen in allen Teilen der Welt verbreitet haben. Viele von ihnen haben solche Arbeit schon vorher geleistet. Sie setzen ihre Tätigkeit nun in Deutschland fort. Sie haben das Chaos in Ordnung verwandelt, sie sind mit Situationen fertig geworden, die ohne Beispiel sind. Ohne zu klagen, sind sie unter den härtesten Bedingungen und in einer völlig zerstörten Umwelt ihrer Arbeit nachgegangen.

Eines verdient besonders hervorgehoben zu werden: sie sind sich der Arbeit bewußt, der sie sich widmen; sie wissen, warum sie in Deutschland sind; sie kennen die Schwere der Aufgabe, zu der sie sich verpflichtet haben; sie haben begriffen, daß sie selbst ein Beispiel für jene Lebensart geben müssen, die wir den Deutschen nahebringen wollen. Wer einen Sohn, eine Tochter, einen Bruder, die Schwester oder den Vater in der Kontrollkommission hat, der hat wirklich allen Grund, stolz zu sein. Denn unsere Männer und Frauen in Deutschland leisten einen wertvollen Beitrag für die Schaffung eines dauerhaften Friedens."

Am 5. Februar 1947 befaßte sich das britische Unterhaus eingehend mit dem Thema Deutschland. Abgeordnete aller Parteien, die zum Teil durch Besuche die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennengelernt hatten, ergriffen im Verlauf der Deutschland-Debatte das Wort. Die Debatte, die durch den konservativen Abgeordneten *Law* eröffnet wurde, brachte scharfe Kritik an der britischen Politik gegenüber Deutschland und besonders heftige Angriffe gegen Staatsminister Hynd.

Minister *Hynd* antwortete auf die Vorwürfe mit einem eingehenden Bericht über die Lage in Deutschland und erklärte:

„Die ernste Ernährungslage und die ausgedehnten Verwüstungen in Deutschland sind nicht auf Mängel in der britischen Verwaltung zurückzuführen, sondern auf Umstände, für die die Deutschen weitgehend selbst verantwortlich sind. Ich habe niemals behauptet, daß es unter den 25 000 Briten in Deutschland, wo sie beträchtlichen Versuchungen ausgesetzt sind, keine Mißstände und Korruption gibt. Aber viele der Übeltäter sind zur Verantwortung gezogen worden. Ich will nicht auf die wiederholten abfälligen Äußerungen über meine eigene Stellung als jüngerer Minister eingehen, aber die Regierung hat keineswegs die Bedeutung des deutschen Problems verkannt, sondern im Gegenteil schon im Oktober 1945 ein besonderes Departement mit einem Sonderminister gefordert. Was den Vorwurf betrifft, man habe versucht, Deutschland zu regieren, anstatt es zu kontrollieren, so möchte ich die Herren Abgeordneten daran erinnern, wie die Zustände in Deutschland waren, als die Engländer dort einmarschierten: keine deutsche Regierung, keine deutsche Verwaltungsbehörde, ungeheure Zerstörungen und fast übermenschliche Probleme. Es waren keine Deutschen da, denen man von Anfang an vertrauen konnte, es mußten erst die passenden Leute gefunden werden, und inzwischen mußte die Leitung fast aller Zweige des deutschen öffentlichen Lebens bis in alle Einzelheiten von der Besatzungsmacht übernommen werden.

Ich bin überrascht, daß jetzt, 18 Monate nach Kriegsende, verlangt wird, die Entnazifizierung einzustellen und die Großgrundbesitzer und andere unangetastet zu lassen. Dabei waren es gerade diese Leute, die dem Naziregime am treuesten ergeben waren. Weiter ist es nicht wahr, daß allen ehemaligen Offizieren in Deutschland die Universitäten verschlossen sind oder daß, um ein Haus auszubessern, eine Erlaubnis vom Regional Commissioner erforderlich ist. Das sind glatte Übertreibungen.

Auf Grund des Viermächteabkommens muß das Zentralhauptquartier in Berlin beibehalten werden. Mr. *Laws* Vorschlag würde nur die Errichtung eines weiteren bürokratischen Apparats oder eines zweiten Puna*) in der britischen Zone bedeuten. Dafür besteht kein wirklicher Bedarf. Die Verwaltung sorgt für genaueste Überwachung unter den vier regionalen Kommissaren, die weitgehende und ausreichende Vollmachten besitzen.

Ich will nicht behaupten, daß die Lage günstig ist oder daß wir alles erreicht haben, was wir erreichen wollten, aber wir müssen gewisse grundlegende Abmachungen mit den Alliierten einhalten, und das bedeutet eine Beschränkung dessen, was wir gerne tun möchten. Es ist grotesk, die Moral der Deutschen oder ihren Ernährungszustand mit denen der Engländer, selbst unter der Labourregierung, zu vergleichen.

Im Durchschnitt sind die Rationen zu 80 bis 85 Prozent aufrecht erhalten, und wo sie zu irgendeiner Periode abgesunken sind, sind sie — soweit möglich — in der folgenden Periode wieder nachgeliefert worden. Diese Ausfälle sind nicht auf die politischen Richtlinien oder irgendwelche Mängel in der Verwaltung zurückzuführen, sondern auf physische Mängel, die durch die Schwierigkeiten bei der amerikanischen Schiffahrt und im deutschen Transportwesen entstanden sind und durch die Wetterbedingungen in der letzten Zeit noch verstärkt wurden.

In der Frage der Rationen herrscht ein allgemeines Mißverständnis. 1550 Kalorien sind nicht die Standardration für die Durchschnittszuteilung in Deutschland, sondern die Grundration für die Normalverbraucher, die nichtarbeitenden Erwachsenen. Diese stellen 36 Prozent der Bevölkerung dar. Der Rest ist entsprechend der Arbeit, die sie leisten, in verschiedene Kategorien eingeteilt, und die Rationssätze stufen sich von 2500 bis 3966 Kalorien ab. Der unter Tage arbeitende Bergmann erhält 3966 Kalorien, die, nach Meinung des Dreimächte-Ernährungsausschusses ausreichend sind.

Ferner gibt es zusätzliche Versorgungsquellen, ganz abgesehen von den Paketen, die in den vergangenen Monaten ins Land strömten, was, wie ich glaube, in England nicht genügend bekannt ist. 1 700 000 Kinder in deutschen Schulen erhalten zusätzlich zu ihren üblichen Rationen freie Mahlzeiten. Diese Mahlzeiten sind vielleicht nur unbedeutend — je nach dem Alter des Kindes 300 bis 490 Kalorien —, aber sie sind etwas Zusätzliches. Das ist etwas Neues in Deutschland, denn soviel ich weiß hat es in Deutschland mit Ausnahme Hamburgs niemals freie Mahlzeiten für Schulkinder gegeben.

Wir machen uns Sorge über die Tuberkulose, die unter diesen Verhältnissen zu einem ernsten Problem werden muß. Die Zahl der Fälle ist von 3730 im Januar des vergangenen Jahres auf 5140 im November angestiegen, wenn auch die Zahl der Todesfälle von 1300 auf 800 abgesunken ist. Die Geburtenziffern sind von 9,9 auf 15,1 pro Tausend angestiegen und die Zahl der lebensfähigen Geburten von 18 000 auf 31 000. Die Todesziffer ist von 15,4 auf 11,6 pro Tausend gefallen und die Zahl der Toten von 28 000 auf 19 000. Die Kindersterblichkeit ist von 137 auf 68 pro Tausend gefallen. Die Zahl der gemeldeten Fleckfieberfälle ist in 12 Monaten von 2716 auf 1054 und die Zahl der Todesfälle von 364 auf 94 gefallen. Seit Oktober hat es keine Fälle von Typhus mehr gegeben, obgleich immer noch Flüchtlinge in die Zone einströmen. Die Flüchtlinge kommen durch eine Schleuse und werden von einer kleinen britischen Mannschaft abgefertigt, die keineswegs reichhaltig mit medizinischen Vorräten versorgt ist und die meiner Meinung nach ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Hätte diese Gruppe versagt, so hätte sich die britische Zone vor unüberwindliche Schwierigkeiten durch Epidemien gestellt sehen können.

Im Ruhrgebiet werden monatlich viertausend Häuser repariert und von 128 000 Bergmannshäusern wurden 109 000 wieder hergestellt. Das ist ein guter Fortschritt. Aber bei dem gegenwärtigen Tempo wird es zehn bis fünfzehn Jahre dauern, ehe die große Anzahl der reparaturbedürftigen Häuser — ich glaube, es sind 1 500 000 — fertiggestellt werden können. Die Produktion des dafür benötigten Materials ist jedoch im Ansteigen begriffen.

Es kann keine wirkliche Lösung der Produktionsfrage geben, ehe nicht die Kohlenversorgung besser wird, Rohmaterial zur Verfügung steht und die finanzielle Lage wieder normal ist."

Über die Aufgabe, eine demokratische Kontrolle und demokratische Methoden wieder einzuführen, den Deutschen die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten und die Herbeiführung der wirtschaftlichen Gesundung ihres Landes zu überlassen, sagte Mr. *Hynd*, die Entnazifizierung mache gute Fortschritte.

„Die meisten Leute in den zivilen Internierungslagern werden noch festgehalten, bis das Ergebnis der Nürnberger Verhandlungen abgeschlossen ist. Viele von ihnen sind gefährlich, und wenn vorgeschlagen wird, diese Lager aufzulösen und diese Leute auf das deutsche Volk loszulassen, so kann ich dem nicht zustimmen. Die Vorkehrungen für die Zusammenlegung der zwei Zonen bedeuten eine bessere Garantie für die Aufrechterhaltung der Versorgung, als sie jemals vorher bestanden hat, und außerdem die Möglichkeit einer viel schnelleren Übertragung der Verantwortung und Autorität auf die Deutschen selbst.

Die Verschmelzung der zwei Zonen selbst macht sehr schnelle und befriedigende Fortschritte. Es liegen schon Pläne für die Beschaffung der notwendigen Rohmaterialien zur Wiederingangsetzung der deutschen Industrie vor, die eine Ausfuhr ermöglichen sollen. Durch diese Ausfuhr sollen in den nächsten drei oder vier Jahren die Kosten für die Einfuhr in die Westzonen sowie die schon jetzt für Nahrungsmitteleinfuhr und Verwaltung ausgegebenen Summen gedeckt werden. Der strenge Winter hat eine beträchtliche Verzögerung verursacht. Es hat örtliche Ausfälle im Nahrungsmitteltransport und in der Stromversorgung gegeben.

Es wird alles getan, um diese harte Probe der britischen Verwaltung und der jetzt eng mit ihr zusammenarbeitenden deutschen Behörden zu überwinden. Der Zonenzusammenschluß, von dem nicht nur im Interesse der britischen und amerikanischen Steuerzahler, sondern auch der Völker Europas so vieles abhängt, hängt wiederum selbst von der Aufrechterhaltung des bewundernswerten Geistes der Entschlossenheit ab, den die britischen Verwaltungsbehörden in Deutschland in den ganzen vergangenen 18 Monaten bewiesen haben. All das, was trotz der ungeheuren Hindernisse geleistet wurde, ist eine Garantie dafür, daß auch diese Prüfung bestanden werden wird.

Im Augenblick ist die Zukunft nicht ganz klar, da die britische Zone nur ein Viertel der Regierung Deutschlands darstellt und die Lösung der Hauptprobleme den kommenden Konferenzen der Außenminister zufallen wird. Die Stabilisierung und die Herstellung des Gleichgewichts in der britischen und der amerikanischen Zone sind zwar nur ein kärglicher Ersatz für das Ziel

*) Englisch: Poona; Sommerresidenz der britischen Verwaltung in Indien.

eines wirtschaftlich vereinheitlichten Deutschlands, aber sie bedeuten wenigstens einen weiteren Schritt auf dem Wege zu dem Ziel, das wir uns bei der Unterzeichnung der Potsdamer Erklärung gesteckt haben, nämlich die deutsche Wirtschaft selbstgenügsam und Deutschland zu einer demokratischen Nation zu machen, die an den Beratungen der demokratischen Nationen der Welt teilnehmen kann."

*

Am 27. Februar 1947 eröffnete Außenminister *Bevin* eine außenpolitische Debatte des britischen Unterhauses. Zu dem Problem Deutschland erklärte Bevin, es gehe nicht an, mitten in Europa ein Volk von 66 Millionen Menschen einem fragwürdigen Schicksal zu überlassen. Wenn in Deutschland kein annehmbarer Lebensstandard geschaffen werde, hätte nicht nur Deutschland, sondern Europa darunter zu leiden.

In dieser Frage gingen die Meinungen leider auseinander, und er sei über die sich daraus ergebenden Differenzen sehr besorgt; eine Uneinigkeit der heute führenden Mächte könne den Wiederaufstieg der deutschen Macht bedeuten. Die vier Großmächte müßten zu einer Einigung über die wirtschaftliche Basis Deutschlands gelangen. Das britische Ziel seien die Schaffung eines angemessenen Lebensniveaus und der Aufbau des demokratischen Lebens in Deutschland. Die britische Regierung sei der Ansicht, der voraussichtlich beste Weg, Deutschland demokratisch zu machen, sei der, Deutschland zu dezentralisieren, wobei die Länder die eigentliche Regierungsmacht erhalten, während der Zentralregierung nur gewisse Machtbefugnisse zukommen sollten. Einzelheiten hierüber würden in Moskau ausgearbeitet, und er hoffe, daß sich eine richtige Lösung finden lasse.

Das Potsdamer Abkommen habe vorgesehen, Deutschland als wirtschaftliches Ganzes zu behandeln. Leider habe sich Paragraph 14 dieses Abkommens in der Praxis als undurchführbar erwiesen, so daß Großbritannien genötigt gewesen sei, bekanntzugeben, die britische Zone müsse sich selber erhalten. Hätte sich Großbritannien nicht zu dieser Maßnahme entschlossen, so hätte es dieses Jahr mit mindestens 130 Millionen Pfund ungedeckten Kosten in seinem Budget dagestanden.

Bevin erklärte weiter, er sei sich bewußt, daß dies für Deutschland beträchtliche Schwierigkeiten mit sich bringe. Eine weitere Folge dieser Dinge sei das britisch-amerikanische Zonenabkommen. Gewisse Erfolge der in den letzten Monaten getroffenen Maßnahmen ließen sich erkennen....

Europa oder Deutschland dürften nicht in zwei Teile gespalten werden, und so hätten Großbritannien und Amerika den anderen beiden Mächten den Beitritt zum Zonenabkommen nahegelegt.

„England ist nach wie vor entschlossen, für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands einzutreten, vorausgesetzt, daß dem britischen Steuerzahler hieraus keine besonderen Lasten erwachsen."

*

II. Stimmen der öffentlichen Meinung zum Problem Deutschland

Im Dezember 1946 begab sich Lord *Beveridge* zu einem längeren Aufenthalt nach Deutschland, wo er die französische und die amerikanische Besatzungszone sowie das Ruhrgebiet und andere Teile der britischen Besatzungszone in Deutschland besuchte. Durch das Entgegenkommen Lord *Beveridges* und des *The Observer Foreign News Service* ist das Europa-Archiv in der Lage, eingehend über die Stellungnahme Lord Beveridges zu deutschen Problemen zu berichten.

In einem Bericht über seinen Besuch in der französischen Zone und bei der neu eröffneten Universität Mainz schrieb Lord Beveridge am 13. Januar 1947 (‚The Observer Foreign News Service' Nr. 353):

„Es ist offenbar, daß die Franzosen einem richtigen Instinkt folgen, wenn sie die Betonung auf die Entwicklung des intellektuellen Lebens legen, so wie sie es in ihrer ganzen Zone tun. Die Aufgabe aller Nationen in Deutschland ist es, das deutsche Volk wieder in die menschliche Familie aufzunehmen, von der es so lange abgeschnitten gewesen ist. Bildung und Jugend sind die zwei besten Berührungspunkte.

Mein Besuch in Mainz brachte mir eine andere Art von Hungersnot vor Augen, die es auch in Deutschland gibt. Die neue Universität besitzt natürlich kaum irgendwelche Bücher — die Bibliothek hat jetzt, wie man mir sagte, 50 000 Exemplare; glücklicherweise gab es eine erstklassige städtische Bücherei, wie mir berichtet wurde, die der Vernichtung entgangen war, und ich sah, daß einer der Studenten in den von dieser Bibliothek entliehenen Büchern arbeitete.

Es besteht noch eine ganz allgemeine Schwierigkeit in Bezug auf die materielle Grundlage zum Lehren und Studieren, die an allen Universitäten in Deutschland, den neuen und den alten, die gleiche ist. Sie sind jahrelang von dem Gedankengut der übrigen Welt abgeschnitten gewesen; sie sind immer noch nicht in der Lage, die während dieser Jahre veröffentlichten Bücher oder wissenschaftlichen Zeitschriften zu beschaffen. Weder die Universitäten noch der einzelne haben die Mittel, ausländische Bücher zu kaufen; die Besatzungsmächte finden, daß sie für diesen Zweck wenig oder gar kein Geld übrig haben. Dennoch ist die Stillung des intellektuellen Hungers in Deutschland ebenso lebenswichtig wie die Stillung des physischen Hungers. Universitäten, wissenschaftliche Gesellschaften und Privatmenschen in allen anderen Ländern könnten durch praktische Maßnahmen gegen diese Hungersnot eine große internationale Aufgabe erfüllen, indem sie Bücher und Zeitschriften aus ihren Ländern für Deutschland zur Verfügung stellen."

In einem Bericht über seine Reise durch die amerikanische Zone (‚The Observer Foreign News Service' Nr. 361) schilderte Lord Beveridge am 17. Januar 1947 eine Pressekonferenz, die gemeinsam von den amerikanischen Behörden und dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett des Landes Hessen abgehalten wurde. Nach Lord Beveridges Ansicht sind die Amerikaner den anderen Besatzungsmächten um ein Stück voraus in der Übertragung der Regierung Deutschlands an die Deutschen, die schließlich zur Schaffung eines freien Deutschlands führen soll. Lord Beveridge schloß seinen Bericht:

„Aber es liegt noch ein langer Weg vor uns, bis wir dieses Ziel erreicht haben. Obgleich die Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und deutschen Behörden eine der ermutigendsten Erscheinungen ist, die ich in Deutschland gesehen habe, ist die Demokratie noch keineswegs jeder Gefährdung entrückt.

Wie der Ministerpräsident bei der Eröffnung der Pressekonferenz sagte, sind die Aussichten für die Demokratie in Deutschland von der wirtschaftlichen Gesundung und Befriedung des Landes abhängig. Wenn Demokratie weiterhin gleichbedeutend mit der Tatsache bleibt, daß es keine Butter gibt, so wird sie der gedankenlosen Masse nicht viel besser erscheinen als Görings System.

Als ich meine Freude über die enge Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und deutschen Behörden zum Ausdruck brachte, erklärte mir einer der nachdenklichsten Deutschen, die ich kennengelernt habe: ‚Das bezieht sich nur auf die Behörden. Solange das jetzige Elend andauert, wird es eine Kluft geben zwischen dem Volke und den Behörden, ob sie nun amerikanisch oder deutsch sind.'

Einer der amerikanischen Verwaltungsbeamten erklärte: ‚Manchmal ist es schwierig, nach außen hin klarzumachen, daß die Deutschen, die mit uns arbeiten, wirkliche Zusammenarbeit leisten und nicht nur als „Kollaborateure" zum Feinde halten.'

Es wird möglich sein, Deutschland als zufriedenes, freies, friedliches und demokratisches Mitglied in die Familie der Nationen aufzunehmen, aber jeder Tag des Mangels und der Hoffnungslosigkeit macht dieses schwieriger."

Lord Beveridge ging in einem dritten Artikel (‚The Observer Foreign News Service' Nr. 373 vom 24. Januar 1947) über seine Reise durch Deutschland auf das neue Punktsystem für die Kohlenbergarbeiter ein und schrieb dazu:

„Aus der wachsenden Produktion kann man schließen, daß dieses System Erfolg hat. Aber was auch das Ergebnis sein mag, es wird auch nicht annähernd das Kohlenproblem im Ruhrgebiet lösen. Eine Lösung des Problems kann durch nichts anderes erreicht werden als durch die Beschäftigung einer viel größeren Anzahl von Bergarbeitern. Das gesteckte Produktionsziel von 400 000 Tonnen täglich muß erreicht werden, wenn Deutschland und alle seine Nachbarn die Kohle bekommen sollen, die sie brauchen. Das kann nur dann erreicht werden, wenn die Bergwerke im Ruhrgebiet wirklich als das behandelt werden, was sie

auch sind, nämlich als eine Angelegenheit, an deren erfolgreicher Abwicklung ganz Westeuropa interessiert ist.

Die Engländer halten das Ruhrgebiet militärisch besetzt, und die „Norddeutsche Kohlenkontrolle" ist eine britische Behörde. Aber das heißt nicht, daß sie die Macht hat, das zu tun, was sie für das beste hält oder was notwendig ist, um ihre Arbeit zum Erfolg zu führen.

Sie ist nicht zuständig für die Zuteilung der Kohlen. Diese wird zum Teil durch das Dreimächteabkommen in Berlin und zum Teil durch die europäische Kohlenkontrolle durchgeführt. Ferner wird der Preis der Kohle nicht von britischen Behörden kontrolliert. Der Preis für die zur Ausfuhr gelangende Kohle wird in derselben Höhe festgelegt, wie er für britische Exportkohle gleicher Qualität festgesetzt würde, wenn es eine solche Ausfuhr gäbe — etwa 50 Schilling je Tonne. Es wird keine Kohle für Reparationszwecke ausgeführt. Der Inlandpreis ist seit 1932 RM 15.— je Tonne gewesen und auf dieser Höhe gehalten worden, obgleich die Produktionskosten sich auf etwa RM 32.— je Tonne belaufen. Das natürliche Ergebnis ist, daß jeder deutsche Bergwerksdirektor und Techniker, soweit er die Produktion überhaupt beeinflussen kann, einen finanziellen Antrieb hat, so wenig wie möglich zu produzieren, weil jede Tonne einen Verlust von RM 17.— für das Bergwerk als deutsches Geschäftsunternehmen bedeutet. Es ist daher verständlich, daß die Norddeutsche Kohlenkontrolle versucht hat, eine Änderung dieses grotesken Preisverhältnisses herbeizuführen, aber bis jetzt ist es ihr nicht gelungen. Aus irgendeinem bestimmten Grunde ist das Zuteilungs- und Preisfestsetzungssystem für Kohle nach dem Potsdamer Übereinkommen für die Wirtschaftseinheit Deutschland eine Angelegenheit, die durch Abmachungen zwischen den Besatzungsmächten geregelt wird, während die Verteilung von Weizen, Papier und anderem wichtigen Material nicht so gehandhabt wird. Bei der Handhabung der Kohle sowie auch in anderen Angelegenheiten, die durch das Potsdamer Übereinkommen festgelegt wurden, ist Großbritannien die Verantwortung übertragen worden, und obgleich es nicht die Vollmacht hat, nach seinen eigenen Ansichten vorzugehen, wird es jetzt der Kritik ausgesetzt....

Die Bergwerke im Ruhrgebiet leiden im Augenblick ebenso wie diejenigen in Großbritannien und in allen anderen Ländern darunter, daß es so schwierig ist, Bergarbeiter zu finden. Die deutsche Wirtschaft leidet ganz allgemein an einem Mangel an Männern im arbeitsfähigen Alter. Unter diesen Umständen scheint es nur vernünftig, wenn die Wirtschaft Westdeutschlands als ein Ganzes angesehen werden soll, daß man Deutsche dort beschäftigt, wo sie am meisten Nutzen bringen können, nämlich in deutschen Bergwerken, anstatt als Kriegsgefangene im Ausland. ...

Es sind in den vergangenen 18 Monaten nur sehr langsame Fortschritte auf dem Gebiete des Bergbaus im Ruhrgebiet gemacht worden, aber nicht deshalb, weil die von Großbritannien errichtete Kontrollbehörde unfähig oder ungeeignet ist. Sie waren langsam wegen der Aufteilung der Verantwortung, der Uneinigkeit über die einzuschlagenden Richtlinien, und weil die Bergwerke im Ruhrgebiet nicht als das angesehen wurden, was sie sind: eine notwendige Kraftquelle für große Teile Westeuropas. Jetzt endlich ist die Entwicklung in Gang gekommen."

In einem abschließenden Artikel über seine Eindrücke aus Deutschland schrieb Lord Beveridge im Londoner *Observer* vom 9. Februar 1947:

„Wenn wir das Problem Deutschland richtig anpacken wollen, so müssen wir Deutschland nicht als Verbrecher, sondern als Kranken behandeln, der zur Wiederherstellung seiner materiellen und moralischen Gesundheit ins Krankenhaus gehört, nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse aller Nachbarn. Wenn man Deutschland als einen Krankenhauspatienten betrachtet, muß man zugeben, daß seine Aussichten auf schnelle Gesundung nicht dadurch gewinnen, daß vier Ärzte die Behandlung übernommen haben, die sich keineswegs immer einig sind. Einer der Ärzte ist noch dazu Spezialist für eine ganz bestimmte Art von Operation — die marxistische Ausrottung des Profitmotivs —, die er am liebsten unterschiedslos an allen Patienten ohne Betäubung durchführen möchte. Es ist vielleicht nicht ganz unfair, wenn man von einem der anderen Ärzte behauptet, daß er den Patienten am liebsten unter dauernder Narkose halten möchte. Einer der übrigen Ärzte wohnt sehr weit weg in Amerika, während der letzte in England sich selber nicht allzu wohl fühlt. Dadurch wird die Aussicht auf eine gründliche Behandlung in Frage gestellt.

Aus dieser Analogie mit der Medizin ergibt sich die folgende Moral. Erstens ist es wesentlich, daß die Ärzte alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, damit sie sich nicht selber an den Krankheiten des totalen Staates und der Rassenanmaßung anstecken, die sie zu heilen versuchen.

Zweitens weiß jeder Arzt, daß er einen Patienten nur dann heilen kann, wenn der Patient selbst mithilft. Das ist sogar noch wichtiger, wenn der Patient sich seinen Arzt nicht selber aussuchen konnte. Praktisch gesehen bedeutet es, daß die Vorschläge für die zukünftige Gestaltung Deutschlands, die die Alliierten in Moskau beschließen, so beschaffen sein müssen, daß die führenden Deutschen bereit sind, für ihre Durchführung die Verantwortung zu übernehmen.

Diese Tatsache stellt die Alliierten oder wenigstens diejenigen, die die materielle und moralische Gesundung Deutschlands wünschen, bei ihren Moskauer Besprechungen von Anfang an vor ein ungeheures Hindernis....

Aus verschiedenen Gründen läßt sich die Verfassungsfrage am aussichtsreichsten in Form eines Verfassungsvorschlages für die Deutschen lösen, der auf der Grundlage von Einzelstaaten aufgebaut ist. Gewählte Staatsversammlungen und die auf dieser Grundlage gebildeten Regierungen haben schon zu arbeiten begonnen. Es gibt wahrscheinlich schon zu viele solcher Einzelstaaten und bei einigen dieser Staaten sind die Grenzen, so wie sie durch die Besatzungszonen gegeben sind, unhaltbar. Aber es sollte für die Alliierten möglich sein, ohne die Mitarbeit deutscher Parteien zu verlieren, eine Anzahl von Staaten zu errichten und diesen Staaten die Vollmacht zu geben, sich für solche Angelegenheiten, die in Deutschland zentral bearbeitet werden müssen, nämlich Finanzen, Handel und Industrie, Transportwesen, auswärtige Beziehungen und so weiter, zentrale Regierungsorgane zu errichten. Früher oder später wird sich die Frage ergeben, ob diese zentralen Regierungsorgane einem direkt gewählten zentralen Parlament oder einer Körperschaft verantwortlich sein sollen, die aus ernannten Vertretern der einzelnen Staatsregierungen bestehen würde. Soll das neue Deutschland als Bundesstaat ähnlich den Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer jetzigen Form beginnen oder als ein lockerer Staatenbund, wie es die amerikanischen Staaten in den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit waren?

Über diese Frage werden wahrscheinlich zunächst unter den Alliierten scharfe Meinungsverschiedenheiten entstehen. Das vernünftigste dürfte es sein, den deutschen Staaten diese Angelegenheit zur freien Entscheidung zu überlassen, wenn sie zusammentreten. Diese Lösung ist von der Vernunft diktiert, denn letzten Endes kann man Staaten, die sich zu einem Bund zusammenschließen möchten, nur durch einen Krieg an einem solchen Zusammenschluß hindern. Das britische und das amerikanische Volk werden jedenfalls nicht bereit sein, für ein solches Ziel in den Krieg zu ziehen.

Die Kontrolle, die noch in Deutschland durchzuführen ist, muß so beschaffen sein, daß sie Deutschland am Kriegführen hindert, solange in der Welt überhaupt noch ein Krieg möglich ist. Dieses Ziel wird um so eher erreicht werden, je mehr die Alliierten ihre Kontrolle über Deutschland auf die wesentlichen Gebiete beschränken, mit anderen Worten, wenn sie es den Deutschen überlassen, alles zu tun, was sie tun können, außer Krieg zu führen."

In einer Rundfunkansprache unter dem Titel „Deutschland heute und morgen" berichtete Lord *Beveridge* nach seiner Rückkehr nach London am 27. Februar 1947 über die Einstellung der Deutschen selbst. Er führte unter anderem aus:

„Ich habe in der Universität von Köln und an der Technischen Hochschule von Berlin vor zwei voll besetzten Hörsälen über die britische Demokratie gesprochen. Ich forderte die Zuhörer auf, Fragen zu stellen, und wurde geradezu mit Fragen überflutet. Meine Zuhörer stimmten natürlich nicht alle mit mir überein oder wollten mir auch nicht zustimmen. Dazu waren sie zu demokratisch. In Köln sagte ein junger Mann nach der Vorlesung zu mir: ‚Wenn ich Sie reden höre, klingt es, als ob die Engländer ein vollkommen vernünftiges Volk wären.' Er schien mir das beinahe übelzunehmen. Aber zweifellos hatten alle diese jungen Leute den dringenden Wunsch, die Beziehungen mit anderen Nationen wieder aufzunehmen und über die Außenwelt zu erfahren, von der sie so lange abgeschnitten waren. Überall, wohin ich kam, wurde unter den jungen Leuten der Wunsch laut, mit der Jugend der anderen Nationen in Berührung zu kommen. Von allen Seiten, von jungen und alten Leuten, wurde der geistige Hunger nach Büchern und Zeitungen aus dem Ausland zum Ausdruck gebracht. Und überall fragten mich die Menschen mit einem Ausdruck von Sehnsucht und Hoffnung über Mr. Churchills Rede in Zürich, in der er seinen Vorschlag zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbrachte. Man fragte mich, wie die Aussichten für die Annahme eines solchen Planes

wären. Er schien die einzig positive Hoffnung darzustellen, die ihnen zu Ohren gekommen war. Ich kann natürlich nicht die Einstellung aller Deutschen kennen, aber ich bin gewiß, daß der Wunsch, wieder ein Teil der friedlichen Familie der Nationen zu werden, in Deutschland sehr stark ist. Es liegt nun an uns, diejenigen anzuspornen, die diesen Wunsch hegen.

Sie werden vielleicht fragen: ‚Werden die Deutschen nicht immer wieder Kriege anzetteln wollen?' Es gibt natürlich einige Leute in Deutschland, die nichts besseres zu tun haben, als auf Rache zu sinnen. Das ist die Art Leute, wie sie in der vergangenen Woche durch eine Razzia in der britischen und der amerikanischen Zone gefaßt wurden. Aber ich glaube, daß solche Leute in Deutschland nur dann wieder Einfluß gewinnen können, wenn wir uns in unserer Verwaltung große Mängel zuschulden kommen lassen. In Berlin sprach ich nach meiner Vorlesung mit einem jungen Studenten über seine Kameraden und er erzählte mir: ‚Viele von ihnen haben im Kriege gekämpft. Fast alle sind als Pazifisten zurückgekommen.' Ich finde das sehr glaubwürdig. Diejenigen, die behaupten, Deutschland werde immer den Krieg wollen, bedenken nicht, daß die Deutschen jetzt zum erstenmal in der Geschichte den Krieg in seiner schrecklichsten Form im eigenen Lande hatten.

Werden die Deutschen kommunistisch werden? Das scheint mir unwahrscheinlich, und zwar aus einem Grunde, der nichts mit den Verdiensten oder Mängeln des Kommunismus als eines politischen und wirtschaftlichen Glaubensbekenntnisses zu tun hat. Für die Deutschen bedeutet der Kommunismus dasselbe wie Rußland, und sie lieben Rußland nicht. Sie neigen dazu, den Kommunismus vom nationalen Standpunkt aus zu beurteilen, wie es ja auch andere Nationen tun...."

Diese Rundfunkansprache Lord Beveridges löste in der britischen Öffentlichkeit eine Diskussion aus, die zeigte, wie verschieden die Auffassungen zum deutschen Problem in Großbritannien sind. Aus der Vielzahl der in der britischen Presse veröffentlichten Zuschriften über die Rundfunkrede Lord Beveridges bringen wir zwei in der Rundfunkzeitschrift *The Listener* wiedergegebene Briefe aus dem Hörerkreis.

Mr. Sidney *Salomon* schrieb:

„Welch ein merkwürdiger Einfluß ist es, der immer auf die Mentalität so vieler bedeutender und unbedeutender Leute einzuwirken scheint, die sich mit dem Problem Deutschland beschäftigen? Warum lassen sich prominente Männer wie Lord Beveridge und andere so leicht durch dieselbe alte Taktik, dieselben alten abgedroschenen Phrasen irreführen, die zu dem letzten Krieg geführt haben? Ich glaube nicht an eine Massenverdammung, und ich stimme mit Burke darin überein, daß man nicht gegen ein Volk als Ganzes Anklage erheben kann, aber man hat ein absolutes Recht, zu behaupten, daß das deutsche Volk, durchschnittlich gesehen, in der Mehrheit eine Gefahr für den Weltfrieden, für die europäische Zivilisation und für alles das darstellt, was wahrhaft demokratisch ist, daß der Frieden der Welt nicht gesichert sein wird, bis Deutschland nicht einsehen gelernt hat, daß ein Krieg sich nicht auszahlt und nicht zu dem Ziel führt, das es sich gesteckt hat: der Weltherrschaft....

Lord Beveridge machte in seiner interessanten Rundfunkansprache zwei erstaunliche Bemerkungen, die auch der eigentliche Anlaß zu diesem Brief sind. Als er von seinen Vorlesungen in Berlin und Köln über die britische Demokratie berichtete, sagte er: ‚Meine Zuhörer stimmten natürlich nicht alle mit mir überein oder wollten auch nicht mit mir übereinstimmen, dazu waren sie zu demokratisch.' Ich traute meinen Augen nicht: zu demokratisch? Ist das deutsche Volk über Nacht — oder sollen wir sagen: seit seiner Niederlage — plötzlich so demokratisch geworden, daß es wagt, nicht derselben Meinung zu sein wie Lord Beveridge? Soviel ich weiß, war es nicht zu demokratisch, um Hitlers Worten oder Taten zuzustimmen. Erwartet man wirklich von uns, daß wir solchen ausgesprochenen Unsinn glauben? Kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß Deutschland demokratisch geworden ist, auf den Beweis hin, daß die Deutschen nicht allem zustimmten, was Lord Beveridge sagte. Weiter berichtet Lord Beveridge, ein junger Mann in Köln habe gesagt: ‚Wenn ich Sie reden höre, klingt es, als ob die Engländer ein vollkommen vernünftiges Volk wären.' Was soll das bedeuten? Etwa, daß in Deutschland, diesem zu demokratischen Lande, die Demokratie nicht so weit gereicht hat, daß die Deutschen über Großbritannien irgend etwas anderes erfahren hätten als das, was ihnen durch ihre deutsche Propagandamaschine vorgesetzt wurde?...

Lord Beveridge schließt mit einer ganz besonders abgedroschenen Schablone und noch dazu der gefährlichsten, die die Welt kennt, nämlich daß der Übeltäter, der böse Mann, der schlechte Charakter des Stückes, der alles darangesetzt hat, die Menschlichkeit und den Glauben an die Menschlichkeit zu vernichten, wirtschaftlich und psychologisch wieder gesund gemacht werden muß, wenn wir aus diesem Kriege auf die Dauer etwas Gutes gewinnen wollen. Die Zukunft Deutschlands, so sagt man uns, ist eines der wichtigsten Weltprobleme. Das ist durchaus wahr, aber nicht in dem von Lord Beveridge angedeuteten Sinn. Dem neuen Deutschland, das natürlich wirtschaftlich gesund sein muß, muß ein für allemal jede Gelegenheit genommen werden, Waffen irgendwelcher Art herzustellen, selbst wenn es dazu aufgespalten und zu einem Agrarland gemacht werden muß. Es muß den Deutschen beigebracht werden, daß der Krieg nicht das höchste Ziel der Menschheit ist, selbst wenn dazu eine generationenlange Besetzung notwendig ist. Deutschland muß es lernen, Reue zu fühlen und sich bewußt zu werden, welch eine ungeheure Schandtat die Vernichtung von Millionen menschlicher Wesen bedeutet; denn Lord Beveridge vergißt, zu erwähnen — ich nehme an, daß es ihm bekannt ist —, daß Deutschland das einzige Land in Europa ist, dessen Bevölkerung seit dem Kriege angewachsen ist, und vor allen Dingen, daß es Europa und nicht Deutschland ist, dessen Stellung so ausgebaut werden muß, daß es nicht wieder, wie in den Jahren zwischen den Kriegen, in Sicherheit gewiegt werden kann, um dann aufzuwachen und wieder einmal die Deutschen bis an die Zähne bewaffnet an seinen Grenzen Vernichtungen und Verwüstungen anrichten zu sehen."

A. N. *Brangham* (Late Lt.-Col., Senior Psychologist, German Personnel Research Branch, Control Commission for Germany) nahm in einem Brief an den Herausgeber des *Listener* Stellung zu den vorstehenden Ausführungen Mr. Salomons und schrieb:

„...Es ist zwar richtig, daß Lord Beveridges Vortrag den Eindruck erweckte, als habe er einige der Situationen und Kommentare, die ihm in Deutschland begegneten, zu oberflächlich hingenommen und sei dadurch zu einem unberechtigten Optimismus gekommen. Aber aus Mr. Salomons Brief geht hervor, daß sein eigenes Verständnis für das deutsche Problem noch weiter von der Wirklichkeit abweicht als das von Lord Beveridge.... Man kann mit Sicherheit annehmen, daß der von Mr. Salomon eingenommene Standpunkt von einer beträchtlichen Schicht unserer Gesellschaft vertreten wird, soweit diese überhaupt irgendwelche Ansichten zum Thema Deutschland hat....

Das Hauptziel der Besetzung und der Umerziehung ist es, das jetzt aufgestörte individuelle und soziale Gefühlsleben der Deutschen in eine neue Form zu bringen unter Verwendung des vorhandenen Materials und nicht durch Versuche, das heraufzubeschwören, was sein sollte. Die Deutschen müssen nicht nur wieder eine schöpferische Lebensweise finden, sondern sie müssen auch ihre negativen Angewohnheiten ablegen, die noch ein Teil ihrer Erbschaft aus der geschichtlichen Vergangenheit sind. Die autoritäre Vergangenheit wird vielleicht verständlich im Lichte starker vereitelter Bestrebungen, die zu Angstgefühlen und zur sadistischen Lust am Erleiden von Schmerzen führen. Die chaotische Gegenwart ist ebenfalls voller vereitelter Bestrebungen einer anderen Art, die von den Deutschen auf Grund ihrer historischen Erfahrung gelöst werden, falls sie nicht schnell und positiv erledigt werden. Die praktische Formel dafür ist auf dem Feld der sozialen Umformung zu finden, die die menschlichen Wesen aus den ungesunden Klammern der sozialen Zwangsorganisation befreien soll, wie sie so deutlich unter dem Nationalsozialismus zutage trat....

Eine Anerkennung ihrer Schuld und der Wille zur Wiedergutmachung lassen sich von den Deutschen nicht dadurch erzwingen, daß man ihnen ständig ihre moralische Verworfenheit vor Augen führt. Eine solche Methode verfehlt ihren Zweck vollkommen, wenn ein Arzt mit Jugendkriminalität zu tun hat. Sie wird auch ihren Zweck bei der deutschen ‚Kriminalität' verfehlen. Eine Freisetzung konstruktiver, nicht sadistischer, unvereitelter Impulse in der deutschen Gesellschaft wird eher zu einem inneren Schuldbekenntnis und einer dieser Erkenntnis entsprechenden Handlungsweise führen."

*

Ende November 1946 veröffentlichte Victor *Gollancz*, der Präsident der Organisation *Save Europe Now* in der Wochenzeitschrift *New Statesman and Nation* ein Programm zur Behebung der Notlage in der britischen Zone Deutschlands:

1. Entsendung eines Ministers mit Kabinettsrang in die britische Besatzungszone Deutschlands.
2. Großbritannien muß alles tun, um die Ernährungslage zu verbessern, auch auf Kosten einiger nationaler Opfer.

3. Ein Kohlenmoratorium für wenigstens sechs Monate muß verfügt werden.
4. Gelingt innerhalb eines Monats kein Abkommen mit der Sowjet-Union, sind die Potsdamer Beschlüsse zu kündigen und eine endgültige Liste von abzumontierenden Fabriken ist zu veröffentlichen.
5. Man setze der Entnazifizierung einen baldigen Endtermin.
6. Eine Finanzreform muß unverzüglich erfolgen.
7. Vordringliche Durchführung eines Fünfjahresplanes zum Wiederaufbau der deutschen Industrie auf der breiten Grundlage des Staatsbesitzes bei gleichzeitiger Durchführung eines ausreichenden Importprogramms.
8. Man mache einem erfolglosen totalitären Verhalten ein Ende und versuche es stattdessen mit ein wenig Liberalismus, Demokratie oder Christlichkeit.

Anfang Januar 1947, nach der Rückkehr von einer längeren Reise durch die britische Zone Deutschlands, insbesondere das Ruhrgebiet und die Hamburger Gegend, veröffentlichte Victor Gollancz seine Eindrücke in einem in der Weltöffentlichkeit aufsehenerregenden Buch *In Darkest Germany*. Es enthält Artikel und Briefe, die Mr. Gollancz während und nach seinem Besuch für die Presse schrieb, Informationen über Ernährung, Gesundheitswesen, Wohnungsprobleme, Industrieplanung und andere Gebiete des täglichen Lebens, sowie 144 Photographien, die während seines Besuches in Deutschland gemacht wurden. Gollancz schreibt über Gespräche, die er mit Deutschen führte, deren Wohnungen und Lebensbedingungen er selbst kennenlernte und überprüfte. Das Buch enthält zahlreiche statistische Angaben aus britischen und deutschen Quellen. Gollancz kritisiert das „unkoordinierte Arbeiten einer bürokratischen Maschinerie, die zunehmende Trennung zwischen Berlin und der Zone und vor allem das Fehlen einer Politik in London".

Eine britische Besprechung des Buches von Victor Gollancz in *The Listener's Book Chronicle* vom 30. Januar führte unter anderem aus:

„Mr. Gollancz' Sache beruht nicht auf sentimentalen Gefühlen gegenüber Deutschland, sondern auf einer gesunden Beurteilung der Lage. Es handelt sich bei dem Problem darum, Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen Platz in der Gemeinschaft der Nationen wiederzugewinnen, es aber gleichzeitig daran zu hindern, jemals wieder einen Krieg zu beginnen. Es ist dies ein Problem, das die höchste Staatskunst verlangt. Daß wir in dieser Hinsicht nicht auf dem rechten Wege sind und tatsächlich die Saaten neuen Unheils säen, ist der Grundton seines Buches. Das Zeugnis, das Mr. Gollancz in seinem Buch ablegt, verdient ernsthafteste Beachtung. Die Grundlage für eine Regierung in einer Demokratie, so heißt es, ist eine unterrichtete öffentliche Meinung; niemand kann sich wirklich über das deutsche Problem unterrichtet nennen, der dieses Buch nicht gelesen hat."

*

Das *Internationale Komitee für das Studium europäischer Fragen*, dem unter anderen Lord *Vansittard*, Lord *Brabazon*, Captain *Blackburn* und Mr. A. M. F. *Palmer*, der frühere französische Ministerpräsident Edouard *Herriot* und der frühere dänische Außenminister Christian *Möller* angehören, veröffentlichte im Verlauf der ersten drei Monate des Jahres 1947 mehrere Berichte, die sich mit deutschen Problemen beziehungsweise mit Deutschland betreffenden Angelegenheiten befassen.

Am 26. Januar wurde ein 10 000 Worte umfassendes Dokument veröffentlicht, das einen Überblick über die politische Gesamtlage in Deutschland brachte. In dem Dokument hieß es, Deutschland halte finanzielle und industrielle Guthaben im Werte von Millionen von Pfund Sterling in neutralen Ländern unter dem Deckmantel dort eingetragener Firmen versteckt.

Die *Continental Edition* der *Daily Mail*, die den Inhalt des Dokuments in Auszügen wiedergab, schrieb:

„Dieses Geld würde ausreichen, um die gesamte für die Besatzungszonen Westdeutschlands in den kommenden drei Jahren erforderliche Nahrungsmitteleinfuhr zu decken.

Solange diese Summe der halbverhungerten deutschen Bevölkerung vorenthalten wird, muß Großbritannien im Laufe von drei Jahren zusätzlich zu den normalen Kosten für seine Zone in Deutschland eine Summe von 125 Millionen Pfund ausgeben.

Die Verschiebung deutscher Guthaben ins Ausland wurde schon vor dem Zusammenbruch auf zwei geheimen Nazikonferenzen geplant, am 10. August 1944 in Straßburg und im April 1945 in Basel.

Das Ergebnis war, daß etwa 100 Millionen Pfund allein in Südamerika heimlich angelegt wurden.

In Schweden befinden sich Guthaben in deutscher Hand mit einem Gesamtwert von über 60 Millionen Pfund, und annähernd dieselbe Summe befindet sich in der Schweiz.

Ein Beispiel für diese Art der Tarnung ist der Fall der *Vereinigten Stahlwerke*. Dieser deutsche Konzern hat Kapitalanlagen in schwedischen Konzernen untergebracht, und zwar im folgenden Verhältnis:

Rylander und Asplund (Stockholm), 99 Prozent,
Stora Langviks Gruf (Hedemore), 100 Prozent,
Skandinavska Gruf (Stockholm), 50 Prozent,
Smalands Taberg (Stockholm), 50 Prozent,
Otto Wolf (Stockholm), 100 Prozent,
Stahlunion (Stockholm), 100 Prozent.

Die Alliierten werden vielleicht zwölf Millionen Pfund versteckter deutscher Guthaben aus der Schweiz herausbekommen, aber den recht beträchtlichen Restbetrag werden sie niemals zu fassen bekommen, es sei denn, sie würden auf die ungeheuerliche Idee verfallen, einen Krieg darum zu führen.

Ferner ist eine geheime Nazi-Sabotage-Organisation gegründet worden, deren Zweck es ist, die Alliierten hinters Licht zu führen. Sie kämpft mit der Waffe des passiven Widerstandes gegen die industrielle und landwirtschaftliche Gesundung der Nation und verfolgt damit zwei Ziele:

1.) das Land in einen solchen Zustand des Chaos und Elends zu stürzen, daß die Schuld dafür von der Masse des deutschen Volkes den Alliierten in die Schuhe geschoben wird, und
2.) die Arbeit der alliierten Verwaltungsbehörden dermaßen zu stören, daß die Alliierten gezwungen sind, immer größere Gebiete der Verwaltung wieder den Deutschen zu übertragen.

Die Saboteure sind in Blockwachten organisiert, und es gehört zu ihren Aufgaben, die Entnazifizierung zu hindern und zu durchkreuzen, ihre deutschen Volksgenossen zu bespitzeln und den Geist des Nationalismus durch Drohungen und Einschüchterung lebendig zu erhalten.

Bergleute werden veranlaßt, der Arbeit fernzubleiben, so daß die Arbeitsausfälle auf 25 Prozent angestiegen sind, oder ihre Arbeitsplätze ganz zu verlassen, nachdem sie Löhnung und Zusatzrationen empfangen haben.

Bauern und Landwirte werden aufgefordert, ihre Produkte zurückzuhalten und nicht in die Städte zu liefern. Der halbverhungerten Stadtbevölkerung wird gesagt, die Knappheit sei darauf zurückzuführen, daß Nahrungsmittel nach Großbritannien geschickt werden.

Dadurch soll zu gegebener Zeit, wenn die Alliierten die Bildung einer deutschen Regierung zugelassen und die Besatzungstruppen ganz oder zum größten Teil zurückgezogen haben, erreicht werden, daß das von Deutschen gelenkte Deutschland mit Hilfe der jetzt noch in neutralen Ländern verborgen gehaltenen Mittel wieder zu einem starken, aggressiven Land gemacht wird."

Am 2. Februar berichtete die gleiche englische Zeitung über ein zweites Dokument:

„Das *Internationale Komitee für das Studium europäischer Fragen*, das in der vergangenen Woche einen warnenden Hinweis auf die Bildung einer neuen Naziorganisation in Deutschland veröffentlichte und Einzelangaben über Naziguthaben im Ausland machte, gab am 2. Februar 1947 ein weiteres Dokument heraus, das eine Antwort auf Dementis zu den ursprünglichen Behauptungen darstellt.

Das Komitee erklärt, daß es nicht nur in den deutschen Großstädten Zellen einer Nazi-Untergrundbewegung gäbe, sondern auch in den Kleinstädten.

Auf Ersuchen der Alliierten Mächte veranlaßte die argentinische Regierung am 24. Januar durch einen Erlaß die Übernahme von sechzig deutschen Konzernen im Werte von 90 Millionen Dollar.

‚Wenn man in Betracht zieht, daß es in Argentinien mehrere hundert deutsche Konzerne gibt, so erscheint die Summe von 400 bis 500 Millionen Dollar, die von dem Komitee als schätzungsweiser Wert des deutschen Kapitals in Argentinien angegeben wurde, nicht übertrieben,' heißt es in der Erklärung.

Diese deutschen Guthaben werden nicht an die ehemaligen Alliierten Mächte ausgehändigt, die die Ausgaben für den Ankauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für Deutschland zu tragen haben.

In Beantwortung des in der vergangenen Woche veröffentlichten Dokuments hat die amerikanische Militärregierung in Deutschland erklärt, daß die alliierten Behörden jedes Wiedererwachen des Nazismus im öffentlichen Leben Deutschlands genau beobachten und aktiv dagegen einschreiten.

Aber in einer Zeitspanne von zwei Monaten stellte sich heraus, daß der Ministerpräsident von Württemberg, Reinhold Maier, und der Präsident der Christlich-Sozialen Partei in Bayern, Dr. Müller, gefährliche Nazis gewesen waren.

‚Wir wissen aus unseren eigenen Quellen, was vor sich geht,' sagte Dr. Borel, der Generalsekretär des Komitees. ‚Die Informationen werden in London gesammelt und geprüft. Entsteht eine gefährliche Situation, so arbeiten wir einen Sonderbericht für die alliierten Regierungschefs aus, und diese geben ihn gelegentlich zur Veröffentlichung durch die Presse frei'."

Am 15. Februar 1947 veröffentlichte das „Internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen" den zweiten Teil des im Januar herausgegebenen Berichtes. In diesem Dokument wurde der geplante Anteil Deutschlands am Wiederaufbau der zerschlagenen Wirtschaftssysteme der alliierten Länder umrissen. Die *Daily Mail* vom 16. Februar 1947 gab das Dokument wie folgt wieder:

„Es erscheint heute wichtig, eine Verteilung der Arbeitskräfte in Europa zu planen, durch die die Wiederherstellung aller Länder gefördert wird", erklärt das Komitee.

„Es liegt auf der Hand, daß ein weiteres Zurückhalten der Kriegsgefangenen nicht in Frage kommt, aber man sollte die Möglichkeit prüfen, sie als freie Arbeiter unter den gleichen Bedingungen zu beschäftigen wie die Arbeiter des Landes, in dem sie arbeiten sollen."

In dem Bericht wird vorgeschlagen, daß ein Teil der Löhne als Reparationen verwendet werden sollte, und er erläutert diesen Vorschlag an dem Beispiel eines Deutschen, der in Frankreich Arbeit leistet, für die ein französischer Arbeiter täglich 100 Franken gezahlt bekäme.

Der Deutsche würde von seinem Arbeitgeber 70 Franken bekommen, und die restlichen 30 Franken wären von dem Arbeitgeber der französischen Regierung auszuzahlen, die die Hälfte davon als Reparationsleistung verwenden und die andere Hälfte der deutschen Regierung für Ankäufe in Frankreich zur Verfügung stellen würde.

Um dem deutschen Arbeiter seinen Gesamtlohn zukommen zu lassen, würde die deutsche Regierung ihm in Deutschland den Gegenwert von 30 Franken in Mark vergüten.

„Nur ein solches System wird die Entnazifizierung Deutschlands wirklich möglich machen", heißt es in dem Bericht.

„Nur im freien Zusammenleben mit ihren Arbeitsgenossen in den Nachbarländern und durch die Kenntnis der Lebensgewohn-
Massen eine europäische Gesinnung erwerben."
heiten und Einrichtungen dieser Länder können die deutschen

In dem Bericht heißt es, Deutschland könne beim Wiederaufbau Europas helfen: erstens mit Arbeitskräften, zweitens durch die Ausfuhr von Rohstoffen, hauptsächlich Kohle, und drittens durch die Ausfuhr von Fertigwaren.

„Das damit angestrebte Ziel ist nicht so sehr eine Industrialisierung Deutschlands, sondern Deutschland in erster Linie zu einem industriellen Exporteur von Rohstoffen und in zweiter Linie zum Hersteller von Fertigwaren zu machen. Deutschland ist reich an Rohstoffen, Kohle, Koks, Nutzholz, Kartoffeln und so weiter, die für das Wirtschaftsleben seiner Nachbarn unentbehrlich sind."

Der Bericht fährt fort: „Die folgenden Klauseln sind von besonderer Bedeutung für die Vermeidung eines zukünftigen Krieges:

Es soll Deutschland auf lange Zeit hinaus nicht erlaubt werden, andere Transportmittel für den Personen-, Fracht- und Postverkehr zu besitzen oder zu entwickeln als solche, die für den Bodentransport benutzt werden. Es soll Deutschland nicht gestattet sein, ohne Genehmigung der Alliierten Mächte irgendwelche Kraftquellen — Kohle, Elektrizität, Benzin oder Wasser — in Benutzung zu nehmen außer denen, die es schon vor 1939 ausnutzte.

Es sollte eine wissenschaftliche alliierte Kontrollkommission errichtet werden. Man muß bedenken, daß Deutschland wahrscheinlich nicht versuchen wird, sich den Folgen der Niederlage durch aktiven Widerstand oder durch eine Überraschungsaktion zu entziehen. Es wird vielmehr zunächst nach wirtschaftlicher Freiheit und Wiederherstellung seiner industriellen Macht streben, die das Vorspiel einer späteren politischen Befreiung wären.

Die Frage einer Einschränkung des deutschen Industriepotentials bleibt daher ein Grundfaktor im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens."

Am 2. März 1947 überreichte der Generalsekretär des Komitees, Dr. Robert *Borel,* der Presse einen weiteren Bericht, der den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Norwegens, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union zugestellt wurde.

Dr. Borel äußerte, wie die *Basler Nachrichten* vom 3. März 1947 schreiben, anläßlich der Übergabe des Berichtes an die Presse:

„Wie wir vor dem letzten Krieg eine Fünfte Kolonne hatten, so werden wir wahrscheinlich vor dem nächsten Krieg eine Vorkriegssabotage gegen die Gesundheit von Mensch und Tier erleben, die Ausstreuung von Erregern epidemischer Krankheiten, wie zum Beispiel Diphtherie und Typhus, die Vernichtung von Saatgut und Vegetation und des Tierbestandes durch Maul- und Klauenseuche sind möglich. Wir kennen einen Mann, der nicht Deutscher ist, aber Deutsch spricht und in der nationalsozialistischen Untergrundbewegung mitmacht, der uns von dieser geheimen und geräuschlosen Waffe, die bereits hergestellt wird, erzählte. Es ist möglich, behauptete dieser Mann, daß Personen mit Regenschirm und Handköfferchen diese Bazillenwaffe mit sich tragen und sie in Pulverform in den Untergrundbahnen und anderen Verkehrsmitteln verbreiten können."

Die Basler Nachrichten berichteten weiter:

„Dr. Borel glaubt immerhin, daß es von seiten der Nationalsozialisten heute noch Bluff sei, wenn sie derlei Dinge behaupten. Zur Zeit seien sie noch nicht vorbereitet. Nach der Darstellung Borels ist immerhin die Ausdehnung der nationalsozialistischen Untergrundbewegung bereits beängstigend. Bis jetzt seien nur 800 Teilnehmer der Untergrundbewegung verhaftet; sie umfasse aber Tausende von Deutschen und von Mitarbeitern in anderen Ländern und bestehe in der Hauptsache aus SS-Leuten."

*

Im Herbst 1946 besuchten mehrere britische Bischöfe Deutschland. Der *Bischof von Chichester,* Dr. G. K. *Bell,* erklärte nach seiner Rückkehr nach Großbritannien am 30. Oktober 1946:

„Die Bevölkerung Englands, die an die christlichen Werte glaubt, hat die große Aufgabe, mit den Christen, Idealisten und allen Menschen in Deutschland, die sich zur Humanität bekennen, zusammenzuarbeiten."

Der *Erzbischof von York,* Dr. Cyril *Garbett,* sagte am 6. November 1946 in einer Rede in Liverpool:

„Überall in Deutschland herrscht eine Verzweiflungsstimmung, die nur durch Beschlüsse über die Zukunft überwunden werden kann. Bevor nicht die Industrie in Gang gesetzt wird, werden Not und Elend herrschen. Aus diesem Grunde muß Deutschland mehr Kohle belassen werden, selbst wenn Frankreich dadurch weniger erhielte. Es gibt zwei überzeugende Gründe, die dagegen sprechen, daß Deutschland in einen Zustand äußerster Hilflosigkeit verfallen darf. Der dauernde Ruin Deutschlands würde eine dauernde Verarmung Europas zur Folge haben. Europa kann es sich aber nicht erlauben, ein gigantisches Elendsviertel in seiner Mitte zu dulden. Die europäische Zukunft hängt weitgehend von einer Gesundung Deutschlands ab, nicht von seiner Wiederherstellung als bewaffnete Nation, sondern von Deutschlands Beitrag zur Landwirtschaft, Industrie, Forschung und Kultur der Menschheit."

Am 10. November 1946 erklärte der *Bischof von Chichester* in einer Predigt in Cambridge:

„Die Entmilitarisierung Deutschlands allein genügt nicht, mehr Freiheit ist zum Wiederaufbau Deutschlands notwendig. Was wahrhaft nottut, ist eine Befreiung von der geistigen und körperlichen Lähmung, die das deutsche Volk ergriffen hat, und diese Befreiung kann nur durch einen positiven Kurs erfolgen. Wenn die Nation ihren Teil zu ihrem eigenen Wiederaufbau beitragen soll, ist eine viel größere materielle Freiheit für Deutschland notwendig."

*

Ende November 1946 erschien in der amerikanischen Zeitung *PM* ein Interview des britischen Staatsministers *Hynd,* in dem von der Ausarbeitung eines Fünfjahresplanes für die britische Zone gesprochen wurde. Die amerikanische Zeitung schrieb, daß tatsächlich drei verschiedene Pläne ausgearbeitet worden seien.

In dem Interview erklärte Hynd, der erste Entwurf befasse sich damit, was eintreten würde, wenn das gegenwärtige System in Deutschland beibehalten würde. Nach amerikanischer Ansicht war für diesen Entwurf nur wenig Aussicht auf Annahme vorhanden. In dem zweiten Entwurf wurden die Ergebnisse geschildert, die zu erwarten seien, wenn der Ernährungsstand so weit gehoben werde, daß die größtmögliche Ausfuhr erreicht werde. Dieser Entwurf betont die besondere Entlastung des britischen Steuerzahlers. Nach amerikanischer Auffassung bestand noch im Sommer 1946 die sehr bestimmte Forderung auf Entlastung des britischen Steuerzahlers; im November 1946, kurz vor der Verwirklichung des Zonenzusammenschlusses, dagegen habe die öffentliche Meinung in Großbritannien dringendere Forderungen erkannt. Der dritte Entwurf soll dem Hynd-Interview zufolge Deutschland die Möglichkeit geben, genügend Waren und Güter für sich selbst zu produzieren und Überschüsse auszuführen. Die amerikanischen Blätter schrieben Ende November, daß sich in Großbritannien die Stimmung in zunehmendem Maße für eine Politik des Wiederaufbaus anstatt einer Politik der Rache entwickele. Seit dem Frühjahr habe ein deutlicher Umschwung der öffentlichen Meinung in dieser Richtung stattgefunden und die Engländer würden allmählich erkennen, daß ein zufriedenes Deutschland die einzige Garantie für den Frieden in Westeuropa sei.

*

Am 23. Januar meldete die Nachrichtenagentur *United Press* aus London, daß der Entwurf des britischen Friedensstatuts für Deutschland fertiggestellt sei:

„Nach dem britischen Plan sollte die verfassungsmäßige Organisation des zukünftigen deutschen Staates die Extremlösungen sowohl eines lockeren Staatenbundes als auch einer völligen Zentralisation vermeiden.

Die Zentralregierung würde demnach aus zwei Kammern bestehen, von denen die eine aus Volkswahlen hervorgehen sollte, während die andere die verschiedenen Staaten repräsentieren und somit ein Senat sein würde, der in gewissen Fragen allgemein maßgeblich wäre.

Der Plan sieht ein vollständiges und dauerndes Verbot der Produktion von Kriegsmaterial im weitesten Sinne des Wortes vor. Deutschland sollte außerdem baldmöglichst in wirtschaftlicher und ernährungstechnischer Hinsicht Selbstversorger werden. Deutschland wird weiterhin elf Millionen Tonnen Stahl im Jahr produzieren dürfen, wobei die Stahlproduktion als Maßstab für die anderen Zweige der deutschen Industrie dienen soll. Der Plan sieht auch die Verstaatlichung der Ruhr-Industrie vor, die ‚durch das deutsche Volk in Besitz und Betrieb gehalten werden' soll.

In Bezug auf die Grenzfragen soll über die Saar als Ausgleich für die Reparationen an Frankreich mit diesem Lande verhandelt werden. Hingegen sollen das Rheinland und die Ruhr bei Deutschland bleiben. Hinsichtlich der Ostgrenzen Deutschlands soll Großbritannien nach diesem Plan die Absicht haben, von Polen Garantien für die weitere Entwicklung der ehemals deutschen Gebiete zu verlangen, bevor es die neuen Grenzen anerkennt."

*

Nach der Veröffentlichung des französischen Ruhr-Memorandums am 1. Februar 1947 brachte die britische Presse eine Zusammenstellung der Grundzüge der britischen Haltung in der Ruhrfrage. Über dieses Thema waren von der Weltpresse zahlreiche Mutmaßungen angestellt worden. Die am 6. Februar in London von *Reuter* verbreitete Version über die britischen Ruhrpläne entsprach im allgemeinen der bereits am 3. November 1946 von der amerikanischen Zeitung PM in aller Ausführlichkeit veröffentlichten Auffassung über die britischen Pläne für das Ruhrgebiet.

Der von der britischen Presse veröffentlichte Reuterbericht enthielt folgende Punkte:

„1.) Das Ruhrgebiet soll ein Teil des Bundesstaates Deutschland werden und das Herz des neuen Staates Rheinland-Westfalen bilden.

2.) Kohlengruben und Stahlwerke der Ruhr sollen als Staatseigentum an eine deutsche Zentralregierung übergeben und so bald wie möglich bis zur Bildung einer deutschen Zentralregierung in eine deutsche Treuhänderschaft der öffentlichen Hand übergeleitet werden.

3.) Die tatsächliche Verwaltung der Industrien soll in deutschen Händen liegen. Produktion und Verteilung sollen durch eine internationale Ruhr-Behörde kontrolliert werden. Diese soll die nötigen Kontrollbefugnisse erhalten, um im Fall von Obstruktionen über Notmaßnahmen entscheiden zu können, die ein direktes Eingreifen in die Leitung und einen Wechsel im Personal der Ruhr-Verwaltung gestatten.

4.) Die internationale Ruhr-Behörde soll von allen westlichen Besatzungsmächten und daran interessierten Nachbarstaaten wie Holland und Belgien gebildet werden. Die Sowjet-Union und möglicherweise andere östliche Verbündete sollen eingeladen werden, auf der Basis der Gegenseitigkeit teilzunehmen. Deutschland soll eventuell in das Amt mitaufgenommen werden.

5.) Die Macht der internationalen Ruhr-Behörde soll durch den dauernden Aufenthalt einer internationalen Ruhr-Streitmacht verstärkt werden, die nach der Beendigung der allgemeinen Besetzung Deutschlands einzusetzen ist. Diese Streitkraft soll gering an Zahl, aber stark mechanisiert sein, ihren Standort im Ruhrgebiet haben und aus Truppen der Westmächte bestehen."

Die amerikanischen Pläne

I. Amtliche Stellungnahmen zum deutschen Problem

Die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland wurde am 6. September 1946 durch Außenminister *Byrnes* in einer richtungweisenden Rede in Stuttgart und in einer wenig später folgenden Rede im Amerikanischen Klub in Paris definiert (vgl. Europa-Archiv I/261—266). Diese Politik, die die Aufgabe der Vereinigten Staaten in Europa betont, fand auch durch den Rücktritt des bisherigen Außenministers Byrnes keine Änderung. Der neue Außenminister, George Catlet *Marshall*, hat wiederholt erklärt, die von Byrnes gesetzten Ziele der amerikanischen Außenpolitik seien auch für ihn bindend.

Neben diesen Zielsetzungen der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Deutschland sind im Verlauf des letzten halben Jahres von amtlicher Seite und auch von führenden amerikanischen Persönlichkeiten und von der Presse Erklärungen und Stellungnahmen abgegeben worden, die, insgesamt betrachtet, ein Bild nicht nur der augenblicklichen amerikanischen Politik gegenüber Deutschland aufzeigen, sondern auch die ferneren Absichten der Vereinigten Staaten in Deutschland, ja in ganz Europa kennzeichnen.

*

Im Herbst 1946 gab das amerikanische Außenministerium im Rahmen der Dokumentenserie „Grundzüge der Außenpolitik" eine Veröffentlichung heraus, die sich mit der Besatzungspolitik befaßt. In diesem amtlichen Dokument 2627 des amerikanischen Außenministeriums hieß es hinsichtlich Deutschlands:

„Das Endziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist ein auf politischer Stabilität, wirtschaftlichem Fortschritt und sozialem Aufstieg begründeter Frieden in allen Teilen der Welt. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten beruht auf Zusammenarbeit mit anderen Nationen, und zwar durch die Vereinten Nationen und die ihnen angeschlossenen internationalen Einrichtungen sowie durch gegenseitige Abkommen mit anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten können Beziehungen zu Deutschland und Japan nicht durch die Vereinten Nationen oder durch andere normale Methoden unterhalten. Deutschland hat keine Regierung, und die japanische Regierung untersteht noch der Beaufsichtigung, um sich in der Demokratie unterweisen zu lassen. Die Vereinigten Staaten und die anderen Mächte verfolgen ihre außenpolitischen Ziele in Bezug auf Deutschland und Japan durch die Besetzung. Wie Präsident *Truman* am Flottentag, dem 27. Oktober 1945, erklärte, ist es die Absicht der Vereinigten Staaten, daß ‚wir durch gemeinsame Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit unseren Kriegsverbündeten den besiegten Feind-

staaten helfen werden, friedliche demokratische Regierungen ihrer eigenen freien Wahl zu errichten. Und wir werden versuchen, die Welt so einzurichten, daß Nazismus, Faschismus und militärische Aggression in ihr nicht bestehen können...'.

Die Richtlinien, die den Maßnahmen der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten in Deutschland zugrunde liegen, gehen aus zwei sich ergänzenden Dokumenten hervor:

1. der Direktive JCS — 1067*) der Vereinigten Stabschefs, die im April 1945 an den Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Europa herausgegeben wurde und die Richtlinien der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland für das Anfangsstadium nach der Niederlage festlegt;
2. dem Dreimächtebericht, der am 2. August 1945 in Potsdam von den Führern der Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjet-Union herausgegeben wurde und die langfristigen Richtlinien darlegt, nach denen Deutschland zu regieren sein wird.
(Vgl. Europa-Archiv I/215—220.)

Im Rahmen dieser Dokumente formuliert der Koordinierungsausschuß des Außen-, Kriegs- und Marineministeriums (SWNCC) Einzelanweisungen für die von den amerikanischen Befehlshabern in Deutschland durchzuführende Politik." (Vgl. Europa-Archiv I/400.)

*

In dem ebenfalls im Herbst 1946 vom amerikanischen Außenministerium herausgegebenen Heft Nr. 11 der *„Foreign Affairs Outlines"* wurden die Ziele der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland genannt:

„1.) Ein Deutschland, mit dem andere Nationen zusammenleben können

Deutschland hat 13 Jahre lang unter der korrupten Naziherrschaft gestanden. Davor lagen Jahrhunderte des Militarismus, der dem Gehorsam und der Machtbegierde Vorschub leistete. Dennoch besitzen die Deutschen große Gaben auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, und in den letzten Jahren hatten sie ihr Land zum industriellen und technischen Zentrum Europas gemacht. Als Volk sind sie fruchtbar, energisch, fähig und strebsam und daher auf die Dauer eine Macht, mit der man zum Guten oder zum Bösen rechnen muß.

2.) Eine Welt, in der es sich zu leben lohnt

Das deutsche Problem muß gelöst werden als Teil eines größeren Problems, das die Beziehungen der Großmächte untereinander und die wirksame Organisation der Gemeinschaft der Nationen für Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit umfaßt.

(a) Die alliierten Länder haben Ansprüche auf Sicherheit, Wiedergutmachung und Wiederaufbau. Ausgehungerte und verwüstete Gebiete in Asien und in Europa schreien nach Linderung der Not.

(b) Die deutsche Wirtschaft war ein Teil des europäischen Systems der Warenerzeugung und des Warentausches, und das europäische System war ein Teil des Weltsystems. Der Wohlstand der Welt hängt davon ab, daß diese Systeme wieder in Gang gebracht werden.

(c) Die Besetzung Deutschlands ist ein gemeinsames Unternehmen, in das sich die vier Mächte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Sowjet-Union und Frankreich, teilen. Sie stimmen natürlich in ihren Ansichten in einigen Punkten überein und in anderen nicht. In der Besetzung spiegeln sich daher die verschlungenen Wechselwirkungen zwischen diesen Mächten in ihren Versuchen, zu einer Friedensregelung zu kommen, die Organisation der Vereinten Nationen in Gang zu bringen und die Nachkriegswelt im allgemeinen zu formen....

Welches ist unsere Politik?

Die Hauptlinien sind einfach und liegen fest.

Entmilitarisierung

Diese bedeutet, daß in Deutschland die Mittel und die Neigung zu einer Wiederholung der Angriffskriege von 1870, 1914 und 1939 auszurotten sind. Sie umfaßt die Auflösung der Streitkräfte einschließlich des deutschen Generalstabes, die Verschrottung des Rüstungsmaterials, die Ausschaltung der Wiederaufrüstungskapazität und die Entfernung der nazistisch-militaristischen Einzelpersonen und Einrichtungen aus dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Wiedergutmachung

Diese bedeutet Wiedergutmachungsleistungen an die Länder, die unter der Nazi-Aggression gelitten haben, durch die Aushändigung deutscher Industrieanlagen und Auslandsguthaben.

Demokratisierung

Diese bedeutet die Erzeugung des Willens zur Demokratie im deutschen Volke, mit dem es sich zukünftigen Versuchen zur Wiedererrichtung einer Tyrannenherrschaft widersetzen und eine Regierungsform und ein Gesellschaftssystem errichten wird, die es zur Aufnahme in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen berechtigen. Die Demokratisierung läßt sich nicht von der Entmilitarisierung trennen, da das Übel des Militarismus in den meisten Fällen nicht ausgetrieben werden kann, wenn nicht ein gesundes Prinzip an seine Stelle tritt. In der ersten Zeit der Besetzung lag die Betonung hauptsächlich auf der Entmilitarisierung, jetzt verlagert sie sich immer mehr auf die Demokratisierung. (Es ist offensichtlich, daß in den verschiedenen Zonen die unterschiedliche Auslegung der Begriffe ‚Demokratie', ‚demokratische Prinzipien' und so weiter die entsprechenden Auswirkungen auf die Entwicklung hat.)

Demokratie autodidaktisch

Die größte Schwierigkeit bei der Umerziehung der Deutschen ist es, daß sie sie selbst durchführen müssen. Das ist fast so, wie wenn jemand versuchen sollte, sich an seinen eigenen Schnürsenkeln hochzuziehen, denn der größte Teil der guten Demokraten — von denen es niemals viele in Deutschland gegeben hat — ist außer Landes gegangen oder von den Nazis umgebracht worden. Dennoch kann offensichtlich kein Fremder, und vor allem kein militärischer Eroberer, ein Volk zwingen, an etwas zu glauben. Wir sind also durch die Umstände gezwungen, die Rolle des geduldigen Helfers zu spielen, günstige Zustände zu schaffen, soweit es uns möglich ist, die besten Führer ausfindig zu machen, bis die Deutschen selber in der Lage sind, sich ihre eigenen Führer zu suchen, den demokratischeren Elementen Material und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen und auf überzeugende Ergebnisse zu warten, so lange das auch dauern mag.

Ernährung

Die Demokratie hat schlechte Aussichten auf Erfolg, solange die Magen leer sind. Die Welternährungskrise hat daher unsere Aussichten, die in Deutschland gesteckten Ziele zu erreichen, ernstlich beeinträchtigt. Deutschland ist schon seit langer Zeit landwirtschaftlich kein Selbstversorger mehr gewesen und ist es jetzt nach dem Verlust der Ostgebiete noch weniger. Solange der Potsdamer Beschluß, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu betrachten und die gleichmäßige Verteilung aller wichtigen Güter auf die verschiedenen Zonen durchzuführen, nicht verwirklicht wird, haben die Westzonen keinen Zugang zu den normalen Versorgungsquellen aus der östlichen (Sowjet-) Zone. Größere Mengen von Nahrungsmitteln mußten daher für die Westzonen eingeführt werden, aber dieser Einfuhr mußte eine Grenze gesetzt werden wegen der gleichzeitigen Ansprüche anderer Mangelgebiete und besonders wegen der Ansprüche der alliierten und befreiten Länder, denen der Vorrang zusteht. Eine Ergänzung zu diesem Programm sind die Arbeit des *Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany* und die kürzlich getroffene Anordnung, daß Einzelpersonen Nahrungsmittelpakete verschicken dürfen. Gleichzeitig wird die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland, die durch den Mangel an Düngemitteln und Geräten ernstlich beeinträchtigt ist, so schnell wie möglich gesteigert.

Kohle und Rohmaterialien

Kohle ist das Hauptproblem für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und steht an Bedeutung an zweiter Stelle nach den Rohmaterialien. Der Wiederbelebung der deutschen Kohlenproduktion wird daher die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und es werden Mittel und Wege zur Finanzierung der notwendigen Materialimporte gesucht.

Wirtschaftseinheit

Ein wesentlicher Punkt des Potsdamer Abkommens ist die Bedingung, daß Deutschland als eine Wirtschaftseinheit zu behandeln ist und daß zentrale Verwaltungsabteilungen zu bilden sind, die für einzelne Gebiete wie Transportwesen, Finanzen, Ausfuhr und Einfuhr verantwortlich sein würden. Dies stand nicht im Widerspruch zu der allgemeinen Politik der politischen und wirtschaftlichen Dezentralisation. Es war nur ein Vorschlag zur Errichtung der unerläßlichsten Verwaltungsstruktur, die alle modernen Industrieländer haben müssen. Der Zweck des Planes war es, durch eine bessere Ausnutzung deutscher Hilfsquellen Geld zu sparen und die möglichen Einfuhrdefizite gleichmäßig zu verteilen und eine radikale Aufspaltung Deutschlands, die zu einem allgemeinen Zerfall Europas in feindliche Blocks im Osten und Westen

*) Diese an den Armeegeneral Dwight D. *Eisenhower* erlassene Richtlinie wurde in Auszügen am 18. Oktober 1945 veröffentlicht. Die Richtlinie ist in der Zwischenzeit laufend ergänzt worden. Sie bildet auch heute noch das grundlegende Dokument für die amerikanische Politik in Deutschland.

führen könnte, zu vermeiden. Ein Jahr nach Potsdam jedoch ist dieser Teil des Abkommens noch nicht durchgeführt worden. Entsprechende Maßnahmen durch den Kontrollrat sind von den Franzosen und den Sowjets verhindert worden, die ihre Zustimmung davon abhängig machten, daß zunächst die Ruhr-Rheinland-Frage und die Frage der Reparationslieferungen bearbeitet würden. Das Ergebnis war, daß der Wiederaufstieg einer lebensfähigen deutschen Wirtschaft aufgehalten wurde und der amerikanische Befehlshaber schließlich die Reparationslieferungen aus seiner Zone aufhob, bis eine Lösung des Problems gefunden wurde, da das ganze Programm für ein einheitliches Wirtschaftssystem vorgesehen war. Die Bemühungen des amerikanischen Außenministers auf den Zusammenkünften des Außenministerrates in Paris im Mai und Juli, ein Abkommen zur Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Wirtschaftseinheit herbeizuführen, schlugen fehl. Daraufhin verkündigte der amerikanische Außenminister am 11. Juli 1946, daß General *McNarney*, der Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Deutschland, Anweisungen erhalten würde, mit den Befehlshabern einer oder mehrerer anderer Zonen Maßnahmen für die wirtschaftliche Vereinigung der entsprechenden Zonen zu vereinbaren, die bis zum Abschluß eines Viermächteabkommens zur Behandlung ganz Deutschlands als Wirtschaftseinheit gültig sein würden. Selbst wenn eine Einigung über ein vollkommen vereinheitlichtes System zur Lenkung des deutschen Wirtschaftswesens nicht erreicht werden kann, sind die Vereinigten Staaten entschlossen, die Einheitlichkeit so weit wie möglich zu fördern.

Alliierte Zusammenarbeit

Die ursprüngliche Einteilung des besetzten Deutschlands in vier Zonen und die Bildung eines Kontrollrats, der nur einstimmige Beschlüsse aller vier Mitglieder fassen kann, waren die direkte Folge der Tatsache, daß vier Verbündete maßgebend an der Besiegung des gemeinsamen Feindes beteiligt waren und daß Deutschland zur Zeit seiner Niederlage von Streitkräften aller vier Mächte besetzt war. Das Ausmaß der außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich in der Zusammenarbeit der vier Mächte bei der Kontrolle Deutschlands ergaben, ist von der Regierung niemals vertuscht worden. Sie hat jedoch immer noch an der Hoffnung festgehalten, daß trotz dieser Schwierigkeiten eine Übereinstimmung erzielt werden könne. Im ganzen hat der Kontrollrat in mancher Hinsicht besser funktioniert, als man erwartete. Die Hauptschwierigkeiten, die noch immer nicht gelöst sind, wie zum Beispiel die abweichenden Auslegungen von schon früher abgeschlossenen Übereinkommen, sind mehr grundsätzlicher Natur, insofern, als sich in ihnen zweifellos eine sehr unterschiedliche Zielsetzung seitens der vier verschiedenen Regierungen spiegelt.

Auf weite Sicht

Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, ihren vollen Anteil an der Erreichung der in Potsdam gesteckten Ziele zu nehmen. Um die anderen Partner an dieser Aufgabe von den ernsten Absichten der Vereinigten Staaten zu überzeugen, hat der amerikanische Außenminister einen Viermächtevertrag für die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands auf die Dauer von 25 Jahren vorgeschlagen und hat angedeutet, daß er einer Verlängerung des Vertrages auf 40 Jahre zustimmen würde, wenn die anderen Mächte dies wünschten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält es für sehr wichtig, daß ein Übereinkommen über die Wirtschaftseinheit, die endgültigen Grenzen und die politische Struktur Deutschlands erzielt wird und damit die Grundlagen für die Errichtung einer von Deutschen gelenkten Regierung in Deutschland gelegt werden. Sobald dieses geschehen ist, würden die Alliierten in der Lage sein, einen Friedensvertrag mit der deutschen Regierung zu unterzeichnen, der alle von den Alliierten beschlossenen langfristigen Kontrollmaßnahmen zu umfassen hätte. Der amerikanische Außenminister hat vor dem Außenministerrat in Paris darauf gedrängt, daß baldige Maßnahmen in dieser Richtung getroffen werden, damit unter den Großmächten Einigkeit erzielt würde über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und über die Einpassung Deutschlands in das europäische System. In Paris wurde in dieser Hinsicht kein Fortschritt erzielt, aber es muß eine Antwort auf diese Fragen gefunden werden, und eine weitere Zusammenkunft des Außenministerrats zur Besprechung des deutschen Problems soll anschließend an die Herbstsitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfinden. Die Beantwortung dieser Fragen ist eine Vorbedingung dafür, daß den Deutschen Gelegenheit gegeben werde, selber die erforderlichen Anstrengungen zu machen, ‚die es ihnen schließlich ermöglichen werden, ihren Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen'."

*

Im November 1946 wurde von der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland ein umfangreicher Bericht *A Year of Potsdam* veröffentlicht. Dieses von Arthur *Settel, OMGUS Economic Division, PR,* herausgegebene Dokument, das in deutscher Übersetzung als Sonderheft des Europa-Archivs veröffentlicht wurde, behandelte ausführlich die wirtschaftliche Entwicklung der amerikanischen Zone in Deutschland im Verlauf eines Jahres, das durch das Potsdamer Abkommen bestimmt wurde.

In dem von Brigadegeneral William H. *Draper* jr., dem Direktor der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung und jetzigen Wirtschaftsberater des Chefs der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, General Lucius D. *Clay*, geschriebenen Vorwort hieß es unter anderem:

„Es ist klar, worum es geht. Wenn Deutschland sich selbst erhalten soll, muß das Potsdamer Abkommen in Kraft treten. Die Zukunft der Saar und der Ruhr muß endgültig entschieden werden, und etwa notwendige Veränderungen des Reparationsplanes müssen vorgenommen werden. In Zukunft muß Deutschland eine wirtschaftliche Einheit sein dürfen, sonst ist es klar, daß der Reparationsplan und die industrielle Abrüstung Deutschlands nicht in der Form in Kraft treten können, wie sie jetzt vorgesehen sind, weil die Zonen nicht getrennt existieren können, wenn so viel Industrie entfernt wird. Deshalb hat die amerikanische Militärregierung den übrigen Besatzungsmächten vorgeschlagen, daß nur die als erste Rate bezeichneten Reparationswerke demontiert werden sollen, bis die Lage geklärt ist. Die Haltung der Vereinigten Staaten zur Reparationsfrage hat sich nicht geändert. Wenn die Grenzen des zukünftigen Deutschlands festgelegt sind und wenn es wieder eine Einheit geworden ist, kann die industrielle Abrüstung weiter fortschreiten und ein wesentlicher Teil der deutschen Werke, Maschinen und Ausrüstungen kann als Reparation in die Länder gehen, die Deutschland ausgeplündert hat.

Ein Jahr Potsdam hat klargemacht, worum es geht. Potsdam muß ganz durchgeführt oder es muß überprüft werden."

A Year of Potsdam bringt zu Anfang einen Auszug aus der Richtlinie JCS — 1067 vom April 1945 an General Dwight D. *Eisenhower*. Er lautet:

„Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erfüllung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem schließlichen Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

Es ist das Ziel der Alliierten, das Reparations- und Rückerstattungsprogramm durchzuführen, den durch den Naziangriff verwüsteten Ländern zu helfen und dafür Sorge zu tragen, daß die Kriegsgefangenen und Verschleppten der Vereinten Nationen betreut und in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Leiden und Chaos unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst verschuldet haben.

Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Ziele in die Tat umzusetzen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Vertretern und der Bevölkerung muß streng vermieden werden."

*

Ein bedeutsamer Schritt hinsichtlich der Haltung der amerikanischen Besatzungstruppen gegenüber dem deutschen Volk erfolgte Anfang Dezember 1946. Das amtliche Blatt der amerikanischen Streitkräfte in Europa, der *Occupation Chronicle*, erklärte am 4. Dezember auf Grund von Informationen aus dem amerikanischen Hauptquartier, daß „in der Zukunft die amerikanischen Soldaten in Deutschland Anweisung erhalten werden, alles zu tun, um den Deutschen beim Wiederaufbau ihres Landes und ihrer Wirtschaft zu helfen." Die *New York Herald Tribune* schrieb am 6. Dezember 1946, daß die während des Krieges festgelegte Po-

litik der „Zurückhaltung" am 4. Dezember ihren Abschluß gefunden habe. Das Blatt berichtete weiter, daß die Filme „Die Todesmühlen" und „Dies ist Deutschland" sowie alle Handbücher, die geeignet sind, Haß gegen Deutschland hervorzurufen, von der Zirkulation in der Armee zurückgezogen werden sollen.

Die neue Besatzungspolitik, die das Ende der sogenannten *hard policy* bedeutete, wurde von dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph T. *McNarney*, näher erläutert. Der *Occupation Chronicle* schrieb hierzu:

„Haß würde unser Programm nur beeinträchtigen, denn Haß ist eine sterile und negative Einstellung. Haß kann nur ein soziales Ödland hervorrufen. Die Deutschen zu hassen, wurde bedeuten, daß man auf ein schon schlecht bestelltes Feld Salz streut und erwarten würde, daß etwas wachsen werde. Nichts wächst auf den Feldern des Hasses."

*

Ein in Deutschland bisher nur wenig bekannt gewordenes Dokument des *Sonderausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses für Nachkriegsplanung und Wirtschaftspolitik* stellt einen der umfassendsten Berichte dar, der mit Vorschlägen für die künftige Entwicklung Deutschlands dem amerikanischen Kongreß vorgelegt wurde. Der Bericht, der vom Vorsitzenden des Sonderausschusses, William M. *Colmer* (Demokrat, Missouri) am 31. Dezember 1946 veröffentlicht wurde, befaßte sich mit den Möglichkeiten der wirtschaftlichen Gesundung Europas und mit der Rolle, die Deutschland hierbei zufällt. Der Bericht, der alle europäischen Probleme behandelt, führte über Deutschland folgendes aus:

„Das Komitee bringt noch einmal seine schon früher ausgesprochene Überzeugung zum Ausdruck:

(a) Die deutsche Kohlenproduktion kann nur durch erhöhte Rationen und Gebrauchsgüterversorgung für die Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhr- und Saargebiet wieder auf das Niveau gebracht werden, das die Grundbedingung für jede industrielle Produktion nicht nur in Deutschland, sondern auch in einem großen Teil des übrigen befreiten Europas ist. Die Schaffung einer Kohlenverwaltung mit der uneingeschränkten Vollmacht, die höchste Prioritätsstufe für die deutsche Produktion auf Grund der Kriegsgesetze durchzusetzen, ist in erster Linie notwendig.

(b) Das Komitee hält eine Verbesserung der Kohlenverwaltung mit gemeinsamer britisch-amerikanischer Kontrolle für einen der Hauptzwecke der Zonenvereinigung, die im Januar 1947 laut Beschluß eingeleitet werden soll. Die Kohlenproduktion sollte in die höchste Vorrangstufe gesetzt und, falls erforderlich, durch die Einfuhr der zur Steigerung der Produktion im Ruhrgebiet notwendigen Maschinen und durch Zuteilung der erforderlichen Rohstoff- und Kohlenmengen an die Produzenten von Maschinen für den Kohlenbergbau in Deutschland selbst gefördert werden.

(c) Die Kohlenausfuhr an die befreiten Länder, und besonders an Frankreich, sollte unter einer festgelegten Höchstgrenze bleiben und ein Anwachsen der Kohlenproduktion zur Steigerung des industriellen Produktionsstandes zunächst in Deutschland verwendet werden. Der Ausschuß empfiehlt dem Staatsdepartement eindringlich, weder in der Theorie noch in der Praxis ein Reparationsprogramm anzunehmen, das eine Auszahlung der Gewinne aus der laufenden Produktion an Deutschland verhindern würde.

Der Ausschuß empfiehlt, die Polenanleihe der Import-Export-Bank mit der Begründung rückgängig zu machen, daß dieses Land seinen Verpflichtungen zur Kohlenablieferung aus dem anerkannten Plan der Europäischen Kohlenorganisation nicht einmal zu 50 Prozent nachgekommen ist.

(d) Der Ausschuß begrüßt es, daß das Staatsdepartement die Initiative ergriffen hat, um die Produktion des Ruhrgebietes in der britischen Zone mit der unserer eigenen Zone zu vereinigen, so daß Ausfuhrüberschüsse dazu verwendet werden können, die für die beiden Zonen als Wirtschaftseinheit benötigte Einfuhr zu decken. Wir müssen auf der vollen Wahrnehmung unserer Interessen als Besatzungsmacht der ärmsten Zone Deutschlands bestehen. Es empfiehlt sich, ähnliche Vorkehrungen für die französische Zone zu treffen und Anleihen und Kredite für Frankreich als Gegenleistungen in die Verhandlungen einzuführen. Der Ausschuß betont, daß, falls keine Schritte dieser Art unternommen werden, die Anforderungen an den amerikanischen Steuerzahler allein für Hilfsmaßnahmen in Deutschland sich auf etwa 200 Millionen Dollar im Jahr auf einer angemessenen Basis in der amerikanischen Zone belaufen und auf entsprechend höhere Summen, die jetzt von den Vereinigten Staaten für die Hilfsmaßnahmen in der britischen und der französischen Zone ausgeliehen werden....

Was die Rohstofffrage anbetrifft, so billigt der Ausschuß die Gewährung eines Kredits an das Amt der Militärregierung, um die Einfuhr einer begrenzten Menge von Rohtoffen zur Ankurbelung der Produktion zu ermöglichen. Bei Rückzahlungen aus der deutschen Ausfuhr sollte dieser Kredit an erster Stelle stehen. Aus der zusammengelegten britisch-amerikanischen Zone sollten weder an Großbritannien noch an Frankreich oder irgendeine andere Macht noch weitere Reparationen geleistet werden, ehe nicht die deutsche Ausfuhr praktisch in der Lage ist, die notwendigen Mittel zur Bezahlung der Einfuhr und zur Rückzahlung der amerikanischen Hilfslieferungen an Nahrungsmitteln und so weiter aufzubringen. Auf keinen Fall sollten noch Reparationen geleistet werden, ehe nicht die Sowjet-Union die wirtschaftlichen Hilfsquellen ihrer Zone tatsächlich zur gemeinsamen Ausnutzung zur Verfügung stellt.

Die Sowjet-Union und Frankreich haben sich weiterhin einer Verwirklichung der Potsdamer Abmachungen, Deutschland als eine wirkliche Wirtschaftseinheit zu behandeln, widersetzt. Der Ausschuß empfiehlt daher, das Industrieniveau für die Westzonen unabhängig so festzusetzen, daß die Rückzahlungen für Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln so bald wie möglich geleistet werden können. Das würde nach Meinung des Ausschusses eine vollkommene Revision der gegenwärtig geltenden Pläne bezüglich des Industrieniveaus für Wiedergutmachungsleistungen erforderlich machen, wie sie von der Alliierten Kontrollkommission beschlossen, aber von General *Clay* vorläufig wieder aufgehoben worden sind, bis die Einheit Deutschlands hergestellt sein würde. Das vorher für ganz Deutschland festgesetzte Niveau ist viel zu niedrig für den Wiederaufbau Europas....

In den vorstehenden Empfehlungen des Ausschusses wird aus den angeführten Gründen die unverzügliche wirtschaftliche Vereinheitlichung der Westzonen Deutschlands gefordert. Wie wir unterrichtet sind, haben die Vereinigten Staaten, wenn auch nur widerwillig, die unergiebigste Zone Deutschlands übernommen. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die Wahrung der Rechte des amerikanischen Steuerzahlers eine gemeinsame Bewirtschaftung zum mindesten der Hilfsquellen der Westzonen erforderlich macht, da nun einmal kein wirklicher Fortschritt auf dem Wege zur Wirtschaftseinheit ganz Deutschlands erzielt worden ist und auch vorläufig nicht möglich zu sein scheint.

Durch unsere Verwaltung der deutschen Wirtschaft beabsichtigen wir, das Land wieder auf eigene Füße zu stellen und gleichzeitig eine neuerliche Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zu verhindern. Diese Ziele können wir nicht ohne die Mitwirkung der Russen, Engländer und Franzosen erreichen. Ist eine solche Zusammenarbeit gegeben, so würde eine verhältnismäßig kleine, bewegliche Polizeitruppe die Aufgabe, die jetzt Hunderttausende von Besatzungstruppen zu lösen versuchen, viel besser durchführen. Da der Abbau der deutschen Kriegsindustrie schon verwirklicht ist, dürfte es Deutschland nicht möglich sein, wieder eine Kriegsmaschine aufzubauen, wenn ein richtiges Überwachungssystem und eine ausreichende Kontrolle der Einfuhr strategischen Materials eingeführt werden.

In früheren Vorschlägen wurde die Notwendigkeit einer Rehabilitationsanleihe an die Besatzungsarmee erwähnt, damit der tote Punkt in der industriellen Produktion unserer eigenen Zone überwunden werden kann, die jetzt, fast eineinhalb Jahre nach dem Sieg in Europa, noch immer auf fünfunddreißig Prozent ihrer Kapazität steht. Der Mangel an Kohle und Rohstoffen und seine Auswirkung auf die Stromerzeugung wird die Produktion in der britischen Zone nach unterrichteten Kreisen noch unter den kritischen Tiefstpunkt des vergangenen Jahres sinken lassen. Die Engländer haben wertvolle deutsche Maschinen für den Kohlenbergbau nach Großbritannien verschifft, wo sie sich für die dortigen Kohlenflöze als unbrauchbar erwiesen. Diese sollten an Deutschland zurückgeliefert und in Gebrauch genommen werden. Die Produktion in der französischen Zone und in den polnisch besetzten Gebieten ist immer noch niedrig und wird für laufende Reparationsleistungen verwandt, so daß nur wenig für den Export übrig bleibt. Die Sowjet-Union nimmt aus ihrer Zone alles heraus bis auf das Allernotwendigste zur Sicherung der Existenz der Bevölkerung, aber sie sorgt für Beschäftigungsmöglichkeit und Rohstoffe, so daß die Deutschen in Arbeit gehalten werden können. Deutsche Betriebe, die nicht unter russischem Vertrag arbeiten, erhalten weder Kohle noch Kraftstrom und sind im allgemeinen geschlossen.

Das Besatzungsproblem allgemein gesehen

Der Ausschuß macht auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Revision der Direktive 1067 der Vereinigten Stabschefs aufmerksam, die von einer früheren Analyse des Morgenthau-Planes angeregt und ohne Rücksicht auf die Einwände der Abteilung für Zivilangelegenheiten unserer Militärregierung in die amerikanische Politik eingeführt zu sein scheint....

Die beim Wiederaufbau Deutschlands unter militärischer Befehlsgewalt gemachten Erfahrungen scheinen im allgemeinen zu folgender Schlußfolgerung zu führen. Solange keine Zivilkontrolle über den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Verwaltung eingeführt ist und solange die militärische Besetzung nicht auf die ihr zukommenden Aufgaben des Sicherheits- und Polizeidienstes beschränkt wird, ist eine wirklich leistungsfähige Wirtschaftsverwaltung nicht möglich.

Der Ausschuß empfiehlt dem Kongreß eine sofortige Untersuchung des ganzen Problems der finanziellen Verpflichtungen, die die Vereinigten Staaten mit ihrer gesamten Besatzungspolitik auf sich genommen haben, um an Stelle der gegenwärtigen Methode von Reparationsleistungen an die Sowjet-Union und Frankreich aus der Tasche des amerikanischen Steuerzahlers produktive und selbständige Wirtschaftssysteme in den ehemaligen Feindländern zu errichten. Eine solche Untersuchung wird nach Meinung des Ausschusses beweisen, daß die Festsetzung der industriellen Kapazität Deutschlands auf 55 Prozent des Standes von 1936 (ausschließlich des Bauwesens) durch den Reparationsbericht von ganz falschen Voraussetzungen über Art und Umfang des deutschen Exports ausgeht und jede Möglichkeit einer Gesundung der deutschen Wirtschaft zunichte macht. Erforderlich ist ein ganz anderer, viel höherer Stand für die Industrien der Westzonen. Solange die Reparationslieferungen noch nicht festgesetzt sind, wagen die Fabrikbesitzer nicht, Kapital anzulegen oder Betriebe arbeiten zu lassen, die möglicherweise noch beschlagnahmt und nach der Sowjet-Union verschifft werden. Die stagnierende Wirtschaft Deutschlands bringt in größerem oder geringerem Ausmaß ein Stagnieren in vielen der benachbarten und befreiten Länder Europas mit sich. Der Ausschuß unterstützt das Staatsdepartement und General Clay nachdrücklich in ihrer Weigerung, weitere Reparationsleistungen in Form einer Verlegung deutscher Betriebe aus den Westzonen nach der Sowjet-Union oder der russischen Zone zuzulassen, und drängt darauf, daß alles getan werde, Frankreich für die Politik Großbritanniens und Amerikas zu gewinnen.

Ferner unterstützt der Ausschuß die Regierung in ihrer Ablehnung des sowjetischen Vorschlags, Reparationen in Höhe von zehn Milliarden Dollar zu nehmen, und zwar hauptsächlich in laufenden Reparationsleistungen. Diese Forderung würde Deutschland, das weiterhin von der Sowjet-Union seines Industriekapitals entblößt und durch laufende Reparationen ausgesogen würde, eine ungeheure Last aufbürden. Sie würde notwendigerweise zu einer Erhöhung der Reparationen aus den Westzonen führen, die schon heute die Zahlungsmittel für die notwendigen Einfuhren von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nicht einmal zu einem Drittel aus der laufenden Produktion aufbringen können. Da die Sowjet-Union den Vorrang in der Ausnutzung der landwirtschaftlich produktivsten Zone besitzt und es unterlassen hat, diese Produkte zum Austausch den Westzonen zur Verfügung zu stellen, wie im Potsdamer Abkommen verabredet war, steht fest, daß Deutschland bei noch so großen Anstrengungen vor 1950 keine gesunde Handelsbilanz erreichen kann. Die russischen Vorschläge für erhöhte Reparationen würden eine solche Bilanz auf unbestimmte Zeit unmöglich machen."

*

Der Wunsch der Vereinigten Staaten, eine baldige Regelung des deutschen Problems herbeizuführen, spiegelte sich in der Jahresbotschaft Präsident *Trumans* an den amerikanischen Kongreß vom 6. Januar 1947 wider. Präsident Truman erklärte:

„Die Vereinigten Staaten werden keiner Friedensregelung zustimmen, die den Prinzipien widerspricht, die die Vereinigten Staaten als lebenswichtig für einen gerechten Frieden ansehen....

Die Deutschen und die Japaner dürfen nicht in Zweifel und Furcht über ihre Zukunft gelassen werden. Sie müssen ihre nationalen Grenzen und ihre Hilfsquellen kennen und müssen wissen, welche Reparationen sie zu leisten haben. Die Wiederaufrüstung können die Alliierten verhindern, auch ohne daß wir versuchen, ihre inneren Angelegenheiten zu bestimmen."

*

Am 19. Februar 1947 gab der amerikanische Außenminister *Marshall* eine Erklärung ab, in der er auch das Thema Deutschland berührte. Marshall sagte, daß die amerikanische Abordnung auf der Moskauer Konferenz für einen Viermächtevertrag über eine 40jährige Besetzung Deutschlands eintreten werde, wie er vom früheren Außenminister *Byrnes* auf der Pariser Außenministerkonferenz vorgeschlagen worden sei (vgl. Europa-Archiv I/258—259).

*

Auf einer Pressekonferenz in Washington am 25. Februar 1947 erklärte Außenminister *Marshall*, daß in der amerikanischen Politik hinsichtlich der Verträge mit Deutschland und Österreich seit der Stuttgarter Rede seines Vorgängers James F. *Byrnes* keine Änderung eingetreten sei (vgl. Europa-Archiv I/261—265). Marshall erklärte, daß sich an den Verpflichtungen, denen die Vereinigten Staaten in Potsdam zustimmten, nichts geändert habe. Auf der Konferenz der Außenminister der vier Großmächte in Moskau werde die amerikanische Delegation von den von Mr. Byrnes festgelegten Richtlinien für die europäische Nachkriegsregelung geleitet werden.

II. Stimmen der öffentlichen Meinung zum deutschen Problem

Mitte Januar 1947 veranstaltete der *Cleveland Council on World Affairs*, der von der amerikanischen politischen Wochenzeitschrift *Time* mit getragen wird, das jährlich stattfindende *Cleveland Forum*, auf dem in diesem Jahre 23 Sprecher verschiedener Nationen das Wort ergriffen. Am 11. Januar sprachen als Delegierte der Vereinigten Staaten der bisherige amerikanische Außenminister James F. *Byrnes* und der republikanische Senator Arthur H. *Vandenberg*.

Vandenberg erklärte zum deutschen Problem:

„Jetzt wenden wir uns nach monatelangem, ermüdendem Drängen den Friedensplänen für Österreich und Deutschland zu. Endlich kommen wir zum Kern des europäischen Problems. Alle Besatzungsmächte sollten die Unabhängigkeit Österreichs anerkennen und ihre Truppen zurückziehen.

In Deutschland, wo die Entwicklung durch die Weigerung der Sowjet-Union und Frankreichs, die Potsdamer Forderung nach der Wirtschaftseinheit der vier Besatzungszonen zu erfüllen, aufgehalten wurde, hat sich die Wirtschaftslage so verschlechtert, daß katastrophale und chaotische Zustände drohen. Wir sind dieser wachsenden Krise teilweise durch die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Zone entgegengetreten, wobei wir es der Sowjet-Union und Frankreich freistellten, sich auch mit uns zusammenzutun. Dieses System gibt zu neuer Hoffnung Anlaß.

Inzwischen werden in der amerikanischen Zone gute Fortschritte mit der Bildung der neuen dezentralisierten politischen Autonomien gemacht, die die Vorläufer zu Bundesstaaten sind, die nicht die Diener, sondern die Herren eines neuen Berlins sein werden.

Aber was am dringendsten gebraucht wird, ist ein Plan für den totalen Frieden, ein Plan, der keine erdenkliche Vorsichtsmaßnahme gegen eine Wiederkehr des Hitlerismus unterläßt und dennoch den neuen deutschen Staaten für treues Streben nach demokratischer Entsühnung einen besseren Lohn bietet als ewige Degradierung. Wichtig ist, daß die Welt unsere Absicht kennt, die Besetzung fortzuführen, bis diese Aufgabe erfüllt ist."

*

James F. *Byrnes*, dessen Rede vor dem *Cleveland Council on World Affairs* von der amerikanischen Presse als der „Schwanengesang" des scheidenden Außenministers bezeichnet wurde, gab einen Rückblick über die außenpolitische Entwicklung während seiner Amtszeit. Byrnes behandelte ausführlich das Problem Deutschland:

„Zweimal innerhalb unserer Generation haben die Staaten Amerikas erfahren, daß auch sie durchaus zur Welt gehören, wenn die Welt im Krieg steht. Wenn wir weitere Kriege verhüten und einen dauernden Frieden bauen wollen, muß jede Staatsgemeinschaft in Amerika erkennen, daß sie auch dann zur Welt gehört, wenn die Welt im Frieden lebt.

Unsere erste Aufgabe ist es zunächst, die Kriegsfolgen abzuwickeln. Wir können nicht konstruktiv an die Schaffung eines dauernden Friedens und die Erhöhung des Lebensstandards denken, bis wir den Völkern der Erde die Möglichkeit gegeben haben, wieder unter friedensmäßigen Bedingungen zu leben. Wir

können das Problem der Gesundung der Welt nicht anpacken, solange der Patient noch auf dem Operationstisch liegt.

Deshalb haben Präsident Truman und ich in Potsdam zwei Monate nach dem Sieg in Europa den Vorschlag zur Bildung des Außenministerrates gemacht, der so schnell wie möglich mit der Ausarbeitung der Verträge beginnen sollte.

Und deshalb haben wir seit dem vergangenen Winter immer wieder zur Ernennung von Abgeordneten gedrängt, die mit der Bearbeitung der Verträge für Deutschland und Österreich beginnen sollten.

Nach jedem großen Krieg haben die verbündeten Siegermächte Schwierigkeiten gehabt, ihre Meinungsverschiedenheiten über den abzuschließenden Frieden zu überbrücken. Von Anfang an haben sich ernste Differenzen zwischen den Alliierten über die Arbeit des Außenministerrates ergeben. Aber wir sind nicht von den Grundsätzen gewichen, die unser Land vertritt. Und wir haben bekanntgegeben, daß wir uns nicht in die Politik des Isolationismus zurückziehen werden.

Wir machten es deutlich, daß sich Amerika seiner Verantwortung nicht entziehen werde, so gern wir auch die Lasten der Besetzung verringern möchten. Und in Stuttgart brachten wir deutlich zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen ebensolange in Deutschland und Österreich halten werden wie unsere Verbündeten.

Wir sind entschlossen, das Unsrige zu tun, daß die kriegsmüde Welt Frieden bekommt, und wir haben nicht versucht, irgendwelche noch so wohlbegründeten Ausflüchte vorzubringen, um uns unserer Verantwortung zu entziehen.

Die Verträge mit Italien und den ehemaligen Vasallenstaaten, wie sie aus monatelangen Verhandlungen und Debatten hervorgegangen sind, sind nicht vollkommen. Aber sie sind das Beste, was wir jetzt und auch noch auf geraume Zeit hinaus durch allgemeine Übereinstimmung zu erreichen hoffen können.

Mit den Verträgen haben wir einen Abschnitt auf dem Wege zur Wiederherstellung friedensmäßiger Verhältnisse zurückgelegt. Die Tatsache, daß die Alliierten zur Einigung über diese fünf Verträge kommen konnten, gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß sie sich auch bald über einen Vertrag für Österreich einigen werden. Dadurch würde es möglich sein, die Besatzungstruppen aus allen europäischen Ländern außer Deutschland zurückzuziehen und Millionen von Menschen von der Belastung der Besetzung zu befreien.

Die Einigung über diese Verträge gibt uns auch die Sicherheit, daß die Besprechungen über die Lösung der deutschen Frage unter viel günstigeren Bedingungen aufgenommen werden, als es bis zum vergangenen Monat möglich schien.

Im Verlauf des Jahres, da diese Verträge verhandelt wurden, war es unvermeidlich, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten hervortraten und zeitweise stark übertrieben wurden. Andererseits wurden einige der Differenzen während des Kriegs vertuscht und übersehen. Aber es kann kein Frieden begründet werden, wenn man dabei sehr reale und grundlegende Differenzen ignoriert und sich stellt, als ob sie gar nicht existierten.

Indem wir unsere Differenzen erkannt und ans Tageslicht gebracht und ehrlich versucht haben, unsere Ansichten miteinander zu vereinigen, haben wir die Sache des Friedens nicht aufgehalten, sondern vorangebracht.

Die Besprechungen und Debatten, die während des vergangenen Jahres im Außenministerrat und im Sicherheitsrat geführt wurden, haben ein besseres Verständnis unserer Probleme hervorgebracht und viel zu dem Fortschritt beigetragen, der auf der kürzlichen Versammlung der Vereinten Nationen erzielt wurde.

Aber, meine Freunde, wir hätten niemals die Fortschritte des vergangenen Jahres machen können, wenn sich das amerikanische Volk nicht in seiner Außenpolitik einig gewesen wäre.

Im vergangenen Jahr ist unsere Außenpolitik nicht von einer politischen Partei gemacht worden, sondern sie stellte die Politik der Vereinigten Staaten dar."

Nachdem Mr. Byrnes sich für die Schaffung einer internationalen Gesetzgebung, ausgehend von der Atomkontrolle, eingesetzt hatte, fuhr er fort:

„Der Friede in einer solchen auf gegenseitiger Abhängigkeit beruhenden Welt müßte mehr als nur ein Waffenstillstand unter den Nationen sein. Um Frieden zu haben, müssen die Nationen es lernen, zusammen für das gemeinsame Wohl zu leben und zu arbeiten. Wir leben in ein und derselben Welt. Die Gesundheit des Staatswesens hängt wie die des menschlichen Körpers von der Gesundheit aller Glieder ab. Wir können den politischen Isolationismus nicht ehrlich aufgeben, wenn wir nicht gleichzeitig den wirtschaftlichen Isolationismus aufgeben. Wir dürften kaum mit unseren Bemühungen, in der Verhütung des Krieges zusammenzuarbeiten, Erfolg haben, wenn wir nicht bereit sind, auch in der Erhaltung der Freiheit und des Wohlstandes der Welt im Frieden zusammenzuarbeiten. Wir müssen es lernen, unsere Zusammenarbeit so zu gestalten, daß jedes Land seine Produkte leicht und in angemessenem Verhältnis mit denen anderer Länder austauschen kann.

Obgleich es auf weite Sicht unser Ziel ist, die Hebung des Lebensstandards zu fördern, hatten wir in den letzten zwei Jahren in einigen Gebieten zunächst das dringende Problem vor uns, das Leben selbst zu erhalten.

Wirtschaftliches Elend, Hungersnot und Krankheit sind Brutstätten politischer Unruhen, gefolgt von Tyrannei und Aggression. Wenn wir es ernst meinen mit unseren Bemühungen, den Frieden zu erhalten, müssen wir dazu beitragen, solche Zustände abzuschaffen, die Aggression und Krieg züchten.

Wenn wir erreichen wollen, daß die Menschen die Freiheit schätzen und das Gesetz respektieren lernen, müssen wir ihnen wenigstens eine Gelegenheit geben, sich und ihre Kinder zu ernähren, zu kleiden und unterzubringen."

*

Der außenpolitische Berater der Republikanischen Partei, John Foster *Dulles*, der als Sachverständiger verschiedenen internationalen Konferenzen beigewohnt hat und auch der amerikanischen Delegation für die Moskauer Konferenz als Ratgeber angehörte, hielt am 17. Januar 1947 vor der *National Publishers Association* eine Rede über die amerikanische Außenpolitik. Die Rede fand in der gesamten Weltöffentlichkeit größte Beachtung. Verschiedene amerikanische Blätter wollten wissen, daß die Dulles-Rede mehr als eine Äußerung der eigenen Meinung Dulles' gewesen sei, da sowohl der Führer der Republikanischen Partei, *Dewey*, als auch die Senatoren *Taft*, der führende Republikaner in inneramerikanischen Angelegenheiten, und *Vandenberg*, Präsident des außenpolitischen Ausschusses des Kongresses, vorher von dieser Rede Kenntnis gehabt und sie gebilligt hätten.

Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der politischen Spannungen in den letzten Jahren wandte sich Dulles den Problemen der Friedensregelung zu:

„Auf der bevorstehenden Moskauer Konferenz muß es sich zeigen, ob unsere Weisheit ausreicht, um Heilmittel für die tiefgreifenden Veränderungen zu finden, die die Völker rings um uns aus ihrer Bahn geworfen haben. Die Konferenz wird sich mit dem Problem Deutschland beschäftigen. Wer mit Deutschland zu tun hat, gerät dadurch mitten in das Problem Europa hinein. Und wer mit Europa zu tun hat, hat mit dem schlimmsten Brandherd der Welt zu tun, der häufig in Flammen ausbricht. Zweimal ist das Gebäude innerhalb der letzten dreißig Jahre bis auf die Grundmauern heruntergebrannt. Die ungeheuren Menschen- und Materialverluste waren nicht wieder gutzumachen. Nach jeder Feuersbrunst wurde das Gebäude in seinen Grundzügen wieder so aufgebaut, wie es gewesen war.

Die Staatsmänner sollten etwas Besseres tun, als diese Dummheit zu wiederholen. Es ist nicht schwer, den Grund des Übels zu finden. Die Gründer unseres Staates haben schon vor vielen Jahren eine Diagnose für die Verhältnisse gefunden. Alexander *Hamilton* drückt es mit den folgenden historischen Worten aus:

‚Es hieße den gleichmäßigen Verlauf menschlicher Ereignisse übersehen und den Erfahrungen von Menschenaltern Trotz bieten, wollte man ein dauerndes harmonisches Verhältnis zwischen einer Anzahl unabhängiger, souveräner Nachbarstaaten erwarten.'

Die Gründer unseres Staates haben nicht nur die Diagnose gefunden, sondern für ihre eigenen Schwierigkeiten auch ein Heilmittel. Sie übertrugen die Angelegenheiten, die alle angingen, einer Verwaltung, die allen gegenüber verantwortlich ist.

Die Sieger des letzten Krieges würden gut daran tun, wenn sie diese Lösung im Auge behielten. Dann würden sie bei der Ausarbeitung ihrer Zukunftspläne für Deutschland mehr im Sinne einer Wirtschaftseinheit Europas denken, anstatt sich auf die Potsdamer Abmachung einer Wirtschaftseinheit Deutschlands zu versteifen. Natürlich muß Deutschland zu einer Wirtschaftseinheit werden, aber aus demselben Grunde, wie ganz Europa eine Wirtschaftseinheit werden muß. Europa kann nicht gesunden, solange es in kleine Wirtschaftseinheiten aufgeteilt ist. Die gesamten wirtschaftlichen Gegebenheiten Europas müßten ausgenutzt werden, und die europäischen Märkte dürften groß genug sein, um moderne Methoden der billigen Produktion für den Massenverbrauch zu rechtfertigen. Das war es auch zweifellos, was Mr. *Attlee* meinte, als er vor einiger Zeit erklärte, Europa müsse föderativ sein oder zugrunde gehen.

Natürlich wird mit der Lösung der deutschen Frage nicht von selbst eine Föderation Europas entstehen. Nur die europäischen Völker selbst können diese herbeiführen, und sie werden wahrscheinlich nur langsam damit vorankommen. Aber die Lösung der deutschen Frage wird einen entscheidenden Einfluß darauf haben, ob die zukünftige Entwicklung zur Wirtschaftseinheit oder zum Wiederaufbau der alten Struktur unabhängiger, unzusammenhängender souveräner Staaten führen soll.

Das Rheinbecken mit seinen Kohlenvorräten und seinen tüchtigen Arbeitskräften stellt das natürliche wirtschaftliche Herz Europas dar. Aus diesem Gebiet müßte die Lebenskraft nicht nur für Deutschland, sondern auch für Deutschlands westliche Nachbarn strömen. Dann könnte sich mindestens Westeuropa mit seinen zweihundert Millionen Menschen zu einem wohlhabenderen und gesicherten Land entwickeln. Das wird sich jedoch kaum erreichen lassen, wenn durch den deutschen Friedensvertrag nur Deutschland wieder zur Wirtschaftseinheit gemacht wird, unter ausschließlich deutscher politischer Kontrolle, die zwar ursprünglich dezentralisiert ist, aber doch wieder zu einer starken Zentralisation kommen könnte.

In dem Falle würden Deutschlands westliche Nachbarn nur ungern bereit sein, ihre Wirtschaftssysteme von einer Quelle abhängig zu machen, die wieder ehrgeizigen, rachsüchtigen deutschen Herrschern in die Hände fallen könnte, so daß die Deutschen durch wirtschaftlichen Druck eine Herrschaft über Westeuropa erringen könnten. wie sie sie durch Waffengewalt nicht erobern konnten. Lieber, als ein solches Risiko einzugehen, würden die Nationen Westeuropas wahrscheinlich die Teile Deutschlands annektieren, deren sie habhaft werden können, und sich im übrigen mit getrennten Wirtschaftssystemen zufriedengeben. Dadurch würde Europa zu einer ungesunden und gefährlichen Existenz verdammt.

Eine solche Lösung ist nicht nur schlecht für Europa, sondern auch für den Frieden. Wenn das Industriepotential Westdeutschlands nicht sicher in die Wirtschaft Westeuropas eingebaut werden kann, dürfte es nicht von den Deutschen allein ausgebeutet werden. In dem Falle wäre die logische Folgerung die ‚industrielle Abrüstung‘, wie es in der Potsdamer Erklärung genannt wird. Das ist nur ein anderer Ausdruck für die Agrarisierung, und die unvermeidlichen Begleiterscheinungen sind. militärische Besetzung und Nahrungsmittellieferungen in Form von Almosen. Keines dieser drei Elemente kann in der Wirklichkeit von Dauer sein. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Nachbarvölker werden sich gegen den Versuch auflehnen, das natürliche Industriebecken Europas einzudämmen.

Besatzungsarmeen in Friedenszeiten bedeuten eine große moralische Gefahr für sich selbst und andere, und wenn auch langfristige militärische Garantien, wie sie Senator Vandenberg vorschlägt, notwendig sein werden, so wird das amerikanische Volk doch nicht auf unbestimmte Zeit ungeheure Armeen in Deutschland halten wollen, wie sie erforderlich sein würden, um ein unruhiges Volk in Schach zu halten, dem man die Arbeit, für die es sich eignet, genommen hat. Das amerikanische Volk wird auch nicht auf unbestimmte Zeit hinaus ungeheure Almosen geben wollen, um die drohende Hungersnot zu verhindern, die nur durch die Erzwingung künstlicher Verhältnisse entstehen würde.

Der Friede sollte nicht von künstlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden, die nur so lange andauern, als ein äußerer Zwang ausgeübt wird. Das war auch der Hauptfehler beim Versailler Vertrag. Wenn man die Erfüllung der Bedingungen erzwungen hätte, wäre Deutschland für tausend Jahre machtlos gewesen. Aber die Durchsetzung war abhängig von äußerem Zwang, der bald geschwunden war. Um dauerhaft zu sein, müßten Friedensbedingungen so beschaffen sein, daß sie sich von selbst durchsetzen. Was in Bezug auf Deutschland vonnöten ist, ist Dezentralisierung. Diese kann anfangs erzwungen sein. Man kann den deutschen Staaten eine beträchtliche politische Autonomie gewähren. Aber die Dezentralisation wird nicht von Dauer sein, wenn sich nicht gleichzeitig natürliche Kräfte entwickeln. die die Einwohner der deutschen Staaten veranlassen, sich ihren äußeren Nachbarn zuzuwenden.

Die in Deutschland wirkenden wirtschaftlichen Kräfte sollten zentrifugal und nicht zentripetal sein. Nur wenn solche Kräfte hinter der Dezentralisation stehen, kann man ihr trauen. Wenn man das Problem des deutschen Vertrages einer solchen Analyse unterwirft, wird es klar, daß hier die Formel für das föderative System Anwendung finden sollte. Unter unserem föderativen System teilen sich die Bürger Pennsylvaniens mit denen anderer Staaten in die legislative Kontrolle über die zwischenstaatlichen Bewegungen ihrer Kohlen- und Stahlproduktion. Der Hafen von New York wird von einer autonomen Behörde verwaltet, die sich auf einen Vertrag zwischen New Jersey und New York gründet. Die Erschließung des Tennessee-Tals wird von einer Bundesbehörde durchgeführt, nicht von dem Staat Tennessee. Wir beabsichtigen, die Entwicklung der Atomenergie in der ganzen Welt einer internationalen Behörde zu unterstellen, so daß sie nirgends einer einzelnen Nation in die Hände fallen kann, die sie anstatt für die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes für Kriegszwecke ausnützen könnte.

Aus solchen Präzedenzfällen kann man entnehmen, daß es im Bereich des Menschenmöglichen liegt, eine Form der gemeinsamen Kontrolle zu finden, die es erlaubt, das Industriepotential Westdeutschlands im Interesse des Wirtschaftslebens Westeuropas einschließlich Deutschlands zu erschließen, und zwar ohne dadurch Deutschland zum Herrn Europas zu machen.

Ob die Lösung des Problems in dieser Richtung praktisch ist und in welchem Ausmaß sie durchgeführt werden soll, hängt in erster Linie von unseren kontinentalen Verbündeten selbst ab. Die Siegermächte, die nicht zum Kontinent gehören — Sowjet-Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten —, können ihnen eine solche Lösung nicht aufzwingen. Wenn unsere Freunde auf dem Kontinent jedoch konstruktiv denken — und es liegen Beweise dafür vor, daß viele von ihnen das tun —, könnten wir Amerikaner ihnen wertvolle Hilfe leisten. Zusammen mit Großbritannien sind wir im Besitz der entscheidenden Macht in Westdeutschland. Mehr als irgendein anderes Volk haben wir Erfahrung in der Anwendung des föderativen Systems und in der Entwicklung seiner vielseitigen Möglichkeiten, Wenn wir diese Vorteile zur Lösung des Deutschlandproblems ausnutzen, haben wir einen guten Anfang mit der Verwirklichung unserer Vorsätze für 1947 gemacht.“

*

Am 25. Januar 1947 ergriff John Foster *Dulles* anläßlich eines Essens des Nationalen Republikanischen Frauenklubs in New York erneut das Wort. In seinen Ausführungen behandelte Dulles erneut das Problem Deutschland. Die *New York Herald Tribune* vom 27. Januar 1947 brachte hierüber folgenden Bericht:

„John Foster *Dulles*, der republikanische Ratgeber in internationalen Angelegenheiten, machte heute den Vorschlag, das Rheinbecken der Kontrolle einer europäischen Behörde zu unterstellen, die ‚von den Völkern Westeuropas gewählt und ihnen verantwortlich sein würde‘.

Dulles versicherte, daß in einem solchen System ‚die tagtägliche Ausbeutung (der Hilfsquellen des Rheinbeckens) nicht von Männern geleitet werden würde, die nur Deutschland dienen, sondern von Männern, die sich dem Ziel eines wohlhabenderen, friedlicheren und einigeren Europas verschrieben haben‘.

Mr. Dulles versicherte, daß sich die Grundsätze, die für die Bildung einer internationalen Behörde für die Atomentwicklung gelten, auch auf Deutschland anwenden ließen.

‚Der Grundgedanke,‘ so sagte er, ‚ist nicht die Notwendigkeit einer Polizeibeaufsichtigung, die allerdings besteht, sondern daß dieses Beaufsichtigungsproblem auf ein durchführbares Maß reduziert wird. Die Entwicklung der Atomenergie würde damit in die Hände einer internationalen Gruppe gelegt, die nicht polizeilich beaufsichtigt zu werden braucht, weil sie im wesentlichen aus den Polizisten selbst besteht.

Derselbe Grundsatz sollte auf Deutschland angewandt werden. Das Rheinbecken mit seinen Kohlenvorräten und seinen Industriearbeitern hat vieles mit der Atomenergie gemeinsam. Es kann Lebenskräfte für ganz Westeuropa erzeugen. Es kann aber auch, wie die Erfahrung zu unserem Unglück ergeben hat, die Feuersbrunst des Krieges entfachen helfen.

Es wäre vergeblich und unklug, wollte man versuchen, dieses natürliche Industriezentrum Europas für immer stillzulegen. Ebenso wäre es unsicher, seine Ausbeutung ausschließlich unter deutscher nationaler Kontrolle zu belassen und darauf zu vertrauen, daß die Ausbeutung für militärische Zwecke durch einen Vertrag wie den von Versailles verhindert werden könnte‘.“

*

Die vorerwähnten Reden Dulles', insbesondere seine Ansprache vor dem amerikanischen Verlegerkongreß, fanden in Frankreich einen besonders breiten Widerhall in der Öffentlichkeit. Der Washingtoner Korrespondent der französischen Zeitung *Figaro* bat Dulles anläßlich einer Pressekonferenz, nähere Erklärungen über einige Punkte seiner Rede, die für Frankreich von besonderer Bedeutung sind, zu machen. Dulles erklärte:

„Die Kontrolle des Ruhrgebiets muß in den Händen derer liegen, die von seiner Produktion profitieren können. Sie muß Angelegenheit der Völker sein, die nicht in wirtschaftlicher Konkurrenz mit dem Gebiet stehen und die vor allem am Werk der Erhaltung der Friedensindustrien mitbauen wollen, aus denen sie dann Nutzen ziehen können."

Wie der *Figaro* in seiner Nummer vom 2./3. Februar 1947 schrieb, wehrte sich Dulles gegen die Behauptung, sein Plan sei radikal. Am wichtigsten erscheine ihm, so erklärte er, vor allem die Formulierung einer allgemeinen Politik, die anpassungsfähig genug sein müsse, um die augenblicklichen unvermeidlichen Schwierigkeiten in den Verhandlungen zu überbrücken. Der Figaro schrieb, Dulles habe vorgeschlagen, das Ruhrgebiet von einer halb deutschen, halb alliierten Behörde verwalten zu lassen. Das Blatt schilderte den weiteren Verlauf des Interviews wie folgt:

„Zu diesem Plan eines internationalen Parlamentes erklärte Dulles:

‚Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß die Einwohner des Gebiets höchstens ein Drittel der Vertreter für eine Art Parlament wählen und daß der Rest von interessierten Nachbarländern, Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz und vielleicht sogar von Italien bestimmt wird oder von jedem anderen Lande, das Wirtschaftsbeziehungen von Bedeutung zum Ruhrgebiet hat.'

Es sei zur Zeit nicht von Bedeutung, wie dieses ungewöhnliche staatliche Zwischengebilde politisch eingeordnet wird.

‚Ich halte es nicht für erforderlich, daß sich sein politisches Regime mit dem des übrigen Deutschland identifiziert oder harmonisiert. Aus praktischen Erwägungen könnten jedoch die öffentlichen Dienste wie Post, Eisenbahn und vielleicht sogar das Geldwesen auf gemeinsamer Basis durchgeführt werden. Aber das bedeutet nicht unbedingt, daß wir von vornherein eine enge Bindung an Deutschland haben müssen.'

An dieser These hält Mr. Dulles fest. Er glaubt nicht an die willkürliche, gewaltsame Abtrennung von Deutschland, die zu dem Wunsch nach einer Umgruppierung führen würde, sondern vielmehr an die Herausbildung auswärtiger Interessen an der im wesentlichen deutschen Interessensphäre. Darin sieht er eine Garantie für die Stabilität dieser Einrichtung, die so unvergleichlich viel lebensfähiger sein würde als durch die Erzwingung künstlicher Einschränkungen durch die großen Alliierten."

*

Über die zukünftigen amerikanischen Pläne für das Ruhrgebiet berichtete der Washingtoner Korrespondent der *Sunday Times* wie folgt:

„Das amerikanische Außenministerium entwickelt zur Zeit einen Plan für die zukünftige Organisation des Ruhrgebiets, der von drei Grundsätzen ausgeht:
1. internationaler Kontrolle,
2. weitgehender politischer Unabhängigkeit,
3. wirtschaftlicher Entwicklung zugunsten West- und Mitteleuropas.

Wenngleich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtigt, mit ihrem Ruhrplan die Initiative zu ergreifen, so hat sich die Meinung des amerikanischen Außenamtes nun in einer Form kristallisiert, die wahrscheinlich die Grundlage für die amerikanische Haltung in Moskau bilden wird.

Man nimmt an, daß das Ruhrgebiet in den Rahmen eines deutschen Bundesstaates eingegliedert werden könne, ähnlich wie der Bezirk von Washington in das Bundesstaatensystem der Vereinigten Staaten aufgenommen wurde. Washington verfügt über keine eigene gewählte politische Vertretung im Kongreß über keine eigene gesetzgebende Körperschaft oder einen eigenen Bürgermeister oder Gouverneur. Die Hauptstadt der Vereinigten Staaten wird von einem Ausschuß verwaltet, der sich aus vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannten *commissioners* zusammensetzt. Führende Persönlichkeiten des amerikanischen Außenamtes glauben, daß wirtschaftlich gesehen das Ruhrgebiet eine ähnliche Stellung wie die riesige Tennessee-Talsperren-Gesellschaft erhält. Das Ruhrgebiet soll West- und Mitteleuropa beim Wiederaufbau helfen. Finanziell gesehen wird im amerikanischen Außenministerium angenommen, daß das Ruhrgebiet wie eine internationale Dachgesellschaft verwaltet werden könne. Eine internationale Polizeimacht soll für Ruhe und Ordnung sorgen.

Grundsätzlich weicht dieser amerikanische Plan von dem britischen Plan nicht ab. Während jedoch die Ansicht der Vereinigten Staaten mit dem britischen Standpunkt übereinstimmt, weiterhin Deutsche in verantwortlichen Stellen der Ruhrindustrie zu belassen — im Gegensatz zu der französischen Ansicht —, so bedeutet das nicht notwendigerweise, daß die Ruhrindustrie deutsches Staatseigentum werden soll. Gegenüber den britischen Vorschlägen dürfte der amerikanische Plan wahrscheinlich private oder internationale Monopole vorziehen.

In der Reparationsfrage beabsichtigen die Vereinigten Staaten, das Potsdamer Abkommen ihrer Politik zugrunde zu legen. General *Clays* Vorschlag, der Zugeständnisse in Form von Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie an die Sowjet-Union vorsieht, wird in Washington mit großer Zurückhaltung behandelt. Möglicherweise wird jedoch eine Kompromißlösung gefunden werden, in der Sowjet-Rußland beispielsweise durch Lieferung von Rohmaterialien Zahlungen für dringend benötigte Fertigfabrikate aus dem Ruhrgebiet leistet."

*

In der Januar-Ausgabe des Jahres 1947 beschäftigte sich *Fortune* mit der Frage: „Gibt es eine Deutschlandpolitik?" Der Verfasser des Beitrages, John Kenneth *Galbraith*, schrieb:

„... Die Politik ist tatsächlich ziemlich fest umrissen. Sie umfaßt sechs Hauptziele.

1.) Deutschland muß neutral bleiben und Frieden halten. Um das zu erreichen, ist nicht die Vernichtung der deutschen Industrie erforderlich, sondern langfristige internationale Überwachung.

2.) Deutschland muß anderen europäischen Ländern bei ihrem Wiederaufbau helfen, indem es für einen Teil des Schadens bezahlt, den seine Armeen in Europa angerichtet haben.

3.) Der deutsche Staat ist nicht zu vernichten. Vielmehr werden die Vereinigten Staaten zu einer Vereinigung der Besatzungszonen drängen.

4.) In der amerikanischen und der britischen Zone und, falls es zu einer Vereinigung kommt, in ganz Deutschland werden die Vereinigten Staaten das deutsche Volk auf dem Wege zum Wiederaufbau und zu einer selbstgenügsamen Existenz anspornen und sogar unterstützen.

5.) Die Vereinigten Staaten werden eine Grenzregelung befürworten, die von vernünftigen Deutschen in der Zukunft als annehmbar angesehen werden dürfte.

6.) Die Provinzen der amerikanischen Zone werden jetzt von gewählten Regierungen unter amerikanischer Aufsicht regiert. Die Vereinigten Staaten streben eine Bundesregierung für ganz Deutschland auf dem Wege der Föderation dieser Provinzen mit denen der anderen Zonen an."

*

Am 13. Februar 1947 veröffentlichte die britische Nachrichtenagentur *Reuter* einen Bericht ihres Korrespondenten in Washington, in dem die Grundsätze der amerikanischen Politik in der Deutschlandfrage zusammengefaßt wurden. Der Reuterbericht beruft sich auf politische Beobachter, denen die „Neutralisierung Deutschlands" als Leitgedanke erscheine, die jedoch eine Zerstörung Deutschlands als Industriestaat und als politische Einheit ablehnten. Wenngleich der Reuterbericht auf die Erklärung von John Foster *Dulles* nicht Bezug nimmt, so spiegeln sich dessen Ansichten doch sehr stark darin wider.

„Im einzelnen dürfte die amerikanische Politik nach Ansicht der politischen Beobachter, vorausgesetzt, daß Außenminister *Marshall* die von den außenpolitischen Sachverständigen seines Ministeriums ausgearbeiteten Vorschläge billigt, auf folgenden Grundsätzen beruhen:

1. Deutschland sollte im Herzen Europas eine neutralisierte Zone darstellen — neutralisiert in dem Sinne, daß es niemals wieder den Boden für eine Diktatur und für eine Angriffspolitik abgeben kann und auch nicht Pfandobjekt oder Partner von Ost und West zu werden vermag. Dieses Ziel soll nicht durch Zerstörung Deutschlands als Industriestaat erreicht werden, sondern durch die Schaffung eines Systems internationaler Überwachung, das von langer Dauer sein soll. Die Pläne des früheren Finanzministers *Morgenthau*, die auf die Verwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat hinausliefen, werden in diesem Zusammenhang verworfen.

Die Meinung des amerikanischen Außenministeriums über Deutschland wird auf der Grundlage der bisherigen Politik dahin charakterisiert, daß Deutschland nach amerikanischer Ansicht etwa so behandelt werden müsse wie die Atomenergie — als ein Faktor, der einer großen Machtentfaltung fähig ist und Möglichkeiten im guten wie im schlechten Sinne in sich schließt. Deshalb sollten die Sachverständigen auch für ihre Deutschlandpläne ein System gewählt haben, das wesentliche Züge mit dem vorgeschlagenen Überwachungs- und Kontrollsystem für die Atomenergie gemeinsam hat.

2. Deutschland sollte dezentralisiert werden. Dabei denkt man nicht an die Zerschlagung der politischen Einheit, sondern an die Schaffung eines Bundesstaates, in dem jene Art der Dezentralisierung gefördert werden soll, die für die Neutralisierung Deutschlands notwendig ist. Als Beispiel für den Verfassungsaufbau wird das politische System erwähnt, das sich jetzt in der amerikanischen Zone entwickelt. Das würde heißen, daß ein Bundesrat aus Vertretern der einzelnen Staaten, eine Bundesregierung mit beschränkten Vollmachten, ein gewähltes Parlament, ebenfalls mit begrenzten Vollmachten, und getrennte Staatsregierungen mit einem Maximum an politischer Macht gebildet werden.

3. Die deutsche Wirtschaft sollte so weit wiederhergestellt werden, daß das deutsche Volk sich selbst auf einem Mindeststandard erhalten kann, Reparationen zu leisten und die Last der alliierten Steuerzahler aus der Welt zu schaffen vermag.

4. Die Grenzen Deutschlands sollten in einer Art festgelegt werden, die man dem deutschen Volk und der Welt als die Verkörperung eines gerechten und dauerhaften Friedens vorlegen kann."

*

Am 26. Februar 1947 überreichte der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert *Hoover*, seinen Bericht über die Lage in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands (vgl. Europa-Archiv I/587).

*

Am 6. März 1947 trat in New York ein Ausschuß zum Studium der mit Deutschland zusammenhängenden Fragen zusammen. Seine fünfzig Gründer, unter ihnen der ehemalige amerikanische Finanzminister Henry *Morgenthau* jr., der frühere Unterstaatssekretär Sumner *Welles*, der frühere Oberbürgermeister von New York und Leiter der UNRRA, *La Guardia*, Professor Albert *Einstein*, die Gattin des verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Eleanor *Roosevelt*, der bekannte Journalist Edgar Ansel *Mowrer* und die Tochter des Schriftstellers Thomas Mann, Erika *Mann*, formulierten in der ersten Sitzung eine Reihe von Vorschlägen, die der amerikanischen Delegation bei der Moskauer Konferenz übermittelt werden sollten.

Die *Agence Européenne Presse* berichtete über die Konferenz wie folgt:

„Die Konferenz hat zunächst den Grundsatz aufgestellt, daß man zwar auf keinen Fall Deutschland erlauben dürfe, wieder zu einer Bedrohung für den Weltfrieden zu werden, daß man aber die deutsche Wirtschaft in der zukünftigen Gestaltung Europas nicht übergehen könne.

Die Konferenzteilnehmer haben eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet. Sie betreffen unter anderem:

1. Schaffung einer Zivilkommission für die wirtschaftliche und politische Kontrolle Deutschlands;
2. Zubilligung politischer Autonomie an Deutschland im Rahmen der allgemeinen Sicherheit und unter der Bedingung, daß sich Deutschland ein demokratisches Regime gibt;
3. Anerkennung der französischen Ansprüche auf das Saargebiet;
4. Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze in ihrem gegenwärtigen Verlauf;
5. Internationalisierung der Schiffahrt auf sämtlichen deutschen Binnenwasserstraßen.

Ferner schlug die Konferenz vor, daß die Eisen- und Stahl- sowie die chemische und die Kohlenindustrie unmittelbar von einem ‚Konsortium ausländischer Regierungen' in Kontrolle genommen werden, an dem die vier Großmächte und diejenigen übrigen Mächte beteiligt sein sollen, deren Mitwirkung für notwendig gehalten wird.

Die Konferenz verlangte weiterhin die restlose und definitive Demilitarisierung Deutschlands, eine erheblich beschleunigte Entnazifizierung sowie die Priorität des Wiederaufbaus aller nichtdeutschen Industrien in Europa. Die Entwicklung einer friedlichen Wirtschaft in Deutschland müsse von den Deutschen selbst getragen werden und dürfe nicht dem amerikanischen Steuerzahler zur Last fallen. Darüber hinaus forderte die Konferenz die Enteignung des Grundbesitzes der Junker und eine Kontrolle der deutschen Einfuhr."

Auf der Konferenz sprachen unter anderen Fiorello *La Guardia*, der davor warnte, wieder in die nach dem ersten Weltkrieg begangenen Fehler zu verfallen, und Erika *Mann*, die die Ausmerzung der Bismarckschen Tradition forderte.

Diesem amerikanischen Ausschuß liegen in starkem Maße die Ideen des früheren Finanzministers *Morgenthau* zugrunde, die dieser Ende 1945 in seinem Buch *„Germany as our Problem"* veröffentlichte (vgl. Europa-Archiv I/258). Nach der Stuttgarter Rede des früheren Außenministers Byrnes hat Morgenthau erneut zum deutschen Problem Stellung genommen. Die französische Zeitung *L'Ordre* berichtete am 11. September 1946 über die Vorschläge Morgenthaus wie folgt:

„Seit dem alliierten Plan für die Behandlung Deutschlands, der 1944 in Quebec*) festgelegt wurde, wußte ich, daß einflußreiche Strömungen innerhalb der amerikanischen Regierung der von Präsident *Roosevelt* begonnen und von Präsident *Truman* fortgeführten Politik gegenüber Deutschland entgegenwirkten. Ich habe gute Gründe zu der Annahme, daß die Nichtbefolgung der Klauseln des Potsdamer Abkommens nicht allein der Inkompetenz unserer Verwaltung und auch nicht der Umorganisation unserer Streitkräfte in Deutschland zuzuschreiben ist. Ich sehe hier den Wunsch gewisser britischer und amerikanischer amtlicher Persönlichkeiten, die Grundlage des Potsdamer Abkommens zu sabotieren."

*) Das in den vorstehenden Ausführungen Morgenthaus erwähnte Programm von Quebec wurde in einem von Roosevelt und Churchill unterzeichneten Memorandum vom 15. September 1944 festgehalten. Das Memorandum lautet wie folgt:

„Im Verlauf einer Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten über die wichtigsten Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen Wiederaufrüstung Deutschlands kam man überein, daß die vordringlichste Frage die Zukunft der Ruhr und des Saargebietes sei.

Eine noch nicht lange zurückliegende und bittere Erfahrung hat uns gelehrt, wie leicht die chemische, Metall- und Elektroindustrie Deutschlands in Kriegsarsenale umgewandelt werden können.

Man darf nicht vergessen, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrien der Sowjet-Union und anderer benachbarter Alliierter verwüstet haben und daß es nicht mehr als billig ist, daß diese Länder das Recht erhalten, die Maschinen abzubauen, die für ihre Wiederausrüstung erforderlich sind.

Die vorgenannten Industrien der Ruhr und des Saargebietes würden dadurch außer Betrieb gesetzt und geschlossen werden. Es würde erforderlich sein, die Verwaltung dieser beiden Gebiete einem Organ der Vereinten Nationen anzuvertrauen, das die Demontage dieser Industrien überwachen und sich vergewissern würde, daß sie nicht unter irgendeinem Vorwand heimlich reorganisiert würden.

Dieses Programm, das im Hinblick auf die Ausschaltung der Kriegsindustrien der Ruhr und des Saargebietes aufgestellt wurde, hat die Umwandlung Deutschlands in ein in erster Linie landwirtschaftliches Land zum Ziel.

Der Ministerpräsident und der Präsident sind sich in diesem Programm einig.

gez.: *F. D. R.*, *W. S. C.*
15. 9."

Die wirtschaftliche Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Zone

20. JULI 1946:

General *MacNarney* verkündigt in der 34. Sitzung des Kontrollrates, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihn bevollmächtigt habe, sich mit den anderen alliierten Mächten über die wirtschaftliche Vereinigung der verschiedenen Besatzungszonen zu verständigen. (Vgl. Europa-Archiv I/106—107, I/185, I/260.)

29. JULI 1946:

Staatsminister *Noel-Baker* verkündigt im Unterhaus, daß die englischen Behörden in Deutschland angewiesen worden seien, Besprechungen über die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltung der zwei Besatzungszonen in Bezug auf Landwirtschaft, Handel, Industrie und Finanzen mit den amerikanischen Behörden aufzunehmen.

30. JULI 1946:

Luftmarschall Sir W. Sholto *Douglas* verkündet in der 35. Sitzung des Kontrollrates offiziell die Annahme des amerikanischen Angebotes. (Vgl. Europa-Archiv I/175.)

6. AUGUST 1946:

Auf der 11. Versammlung des Länderrates kündigt General Lucius D. *Clay* „eine erste Etappe der deutschen Wirtschaftseinheit" an. Diese wirtschaftliche Zusammenlegung der beiden angelsächsischen Zonen solle nicht gleichzeitig eine politische Zusammenlegung mit sich bringen. Die vorgesehenen Verwaltungsmaßnahmen machten es notwendig, daß man zunächst nach gewissen großzügigen Grundsätzen verfahre.

7. AUGUST 1946:

Amerikanische Wirtschaftler begeben sich in die britische Besatzungszone, um dort die vorbereitenden Maßnahmen zur Zusammenlegung der beiden Zonen zu treffen.

9. AUGUST 1946:

Luftmarschall Sir W. Sholto *Douglas* verkündet die Errichtung von vier Zweizonen-Verwaltungsämtern (Ernährung und Landwirtschaft, Handel und Industrie, Finanzen, Transportwesen) und die Gründung eines Zweizonenausschusses.

20. AUGUST 1946:

In Minden findet eine Wirtschaftskonferenz mit amerikanischen, englischen und deutschen Vertretern statt. Die folgenden deutschen Körperschaften sind mit der Ausarbeitung eines Fusionsplans beschäftigt, der den alliierten Kontrollbehörden vorgelegt werden soll: der Länderrat für die amerikanische Zone und der wirtschaftliche Zonenbeirat für die britische Zone.

ENDE AUGUST 1946:

General *Robertson* verkündet auf der Versammlung des Zonenbeirats die Errichtung von fünf Verwaltungsämtern (als fünftes ist das Amt für Nachrichtenwesen vorgesehen, das noch zu gründen ist).

3. SEPTEMBER 1946:

Die Generale *Clay* und *Robertson*, die stellvertretenden Militärgouverneure der beiden angelsächsischen Zonen, geben ihre grundsätzliche Einwilligung zu den fünf Zweizonen-Verwaltungsämtern und schließen ein Zweizonenabkommen ab.

5. SEPTEMBER 1946:

General Lucius D. *Clay* und Generalleutnant Brian *Robertson* treffen Vereinbarungen über die Grundsätze für den wirtschaftlichen Zusammenschluß ihrer beiden Zonen und über die Bildung eines bizonalen deutschen Komitees.

6. SEPTEMBER 1946:

In seiner Stuttgarter Rede unterstreicht Außenminister *Byrnes* die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands auf den fünf vorgesehenen Gebieten. (Vgl. Europa-Archiv I/261—264.)

11. SEPTEMBER 1946:

General *MacNarney* und Luftmarschall Sir W. Sholto *Douglas* billigen den von den Deutschen ausgearbeiteten Plan der wirtschaftlichen Zonenzusammenlegung.

12. SEPTEMBER 1946:

Bildung eines Wirtschaftskomitees (Handel und Industrie) in Minden, des ersten Zweizonen-Verwaltungsamtes.

26. SEPTEMBER 1946:

Amerikanische und britische Vertreter unterzeichnen ein Abkommen über die Bildung eines deutschen interzonalen Finanzrates.

11. OKTOBER 1946:

Erste Sitzung des deutschen gemeinsamen Wirtschaftsausschusses in Minden.

21. OKTOBER 1946:

Vorläufige Richtlinien für die Aufteilung der Vollmachten unter den Zweizonenverwaltungen, den Körperschaften der Zonen und den Länderregierungen.

OKTOBER/NOVEMBER 1946:

Ausarbeitung endgültiger Statuten für drei weitere Verwaltungsämter: Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Transportwesen, und eines vorläufigen Statutes für den Ausschuß für Nachrichtenwesen.

13. NOVEMBER 1946:

Beginn der britisch-amerikanischen Beratungen in Washington über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der britischen und der amerikanischen Zone Deutschlands.

24. NOVEMBER 1946:

Vertreter der amerikanischen und der britischen Militärregierung für Deutschland erörtern mit den Außenministern *Byrnes* und *Bevin* in New York einen Drei-Jahres-Plan für die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands und die Verteilung der Verwaltungskosten der beiden Zonen.

27. NOVEMBER 1946:

Die Außenminister *Byrnes* und *Bevin* fordern in einer Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister Frankreichs, *Couve de Murville*, den Anschluß der französischen Besatzungszone an die vereinigte britische und amerikanische Zone Deutschlands und erklären, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die französische Besatzungszone Deutschlands mit bestimmten Artikeln nicht mehr beliefern könnten, solange die französische Zone nicht mit den beiden anderen wirtschaftlich verbunden sei. — Die Sowjet-Union hält sich noch immer die Möglichkeit offen, ihre Besatzungszone in eine Zonenvereinigung einzubeziehen, wenn ihr Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion garantiert werden.

28. NOVEMBER 1946:

In den britisch-amerikanischen Zonenbesprechungen in New York erklärt sich Großbritannien bereit, die Hälfte der für beide Zonen Deutschlands in drei Jahren vorgesehenen Aufwendungen zu tragen.

2. DEZEMBER 1946:

Unterzeichnung des britisch-amerikanischen Abkommens zur wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Zonen.

Wortlaut des Abkommens über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone

Vertreter der beiden Regierungen sind in Washington zusammengekommen, um die Fragen zu besprechen, die sich aus der wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Besatzungszonen in Deutschland ergeben. Ihren Beratungen haben sie die Tatsache zugrunde gelegt, daß beide Regierungen sich die wirtschaftliche Einheit ganz Deutschlands in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zum Ziel setzen. Die im folgenden für die Zonen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens getroffenen Vereinbarungen sollten als der erste Schritt in der Richtung auf die wirtschaftliche Vereinigung ganz Deutschlands entsprechend jenem Abkommen betrachtet werden. Die beiden Regierungen sind jederzeit bereit, mit jeder der anderen Besatzungsmächte in Verhandlungen einzutreten, die auf eine Ausdehnung dieser Vereinbarungen auf ihre Besatzungszonen hinzielen.

Auf dieser Grundlage wurde eine Übereinstimmung über die folgenden Paragraphen erzielt:

1. Das Datum der Inkraftsetzung.

Dieses Übereinkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen soll am 1. Januar 1947 wirksam werden.

2. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Hilfsquellen.

Die beiden Zonen sollen in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten als ein einziges Gebiet behandelt werden.

Die einheimischen Hilfsquellen dieses Gebietes und alle Einfuhren des Gebietes, einschließlich Lebensmittel, sollen zusammengefaßt werden, damit ein gemeinsamer Lebensstandard hergestellt werden kann.

3. Deutsche Verwaltungsbehörden.

Der amerikanische und der britische Oberbefehlshaber sind verantwortlich dafür, daß unter ihrer gemeinsamen Kontrolle deutsche Verwaltungsbehörden eingesetzt werden, die zur wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Zonen notwendig sind.

4. Außenhandelsamt.

Die Verantwortung für den Außenhandel wird zunächst bei dem gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramt (Vereinigte Staaten — Großbritannien) oder bei einem anderen Amt liegen, das von den beiden Oberbefehlshabern errichtet werden kann. Diese Verantwortung soll auf das deutsche Verwaltungsamt für den Außenhandel unter gemeinsamer Überwachung übertragen werden, und zwar soweit es jeweils unter den bestehenden Beschränkungen im Ausland möglich ist. (Alle Hinweise auf das gemeinsame Ausfuhr- und Einfuhramt in diesem Abkommen sollen sich auf dieses Amt oder auf ein anderes Amt beziehen, das von den Oberbefehlshabern zu seiner Ablösung eingesetzt wird.)

5. Grundlage der wirtschaftlichen Planung.

Das Ziel der beiden Regierungen ist es, die wirtschaftliche Selbständigkeit des Gebietes bis Ende 1949 zu erreichen.

Die Kosten für die Einfuhren

6. Die Teilung der finanziellen Verantwortung.

Vorbehaltlich der Bereitstellung der nötigen Haushaltsmittel werden die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches gemäß den folgenden Bestimmungen im gleichen Verhältnis für die Kosten der genehmigten Einfuhren verantwortlich, die nach dem 31. Dezember 1946 in Rechnung gestellt werden (einschließlich der vorhandenen Vorräte, die von den entsprechenden Regierungen bezahlt sind), soweit diese nicht aus anderen Quellen finanziert werden können.

a) Zu diesem Zweck werden die Einfuhren des Gebietes in zwei Kategorien eingeteilt: Einfuhren, die benötigt werden, um Seuchen und Unruhen vorzubeugen (Kategorie a), finanziert in abnehmendem Maße aus dafür bestimmten Fonds; weiter solche Einfuhren (einschließlich Rohmaterialien), gleichgültig wie sie finanziert werden, die erforderlich sind, wenn das Gebiet sich wirtschaftlich so weit erholen soll, daß das in Paragraph 5 des vorliegenden Abkommens genannte Ziel erreicht wird (Kategorie b).

b) Es ist die Absicht der beiden Regierungen, daß die vollen Kosten für die in den Bereich der Kategorie a) fallenden Einfuhren so bald wie möglich entsprechend dem folgenden Unterparagraphen c) aus den Einnahmen der Ausfuhr getragen werden. Der Teil der Einfuhrkosten der Kategorie a), der nicht durch Ausfuhrerlöse bestritten wird, wird zu gleichen Teilen aus dem dafür bestimmten Fonds von den beiden Regierungen beglichen.

c) Die Ausfuhrerträge des Gebietes werden von dem gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramt erfaßt und dienen in erster Linie zur Bereitstellung von Einfuhren der Kategorie b), bis ein Überschuß an Ausfuhrerträgen über die Kosten dieser Einfuhren erzielt ist.

d) Um die Mittel für die Einfuhren der Kategorie b) sicherzustellen, wird vereinbart:

d 1) Die Regierung Großbritanniens wird der gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhragentur die Summe von 29 300 000 Dollar zur Verfügung stellen und damit das im September 1945 getroffene Übereinkommen erfüllen. Nach dem Übereinkommen von 1945 sollen die Einnahmen aus den Exporten der zwei Zonen im Verhältnis der Kosten der Einfuhren zusammengelegt werden, die dem Beitrag der Vereinigten Staaten gutgeschrieben werden.

d 2) Zusätzlich zu dieser Summe sollen die angesammelten Einnahmen der Ausfuhren aus der amerikanischen Zone in der auf 14 500 000 Dollar geschätzten Höhe der gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhragentur zum Einkauf von Einfuhren der Kategorie b) zur Verfügung gestellt werden.

d 3) Zum gleichen Werte wie die Beiträge der Vereinigten Staaten auf Grund der Bestimmungen unter d 1) und d 2) wird die Regierung Großbritanniens Güter der Kategorie b) auf Anfordern der gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhragentur bereitstellen.

d 4) Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens werden der gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhragentur in gleichen Raten die auf sie entfallenden Anteile der Kaufsumme für solche Güter zur Verfügung stellen, die für die deutsche Wirtschaft wesentlich sind und nach Ratifizierung des Vertrages durch die schwedische Regierung unter den Vertrag fallen, der am 18. Juli 1946 zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs einerseits und Schwedens auf der anderen Seite geschlossen wurde.

d 5) Weitere Summen, die von der gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhragentur für den Einkauf von Gütern der Kategorie b) bestimmt und abgerufen werden, sollen von den beiden Regierungen auf gleicher Basis in der Weise bereitgestellt werden, wie die Regierungen dann übereinkommen. In derselben Höhe, wie die eine Regierung zum Einkauf von Rohmaterialien für die Bearbeitung und die Wiederausfuhr unter besonderen Bedingungen wie Sicherheit und Rückzahlung Gelder vorschießt, soll die andere Regierung entsprechende Summen zu ähnlichen Bedingungen auslegen.

e) Die Kosten, die von beiden Regierungen für ihre zwei Zonen vor dem 1. Januar 1947 getragen wurden oder ihnen danach für das Gebiet erwachsen, sollen aus künftigen deutschen Ausfuhren in der allerkürzesten Zeit zurückerstattet werden, soweit es sich mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in gesundem, einen Angriff ausschließenden Rahmen verträgt.

Kurswerte

7. Lockerung der Handelsschranken.

Um die Erhöhung der deutschen Ausfuhr zu fördern, sollen die Schranken im Handelsverkehr mit Deutschland so schnell, wie die Weltlage es erlaubt, beseitigt werden. Aus dem gleichen Grunde soll so bald wie angängig ein Wechselkurs für die Reichsmark festgesetzt werden. Die Reform der Finanzen soll in Deutschland in naher Zukunft durchgeführt werden. Die Wiederherstellung technischer und geschäftlicher Verbindungen zwischen Deutschland und anderen Ländern soll so bald wie möglich erleichtert werden. Mögliche Käufer deutscher Waren sollen, soweit die Möglichkeiten gegeben sind, freien Zugang zu beiden Zonen erhalten, und der normale Geschäftsverkehr soll so bald wie möglich wieder aufgenommen werden.

8. Beschaffung.

Die Festlegung der erforderlichen Einfuhren wird dem gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramt obliegen. Die Beschaffung dieser Einfuhren soll wie folgt durchgeführt werden:

I) Für die Beschaffung von Einfuhren der Kategorie a), soweit sie aus bereitgestellten Fonds einer der beiden Regierungen finanziert werden, soll die betreffende Regierung verantwortlich sein.

II) Für die Beschaffung von Einfuhren der Kategorie b) und der Kategorie a), soweit sie nicht aus den bereitgestellten Fonds finanziert werden, soll das gemeinsame Ausfuhr- und Einfuhramt zuständig sein. Hierbei sollen die beiden Regierungen jede gewünschte Unterstützung leisten können.

Wenn nicht anders vereinbart — vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Absatzes —, soll die Beschaffung aus der wirtschaftlichsten Versorgungsquelle erfolgen. Die Versorgungsquellen sollen jedoch, sobald es irgend möglich ist, so gewählt werden, daß sie eine Beanspruchung der Dollarguthaben Großbritanniens auf das Mindestmaß herabsetzen.

Die beiden Regierungen werden in Washington einen gemeinsamen Ausschuß mit folgenden Aufgaben bilden:

a) Im Falle von Mangelwaren sollen die Bedürfnisse des gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramtes vor den zuständigen Behörden vertreten werden.

b) Soweit nötig, sind Versorgungsquellen zu bestimmen und Beschaffungsstellen zu beauftragen unter Berücksichtigung der finanziellen Belastungen und der Devisenlage der beiden Regierungen.

Im Hinblick auf Unterabsatz a) beschließen die beiden Regierungen, den Ausschuß bei der Deckung der Anforderungen des gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramtes zu unterstützen unter Berücksichtigung aller anderen berechtigten Ansprüche an die greifbaren Weltvorräte.

Im Hinblick auf Unterabsatz b) wird, falls die finanzielle Belastung auf einer Regierung ruht und die beauftragte Lieferungsstelle in einem Gebiet liegt, das der anderen Regierung untersteht, diese letztere Regierung es auf Verlangen übernehmen, jene Lieferungen im Auftrage der ersteren zu beschaffen.

9. Währungs- und Finanzregelung.

Der Finanzausschuß der beiden vertragschließenden Mächte (Vereinigte Staaten — Großbritannien) wird bevollmächtigt, bei anerkannten Banken der Länder, in denen das gemeinsame Ausfuhr- und Einfuhramt arbeitet, Konten zu eröffnen, vorausgesetzt, daß mit jenen Ländern Abkommen abgeschlossen werden, nach denen Guthaben auf Anforderung in Dollar oder Sterling transferiert werden. Der Finanzausschuß wird ermächtigt, Bezahlung der Ausgleichssummen entweder in Dollar oder in Sterling anzunehmen, je nachdem die eine oder die andere Währung nach dem Urteil des gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramtes besser zur Finanzierung wesentlicher Einfuhren verwendet werden kann.

10. Ernährung.

Die beiden Regierungen werden eine Erhöhung der jetzigen Rationen im Rahmen der zur Verfügung stehenden und anderer Mittel auf 1800 Kalorien für den Normalverbraucher befürworten, sobald es die Weltversorgungslage zuläßt. Dieser Versorgungsstandard wird als das Minimum dessen betrachtet, was einen vernünftigen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands fördern kann. Mit Rücksicht auf die jetzige Weltversorgungslage muß jedoch die Ration von 1550 Kalorien für den Normalverbraucher zur Zeit beibehalten werden.

11. Einfuhren für verschleppte Personen.

Vorbehaltlich einer internationalen Regelung, die später zur Versorgung verschleppter Personen getroffen werden könnte, wird festgelegt, daß die Versorgung dieser Verschleppten in den beiden Zonen aus der deutschen Wirtschaft nicht die Versorgung der Deutschen aus dieser Wirtschaft übertreffen darf. Zusätzliche Rationen und andere Zuwendungen, die für verschleppte Personen über die für Deutsche verfügbaren Rationen hinaus beschafft werden, müssen nach Deutschland gebracht werden, ohne daß sie der deutschen Wirtschaft Kosten verursachen.

12. Die Geltungsdauer.

Es ist die Absicht der beiden Regierungen, durch dieses Abkommen die gegenseitigen Vereinbarungen zur wirtschaftlichen Verwaltung der Zonen zu regeln, bis ein Abkommen über die Behandlung ganz Deutschlands als wirtschaftliche Einheit abgeschlossen wird oder bis es mit Zustimmung beider Parteien abgeändert wird. In jährlichen Zwischenräumen soll das Abkommen überprüft werden.

New York, 2. Dezember 1946.

gezeichnet *Ernest Bevin*
James F. Byrnes

(Fortsetzung folgt)

Archiv für Verwaltung und Wirtschaftsaufbau

1. Jahr | MAI 1947 | 11. Folge

Das System der Provisorien

Länderrat, Zonenbeirat, zonale und bizonale Einrichtungen der britischen und der amerikanischen Besatzungszone

Von Alexander Kohn-Brandenburg

Der Neuaufbau des deutschen Staatswesens hat in allen vier Besatzungszonen Gebilde geschaffen, die nur aus der Entwicklung der Zeit und ihren eigenartigen politischen und staatsrechtlichen Verhältnissen zu verstehen sind. Man kann diese neuen Gebilde am treffendsten als in ihrer Dauer, Wirksamkeit und Zuständigkeit beschränkte Notbehelfe für eine noch fehlende deutsche Zentralgewalt — als Provisorien — bezeichnen. Sie sind entstanden aus der Notwendigkeit, fehlende Funktionen der nicht mehr vorhandenen Reichsgewalt, die von den Ländern nicht wahrgenommen werden können, vorläufig zu ersetzen. Mit der Schaffung einer zentralen deutschen Regierung werden diese Provisorien ihre Aufgabe erfüllt haben und in ihren Funktionen und Zuständigkeiten in der künftigen Zentralgewalt aufgehen (vgl. Europa-Archiv I/273).

Um die Entwicklung dieser Organisationen zu verstehen, ist es notwendig, sich in die Zustände nach dem Zusammenbruch zurückzuversetzen: eine handlungsfähige deutsche Staatsgewalt fehlte, die Besatzungsmächte standen einem Volke gegenüber, das keinen Ausdruck seiner Souveränität und seines politischen Willens mehr besaß. Während die Siegermächte über die Friedensverträge mit den Satellitenstaaten Deutschlands verhandelten, blieb, da die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 keine ins einzelne gehende Regelung vorsahen, der Entwicklung in den einzelnen Besatzungszonen ein weiter Spielraum.

Erst mit der New Yorker Außenministerkonferenz vom 4. November 1946 bis zum 11. Dezember 1946 nahm der Gedankenaustausch der Großmächte über die künftige deutsche Staatsform konkrete Formen an (vgl. Europa-Archiv I/328). Auch während die Stellvertretenden Außenminister in London vom 14. Januar bis 25. Februar 1947 tagten (vgl. Europa-Archiv I/490), und während der Konferenz der Außenminister in Moskau vom 10. März bis zum 22. April 1947 blieben die grundsätzlichen Fragen des deutschen Verwaltungsaufbaus in der Schwebe.

Wir bringen im folgenden eine Darstellung der provisorischen zonalen und bizonalen Organe, die sich während dieser Zeit in der amerikanischen und britischen Besatzungszone entwickelt haben. Die Entwicklungen in den beiden Zonen liegen weit auseinander. In der amerikanischen Zone wird die Souveränität der Länder nur durch die Gesetze des Kontrollrats und der Militärregierung beschänkt. Die Funktionen der Reichsgewalt liegen zum größten Teil bei den Ländern. Die Legislative steht den Länderparlamenten zu. Zur Koordinierung der drei Länder wurde ein Länderrat geschaffen, der Organ der Länderregierungen ist.

In der britischen Besatzungszone hingegen sind die Länder nur für reine Länderangelegenheiten zuständig. Alle Funktionen, die der früheren Reichsgewalt unterstanden, sind ihnen vorenthalten. Sie werden von Zoneneinrichtungen, meist Zentralämter genannt, wahrgenommen, die vorläufig von der britischen Militärregierung selbst in oberster Instanz verwaltet werden.

Die Diskussion über diese gegensätzliche Entwicklung wird häufig auf die Formel Zentralismus—Föderalismus vereinfacht. Dabei wird übersehen, daß die Organe beider Zonen die Grundlinien ihrer Entwicklung nicht selbst bestimmen konnten. Selbst die Militärregierungen waren in ihren Entschließungen nicht ganz frei, da sie sich nach bestehenden Rechts- und Verwaltungseinrichtungen einerseits und den politischen Richtlinien ihrer Regierungen andererseits richten mußten. Während die britische Militärregierung in ihrer Zone das Erbe Preußens in Gestalt straff zentralisierter Provinzen vorfand, konnte in der amerikanischen Zone an die eigenstaatliche Tradition der Länder angeknüpft werden.

Gemeinsam ist den Institutionen beider Zonen das Merkmal des Improvisierten und der immer wieder bekundete Wunsch, bald überflüssig zu werden, in einer Einheit aufzugehen.

Die zonalen Organe der amerikanischen Besatzungszone

In der amerikanischen Besatzungszone konnte die Militärregierung bei der demokratischen Neubildung auf vorhandene, eigenständige Gebilde zurückgreifen, denen auch der nationalsozialistische Staat nicht ganz die Selbständigkeit hatte nehmen können und in denen die Erinnerung an die eigenstaatliche Tradition noch wach war. Mit der Proklamation der Militärregierung Deutschlands, amerikanisches Kontrollgebiet, Nr. 2 vom 19. September 1945 wurden die drei selbständigen Staaten Bayern, Hessen und Württemberg-Baden gebildet und in ihren Territorien abgegrenzt. Damit begann der staatliche und politische Neuaufbau in der Zone.

Die Landesmilitärregierungen übertrugen den Ministerpräsidenten als den von ihnen ernannten und ihnen verantwortlichen Chefs der Länderregierungen die Legislative und Exekutive auf allen Staatsgebieten. Eingeschränkt war diese delegierte Staatsgewalt nur durch die Gesetze und Anordnungen des Kontrollrats und der Militärregierungen.

Diese Konzentration der Staatsgewalt in der Hand der Regierungschefs hat sich zu Beginn der Entwicklung günstig ausgewirkt und die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zur gemeinsamen politischen Willensbildung auf Zonenebene gegeben.

Gesetzgebung in der amerikanischen Zone

Gesetzgebung und Exekutive in den Ländern der amerikanischen Zone sind bestimmt:

1. durch die Verfassungen der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen;
2. durch die Proklamationen der Militärregierung Deutschlands, amerikanisches Kontrollgebiet, Nr. 2 vom 19. September 1945 und Nr. 4 vom 1. März 1947.

Aus diesen Grundgesetzen sowie aus Erläuterungen, die General L. D. *Clay* bei den Länderratstagungen vom 8. Januar 1947 und 11. März 1947 sowie bei der Konferenz der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone in Berlin am 23. Februar 1947 gegeben hat, ergeben sich folgende Möglichkeiten einer deutschen gesetzgeberischen Tätigkeit:

1. Gesetze, die nicht einheitlich für die ganze Zone geregelt werden müssen, werden verfassungsgemäß von den Länderparlamenten beschlossen, vom Ministerpräsidenten der Militärregierung des Landes zur Prüfung vorgelegt und — falls diese keine anderen Anweisungen erteilt — in der von der Verfassung vorgesehenen Frist verkündet.
2. Gesetze, die eine gleichmäßige Regelung für die amerikanische Zone erfordern, ohne daß eine völlige Über-

einstimmung des Gesetzesinhalts in allen Einzelheiten oder im Wortlaut für erforderlich gehalten wird, werden in den Ausschüssen des Länderrats im Entwurf fertiggestellt und über das Direktorium des Länderrats dem Parlamentarischen Rat vorgelegt. Nach Billigung durch den Länderrat werden diese Gesetze den einzelnen Länderparlamenten zur Verabschiedung vorgelegt.

3. Gesetze, bei denen eine gleichlautende Regelung in allen Ländern der amerikanischen Zone erforderlich erscheint, werden in den Ausschüssen des Länderrats im Entwurf fertiggestellt, über das Direktorium dem Parlamentarischen Rat vorgelegt und vom Länderrat angenommen und über das Coordinating Office an OMGUS weitergeleitet. Der hier dargestellte Verlauf gilt stets auch für den Fall, daß die Gesetzgebung von der Militärregierung eingeleitet worden ist.

4. Gesetze, für die eine übereinstimmende Regelung für die amerikanische und britische Zone notwendig ist, entstehen auf Empfehlung eines bizonalen Verwaltungsrats. Der von einem bizonalen Verwaltungsrat empfohlene Gesetzentwurf wird der Militärregierung vorgelegt. Nimmt sie die Empfehlung an, so leitet sie den Entwurf dem Länderrat zu. Dieser verfährt dann, wie unter Ziffer 3 angegeben.

Der Länderrat der amerikanischen Zone

Stuttgart, Villa Reitzenstein,
Richard-Wagner-Straße.
Generalsekretär: Erich *Roßmann;*
Stellvertreter: Dr. *Wutzlhofer.*

Die Anregung zur Gründung des Länderrats ging von amerikanischer Seite aus, um die Einheitlichkeit der Gesetzgebung in der gesamten Zone zu sichern. Der stellvertretende Militärgouverneur von Deutschland, General Lucius D. *Clay*, machte die in Stuttgart am 17. Oktober 1945 versammelten Regierungschefs der Länder der amerikanischen Zone mit dem Plan zur Schaffung eines Koordinierungsausschusses für alle Länderregierungen und ehemaligen Reichsdienststellen der Zone bekannt. In anschließender Sitzung beschlossen die drei Ministerpräsidenten den Zusammenschluß der Länder im Länderrat und die Gründung eines Sekretariats zur Erledigung der gemeinsamen Arbeiten. Jeden ersten Dienstag im Monat sollten sich künftig die Regierungschefs zum „Rat der Ministerpräsidenten" in Stuttgart treffen. Das neugeschaffene Land Bremen trat als vierter gleichberechtigter und stimmberechtigter Teilnehmer am 4. Februar 1947 dem Länderrat bei.

In der ersten Sitzung am 6. November 1945 wurde das Statut des Rates der Ministerpräsidenten, der jetzt den geläufigeren Namen „Länderrat" annahm, unter der Bezeichnung „Organisationsplan" von Bayern vorgelegt und durch Länderratsbeschluß angenommen. Mitte 1946 wurde der Organisationsplan zu dem „Statut für den Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes" erweitert und am 27. März 1947 durch Zusatzparagraphen zur Einführung eines „Parlamentarischen Rates beim Länderrat" ergänzt.

Die Aufgaben des Länderrats

Im Laufe seiner Entwicklung — die mit den drei Namen General L. D. *Clay*, Professor *Pollock* und Generalsekretär *Roßmann* untrennbar verbunden ist — ist der Länderrat weit über sein ursprünglich eng begrenztes Aufgabengebiet hinausgewachsen. Außer der Koordinierung ist ihm bald die Regelung und Verwaltung der Zoneneinrichtungen und Zonenangelegenheiten zugefallen. Die wesentlichen, im Statut festgelegten Aufgaben sind:

1. Koordination der Länder der amerikanischen Zone zur Erreichung der Rechts- und Verwaltungsgleichheit in der gesamten Zone.
2. Erledigung zonaler Aufgaben, die früher Sache der Reichsgewalt waren und die ihrem Gegenstand nach von den Ländern nicht erledigt werden können.

Der Rat der Ministerpräsidenten

Der Länderrat im engeren Sinne, der Rat der Ministerpräsidenten und des Bürgermeisters von Bremen, ist ein Organ der Länder. Er ist also kein Oberstaat, sondern steht auf gleicher Stufe neben den Ländern. Er ist getrennt von seinem entwickelten Apparat zu betrachten. Alle grundsätzlichen und wichtigen Entscheidungen werden vom Rat der Ministerpräsidenten getroffen. Länderratsbeschlüsse sind für die Länder verbindlich, sie bedürfen keiner Zustimmung der Länder. Die Länder sind zum Erlaß entsprechender Gesetze verpflichtet.

Jedes Land ist im Länderrat mit einer Stimme vertreten. Die Beschlüsse werden einstimmig gefaßt. Einen von den im Länderrat vertretenen Ländern unabhängigen Willen des Organes selbst gibt es nicht.

An den Tagungen des Länderrats, die an jedem ersten Dienstag im Monat stattfinden, nehmen die Ministerpräsidenten, die Mitglieder des Direktoriums und die Leiter der Landesdienststellen teil. Der Vorsitz wechselt in vierteljährlichem Turnus. Die Ministerpräsidenten können zu ihrer Unterstützung je einen Vertreter, auch die an den Beratungsgegenständen beteiligten Minister und Sachverständigen zuziehen. Im Einvernehmen mit dem Generalsekretär können die Leiter der Zoneneinrichtungen an den Tagungen teilnehmen. Die Sitzungen sind öffentlich, die Presse ist zugelassen.

Zur Erledigung geschäftlicher Fragen und interner Angelegenheiten können interne Länderratstagungen einberufen werden. Den Vorsitz führt jeweils einer der beteiligten Ministerpräsidenten; der Vorsitz wechselt in vierteljährlichem Turnus.

Das Direktorium

Die Überlastung der Ministerpräsidenten mit der Arbeit in ihren Länderregierungen und die lange Zeitspanne von einem Monat, die zwischen den einzelnen Sitzungen lag, machten den Apparat des Länderrates schwerfällig. Um die Arbeit zu beschleunigen und den Rat der Ministerpräsidenten zu entlasten, wurde das Direktorium des Länderrats geschaffen, das sich aus je einem Regierungsmitglied jedes Landes, den Bevollmächtigten der Ministerpräsidenten beim Länderrat (Länderratsbevollmächtigte) und dem Generalsekretär zusammensetzt. Jedes Mitglied des Direktoriums hat eine Stimme. Zur Entscheidung ist Einstimmigkeit notwendig. Das Direktorium entscheidet über Anträge, die eilig sind, und über solche Beschlüsse, die keine grundsätzliche Bedeutung haben. Die übrigen Ausschußangelegenheiten und Anträge werden vom Direktorium auf ihre Entscheidungsreife geprüft und dem Länderrat zur Beschlußfassung vorgelegt.

Im Direktorium sind zu unterscheiden:

1. die Länderratsbevollmächtigten, die ihren Dienstsitz beim Länderrat haben und die Interessen ihres Landes beim Länderrat und seinen Einrichtungen wahrnehmen.

   Der gesamte Geschäftsverkehr des Länderrats mit den Länderregierungen und umgekehrt erfolgt über die Länderratsbevollmächtigten.

   Länderratsbevollmächtigte sind:
   für Bayern Dr. Anton *Seelos*,
   für Württemberg-Baden Staatsrat Konrad *Wittwer*,
   für Hessen Graf *Wedel*,
   für Bremen Herr *Schütte;*
2. die Sonderbeauftragten der Länderregierungen. Sie haben ihren Dienstsitz bei ihrer Landesregierung und nehmen an den Kabinettssitzungen teil.

Den Vorsitz im Direktorium führt derjenige Sonderbeauftragte, dessen Ministerpräsident den Vorsitz im Länderrat hat. Die Geschäftsführung des Direktoriums obliegt dem

Generalsekretär. Das Direktorium tagt mindestens einmal in der Woche.

Einstimmige Beschlüsse des Direktoriums sind Länderratsbeschlüsse und treten sofort in Kraft. Beschlüsse, die nur mit Stimmenmehrheit gefaßt worden sind, treten in Kraft, wenn keiner der drei Ministerpräsidenten innerhalb drei Tagen Widerspruch erhebt.

Das Direktorium nimmt Stellung zu Kontrollmaßnahmen, die dem Länderrat durch das Coordinating Office zur Begutachtung vorgelegt werden. An diesen Beratungen nimmt zusätzlich ein Fachminister jedes Landes mit Stimmberechtigung teil.

Der Generalsekretär

Zur Erledigung der Verwaltung und des Kanzleidienstes des Länderrats besteht ein Sekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs, der von den Ministerpräsidenten ernannt wird und ihnen für seine Geschäftsführung verantwortlich ist. Die Abteilungsleiter und Referenten werden auf Vorschlag des Generalsekretärs ernannt.

Die Aufgaben des Generalsekretärs sind:

1. Leitung des Sekretariats. Er ist Dienstvorgesetzter aller Länderratsangestellten.
2. Vertretung des Sekretariats nach außen.
3. Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem Leiter des Coordinating Office.
4. Unterstützung der Länderratsbevollmächtigten in der Wahrnehmung der von ihnen vertretenen Länderinteressen.
5. Vorbereitung der Tagungen in Zusammenarbeit mit dem Coordinating Office und den Länderratsbevollmächtigten.
6. Sorge für die Einhaltung des Statuts und der Satzungen für die Ausschüsse.
7. Überwachung der Durchführung der vom Länderrat erlassenen Beschlüsse.
8. Behandlung der vom Coordinating Office gestellten Aufgaben.
9. Geschäftsführung für das Direktorium.
10. Durch seine Mitgliedschaft und Stimme im Direktorium hat der Generalsekretär Befugnisse erhalten, die ursprünglich in seiner Stellung nicht enthalten waren. Als Mitglied des Direktoriums hat er das Recht zur Stellung von Anträgen an die Ausschüsse und ist so in der Lage, diese mit Hilfe seiner Referenten zu lenken. Seine Zuständigkeiten und Befugnisse reichen so weit in das Politische hinein.
11. Geschäftsführung des Politischen Rates.
12. Überwachung der zonalen Einrichtungen mit Hilfe der entsprechenden Ausschüsse.

Das Sekretariat ist in 9 Abteilungen gegliedert. Jede Abteilung hängt mit dem entsprechenden Ausschuß zusammen.

Die Abteilungen sind:

I. Koordinierung, Zusammenarbeit mit anderen Zonen, Protokollstelle, Presse, Archiv.
II. Recht, Denazifizierung.
III. Finanzen und Kreditwesen.
IV. Gewerbliche Wirtschaft, Geschäftsführung des Wirtschaftsrats, Statistik und Bauwesen. Durch die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrats hat diese Abteilung an Bedeutung verloren.
V. Verkehr, Post, Nachrichtenwesen, Energiewirtschaft, Wetterdienst, Forst- und Holzwirtschaft.
VI. Ernährung und Landwirtschaft, ursprünglich unter Leitung des Sonderbeauftragten für Ernährung und Landwirtschaft stehend. Durch Schaffung des bizonalen Amtes haben sich die Aufgaben der Abteilung wie auch des entsprechenden Ausschusses verlagert.
VII. Sozialpolitik, Flüchtlingswesen, ausländische Liebesgaben, öffentliche Wohlfahrt.
VIII. Informationskontrolle, Kulturpolitik.
IX. Haushalt, Personal, Kasse.

Die Ausschüsse

Typisch für den Länderrat sind die zahlreichen Ausschüsse und Unterausschüsse, in denen die ganze Vorbereitungsarbeit geleistet wird.

Ausschüsse werden eingerichtet:

1. auf Verlangen des Coordinating Office,
2. auf Antrag der Länder,
3. auf Antrag des Generalsekretärs,
4. auf Antrag der Ausschüsse beim Generalsekretär.

Über den Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses oder Unterausschusses wird durch Länderratsbeschluß entschieden. Die Ministerpräsidenten berufen und entlassen die Mitglieder der Ausschüsse. Jedes Land entsendet einen stimmberechtigten Vertreter und seinen Stellvertreter. Sachverständige ohne Stimmrecht können von jedem Land zugezogen werden. Beschlüsse und Empfehlungen an den Länderrat müssen einstimmig gefaßt werden. Verbindliche Kraft erhalten sie erst durch Länderratsbeschluß. Tätigkeit und Zuständigkeit sind in einer für alle Ausschüsse verbindlichen Satzung festgelegt.

Der größte und wichtigste Ausschuß, der für gewerbliche Wirtschaft, nahm wegen seiner zentralen Aufgaben eine Sonderstellung ein und trat als Wirtschaftsrat auch bei den zonalen Einrichtungen zutage. Mit dem Beginn der Arbeit des bizonalen Wirtschaftsrats in Minden ist der größte Teil seiner Zuständigkeiten nach dort verlagert.

Die wichtigsten Arbeitsgebiete der Hauptausschüsse sind: Recht, Denazifizierung, Finanz- und Kreditwesen, gewerbliche Wirtschaft, Statistik, Bauwesen, Verkehr, Post und Nachrichtenwesen, Energiewirtschaft, Wetterdienst, Holz- und Forstwirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Sozialpolitik, Flüchtlingswesen, Verteilung ausländischer Liebesgaben, Gesundheitswesen, öffentliche Wohlfahrt, Informationskontrolle, Kulturpolitik.

Die Ausschüsse sind teilweise weit in Unterausschüsse verzweigt.

Der Parlamentarische Rat

Mit der Einführung eines Parlamentarischen Rats von 24 Mitgliedern brachte die 18. Länderratstagung am 11. März 1947 ein wichtiges Ereignis. Die drei süddeutschen Länder entsenden in diesen Rat je sieben, Bremen drei Volksvertreter aus ihren Parlamenten. Vorsitzender ist der Vertreter des Landes, dessen Ministerpräsident den Vorsitz im Länderrat führt. Jedes Land verfügt über eine Stimme. Beschlußfassung geschieht durch Einstimmigkeit. Die Geschäfte des Parlamentarischen Rates werden vom Generalsekretär geführt.

Der Parlamentarische Rat nimmt Stellung:

1. zu allen Gesetzentwürfen und Rechtsverordnungen, die dem Länderrat vorgelegt werden;
2. zu Kontrollmaßnahmen, die vom Coordinating Office vorgelegt werden;
3. zu allen Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung.

Der Parlamentarische Rat hat keinen uneingeschränkten Beifall gefunden, sondern lebhafte Kritik hervorgerufen. Es wird bemängelt, daß er praktisch ohne Einfluß sei und keinerlei Kontrollbefugnisse habe. Gelegentlich wird in seiner Schaffung auch der Versuch zur Einrichtung eines zonalen Parlaments gesehen. Die kurze Dauer seines Bestehens läßt noch kein Urteil über seine Wirkung und über die Berechtigung der Ausstellungen der Kritik zu.

Der Haushalt des Länderrats

Die Ausgaben des Länderrats belaufen sich jährlich auf etwa 1,5 Millionen Mark, die von den beteiligten Ländern anteilig aufgebracht werden. Der Haushaltsvoranschlag wird vom Generalsekretär im Zusammenwirken mit den beteilig-

ten Ausschüssen und Abteilungen aufgestellt und durch Länderratsbeschluß genehmigt.

Rechnungsprüfung und Prüfung des Stellenplans erfolgen durch den Rechnungshof des Landes Württemberg-Baden.

Außendienststellen des Länderrats

Die Tätigkeit des Wirtschaftsrats als zentraler Wirtschaftsinstanz der Zone machte die Schaffung von Außendienststellen in anderen Zonen notwendig. Es wurden eingerichtet:

1. die Vertretung des Länderrats in Berlin, dem Wirtschaftsrat direkt unterstellt. Ihre Aufgaben lagen in der Wahrnehmung der Interessen der zonalen gewerblichen Wirtschaft bei OMGUS und bei der Stadtverwaltung Berlin. Durch die Zweizonenregelung ist diese Dienststelle überflüssig geworden. Sie wird wahrscheinlich bestehen bleiben und der Vertretung der allgemeinen Länderratsinteressen in Berlin dienstbar gemacht werden;
2. das Import- und Exportbüro der amerikanischen Zone in Bremen, das im bizonalen Wirtschaftsamt aufgeht;
3. die Verbindungsstelle des Länderrats beim Verwaltungsrat Stahl und Eisen in Düsseldorf;
4. der Verbindungsmann beim Zentralamt für Wirtschaft, Abteilung Mineralölverteilung.

Mit Ausnahme der Berliner Vertretung gehen diese Außenstellen in den entsprechenden bizonalen Organisationen auf.

Das Coordinating Office

Die Verbindung zu der amerikanischen Militärregierung erfolgt über das Coordinating Office in Stuttgart, das für die regionalen Länder-Militärregierungen ähnliche Koordinierungsfunktionen ausübt wie der Länderrat für die Länderregierungen. Das Coordinating Office ist eine Art Mittelstufe im Instanzenzug von OMGUS bis zu den Militärregierungen der Länder. Sein erster Leiter war Professor *Pollock*, ein namhafter Staatsrechtslehrer aus den Vereinigten Staaten, den man mit Fug und Recht als den Vater des Länderratsgedankens ansprechen kann.

Über das Coordinating Office läuft der gesamte Geschäftsverkehr des Länderrats mit der Militärregierung.

Durch die Öffentlichkeit seiner Tagungen ist der Länderrat weit mehr bekannt geworden als sein Gegenstück in der britischen Zone, der Zonenbeirat. Doch ist auch der größte Teil seiner Arbeit nicht sichtbar, da die Länderratsbeschlüsse von den Länderregierungen als Gesetze erlassen werden und so in der Publikation als Ländergesetze in Erscheinung treten. Die wichtigsten Gesetze, die bisher auf Länderratsbeschluß zustande kamen, sind:

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus;
Verordnung zur Wiederherstellung eines normalen Strafvollzugs;
Verordnung über die Fälligkeit und einstweilige Stundung von Pfandbrief- und Hypothekenzinsen;
Verordnung über die Bestellung von Hauptbevollmächtigten für Versicherungsunternehmen;
Gesetz zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten;
Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege;
Verordnung über die Rechtsgültigkeit richterlicher Amtshandlungen;
Gesetz zum Schutz gegen wirtschaftliche Kriegsfolgen;
Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform;
Gesetz zur Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit;
Verordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers;
Verordnung zur Bekämpfung der San-José-Schildlaus.

Staatsrechtlich gesehen kommt der Länderrat am ehesten einem Staatenbund nahe. Dafür spricht das Fehlen der Rechtssetzungsbefugnis der im Länderrat zusammengeschlossenen Staaten den Individuen gegenüber. Die Anweisungen der Länderratsorgane wenden sich nicht an Personen, sondern an die Staaten, die im Länderrat beschlossenen Gesetze und Rechtsverordnungen müssen erst von den einzelnen Ländern für ihr Staatsgebiet erlassen werden. Auf das Bestehen eines Staatenbundes weist auch die Forderung der Einstimmigkeit in allen Entschließungen des Länderrats hin. Demnach ist ein eigener Wille des Länderrats, der von den Mitgliedsstaaten unabhängig wäre, nicht vorhanden.

Bis zum Inkrafttreten der Verfassungen hatten die Ministerpräsidenten die Legislative für ihr Land. Traten sie gemeinsam als Länderrat auf, waren ihre Gesetze Summierung der Ländergesetze. Bis dahin war ein Länderratsgesetz die Summe dreier gleichlautender Ländergesetze.

Nach der Interpretation, die General *Clay* am 8. Januar 1947 zu den verfassungsrechtlichen Verhältnissen in der amerikanischen Zone gab, kommen dazu neuerdings Gesetze aus einer echten Legislative des Länderrats. Die Einzelkompetenz der Ministerpräsidenten als Träger der Legislative ist erloschen. Ihrer Gesamtheit als Länderrat steht aber eine neue Legislative zu, wenn sie einstimmig ein solches Gesetz für nötig erachten und sich auf ein solches Gesetz einigen.

Die übrigen Zoneneinrichtungen der amerikanischen Zone

Die Tatsache, daß die gesamten Hoheitsbefugnisse bei den Ländern lagen und diese im Länderrat verhältnismäßig einfach zu einer Übereinstimmung kommen konnten, führte zu einem späteren Zeitpunkt als in der britischen Zone zur Entwicklung von zonalen Einrichtungen. Einzige Ausnahmen waren die Verwaltungen von Post und Eisenbahn, die unter Leitung und Kontrolle der Militärregierung ein Eigenleben führten. Grundsätzlich lagen auch hier die Hoheitsbefugnisse bei den Ländern, die Ende 1945 schon zur Bildung von Post- und Verkehrsministerien aufgefordert wurden. Es kam zwischen den Ländern zum Abschluß von Staatsverträgen, die zur Gründung einer Verkehrsanstalt „Deutsche Eisenbahnen im U. S.-Besatzungsgebiet" führen sollten, die der Aufsicht eines vom Länderrat eingesetzten Generaldirektors für das Verkehrswesen in der amerikanischen Zone unterstehen sollte. Eine ähnliche Regelung war für das Postwesen geplant. Beide Projekte wurden im Zuge der Zweizonenregelung aufgegeben.

Die zonalen Einrichtungen der amerikanischen Zone sind eng mit der Entwicklung des Länderrats verbunden. Meist gingen sie aus entsprechenden Ausschüssen des Länderrats hervor. Kontrolle und Weisungsbefugnisse liegen beim Länderrat. Die meisten dieser Einrichtungen sind in den bizonalen Organisationen aufgegangen.

Zur Wahrnehmung zonaler Aufgaben, die aus Gründen der rationellen Arbeit der Länderhoheit weggenommen werden mußten, wurde eine provisorische Organisationsform gefunden. Im Laufe des Sommers 1946 wurden die Sonderbeauftragten ernannt:

der Sonderbeauftragte für Ernährung und Landwirtschaft;
der Sonderbeauftragte für Interzonen- und Außenhandel;
der Sonderbeauftragte für Preisbildung und Preisüberwachung.

Sie unterstanden dem Länderrat, der seine Aufsichtsbefugnis durch den Generalsekretär ausübte. Die Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Wirtschaft wurde vorübergehend erwogen, doch wurde der Plan durch die Schaffung des Wirtschaftsrates für beide Zonen überholt. Die Sonderbeauftragten, die keine eigenen Organisationen gebildet, sondern sich des Länderratsapparates bedient hatten, sind in den entsprechenden bizonalen Organen aufgegangen.

Der Wetterdienst

Eine weitere Zoneneinrichtung besteht heute noch im „Wetterdienst für das U. S.-Besatzungsgebiet" in Kissingen. Der Wetterdienst ist aus dem Flugwetterdienst der amerikanischen Luftwaffe hervorgegangen und arbeitet ausschließlich mit deutschem Personal. Er untersteht dem Länderrat. Haushalts- und Stellenplan werden vom Länderrat genehmigt, der seine Kontrolle durch den Generalsekretär über den Ausschuß Wetterdienst ausübt. In absehbarer Zeit wird der Wetterdienst als eigene, unabhängige Organisation aufgezogen werden.

Die Zonengesellschaften

Die Zonengesellschaften sind Gesellschaften des Handelsrechts, die von den Staaten der amerikanischen Zone zur Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen errichtet wurden. Die Gesellschaftsform ist die einer G. m. b. H., die Gesellschaftsanteile sind zu gleichen Teilen in Händen der beteiligten Länder.

Bis jetzt besteht eine G. m. b. H. zur Verwertung, Übernahme und Verwaltung von Beute- und Rüstungsgut im Werte von rund einer halben Milliarde Mark, das nach den Waffenstillstandsbedingungen an die Alliierten überging und von der Militärregierung den Ländern zur Auswertung übergeben wurde.

Zur Herstellung und zum Vertrieb von Lehrfilmen und Photomaterial für alle Schulstufen der Zone soll ein „Institut für den Unterrichtsfilm G. m. b. H." gegründet werden.

Die zonalen Organe der britischen Besatzungszone

In der britischen Besatzungszone wurden die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Stadtstaat Hamburg aus Bestandteilen des ehemaligen preußischen Staates gebildet. Ihre Befugnisse und Zuständigkeiten sind in der Verordnung Nr. 57 der Militärregierung Deutschlands, britisches Kontrollgebiet, festgelegt.

Nach dieser Verordnung sind zahlreiche Sachgebiete der Gesetzgebung durch die Länder entzogen und werden von der Militärregierung selbst wahrgenommen. Hierin ist ein Reservat für die künftigen Kompetenzen einer deutschen Zentralregierung zu sehen. Folgende Gebiete sind von der Länderlegislative ausgenommen:

auswärtige Angelegenheiten und Erfüllung von Verträgen; Landesverteidigung, Staatsangehörigkeitsfragen und Einbürgerung, Grenzkontrolle, Einwanderung, Auswanderung, Quarantäne, Auslieferung;

Währungsfragen, Münzrecht, Notenausgabe und gesetzliche Zahlungsmittel, Devisenkontrolle, öffentliche Schulden und Bürgschaften, Zentralbankwesen und die erforderlichen Rücklagen anderer Banken;

Post, Telegraph, Postzahlungs- und Postscheckdienst, Postsparkassenämter;

Schiffahrt, Vorschriften für Schiffahrts- und Lotsenwesen, Leuchttürme, Baken und Bojen sowie andere Sicherungsmaßnahmen für Schiffe, Vorschriften für die Behandlung und Lagerung von gefährlichen und leicht verderblichen Schiffsladungen, Sicherheitsvorschriften für Hafenanlagen und Hafeneinrichtungen;

Eisenbahnen;

Binnengewässer, Binnenschiffahrt und Transport;

Gesetzgebung über das Straßenwesen, besonders über die Benutzung von Straßen, über die Vorschriften für Verkehrslenkung und Anbringung von Hinweisschildern, die Zulassung und Registrierung von Straßenfahrzeugen und Kraftfahrern, die Beschriftung, Bauweise, Benutzung und Geschwindigkeit von Straßenfahrzeugen, internationaler Straßendienst;

Urheberrecht, Patente und Warenzeichen;

Außenhandel und Handel zwischen den Ländern;

Wertpapiere, Konnossemente und andere Urkunden, durch deren Übergabe Rechte an Gütern übertragen werden;

Maße und Gewichte;

Einkommen- und Gewinnsteuer, Steuer auf Vermögensübertragung von Todes wegen oder durch Schenkung, Beförderungssteuer, Zölle;

Strafrecht und Strafverfahrensrecht, bürgerliches Recht und bürgerliches Verfahrensrecht einschließlich Personenstandsrecht, Gerichtsverfassung, Gesellschaftsrecht, Handelsrecht, Grundbuchrecht, Konkurs- und Zwangsvergleichsrecht, Grundeigentumsrecht einschließlich Enteignung;

Leitung der Großindustrien und Verteilung von Mangelwaren.

Infolge der Notlage übt die Militärregierung auf folgenden Gebieten die Legislative aus:

Kriegsschulden, Besatzungskosten, Reparationen, Wiedererstattung, Entmilitarisierung, verschleppte Personen, blockiertes Eigentum;

Preisbildung und Preiskontrolle, Löhne und Lohngesetzgebung, Arbeitslenkung, Zuerteilung von Vorrechten für die Beschaffung von Arbeitskräften, Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung;

Registrierung, Einsetzung und Beschaffung von Arbeitskräften; Gewerkschaften;

Vermittlung und Schlichtungsverfahren;

Fällung von Nutzhölzern und Holzschnitt;

Flüchtlingswesen.

Für eine gewisse Zeit sind von der Länderlegislative ausgeschlossen:

Bodenreform, Steuern, die zum Teil dem ehemaligen Reich zuflossen, Versicherungswesen, Industrienormung;

Sammlung, Ausgabe, Verarbeitung, Verteilung und Rationierung von Lebensmitteln, Planung der Lebensmittelerzeugung, Zuteilung von Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmitteln, Seuchenbekämpfungsmitteln.

Angelegenheiten, in denen die gesetzgebenden Körperschaften der Länder verpflichtet sind, die von der Militärregierung festgelegten Grundsätze zu befolgen:

kirchliche Angelegenheiten, Entwicklung und Eigentumsverhältnisse in der Industrie, Wohnungswesen und Stadtplanung, Lebensmittel, Landwirtschaft;

Bau und Unterhaltung von Verkehrsstraßen, die von staatlicher Bedeutung sind;

bestimmte Steuern, die von der Militärregierung näher zu bestimmen sind und deren Erträgnisse den Ländern zufließen;

Betriebsgesetzgebung, Pressewesen, Vereins- und Versammlungswesen.

Unter Vorbehalt der legislativen Maßnahmen des Kontrollrats und der oben angeführten Ausnahmen steht der gesetzgebenden Körperschaft die ausschließliche Gesetzgebung für das Land oder einen seiner Teile zu.

Die Exekutive einer Landesregierung erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, in denen der gesetzgebenden Körperschaft des Landes die Gesetzgebung zusteht, und auf die Verwaltung der oben aufgeführten von der Länderlegislative ausgenommenen Angelegenheiten, falls nicht gegenteilige Anordnungen der Militärregierung für einzelne Sachgebiete bestehen, sowie auf alle Angelegenheiten, in denen die Landesregierung von der Militärregierung zur Tätigkeit aufgefordert wird.

Die vom Parlament eines Landes angenommenen Gesetze müssen dem Gebietsbeauftragten der Militärregierung (Regional Commissioner) vorgelegt werden, der ihnen nach eigenem Ermessen zustimmt oder sie ablehnt. Er kann ein Gesetz zur Wiederberatung und Abänderung an das Parlament zurückverweisen. Vor erfolgter Zustimmung des Gebietsbeauftragten kann kein vom Parlament angenommenes Gesetz in Kraft treten.

Die Befugnis des Militärgouverneurs, Landesgesetze außer Kraft zu setzen, besteht weiter.

Die Verordnung Nr. 57 trat mit dem 1. Dezember 1946 in Kraft.

Die Ländergesetzgebung tritt somit in den Hintergrund vor der Legislative der Militärregierung. Alle Angelegenheiten, die ehemals Sache des Reiches waren, sind der Länderlegislative vorenthalten worden und werden von der Militärregierung mit Hilfe der Zentralämter und zonalen Einrichtungen wahrgenommen. Zentrales Beratungsorgan der Militärregierung ist der Zonenbeirat in Hamburg.

Die britische Besatzungszone kennt gegenwärtig fünf Möglichkeiten und Wege der Gesetzgebung:

1. Kontrollratsgesetze, die von den vier Mächten vereinbart werden und die für alle Zonen gültig sind;
2. Gesetze und Rechtsverordnungen der britischen Militärregierung, die nur in der britischen Zone Gültigkeit haben;
3. Rechtsvorschriften der Zentralämter und Zweizonenämter;
4. im Koordinierungsverfahren — ähnlich wie in der amerikanischen Zone — von den Ländern vereinbarten Erlaß gleichlautender Rechtsvorschriften für alle Länder der Zone, die dann von jedem Land selbständig verkündet werden;
5. das Landesgesetz, das jedes Land nur für sein eigenes Staatsgebiet erläßt.

Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone

Zonal Advising Council (ZAC).
Hamburg, Esplanade 6.
Generalsekretär: Dr. habil. Gerhard *Weißer;*
stellvertretender Sekretär: Hans *Blankenhorn.*

In der britischen Zone sind die deutschen politischen Kräfte zur grundsätzlichen Erörterung der wichtigen Fragen im Zonenbeirat zusammengefaßt.

Der Zonenbeirat ist genau das, was sein Name ausdrückt: eine Körperschaft mit beratender Funktion ohne Legislative und Exekutive, ein Organ, das der britischen Militärregierung beratend in allen die deutschen Interessen berührenden Fragen zur Seite steht. Seine Mitglieder werden von der britischen Militärregierung ernannt.

In ihm sind vertreten:

1. die Ministerpräsidenten der drei Länder der britischen Zone, der Bürgermeister von Hamburg und — ohne Stimmrecht — der Bürgermeister von Bremen;
2. Vertreter der Verwaltung, die Oberpräsidenten der Provinzen oder ihnen gleichgestellte Beamte;
3. Fachvertreter, die die Sachgebiete Gewerbe und Industrie, Ernährung und Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Post- und Fernmeldewesen, Finanz, Arbeitskraft, öffentliche Sicherheit, Erziehung, Verkehr, Flüchtlinge vertreten;
4. Vertreter der Parteien — insgesamt acht —, wobei jede der großen Parteien zwei Sitze hat;
5. zwei Vertreter der Gewerkschaften;
6. zwei Vertreter der Genossenschaften.

Der Zonenbeirat zählt gegenwärtig 32 Mitglieder, die ihr Amt unentgeltlich ausüben und so ausgewählt wurden, daß sie nach Persönlichkeit und Vergangenheit eine Gewähr für ihre politische Integrität bieten.

Der Geschäftsbetrieb wird von der Kanzlei des Zonenbeirats unter der Leitung eines Generalsekretärs erledigt. Die Aufgaben und Funktionen des Zonenbeirats sind in der „Geschäftsordnung für den Zonenbeirat der britisch besetzten Zone Deutschlands" festgelegt.

Die Kirchenbehörden sind im Zonenbeirat nicht vertreten. Ihre Interessen werden durch inoffizielle Zusammenkünfte mit Kirchenvertretern außerhalb der regulären Sitzungen des Rates wahrgenommen.

Die Aufgaben des Zonenbeirats:

1. Beratung der britischen Militärregierung (Control Commission for Germany [British Element], CCG) in allen Fragen, die von ihr an den Zonenbeirat verwiesen werden;
2. Beratung über alle Fragen von allgemeinem Interesse, die von einem Ausschuß des Zonenbeirats, von einem Ratsmitglied oder von einer antragsberechtigten Zonenbehörde dem Zonenbeirat vorgelegt werden. Vor der Erörterung des Themas muß über den britischen Verbindungsstab die Genehmigung dazu eingeholt werden;
3. Beratung in allen Angelegenheiten allgemeinen politischen Charakters, soweit sie im Bereich einer Mehrzahl von zonalen Behörden liegen;
4. der Zonenbeirat dient als Ergänzungsstelle für zentrale, zonale und bizonale Verwaltungen bei Bedarf an Personal.

Als beratendes Organ verfügt der Zonenbeirat über keine Exekutivgewalt. Die Zoneneinrichtungen sind ihm nicht unterstellt, er besitzt ihnen gegenüber keine Weisungsbefugnis.

Das Statut des Zonenbeirats

In dreißig Paragraphen sind in der „Geschäftsordnung für den Zonenbeirat in der britisch besetzten Zone Deutschlands" die Befugnisse und Kompetenzen des Zonenbeirats festgelegt. Sitz des Zonenbeirats ist Hamburg.

Der Zonenbeirat tagt mindestens einmal im Monat, nach Bedarf öfters. Aus den Mitgliedern werden ein Vorsitzender und ein stellvertretender Vorsitzender für drei Monate gewählt. Über Verlauf und Ergebnis der Beratungen wird ein stenographisches Protokoll aufgenommen.

Die Beratungen des Zonenbeirats sind nicht öffentlich. Werden über die Beratungen Presseberichte ausgegeben, so bedürfen sie der vorherigen Zustimmung der britischen Kontrollkommission. Die Geschäftsordnung regelt Verhandlungsverfahren, Abstimmung und Bildung von Ausschüssen. Bestehen Zweifel bezüglich der Auslegung der Geschäftsordnung, so entscheidet der Vorsitzende, gegebenenfalls nach Beratung mit dem Ältestenrat.

Die Abstimmung

Der Zonenbeirat ist beschlußfähig, wenn drei Viertel seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit. Namentliche Abstimmung muß erfolgen, wenn mindestens zwei Ratsmitglieder vor Beginn der Abstimmung dies beantragen. Die Abstimmung erfolgt in der Regel durch Handaufheben. Bei Zweifeln über das Ergebnis wird die Gegenprobe gemacht. Stimmengleichheit gilt als Verneinung der gestellten Frage. Auf Antrag eines Fünftels der Anwesenden erfolgt geheime Abstimmung.

Der Ältestenrat

Ein Ältestenrat von vier Mitgliedern wird zur Unterstützung des Vorsitzenden in Verfahrens- und Geschäftsordnungsfragen eingesetzt. Der Vorsitzende des Zonenbeirats hat im Ältestenrat Vorsitz und Stimme.

Die Ausschüsse

Die Hauptarbeit im Zonenbeirat wird in den Ausschüssen geleistet, die die Verhandlungen spruchreif vorzubereiten haben. Nach Bedarf können durch Mehrheitsbeschluß Unterausschüsse und Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Die Ausschüsse sind beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es bestehen folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuß, zuständig für Personal- und allgemeine Fragen sowie für alle Angelegenheiten, für die kein besonderer Ausschuß vorgesehen ist, ferner für die Aufstellung des Haushaltsplans;
2. Rechts- und Verfassungsausschuß, in dessen Zuständigkeit die Geschäftsordnung, die Angelegenheiten der Justiz und der öffentlichen Sicherheit liegen;
3. Finanzausschuß;
4. Wirtschaftsausschuß;
5. Ernährungsausschuß;
6. Sozialpolitischer Ausschuß;
7. Verkehrsausschuß, der sich mit dem gesamten Verkehrswesen, Post- und Fernverbindungen befaßt;

8. Wohlfahrtsausschuß für die Gebiete der Fürsorge, des Gesundheits- und Flüchtlingswesens;
9. Kulturausschuß;
10. Sonderausschuß für Verwaltungsreform;
11. Sonderausschuß für Währungsreform;
12. Sonderausschuß für Agrarreform.

Das Sekretariat

Zur Unterstützung des Zonenbeirats besteht eine deutsche Kanzlei unter Leitung des Generalsekretärs, deren Aufgabe es unter anderem ist, den Kanzleidienst bereitzustellen, die Tagungen vorzubereiten und das für die Beratungen des Zonenbeirats und seiner Ausschüsse benötigte Material zu beschaffen. Eine wichtige Aufgabe sind die Niederschrift und Redaktion der Tagesordnungen und Protokolle sowie die Aufrechterhaltung der Verbindung zum britischen Verbindungsstab. Die Übersetzung der anfallenden englischen Dokumente in die deutsche Sprache geschieht unter Verantwortung des Sekretariats. Die Geschäftsordnung ist nach dem Muster der britischen Normalkanzleiordnung festgelegt. Nach ihren Grundsätzen, die auch von den Kanzleien der vier Besatzungsmächte für die Zwecke der Viererkonferenzen und des Kontrollrats übernommen worden sind, werden Tagesordnungen, Protokolle und Unterlagen angefertigt. Damit ist der Gleichlauf mit der Geschäftsordnung der Besatzungsmacht sichergestellt.

In der ersten Sitzung des Zonenbeirats am 6. März 1946 wurde Ministerialdirektor Dr. habil. Gerhard *Weißer*, Braunschweig, zum Generalsekretär gewählt. Ihm unterstehen die Sekretäre als Leiter der einzelnen Abteilungen und die Kanzleiangestellten. Generalsekretär und Sekretäre werden vom Zonenbeirat mit Zustimmung der britischen Militärregierung ernannt.

Die Besoldung erfolgt nach TOA.

Einer der Sekretäre ist dazu bestimmt, den Generalsekretär im Falle der Abwesenheit zu vertreten. Dieser zeichnet „in Vertretung des Generalsekretärs", die übrigen Sekretäre „im Auftrag".

Der britische Verbindungsstab (British Liaison Staff)

Der Zonenbeirat verkehrt nicht direkt mit der britischen Militärregierung. Neben dem deutschen Sekretariat besteht ein britischer Verbindungsstab, der die Verbindung zwischen Militärregierung und Zonenbeirat über das deutsche Sekretariat herstellt. Der Verbindungsstab ist verantwortlich für die Übersetzung deutscher Dokumente in die englische Sprache.

Die Tagesordnung

Der Zonenbeirat ist in der Wahl seiner Beratungsgegenstände nicht frei. Jeder Punkt der Tagesordnung muß vorher von der Militärregierung genehmigt werden. Unter „Sonstiges" dürfen nur Angelegenheiten behandelt werden, die nicht grundsätzlicher Natur sind.

Das Protokoll

Das wesentliche Ausdrucksmittel des Zonenbeirats für seine Ansichten und Ratschläge ist das Protokoll der Sitzungen. Dazu kommen Berichte und Gutachten, die meist als Anlagen in Erscheinung treten. Bei jeder Sitzung wird stenographisch ein Protokollentwurf aufgenommen, der über die deutsche Kanzlei und den britischen Verbindungsstab der britischen Kontrollkommission vorgelegt wird. In der nächsten Sitzung wird der Protokollentwurf verlesen und endgültig festgelegt. Der Vorsitzende und der Generalsekretär unterzeichnen das Dokument. Das Protokoll geht an zahlreiche britische und deutsche Dienststellen und wird — wie sich nach einjähriger Praxis wohl beurteilen läßt — stark beachtet.

Der Haushaltsplan

Der Haushalt des Zonenbeirats wird von der Stadt Hamburg mitgeführt, doch sind an der Aufbringung der benötigten Mittel die Länder entsprechend beteiligt. Die Rechnungsprüfung erfolgt durch den zonalen Rechnungshof in Hamburg.

Anträge zur Tagesordnung

1. Jede Abteilung oder Gruppe der britischen Militärregierung kann den Ratschlag des Zonenbeirats in deutschen Angelegenheiten anfordern. Mit Zustimmung des Stellvertretenden Militärgouverneurs wird die Angelegenheit über den Verbindungsstab dem Zonenbeirat zugewiesen.

2. Jedes Mitglied des Rates, das die Erörterung eines Themas wünscht, weist das Sekretariat an, um die Genehmigung zur Aufnahme in die Tagesordnung bei der Militärregierung anzusuchen.

3. Eine Anzahl von Zoneneinrichtungen, der überbezirkliche Ausschuß für Nahrungsmittelzuteilung, der Zonenausschuß für Wohlfahrt, der beratende Ausschuß für öffentliches Gesundheitswesen, der beratende Ausschuß für öffentliche Sicherheit, sind berechtigt, eine Angelegenheit direkt — mit Zustimmung der sie kontrollierenden Abteilung der Militärregierung — dem Zonenbeirat zur Behandlung zuzuweisen. (Zu diesen antragsberechtigten Zoneneinrichtungen gehören ferner Reichsbahngeneraldirektion, Straßenbau- und Verkehrsdirektion, Seeschiffahrtsamt und Oberpostdirektion, doch sind diese Einrichtungen im Begriff, in bizonalen Behörden aufzugehen.)

Stellung zu zonalen und bizonalen Organisationen

Als beratendes Organ der Militärregierung hat der Zonenbeirat keine exekutiven Befugnisse, er ist nicht zur Kontrolle oder Aufsicht zonaler und bizonaler Einrichtungen eingesetzt. Die zonalen Behörden empfangen ihre Anweisungen von der Militärregierung, die bizonalen Ämter vom *Bipartite Board*. Somit besteht kein Abhängigkeits- oder Unterstellungsverhältnis dieser Einrichtungen dem Zonenbeirat gegenüber.

Zur Verbindung mit den Zonen- und Zweizoneneinrichtungen finden ständige Konferenzen statt, in denen über alle gemeinsamen Fragen, wie Beamtenrecht und Haushaltsrecht, beraten wird. Diese Konferenzen bringen keinerlei rechtliche Bindungen und Wirkungen mit sich. Man kann darin den Beginn einer zonalen Koordinationsfunktion des Zonenbeirats sehen.

Zum Länderrat der amerikanischen Zone besteht eine interessante Verbindung in der Person des Bürgermeisters von Bremen, der im Länderrat mit Stimme, im Zonenbeirat aber ohne Stimme vertreten ist.

Schon am 3. April 1946, kurz nach Schaffung des Zonenbeirats, trafen sich in Stuttgart Vertreter der beiden Räte zu gemeinsamer Beratung und Entschließung.

Bisher wurde der Zonenbeirat nur wenig umfassend von den Zentralämtern der britischen Zone über die zonalen Vorgänge orientiert, was vermutlich auf die Haltung einzelner Fachabteilungen der Militärregierungen zurückzuführen ist. Der Zonenbeirat ist daher weitgehend darauf angewiesen, seine Verhandlungsthemen selbst zu wählen. Ein Automatismus in der Zusammenarbeit zwischen Zonenbeirat und Zentralämtern kam bisher nicht zustande, doch bemüht sich das Sekretariat, die Zentralämter enger an den Zonenbeirat heranzuziehen.

In seiner gegenwärtigen Form stellt der Zonenbeirat ein Gremium von durch die Militärregierung ernannten Persönlichkeiten dar. Seine Beschlüsse sind Ratschläge, die für keine nachgeordnete Instanz Rechtsfolgen haben und die nur in Gesetzen, Anordnungen und Ausführungsbestimmungen der Militärregierung, der Zentralämter oder der Länder rechtliche Gestalt annehmen können.

Umgestaltung des Zonenbeirats

Der Zonenbeirat soll in absehbarer Zeit umgestaltet werden, damit er seiner Funktion, Ausdruck des politischen Willens in der britischen Zone zu sein, gerecht werden kann. Einstimmig wurde ein Vorschlag zur Umbildung angenommen, der am 10. Januar 1947 der Militärregierung vorgelegt würde. Dieser Vorschlag sieht einen Politischen Rat und einen Länderrat vor. Die Mitglieder des Politischen Rates sollen von den politischen Parteien der Zone (nicht der

Länder) im Stärkeverhältnis der Wahlergebnisse vom 13. Oktober 1946 vorgeschlagen werden. Im Länderrat sollen die drei Ministerpräsidenten und die Bürgermeister von Hamburg und Bremen Sitz und — mit Ausnahme des Bürgermeisters von Bremen — Stimme haben. Die Hauptaufgabe soll beim Länderrat ruhen, der, ähnlich wie der Länderrat der amerikanischen Zone, provisorisch zentrale Aufgaben auf Zonenebene wahrnehmen und gleichzeitig als Organ der Koordinierung der Länder wirken soll. Der Politische Rat stellt die politische Kontrolle dar. Weiter ist ein „Ausschuß der Zentralämter" vorgesehen, ebenso ein Ausschuß, der nach Art des früheren Reichswirtschaftsrates gebildet ist.

Die übrigen zonalen Einrichtungen der britischen Zone

Der überlieferte Verwaltungs- und Rechtszustand wurde von der britischen Militärregierung schonend behandelt und in seinen wesentlichen Teilen belassen. Auf allen Gebieten, die nach Ansicht der Militärregierung der künftigen Reichsgewalt gebühren, werden die Rechte von der Militärregierung selbst in oberster Instanz wahrgenommen. Zu ihrer Beratung und Unterstützung hat sie die Zentralämter geschaffen und ist dazu übergegangen, diesen Behörden Befugnisse zum Erlaß eigener Anordnungen zu geben. Die Zentralämter haben zwei Möglichkeiten, zentralen deutschen Willen zu dokumentieren:

1. durch Erlaß eigener Anordnungen,
2. durch Lieferung von Unterlagen für die Militärregierung, was dann zu eigenem Handeln der Besatzungsbehörden führt.

Die Zentralämter beziehen ihre Legitimation von der Militärregierung und sind im wesentlichen deren Exekutivorgane. Nach der deutschen Seite hin sind sie völlig unabhängig und unkontrolliert. Der Zonenbeirat „spricht sich mit den Zentralämtern politisch aus und hat dadurch Gelegenheit zu Kritik und Einflußnahme". Die Zentralämter kommen dazu einmal monatlich im Rahmen des Zonenbeirats zusammen. Die Entwicklung der Zentralämter ist durch die Bildung bizonaler Einrichtungen unterbrochen worden. In allen wichtigen Fragen und in Fällen, wo Entscheidungen von grundsätzlicher politischer Bedeutung zu fällen sind, wird von den Zentralämtern der Zonenbeirat zu Rate gezogen.

In der britischen Zone bestehen folgende Zentralämter:

1. das Zentraljustizamt in Hamburg, die oberste Gerichtsbehörde der Zone;
2. der zonale Rechnungshof in Hamburg;
3. die Hauptleitstelle der Reichsbank mit Reichsbankvorstand in Hamburg;
4. die Zonengeschäftsstelle des Reichsaufsichtsamtes für Versicherungswesen in Hamburg;
5. das Zentralamt für Vermögensverwaltung, Hamburg;
6. das Seeschiffahrtsamt, Hamburg;
7. das Statistische Amt für die britische Zone.

Die Zentralämter für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, die Leitstelle der Finanzverwaltung, Reichsbahngeneraldirektion und Verkehrsdirektion sind Bestandteile der entsprechenden bizonalen Einrichtungen geworden.

Bizonale Einrichtungen

Die Potsdamer Beschlüsse (vgl. Europa-Archiv I/217; Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz in Berlin im Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Abschnitt A, Politische Grundsätze IV / Punkt 9.) sahen auf den Gebieten des Finanzwesens, Transportwesens, Außenhandels und der Industrie zentrale deutsche Verwaltungsstellen vor. An ihrer Spitze sollten deutsche Staatssekretäre stehen, die unter Leitung des Kontrollrats arbeiten sollten. Die wirtschaftliche Trennung der vier Besatzungszonen stand im Widerspruch zu diesen Beschlüssen. Die Unmöglichkeit, in den Zonen eine geschlossene Wirtschaft zu betreiben, trat zutage, und so schlug der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland im Juli 1946 beim Kontrollrat den Abschluß mehrseitiger Abkommen zur gemeinsamen Verwaltung von Ernährung, Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr vor. Großbritannien allein nahm den Vorschlag für seine Besatzungszone an. Unabhängig von diesen Vorgängen hatten Vertreter des Länderrats und der Zentralämter eine Zusammenarbeit auf diesen Gebieten angeregt. Im September 1946 führten Verhandlungen zwischen Vertretern der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zum Abschluß von fünf bizonalen Abkommen auf den Gebieten:

Ernährung und Landwirtschaft,
Wirtschaft,
Finanzen,
Verkehrswesen,
Post.

Die Zusammenarbeit sollte sich auf rein wirtschaftliche Dinge beschränken.

Die grundverschiedenen Entwicklungslinien beider Besatzungsgebiete bekamen einen gemeinsamen Schnittpunkt, der die ganze Problematik der staatlichen und wirtschaftlichen Zukunft in den Vordergrund rückte.

Die Zweizonenräte sind nach einem Vorbild aufgebaut und haben bis auf kleine Abweichungen dieselbe Struktur: die Fachminister der Länder beider Zonen bilden ein sechsköpfiges Kollegium, den Verwaltungsrat. Bremen und Hamburg sind bis jetzt in den bizonalen Räten nicht vertreten. Der Verwaltungsrat wählt sich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Diese verlieren mit der Wahl ihr Stimmrecht und werden durch andere Vertreter ihres Landes ersetzt. Der Verwaltungsrat ist die Spitze der Zweizonenbehörde, er dirigiert und kontrolliert den Vorsitzenden, der die Stellung eines im Auftrage des Rates handelnden Sekretärs einnimmt und an die Weisungen des Verwaltungsrates gebunden ist. Er ist zugleich Leiter des betreffenden Zweizonenamtes.

Mit Rücksicht auf die nur wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde keine parlamentarische Kontrolle geschaffen. Die Zweizoneneinrichtungen für Ernährung und Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen haben keinen eigenen Exekutivapparat aufgebaut. Ihre Beschlüsse und Anordnungen gehen an die Länder, die verpflichtet sind, sie auszuführen. Die Zweizoneneinrichtungen verkehren nur mit den Staatsministerien, nicht mit den mittleren und unteren Instanzen.

Abweichend davon sind die bizonalen Einrichtungen für Verkehr und Post mit eigener Exekutive ausgestattet. Post, Eisenbahn und Schiffahrt werden bizonal bis in die untersten Instanzen verwaltet. Postämter, Eisenbahndirektionen und Schiffahrtsämter sind bizonale Verwaltungseinrichtungen und als solche den Ländern gegenüber unabhängig. Ihre Kompetenzen sind nur von der Militärregierung begrenzt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates einer bizonalen Einrichtung werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Die Minderheit der abstimmenden Ratsmitglieder hat das Recht, ihre abweichende Meinung den Militärregierungen bekanntzugeben. In diesem Falle liegt die Entscheidung bei den Militärregierungen.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter können durch Mehrheitsbeschluß des Verwaltungsrats von ihrem Amt entfernt werden. Die Ausführung der erlassenen Beschlüsse und Verordnungen durch die Länder wird von der Zweizonenbehörde durch ihre eigene Verwaltung überwacht.

Die Kosten der bizonalen Verwaltungsbehörden werden von beiden Zonen zu gleichen Teilen getragen. Haushalts-

und Stellenpläne werden vom deutschen Finanzrat in Frankfurt am Main geprüft.

Die britisch-amerikanischen Zweizoneninstanzen

Oberste Instanz für alle bizonalen Fragen ist das Zweizonenamt *(Bipartite Board)* in Berlin, dessen Leiter General *Clay* und General Sir Bryan *Robertson* sind. Zur Seite stehen ihnen Stäbe und Ratgeber. Das Zweizonenamt ist ähnlich aufgebaut wie der Koordinationsausschuß für alle vier Zonen beim Kontrollrat in Berlin.

Die Mittelstufe der anglo-amerikanischen Zweizonenverwaltung bilden die Interzonenausschüsse, in denen die britischen und amerikanischen Beamten der Fachabteilungen des Kontrollrats vereinigt sind. In der unteren Stufe bestehen Zweizonenkontrollgruppen, die mit amerikanischen und britischen Offizieren besetzt sind und die Zweizonenämter überwachen.

Aufgaben der Zweizoneneinrichtungen

Die bizonalen Einrichtungen sind Kompromißlösungen. Ein Zusammenschluß war notwendig geworden, doch mußte der Anschein einer politischen Vereinigung vermieden werden. Darin liegt eine Schwäche, denn eine politische Kontrolle der Zweizonenorgane war damit unmöglich. Für die Vertreter der amerikanischen Zone besteht sie indirekt trotzdem, da sie ihren Kabinetten und ihren Parlamenten verantwortlich sind. Die Vertreter der britischen Zone sind nur an die Weisungen ihrer Militärregierung gebunden. Die Abgrenzung der Kompetenzen den Zoneneinrichtungen und den Ländern gegenüber ist noch Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Die Aufgaben der Zweizoneneinrichtungen sind:

1. Ausarbeitung und Beschluß von Weisungen und Grundsätzen auf ihren Verwaltungsgebieten;
2. Prüfung von Gesetzentwürfen, die dem Kontrollrat vorliegen und an den Verwaltungsrat verwiesen werden, und Stellungnahme dazu;
3. Erlaß von Ausführungsbestimmungen für diejenigen Gesetze und Verordnungen des Kontrollrats, die dem Verwaltungsrat zu diesem Zwecke überwiesen werden.

Die deutschen Zweizoneneinrichtungen

Es bestehen — oder sind im Aufbau begriffen — folgende bizonale Einrichtungen:

1. der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat des britischen und amerikanischen Besatzungsgebietes in Stuttgart — Vorsitzender: Reichsminister a. D. Dr. Hermann *Dietrich;*
2. der gemeinsame deutsche Finanzrat in Frankfurt/Main — Vorsitzender: der hessische Finanzminister Dr. Wilhelm *Mattes;*
3. der Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden — Vorsitzender Dr. Viktor *Agartz;*
4. der Verwaltungsrat für Verkehr in Bielefeld — Vorsitzender: Dr. Friedrich *Schiller;*
5. der bizonale Postrat in Frankfurt/Main — Vorsitzender: Hermann *Gies.*

In diesen viel umstrittenen bizonalen Einrichtungen kann man die Vorläufer künftiger Reichsbehörden sehen. Sie sind keinesfalls am Ende ihrer Entwicklung angelangt. Von seiten der britischen Zone wurde immer wieder angeregt, die Stellung der Leiter der bizonalen Ämter auszubauen, ihnen Handlungsfähigkeit nach eigenem Ermessen und in eigener Verantwortung unter parlamentarischer Kontrolle zu geben.

Am 8. April 1947 hat der ehemalige Vorsitzende des deutschen Wirtschaftsrates in Minden, Dr. Rudolf *Müller,* erklärt, daß die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Zweizonenämtern und den Ländern aus folgenden Gründen habe scheitern müssen:

1. wegen der ungeklärten politischen Lage zwischen den Besatzungsmächten;
2. wegen des Widerstands der Länder gegen die Einengung ihrer Souveränität.

Mit Rücksicht auf die beim Zonenzusammenschluß noch abseits stehenden Länder habe die ursprüngliche Absicht einer parlamentarischen Kontrolle nicht ausgeführt werden können. Es sei nur die Möglichkeit geblieben, die Fachminister der Länder von Fall zu Fall in den Verwaltungsräten zusammenzubringen und zur Durchführung gemeinsam beschlossener Maßnahmen in ihren Ländern zu veranlassen.

Organisationsschema der Zweizonenämter

Stand zur Zeit der Moskauer Konferenz

BIZONALE ALLIIERTE KONTROLLORGANE		BIZONALE DEUTSCHE EINRICHTUNGEN
ZWEIZONENAMT (Bipartite Board, BERLIN)		
INTERZONENAUSSCHÜSSE (Bipartite Panels, BERLIN)	ZWEIZONENKONTROLLGRUPPEN (Bipartite Control Groups)	ZWEIZONENRÄTE
Wirtschaft	**Wirtschaft** (Minden)	Wirtschaft (Minden): Dr. Viktor Agartz
Finanzen	**Finanzen** (Frankfurt)	Finanzen (Frankfurt): Dr. Wilhelm Matthes
Ernährung und Landwirtschaft	Ernährung und Landwirtschaft (Stuttgart)	Ernährung und Landwirtschaft (Stuttgart): Dr. Hermann Dietrich
Verkehrswesen	Verkehrswesen (Bielefeld)	Verkehrswesen (Bielefeld): Dr. Friedrich Schiller
Post	**Post** (Frankfurt)	Post (Frankfurt): Dr. Hermann Giess

Die landwirtschaftliche Bedeutung des Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie

In der vorhergehenden Folge brachten wir Zahlenübersichten und Schaubilder zur Bodenproduktion der einzelnen Besatzungszonen und der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Diese Berechnungen, die auf Grund von statistischen Unterlagen der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg angestellt worden waren, sollen die Grundlage abgeben für Vergleiche mit den gegenwärtigen Verhältnissen in diesen Gebieten. Wir hoffen damit nicht totes Zahlenmaterial geliefert zu haben, sondern die Voraussetzungen für weitere Untersuchungen, die natürlich von den verschiedensten Gesichtspunkten angestellt werden können und müssen. Als erste solche Einzeluntersuchung bringen wir den folgenden Beitrag über die landwirtschaftliche Bedeutung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie. An anderer Stelle bringen wir polnische Berichte über die heutige Lage in diesen Gebieten. Diese beiden Beiträge sind unabhängig voneinander entstanden. Wir verfolgen damit die Absicht, der Klärung des tatsächlichen Sachverhaltes zu dienen, was nur durch die Gegenüberstellung und vorurteilslose Prüfung verschiedenartiger Gesichtspunkte geschehen kann.

Allgemeine Daten zur deutschen Ernährungslage

Die Entwicklung bis zum Ende des zweiten Weltkriegs

Schon in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg verminderte sich laufend die Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft, den Nahrungsmittelbedarf der Deutschen zu befriedigen. Der Anstieg der Bevölkerung war zu groß, als daß die Vermehrung der Agrarproduktion mit ihm Schritt halten konnte. Immerhin sank bei einer Zunahme der Bevölkerung von 45,1 Millionen im Jahre 1880 auf 67 Millionen im Jahre 1913, das ist eine Vermehrung um 48,6 Prozent, der Grad der Selbstversorgung im gleichen Zeitraum nur von 95 Prozent auf rund 80 Prozent. Das wurde erreicht durch eine Steigerung der Agrarproduktion in dieser Zeit um 84,4 Prozent.

Als Folge des ersten Weltkriegs verminderte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche von 34,8 Millionen Hektar auf 29,4 Millionen Hektar. Gleichzeitig erfolgte aber mit den Gebietsabtretungen ein Bevölkerungsverlust von 6,5 Millionen Menschen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner sank nur insoweit, als die abgetretenen Gebiete infolge ihrer geringeren Bevölkerungsdichte Überschußgebiete waren. Stärker als dies fiel für die Verschlimmerung der Ernährungssituation der Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge ins Gewicht, der durch das kriegsbedingte Nachlassen der Bewirtschaftungsintensität herbeigeführt worden war.

Im Jahre 1924 konnte sich Deutschland bei einem täglichen Kalorienverzehr von etwa 2 700 je Person und bei relativ hohem Anteil der Pflanzenkost (71 Prozent der Gesamternährung) nur zu 75 Prozent selbst ernähren. Zu diesem Zeitpunkt betrugen gegenüber dem letzten Friedensstand

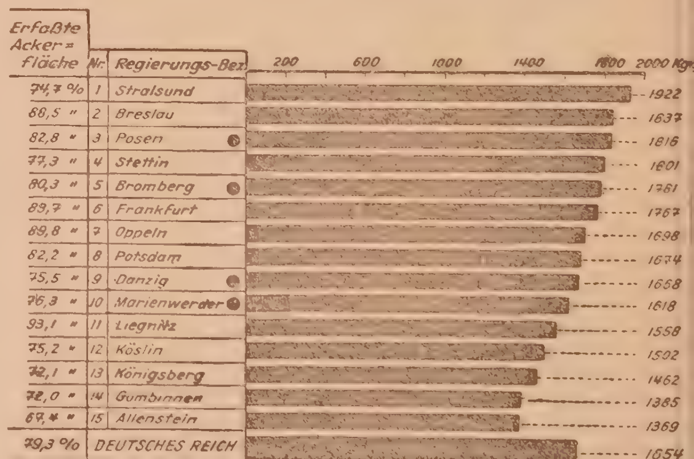
der Rückgang der Bevölkerung	6,4 %
der Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche	14,3 %
der Rückgang der Bodenproduktion . . .	26,5 %

Der Tiefstand der Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln lag im Jahre 1926/27. Er betrug damals infolge ungünstiger Witterungsbedingungen nur etwa 66 Prozent; 34 Prozent des deutschen Nahrungsmittelbedarfs mußten eingeführt werden. Allerdings war der Verbrauch an Nahrungsmitteln infolge der günstigeren Einfuhrbedingungen schon wieder gestiegen.

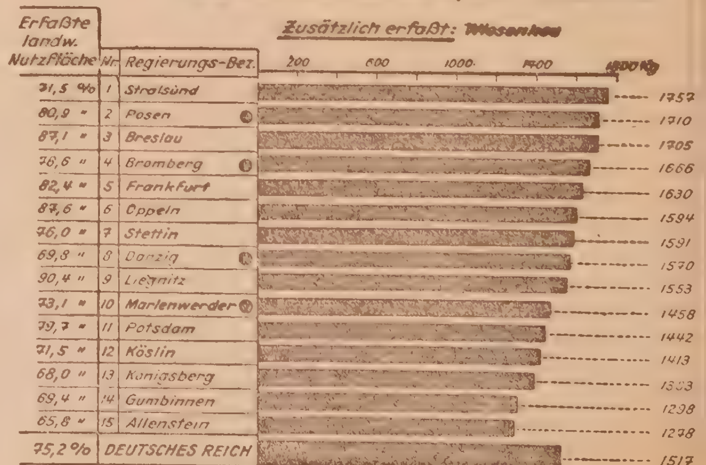
Von 1927 ab bis zum Jahre 1939 wurde der Zuschußbedarf Deutschlands an Nahrungsmitteln, abgesehen von einem Rückschlag im Jahre 1931/32, ständig vermindert. 1939 versorgte sich Deutschland zu 82 Prozent selbst mit Nahrungsmitteln, also sogar etwas mehr als im Jahre 1913. Innerhalb eines Zeitraums von 6 Jahren (Durchschnitt 1931/33 bis 1937/39) nahm die landwirtschaftliche Produktion von 51,4 auf 57,9 Millionen Tonnen Stärkewert, das heißt um 6,5 Millionen Tonnen oder um 12,5 Prozent zu. Gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg (1913) bestand folgende Lage:

Bevölkerung:	+	3,5 %
landwirtschaftliche Nutzfläche: . . .	—	16,5 %
Nahrungsraum = landwirtschaftliche Nutzfläche je Bewohner:	—	20 %
landwirtschaftliche Erzeugung: mindestens .	+	5 %

Leistungsvergleich der ehemaligen deutschen Ostbezirke
(Gemessen am Hektarertrag an Stärkewert Durchschnitt 1909—1913.)

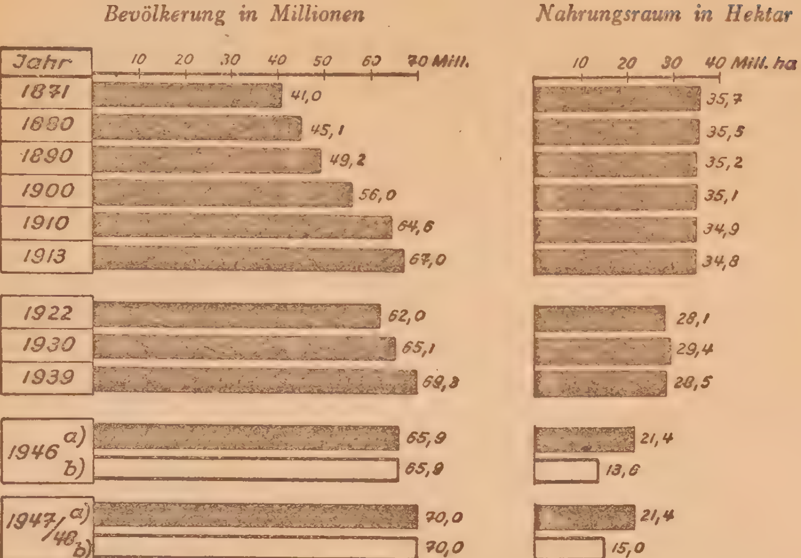


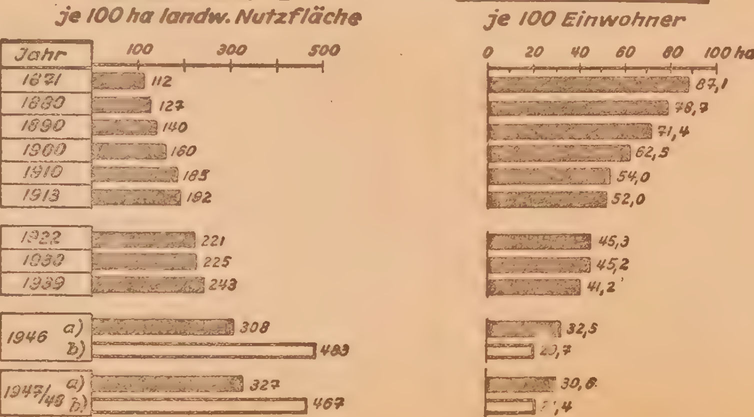
Erfaßte Früchte (ohne Stroh und Blattmasse): Weizen, Roggen, So-Gerste, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben, Klee- und Luzerneheu.

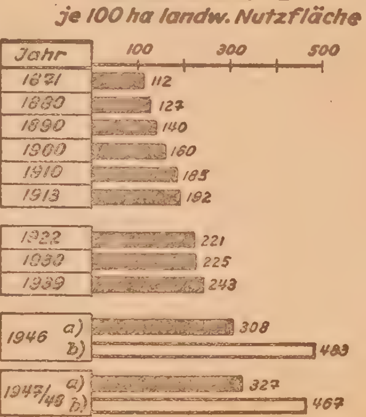


● Nach dem VERSAILLER Friedensvertrag zum größten Teil an Polen abgetreten.

Bevölkerung und Nahrungsraum Deutschlands (Entwicklung seit 1871)



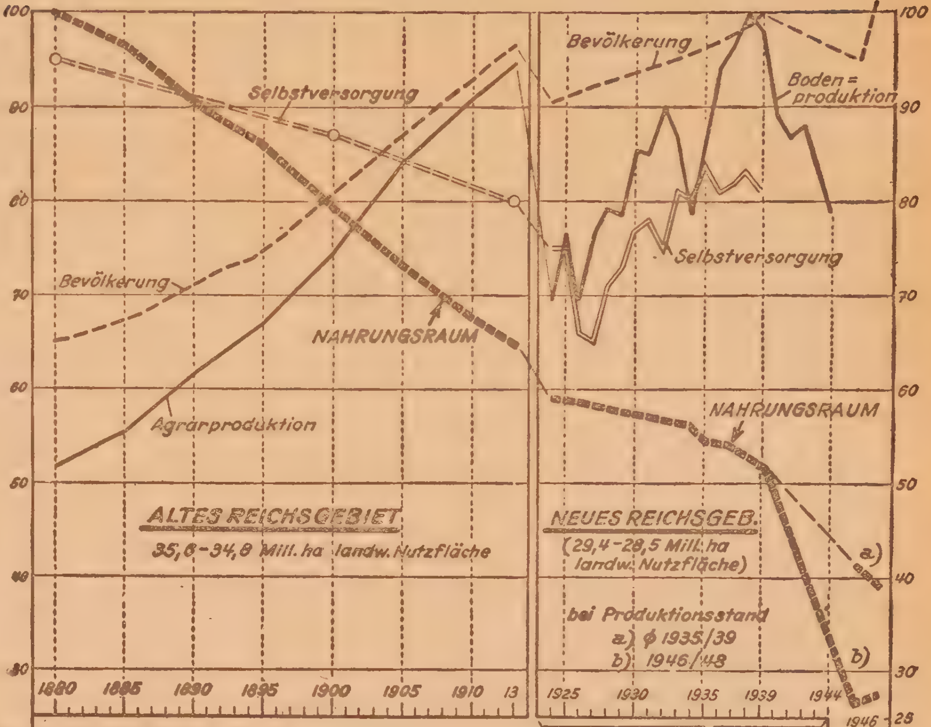


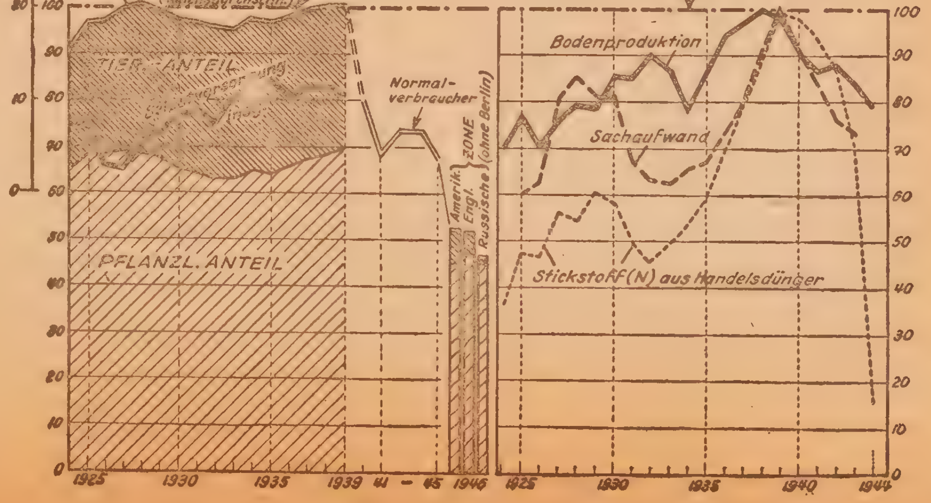


Zu a) Friedensmäßige Bodenerzeugung vorausgesetzt, daher ganze Nutzfläche. Jedoch mit 65,9 bezw. 70 Mill. Einwohnern gerechnet, da entsprechende Zunahme nach Rückkehr der Kriegsgefangenen u. Verschleppten zu erwarten.
Zu b) Neben verschiedener Bevölkerungsziffer wird mit gekürzter Nutzfläche gerechnet entsprechend dem Ertragsrückgang gegenüber Friedenserzeugung

Deutschlands Agrar- und Ernährungswirtschaft

(jeweiliger Höchststand = 100)





Bemerkenswert ist, daß es also nach Ende des ersten Weltkriegs noch 7 bis 8 Jahre dauerte, bis die Bodenproduktion wieder stetig anstieg. Wollte man von den ungünstigen Witterungsverhältnissen des Jahres 1926 absehen, waren es doch immer noch 5 bis 6 Jahre, bis der neue Aufstieg begann. So lange brauchte es, bis die Landwirtschaft in die Lage gesetzt war, den Sachaufwand wirksam zu erhöhen. Die Unstabilität der Währungsverhältnisse bis einschließlich 1923 war zweifellos ein wichtiger Faktor, doch stand neben ihm nicht minder bedeutsam die Zerrüttung der Produktionsverhältnisse.

Im zweiten Weltkrieg verminderte sich die Bodenproduktion bis zum Jahre 1943 besonders infolge außergewöhnlicher Schäden durch Auswinterung. Von da ab machte sich nachhaltig der verminderte Sachaufwand bemerkbar.

Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg

Im Osten wurden 7,14 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche der Bewirtschaftung durch Deutsche entzogen, ohne daß damit eine ins Gewicht fallende Minderung der Bevölkerung verbunden wäre. Der Verlust beträgt fast 50 Prozent mehr als der Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche infolge des Versailler Vertrages. Er ist fast doppelt so groß wie die Fläche, die damals an ostdeutschem Boden abgetreten werden mußte. Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg wurde fernerhin die Produktionskraft von Industrien, die für die Landwirtschaft unmittelbar bedeutungsvoll waren, schwer getroffen. Wichtige Schlüsselindustrien wurden demontiert. Vielfach droht ein völliges Herstellungsverbot (Ammoniak-Synthese). Die Viehbestände weiter Gebiete in der Ostzone wurden um 50 bis 90 Prozent vermindert. Der Ernterückgang ist gegenüber dem fünfjährigen Friedensdurchschnitt 1935/39 für die drei Westzonen zusammen auf rund 30 Prozent, für die sowjetische Zone auf rund 50 Prozent zu veranschlagen.

Die Übersichten auf Seite 578 veranschaulichen die geschilderte Entwicklung.

Der Beitrag des ehemaligen deutschen Ostens zu der deutschen Ernährung

Methodik der Untersuchung

Bei einem Leistungsvergleich landwirtschaftlicher Gebiete untereinander hat man die Wahl, die Leistungen entweder in Form von Einzelprodukten auszudrücken oder aber die gesamte Bodenerzeugung als Urproduktion unter einem einheitlichen Nenner zusammenzufassen, wie er uns — aus der Fütterungslehre bekannt — im „Stärkewert"[1]) gegeben ist und damit dem Sammelbegriff „Kalorie" in unserer Nahrungsmittelversorgung sehr nahekommt. Bezieht man in beiden Fällen die Ergebnisse auf die Einwohnerzahl, so deutet die über- oder unterdurchschnittliche Erzeugung je Kopf an, wo und in welchem Ausmaß Überschuß- und wo Mangelgebiete vorhanden sind.

Die Feststellung der Überschüsse nach der ersten Methode, bei der es sich um Berücksichtigung von Einzelprodukten handelt, bereitet erhebliche Schwierigkeiten, weil sie von einer Verkehrsstatistik abhängig ist, die vor allem die großen Ausfuhrposten zuverlässig in mehrjährigem Durchschnitt wiedergeben müßte. Eine solche liegt nicht vor und könnte auch schwerlich einwandfreie Resultate ergeben, weil die Oder-Neiße-Linie die Verwaltungs- und Verkehrsbezirke vielfach durchschneidet, welche die Grundlage dieser Statistik sind. Der umfangreiche Ausgleichsverkehr, der sich außerhalb des Bahntransportes abspielt und in den letzten Friedensjahren von Jahr zu Jahr zunahm, würde zudem unerfaßt bleiben. Eine theoretische Rekonstruktion, was an Einzelprodukten hergestellt sein könnte beziehungsweise voraussichtlich hergestellt wird, dürfte vielfach zu Fehlschlüssen führen, weil für die Berechnung des tatsächlichen Eigenbedarfs, der Art und Menge des Futters, des Schlachtgewichtes und damit des Ausmästungsgrades, vor allem aber für die Berechnung der Verwertung von Nebenprodukten, Rückständen und Abfällen nur repräsentatives Material vorliegt, dessen Verallgemeinerung nicht unbedenklich erscheint.

Um einen Generalüberblick zu gewinnen, auf den es hier in erster Linie ankommt, dürfte deshalb der zweiten Methode unbedingt der Vorzug zu geben sein. Ist doch die auf einen einheitlichen Nenner gebrachte Bodenproduktion je Flächeneinheit ein überaus wichtiger, vielfach sogar entscheidender Ausdruck der Leistung von Boden und Mensch und damit der Vergleich der Erzeugung je Kopf der Bevölkerung aus dieser Urproduktion mit der einfachste und klarste Weg zu Leistungsrelationen zwischen Teilgebieten einer großen wirtschaftlichen Einheit untereinander.

Die untere und obere Grenze dessen, was an gesamter Bodenproduktion Teilgebiete wie der deutsche Osten dem übrigen Reichsgebiet an Produkten nachhaltig zur Verfügung gestellt haben, lassen sich aus derartigen Berechnungen überschlägig ableiten. Hierauf kommt es aber an. Unzweifelhaft weniger wichtig dürften demgegenüber Feststellungen sein, wie die Ernteschwankungen den inneren Ausgleich kurzfristig beeinflußt haben, welche Einzelprodukte im konjunkturellen Wechsel ausgeführt sind oder für welche Verlagerungen bei der Verarbeitung und Veredelung der Urprodukte zum Beispiel Frachten und Zölle bestimmend waren.

In diesem Zusammenhang sei als eindrucksvolles Beispiel die Forstwirtschaft des Ostens herangezogen. Ihr Normaleinschlag an Holz beläuft sich auf sieben Millionen Festmeter. Deren Wert im Walde dürfte etwa 112 Millionen Reichsmark, der Wert im Zustand der Verarbeitung aber etwa 500 Millionen Reichsmark betragen. Wo die Sägemühlen, Möbelfabriken und sonstigen Verarbeitungsbetriebe stehen, wo und wie die Abfallstoffe verwertet werden, ist von minderer Bedeutung gegenüber der Frage, welche Leistung der Standort erbringt.

Die nachstehenden Berechnungen aus dem landwirtschaftlichen Sektor beschränken sich infolgedessen im wesentlichen auf die je Kopf der Bevölkerung erzeugten Mengen, auf die Unterschiede der Ertragsleistungen je Kopf und die daraus resultierenden Gesamtüberschüsse sowie auf die unterschiedlichen Hektarleistungen in den einzelnen Zonen. Dabei ist vielfach von dem Sammelbegriff für alle Früchte, dem Stärkewert, Gebrauch gemacht worden, auf den eingangs bereits hingewiesen wurde. Für Einzelvergleiche — zum Beispiel mit Posten der Ein- und Ausfuhr im Außenhandel — dürfte es, nebenbei bemerkt, begrifflich leichter sein, nicht mit dem „Stärkewert", sondern mit dem „Getreidewert" zu rechnen, wobei einer Tonne Stärkewert im Verhältnis 70 : 100 etwa 1,4 Tonnen Getreidewert entsprechen.

Bei dem Suchen nach der Leistungsgrenze des Ostens für das Reichsgebiet lassen sich zwei Grenzfälle unterscheiden, indem einmal ohne und einmal mit voller Autarkie des Ostens gemäß Reichsdurchschnitt gerechnet wird.

Im ersten Falle liegt die untere Grenze der Mehrleistung bei dem Überschuß, der sich aus dem Überwiegen der Je-Kopf-Erzeugung des Ostens über den Reichsdurchschnitt, multipliziert mit der Bevölkerungszahl, bei vollkommen gleichmäßig über alle Gebiete verteilter Einfuhr ergibt. Die obere Grenze läge zwar absolut in der gleichen Differenz, bezöge sich aber auf eine Ausgangsmenge, die nur die inländische Erzeugung berücksichtigt, das heißt den Einfuhrüberschuß außer acht läßt. Sie würde also praktisch voraussetzen, daß der Osten mit einem Je-Kopf-Verbrauch auskommt, der dem Reichsdurchschnitt ausschließlich Einfuhr entspricht.

[1]) Nach den maßgeblichen deutschen Unterlagen enthalten zum Beispiel 100 kg Getreide durchschnittlich 70 kg Stärkewert, 100 kg Kartoffeln 19,7 kg Stärkewert, 100 kg Zuckerrüben 15—16 kg Stärkewert, 100 kg Wiesenheu etwa 25 kg Stärkewert.

Produktionsüberschüsse im ehemaligen deutschen Osten, gemessen am Reichsdurchschnitt

Produkt	Mehr als Reichsdurchschnitt — Überschuß je Einwohner: Ostpreußen kg	Ostpreußen %	Pommern kg	Pommern %	Kurmark kg	Kurmark %	Schlesien kg	Schlesien %	Osten insgesamt kg	Osten insgesamt %	Überschuß bei 9,52 Mill. Einwohnern: Ostpreußen 1000 t	Pommern 1000 t	Kurmark 1000 t	Schlesien 1000 t	Osten insgesamt 1000 t
A) Pflanzenprodukte im Durchschnitt der Jahre 1935/39															
1) Stärkewert aus Bodenproduktion	855	106	1 112	138	921	114	244	30	616	77	2 127	2 020	602	1 114	5 863
2) Brotgetreide	140	76	295	159	311	168	91	49	157	65	346	533	202	413	1 494
3) Futtergetreide	215	141	218	142	138	90	49	32	131	86	536	397	90	224	1 247
4) Körnerhülsenfrüchte	35,3	598	5,8	98	—0,2	—3	—1,9	—32	9	153	85	10	—	—9	86
5) Ölfruchtsamen	—0,9	—50	0,1	6	2,5	139	2,2	122	1	56	—2	—	2	10	10
6) Kartoffeln	399	56	2 061	291	1 991	281	389	55	821	116	992	3 740	1 298	1 774	7 804
7) Zuckerrüben	—116	—57	—15	—47	53	26	411	201	168	82	—289	—27	35	1 774	1 589
B) Milch und Milchfett im Durchschnitt der Jahre 1937/39															
1) Kuh- und Ziegenmilch für Nahrungszwecke	413	122	241	71	134	40	48	14	186	55	1 027	437	87	219	1 770
2) Reinfett aus Nahrungsmilch	12,7	111	7,4	65	3,8	33	1,5	13	5,7	50	32	13	2	7	54
C) Viehhaltung je 1000 Einwohner um 1938/39															
Viehart	Stück	%	Stück	%	Stück	%	Stück	%	Stück	%	1000 Stück	1000 Stück	1000 Stück	1000 Stück	1000 Stück
1) Pferde	142	284	70	140	59	118	12	24	60	120	352	126	38	55	571
2) Rindvieh zusammen	267	92	201	69	155	53	47	16	141	49	663	364	101	214	1 342
2a) nur Milchkühe	127	88	120	83	70	48	30	21	75	52	315	217	46	136	714
3) Schweine	378	104	548	150	312	85	8	2	229	63	943	996	205	36	2 180
4) Schafe	11	16	174	249	105	150	—21	—30	33	47	27	315	68	—96	314
5) Ziegen	—22	—65	1	3	43	126	20	59	7	21	—55	2	28	92	67
6) Geflügel zusammen	1 173	88	1 138	81	1 001	71	136	10	657	47	2 917	2 064	652	620	6 253
6a) Hühner insgesamt	900	69	987	76	741	57	29	2	488	38	2 239	1 793	483	132	4 647
6b) Legehühner	423	59	423	59	310	43	—15	—2	205	28	1 050	767	202	—68	1 951

Im zweiten Falle wird die untere Grenze des ersten Falles zur oberen, während die untere Grenze jetzt aus der Menge resultiert, die nach voller Nahrungsautarkie des Ostens gemäß Reichsdurchschnitt noch an Restdeutschland abgegeben werden könnte.

Wo nun innerhalb der genannten Grenzfälle die tatsächliche Überschußleistung des Ostens gelegen hat, wird sich in einer genauen Zahl kaum ausdrücken lassen, zumal da eine solche Zahl, worauf an späterer Stelle noch hingewiesen werden soll, der vollen Mehrleistung auch nicht gerecht werden könnte.

Über den Vergleich Osten — Altreich hinaus dürften auch die unterschiedlichen Überschußleistungen der Teilgebiete des Ostens interessieren, die zum Teil recht erheblich sind und sich aus den strukturellen Unterschieden der Landwirtschaft — bedingt durch abweichende natürliche Produktionsverhältnisse — ergeben.

Ernten je Flächeneinheit

Die gesamte Bodenproduktion, ausgedrückt in *Stärkewert*, betrug im fünfjährigen Durchschnitt *1935/39* für die einzelnen Zonen *je Hektar in Kilogramm:*

Russische Zone	rund 2 220
Britische Zone	„ 2 110
Amerikanische Zone	„ 1 830
Französische Zone	„ 1 830
Restdeutschland — Vierzonengebiet —	rund 2 030
Altreich	„ 2 000
Deutscher Osten	rund 1 920

Die Ernten des Ostens erreichten also fast den Reichsdurchschnitt und übertrafen die Ergebnisse der amerikanischen und der französischen Zone.

Ernten je Kopf der Bevölkerung

Je Kopf der Bevölkerung wurden 1935/39 geerntet *in Kilogramm:*

Stärkewert aus	*Restdeutschland — Vierzonengebiet —*	*Altreich*	*Deutscher Osten*
Gesamtbodenproduktion .	707	805	1 421
Davon: Brotgetreide . .	161	185	342
Futtergetreide .	132	153	284
Kartoffeln . .	578	708	1 529
Zuckerrüben . .	177	204	372

Die Gesamtproduktion an Bodenerzeugnissen je Kopf liegt im Osten genau auf dem Doppelten des Vierzonengebiets Restdeutschland und übertrifft den Durchschnitt der Ernte des Altreichs um rund 75 Prozent.

Überschüsse des Ostens

Hätte Deutschland ausschließlich von seiner eigenen Ernte gelebt, die etwa einer Versorgung mit 2500 Nahrungskalorien je Kopf und Tag entsprechen würde, ein Satz, der einst vom Völkerbund etwa als Existenzminimum ohne Arbeit angesehen worden ist, dann hätte der Osten bei einer Gesamternte von

13,52 Millionen Tonnen Stärkewert

nicht nur seine eigene Bevölkerung — seinerzeit 9,3 Millionen Menschen — ernährt, sondern darüber hinaus mit einem Überschuß von 5,86 Millionen Tonnen Stärkewert, die

rund 8,4 Millionen Tonnen Getreidewert

entsprechen, auch noch weitere 7,1 Millionen Menschen gleicherweise mit Nahrungsmitteln versorgen können.

Geht man von den für die Deckung des Nahrungsbedarfs insgesamt erforderlichen Stärkewertmengen, das heißt der inländischen Bodenerzeugung einschließlich Einfuhrüberschuß, aus und unterstellt man, daß der Osten gemäß dem Reichsdurchschnitt an den Einfuhren zwar beteiligt war, diese aber durch Eigenerzeugung kompensiert hatte und dadurch autark wurde — eine offenbar ungünstige und damit nicht voll zutreffende Voraussetzung —, dann hätte er immer noch über einen Überschuß von 4,29 Millionen Tonnen Stärkewert, entsprechend etwa 6,1 Millionen Tonnen Getreidewert, verfügen und damit rund 4,5 Millionen Menschen zusätzlich ernähren können.

Aufgliederung der Überschüsse des Ostens nach Teilgebieten

Ohne Prüfung der Frage, in welcher Form und Höhe die Überschüsse des Ostens tatsächlich Restdeutschland zur Verfügung gestellt worden sind, sollen die rechnerisch ermittelten Mengen nach einzelnen Produkten aufgeteilt und gleichzeitig ein Bild über die Unterverteilung auf die früheren Provinzen gegeben werden.

Der Überschuß betrug in 1000 Tonnen:

Stärkewert aus	*Ostpreußen*	*Pommern*	*Kurmark*	*Schlesien*	*Summe Osten*
Gesamtbodenproduktion	2127	2020	602	1114	5863
Davon: Brotgetreide	346	533	202	413	1494
Futtergetreide	536	397	90	224	1247
Kartoffeln	992	3740	1298	1774	7804
Zuckerrüben	—289	—27	35	1870	1589
Kuh- und Ziegenmilch zu Ernährungszwecken	1027	437	87	219	1770

Mehr an Vieh je 1000 Einwohner 1938/39 in Hundertsätzen des Reichsdurchschnitts:

Viehart	*Ostpreußen*	*Pommern*	*Kurmark*	*Schlesien*	*Summe Osten*
Pferde	284	140	118	24	120
Milchkühe . . .	88	83	48	21	52
Schweine . . .	104	150	85	2	63

Aus den Zahlenangaben wird ersichtlich, in welchem Ausmaß innerhalb des Ostens Ostpreußen in Bezug auf Pferde, Kühe und Milchleistung, Pommern und Kurmark in Bezug auf Brotgetreide und Kartoffeln (Saatkartoffeln), Schlesien in Bezug auf Zuckerrüben hervorragten.

Der Einfluß deutscher und polnischer Verwaltung auf die landwirtschaftliche Entwicklung der Gebiete östlich der deutschen Grenze von 1937

Entwicklung der Leistungen in der polnischen Landwirtschaft (1919/39)

Für die westliche Woiwodschaftsgruppe stellte *Feier**) in seiner Arbeit „Polen in Zahlen" folgende Tendenz fest:

Hektarerträge in Doppelzentner:

Fruchtart	*1924/28*	*1929/33*	*1934/37*
Weizen	18,7	18,3	14,6
Roggen	13,3	14,3	12,3
Gerste	17,8	17,8	15,5
Hafer	15,8	16,2	14,0
Kartoffeln	117	133	132
Zuckerrüben	226	230	238

*) Alfred Feier: Polen in Zahlen; Veröffentlichungen des Instituts für osteuropäische Wirtschaft des Staatswissenschaftlichen Instituts der Universität Königsberg, 1938.

Viehbestände in 1000 Stück:

Viehart	*1933*	*1937*
Pferde	464	463
Rindvieh	1322	1312
Schweine	1466	1497
Schafe	288	317
Ziegen	168	210

Bei Getreide ist durchweg eine Abwärtsentwicklung ersichtlich, deren Ausmaß bei den ertragreicheren, dafür aber auch anspruchsvolleren Getreidearten (Weizen und Gerste) erheblich größer als bei den genügsameren und extensiver bewirtschafteten (Roggen und Hafer) ist. Die Viehbestände lassen bei der Großtier- und Schweinehaltung eine auffallende Beständigkeit erkennen. Lediglich Schafe und Ziegen weisen eine Zunahme der Stückzahl auf. Es ist das eine

Erscheinung, die deutschen Erfahrungen bei Verkleinerung und damit Vermehrung von landwirtschaftlichen Betrieben widerspricht.

Im *Petit Annuaire Statistique de la Pologne, 1934—1938,* findet die Tendenz absinkender Getreideerträge durch folgende Zahlen ihre Bestätigung:

Durchschnitts-Getreideerträge je Hektar in Doppelzentner

Getreideart	Pommerellen		Posen	
	10-Jahres-Durchschnitt 1928/37	5-Jahres-Durchschnitt 1933/37	10-Jahres-Durchschnitt 1928/37	5-Jahres-Durchschnitt 1933/37
Roggen	12,0	11,3	14,3	13,4
Weizen	17,2	16,3	17,2	15,6
Gerste	16,7	16,0	17,3	16,0
Hafer	14,3	13,9	16,3	14,8

Aus der gleichen Quelle ergibt sich die Möglichkeit, einen Leistungsvergleich zwischen größeren und kleineren landwirtschaftlichen Betrieben anzustellen. Dieser Vergleich führt zu folgendem Ergebnis:

Ertragsunterschiede zwischen den Betrieben unter und über 50 Hektar in zwei westlichen Woiwodschaften im Jahre 1937

Fruchtart	Pommerellen			Posen		
	Betriebe unter 50 ha dz/ha	Betriebe über 50 ha dz/ha	Mehr der Betriebe über 50 ha gegen unter 50 ha %	Betriebe unter 50 ha dz/ha	Betriebe über 50 ha dz/ha	Mehr der Betriebe über 50 ha gegen unter 50 ha %
Weizen	11,8	14,0	18.6	10,8	14,0	29,6
Roggen	7,0	8,7	24,3	12,0	14,1	17,5
Gerste	15,0	16,6	10,7	15,2	16,7	9,9
Hafer	13,1	14,7	12,2	15,2	16,9	11.2
Menggetreide	—	—	—	14,1	15,0	6.4
Erbsen	—	—	—	12,8	14,9	16.4
Kartoffeln	144	161	11,8	156	171	9,6
Zuckerrüben	222	236	6,3	229	261	14,0
Über Ernteflächen gewogener Ertrag an Stärkewert:						
kg Stw/ha	1189	1503	26,4	1394	1722	23,5

Leistungsvergleich zwischen deutscher und polnischer Verwaltung

Dreimaliger staatlicher Besitzwechsel der östlich der Altreichsgrenze von 1937 gelegenen Gebietsteile innerhalb dreier Jahrzehnte bietet trotz sich überschneidender Grenzziehungen bei der jeweiligen Neubildung von Verwaltungseinheiten ausreichende Möglichkeiten für einen Vergleich. Er sei im folgenden für die Woiwodschaften Posen und Pommerellen durchgeführt. Als Vergleichsgebiete für Pommerellen sind für die Zeit vor dem ersten Weltkriege die ehemaligen preußischen Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder, während des zweiten Weltkrieges die Regierungsbezirke Danzig, Marienwerder und Bromberg anzusehen, für die Woiwodschaft Posen vor 1914 die Regierungsbezirke Posen und Bromberg, ab 1940 Bromberg, Posen, Hohensalza und Litzmannstadt.

1.) Getreide- und Hackfruchtbau

Im Durchschnitt der Jahre 1909/1913, 1933/37 und 1940/43 ergibt sich nachstehende Entwicklung der Hektarerträge:

Hektarerträge in Doppelzenter:

Fruchtart	Deutsche Verwaltung 1909/13		Polnische Verwaltung 1933/37	Deutsche Verwaltung 1940/43		
	Danzig	Marienwerder	Pommerellen	Danzig	Marienwerder	Bromberg
Roggen	15,8	16,3	11,3	12,1	16,7	15,4
Weizen	25,5	20,7	16,3	19,1	17,9	17,9
Gerste	24,8	20,5	16,0	18,3	18,7	19,4
Hafer	20,4	18,6	13,9	14,5	19,2	18,8
Kartoffeln	138,3	144,8	120,0	125,1	140,0	141,5
Zuckerrüben	275,8	273,9	240,0	206,0	224,1	234,1

Hektarerträge in Doppelzentner:

Fruchtart	Deutsche Verwaltung 1909/13		Polnische Verwaltung 1935/37	Deutsche Verwaltung 1940/43		
	Posen	Bromberg	Posen	Posen	Hohensalza	Litzmannstadt
Roggen	18,1	17,5	13,4	14,9	15,4	13,2
Weizen	21,7	20,7	15,6	18,6	16,8	16,1
Gerste	21,1	21,3	16,0	19,1	19,4	16,7
Hafer	20,1	19,0	14,8	18,8	18,1	16,4
Kartoffeln	156,6	149,4	135,0	142,3	141,7	133,2
Zuckerrüben	289,6	286,2	230,0	212,7	224,7	207,1

Im 4-Jahres-Durchschnitt 1940/43 ist der Regierungsbezirk Bromberg sowohl mit Pommerellen wie mit Posen zum Vergleich heranzuziehen.

Die Zahlen und Säulen lassen erkennen, daß die deutsche Verwaltung zu wesentlich günstigeren Hektarerträgen geführt hat. Die Mehrleistung zeigt sich besonders deutlich im Getreidebau, tritt aber auch bei Kartoffeln in Erscheinung. Wenn die polnischen Hektarerträge bei Zuckerrüben 1940/43 im allgemeinen noch nicht wieder erreicht werden konnten, dürfte das aus den Kriegserschwernissen, die eine anspruchsvolle Kultur wie die der Zuckerrübe besonders treffen mußten, leicht zu erklären sein. Um das Bild zu vervollständigen, sind in der wiedergegebenen Übersicht die genannten sechs Hauptfrüchte des Ackerbaues über eine einheitliche Umrechnung auf Stärkewert noch einmal zusammengefaßt. Auf diese Weise läßt sich eine Vorstellung darüber gewinnen, was aus den Woiwodschaften Posen und Pommerellen an Erträgen hätte herausgeholt werden können.

Um 1909/13 standen zum Beispiel Posen und Bromberg auf etwa dem gleichen Leistungsniveau wie der benachbarte Bezirk Breslau oder der etwas abgelegenere damalige Bezirk Stettin. Beide steigerten den Hektarertrag aus Getreide- und Hackfruchtbau von 1909/13 zu 1935/39 um mehr als 11 Prozent. Hätte die Woiwodschaft *Posen* Gelegenheit gehabt, eine gleiche Entwicklung durchzumachen, wozu sie gemäß ihren Produktionsgrundlagen sicherlich imstande gewesen wäre, dann würde sie nach der Relation 1840 : 100 = x : 111,3 wahrscheinlich 2048 kg Stärkewert je Hektar statt der unter polnischer Verwaltung tatsächlich nur erzielten 1436 kg erreicht haben. Das entstandene Defizit allein in diesem Raume wäre demnach für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben zusammen auf 30 Prozent zu veranschlagen und würde rund 807 000 Tonnen Stärkewert beziehungsweise 1,15 Millionen Tonnen Getreidewert betragen. Für *Pommerellen* hätte man unter deutscher Friedensentwicklung wahrscheinlich eine Steigerung um 7 Prozent auf rund 1800 kg Stärkewert je Hektar erreichen können. Tatsächlich erzielt sind aber nur 1270 kg. Die Differenz beträgt wieder 30 Prozent. Damit beliefe sich das Defizit für dieses Gebiet auf rund 336 000 Tonnen Stärkewert beziehungsweise 0,48 Millionen Tonnen Getreidewert. In beiden Gebieten zusammen hätten demnach nur aus Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübenbau ohne Einbeziehung von Stroh und Blattmasse rund 1,6 Millionen Tonnen Getreidewert mehr erzeugt werden können. Diese Ertragsreserven wurden 1940/43 in Pommerellen zu etwa zwei Drittel, in Posen knapp zur Hälfte der an der deutschen Friedensproduktion gemessenen Reserven mobilisiert.

2.) Die Gesamtproduktion

Die deutsche Agrarstatistik ermöglicht eine umfassende Ermittlung der gesamten Bodenproduktion für die Regierungsbezirke der Bereiche Danzig/Westpreußen und Wartheland im 4-jährigen Durchschnitt 1940/43. Alle Produkte — wieder in Stärkewert ausgedrückt — ergeben folgenden Leistungsstand:

Regierungsbezirk bezw. Teilgebiet[1])	Stärkewert insgesamt (in 1000 Tonnen)			Stärkewert je Hektar (in Kilogramm)		
	Ackerland	Dauergrünland	Landw. Nutzfläche	Ackerland	Dauergrünland	Landw. Nutzfläche
Posen	1701	96	1797	1875	800	1745
Hohensalza	1672	88	1760	1830	775	1715
Litzmannstadt	1227	106	1333	1540	725	1415
Wartheland	4600	290	4890	1835	760	1630
Danzig[1])	485	44	529	1470	715	1350
Marienwerder[1])	710	36	746	1785	760	1675
Bromberg	737	49	786	1860	790	1720
Danzig/Westpreußen[1])	1932	129	2061	1720	755	1590

[1]) Nur die vor 1939 polnischen Gebiete sind erfaßt.

Übersicht über die Reihenfolge der Regierungsbezirke in den Ostgebieten (nach dem Ertrag in Stärkewerten)

Regierungsbezirk	1909/13 kg Stw/ha	Regierungsbezirk	1909/13 kg Stw/ha	Regierungsbezirk	1940/43 kg Stw/ha	Regierungsbezirk	1940/43 kg Stw/ha
Stralsund	1 757	Liegnitz	1 553	Stettin	2 139	Köslin	1 794
Posen	x) 1 710	Marienwerder	x) 1 458	Breslau	2 100	Marienwerder	x) 1 784
Breslau	1 705	Potsdam	1 442	Potsdam	1 936	Königsberg	1 618
Bromberg	x) 1 666	Köslin	1 413	Westpreußen	1 915	Grenzmark	1 617
Frankfurt	1 630	Königsberg	1 383	Posen	x) 1 875	Litzmannstadt	x) 1 540
Oppeln	1 594	Gumbinnen	1 298	Bromberg	x) 1 862	Danzig	x) 1 469
Stettin	1 591	Allenstein	1 278	Oppeln	1 851	Gumbinnen	1 430
Danzig	x) 1 570	Reich	1 517	Frankfurt	1 843	Allenstein	1 397
				Hohensalza	x) 1 830	Reich	1 894
				Liegnitz	1 817		

x) Vergleiche Text.

Entwicklung der Hektar-Erträge im Getreide- und Hackfruchtbau unter deutscher und polnischer Verwaltung

(Ertrag aus: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln und Zuckerrüben, über Anbauflächen gewogen und auf Kilogramm Stärkewert [Stw] umgerechnet)



Im Jahresdurchschnitt 1909/13 konnten nur 65—90 Prozent, dagegen 1940/43 die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche ertragsmäßig erfaßt werden. Infolgedessen ist ein Quervergleich der unter verschiedenen Voraussetzungen ermittelten Durchschnittserträge nicht zulässig. Die Aufstellung bezweckt also nur ein Erkennen der Reihenfolge der Gebiete gemäß ihrem Ertrage und damit eine Beweisführung für die Leistungen der deutschen Verwaltung. Unter polnischer Verwaltung hätten alle mit x) gekennzeichneten Gebiete bei friedensmäßiger Weiterentwicklung, wie dies für die Jahre vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges angedeutet werden konnte, höchstwahrscheinlich an letzter Stelle rangieren müssen.

Da Ertrag und Betriebsmitteleinsatz aufs engste miteinander verkoppelt sind, lag es nahe, auch einen Vergleich über die Betriebsaufwendungen unter verschiedenen Verwaltungsperioden anzustellen. Bei ihrer Vielartigkeit wird man sich jedoch auf eine Einzeldarstellung beschränken und dafür einen Ertragsfaktor auswählen müssen, mit dessen Verwendung ein besonders hoher Effekt erzielt werden kann. Dies ist beim Einsatz von Handelsdüngern der Fall, wobei das Schwergewicht bei der Stickstoffdüngung liegt.

3.) *Handelsdüngerverbrauch*

Der Einfluß deutscher und polnischer Verwaltung auf die Versorgung der polnischen Westgebiete mit Handelsdüngern

Reinnährstoff	in 1000 Tonnen						
	Polnische Verwaltung			Deutsche Verwaltung			
	1936/37	1937/38	1938/39	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43
N (Stickstoff)	18,7	22,3	26,5	50,1	63,3	63,2	77,7
P_2O_5 (Phosphorsäure)	25,0	35,0	38,0	—	26,0	38,8	45,0
K_2O (Kali)	17,5	22,0	28,0	78,0	135,8	157,0	186,0
	Kilogramm je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche						
N (Stickstoff)	3,1	3,7	4,3	8,2	10,4	10,4	12,6
P_2O_5 (Phosphorsäure)	4,1	5,7	6,2	—	4,3	6,4	7,4
K_2O (Kali)	2,9	3,6	4,6	12,8	22,3	25,7	30,6

Gegenüber dem Stand 1936/37 hat die deutsche Verwaltung bis 1942/43 den Verbrauch an Stickstoff um etwa das Vierfache, bei der Phosphorsäure um das Doppelte und beim Kali um das Zehn- bis Fünfzehnfache gesteigert. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist nicht ausgeblieben.

4.) *Entwicklung der Viehbestände*

Ein Überblick über die Entwicklung der Viehbestände zeigt, daß der Unterschied der Erträge nicht etwa allein aus vermehrtem Einsatz von Kunstdünger auf deutscher Seite erklärt werden kann.

Die nachstehenden Vergleichsreihen und Übersichten geben einen Überblick, wie sich die Großviehbestände je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in den einzelnen Zeitperioden entwickelt haben.

Großvieheinheiten (GVE) je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

1912		1938/39 beziehungsweise 1937		1943	
Regierungsbezirk	*GVE*	*Regierungsbezirk*	*GVE*	*Regierungsbezirk*	*GVE*
Breslau	78,0	Westpreußen	92,2	Westpreußen	86,2
Liegnitz	75,2	Oppeln	91,0	Oppeln	80,6
Oppeln	74,6	Breslau	86,9	Breslau	79,7
Königsberg	73,3	Liegnitz	86,1	Königsberg	78,6
Gumbinnen	71,9	Freistaat Danzig	83,9	Liegnitz	78,3
Danzig	68,7	Königsberg	83,1	Gumbinnen	75,5
Posen	64,4	Gumbinnen	77,8	Stettin	70,3
Potsdam	64,2	Köslin	74,7	Köslin	69,5
Frankfurt	62,8	Stettin	74,6	Frankfurt	67,9
Marienwerder	62,7	Frankfurt	74,0	Allenstein	66,2
Stettin	61,7	Allenstein	68,1	Potsdam	64,7
Bromberg	61,4	Potsdam	67,9	Posen	x) 62,2
Stralsund	57,0	Grenzmark	64,2	Marienwerder	x) 61,1
Köslin	56,7	Posen	x) 55,8	Grenzmark	60,2
Allenstein	56,0	Pommerellen	x) 54,0	Bromberg	x) 59,6
				Danzig	x) 59,4
				Hohensalza	x) 59,0
				Litzmannstadt	x) 57,9

x) In Posen und Pommerellen (1937) und Posen, Marienwerder, Bromberg, Danzig, Hohensalza und Litzmannstadt (1943) sind die Großvieheinheiten aus Pferde- und Rinderhaltung um 10 Prozent gekürzt worden, weil die Tiere der polnischen Westgebiete im Gegensatz zu den deutschen Gebieten durchschnittlich mindestens um 10 Prozent leichter gewesen sind.

Aus der Gegenüberstellung geht hervor, daß die westpolnischen Gebietsteile hinsichtlich der Viehhaltung ganz beträchtlich hinter der Entwicklung in Ostdeutschland zurückgeblieben sind.

Entwicklung der Großviehbestände in den Ostgebieten unter deutscher und polnischer Verwaltung je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

(Großvieheinheiten [GVE])

1912 — 1938/39 — 1943

GVE je 100 ha landw. Nutzfläche: 50–55, 55–60, 60–65, 65–70, 70–75, 75–80, 80–85, 85–90, 90–95

unter DEUTSCHER Verwaltung — unter POLNISCHER Verwaltung — unter DEUTSCHER Verwaltung

Bemerkung: In den Gebieten, die bis 1939 unter polnischer Verwaltung standen, ist bei Pferden und Rindern wegen geringeren Gewichtes ein Abschlag von 10 % gemacht worden.

Der Hoover-Bericht über die deutsche Ernährungslage

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert *Hoover*, wurde am 22. Januar 1947 von Präsident *Truman* beauftragt, die Verhältnisse in Deutschland zu studieren. Er hielt sich vom 4. Februar bis 22. Februar in Deutschland auf und erstattete am 26. Februar 1947 einen ersten Bericht über die Lage in der britischen und amerikanischen Besatzungszone. Wir halten es für zweckmäßig, diesen aus dem Abstand eines amerikanischen Beobachters geschriebenen Bericht zwischen die deutschen und die polnischen Berichte zu stellen, um damit eine außereuropäische Perspektive zu diesen Problemen zu eröffnen.

Bericht über den Bedarf an Lebensmitteln und Lieferungen für die Landwirtschaft

Am 26. Februar 1947 übermittelte der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert *Hoover*, an Präsident *Truman* einen Bericht über die wirtschaftlichen Bedingungen der vereinigten britischen und amerikanischen Zonen in Deutschland.

Hoover erklärte in seinem Schreiben an den Präsidenten, daß er über Österreich zu einem späteren Zeitpunkt einen gesonderten Bericht einreichen werde.

Für wertvolle Hilfe bei der Abfassung des Berichtes sprach Hoover nachfolgenden Persönlichkeiten seinen besonderen Dank aus: Dr. Dennis A. *FitzGerald*, Dr. W. H. *Sebrell jr.*, Mr. Hugh *Gibson*, Mr. Louis *Lochner*, Mr. Frank *Mason*, Dr. Gustav *Stolper*, ferner den Generalen *MacNarney*, *Clay* und *Draper*, Oberst *Hester* und ihren Mitarbeitern von der amerikanischen Militärregierung und General *Robertson*, Sir Cecil *Weir* und Mr. T. F. *Griffin* und ihren Mitarbeitern von britischer Seite. Für sachdienliche Auskünfte erwähnte Hoover auch noch die Hilfe von Mr. Tracy S. *Voorhees*, Special Assistant des Kriegsministeriums, sowie die Unterstützung des *Air Transport Command*.

Einleitung

Zur Zeit der Kapitulation hatte Deutschland alle seine Reserven und die meisten Vorräte an Verbrauchsgütern und Rohstoffen erschöpft. Wir wissen jetzt, daß Deutschland, nachdem es in sein eigenes Gebiet zurückgetrieben worden war, in kurzer Zeit auch ohne weitere militärische Operationen dem Chaos zum Opfer gefallen wäre.

Bald nach der Kapitulation wurden die flüssigen Hilfsmittel, von denen Deutschland hätte leben können, beschlagnahmt und als Reparationen verteilt. So wurde die Bevölkerung für ihre Lebenshaltung weitgehend auf die Besatzungsarmeen angewiesen.

Man braucht kaum zu wiederholen, daß Teile Deutschlands an Polen und Rußland abgetreten wurden und daß das Restgebiet in vier militärische Besatzungszonen zwischen den Russen, Franzosen, Briten und Amerikanern aufgeteilt wurde. Die amerikanische und die britische Zone sind jetzt verwaltungsmäßig zusammengelegt worden, wobei jede Besatzungsmacht die Hälfte der Ausgaben trägt; der vorliegende Bericht bezieht sich nur auf dieses Gebiet.

Veränderungen in der Bevölkerung und den Arbeitskräften

Die Veränderungen, welche in der Bevölkerung vor sich gegangen sind, beeinflussen alle wirtschaftlichen Probleme in starkem Maße. Im Jahre 1939 betrug die Bevölkerung der vereinigten Zonen rund 34,2 Millionen. Die Deutschen, die aus den an Rußland und Polen abgetretenen Gebieten und aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich ausgewiesen wurden, haben die Bevölkerung in der vereinten britisch-amerikanischen Zone auf rund 41,7 Millionen ansteigen lassen. Es wird angenommen, daß bis zum Dezember 1947 eine weitere Million in dieses Gebiet einströmen wird. Außerdem leben etwa 400 000 britische und amerikanische Soldaten und Zivilisten in dem Gebiet. Demnach müssen etwa 43 Millionen Menschen in den beiden Zonen untergebracht werden, so daß die Bevölkerung die Zahl von 1939 um rund 9 Millionen übersteigt.

Die gelernten Arbeitskräfte und das Verhältnis arbeitsfähiger Männer zur Gesamtbevölkerung sind durch den Krieg tiefgreifend verändert worden. Für ganz Deutschland nimmt man an, daß 5,7 Millionen gefallen oder dauernd arbeitsunfähig geworden sind. Es wird weiterhin angenommen, daß mehr als 3 Millionen Kriegsgefangene in Arbeitslagern in Rußland, 750 000 in Frankreich, 400 000 in Großbritannien und 40 000 in Belgien zurückgehalten werden. Die Tatsache, daß große Mengen sudetendeutscher Facharbeiter in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden, erschwert das Problem noch mehr.

Wenn man diese Zahlen auf die amerikanische und britische Zone anwendet, dann ergibt sich daraus ein Verlust von über 6 Millionen aus der Zahl der wichtigsten und am besten ausgebildeten Arbeiter der deutschen Bevölkerung. Ebenso befinden sich unter den 90 000 Nazis, die in Konzentrationslagern gehalten werden, und der Million weiterer Deutscher, die nur in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt werden dürfen, natürlich auch ein beträchtlicher Teil der früheren Fachleute auf technischem und Verwaltungsgebiet; die Beschäftigungsbeschränkungen, die ihnen auferlegt wurden, sind zwar nötig, erschweren jedoch die industriellen und Verwaltungsprobleme.

Infolge dieser Veränderung kommen in der Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren sechs Männer auf zehn Frauen und in der Altersgruppe zwischen 40 und 60 Jahren sieben Männer auf zehn Frauen. So gibt es in diesen Altersgruppen sechs bis sieben Millionen mehr Frauen als Männer. Die Auswirkungen dieser Tatsache auf die Produktionskraft sind schon schlimm genug, aber die Folgen für die Moral sind erschreckend.

Wohnungsverhältnisse

Die Wohnungsverhältnisse in den beiden Zonen sind die schlechtesten, welche die moderne Zivilisation je erlebt hat. Etwa ein Viertel der Wohnungen in den Städten wurden durch den Krieg zerstört. Deshalb müssen 25 Prozent der Stadtbevölkerung in den restlichen drei Vierteln mit untergebracht werden und dazu noch alle die notleidenden Flüchtlinge und anderen einströmenden Gruppen.

Wegen des Materialmangels und der Verkehrsschwierigkeiten konnten nur wenige beschädigte Häuser wieder hergestellt werden. Infolgedessen leben Scharen von Menschen in Schutt und Kellern. Im Durchschnitt kommen drei bis vier Menschen auf einen Raum von 4,5 × 4,5 m, und so geht es vielen Millionen. Die Überbelegung ist nicht allein auf die Städte beschränkt. Flüchtlinge sind in jedes Bauernhaus hineingesetzt. Deshalb breiten sich Tuberkulose und andere Seuchen schnell aus.

Kohle

Die Knappheit an Kohle ist neben der Knappheit an Lebensmitteln der ernsteste unmittelbare Engpaß für die Lebenshaltung und die Belebung der Ausfuhr zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhren. Das Ruhrgebiet, welches jetzt fast der einzige Kohlenlieferant der britisch-amerikanischen Zone ist, fördert nur 230 000 Tonnen täglich gegenüber 450 000 Tonnen täglich in früheren Zeiten, da es an gelernten Arbeitern und physischer Kraft zur Arbeit fehlt. Von der gegenwärtigen Förderung muß ein beträchtlicher Teil an die Nachbarvölker ausgeführt werden, welche auch leiden. Infolge der Knappheit sind die beiden Zonen ohne genügend Kohle für Transporte, Haushaltsversorgung und andere lebenswichtige Dienste und haben nur wenig, womit sie industrielle Exporte in Gang bringen könnten.

Die Kohlenknappheit in ganz Westeuropa und die unerhörte Strenge des Winters haben überall zu schwerstem Leiden geführt. Um nur ein Beispiel zu nennen: seit Oktober sind in Hamburg keine Kohlen als Hausbrand ausgegeben worden. Andere deutsche Städte sind nur wenig besser daran.

Die landwirtschaftliche Produktion

Es darf nicht übersehen werden, daß etwa 25 vom Hundert der deutschen Vorkriegserzeugung an Lebensmitteln aus den Gebieten kamen, die an Rußland und Polen abgetreten wurden. Außerdem kam ein großer Teil der deutschen Lebensmittel aus der russischen Besatzungszone. Mehrere Millionen Tonnen flossen früher aus diesen Gebieten in die amerikanische und britische Zone, jetzt aber liefern diese Gegenden nichts.

Die britischen und die amerikanischen Soldaten und Zivilisten werden ausschließlich von ihren Heimatländern ernährt. Die große russische Armee lebt aus ihrer Zone.

Wegen des Mangels an Düngemitteln, gutem Saatgut, landwirtschaftlichen Geräten und gelernten Arbeitern betrug die landwirtschaftliche Produktion der amerikanischen und britischen Zone im Jahre 1946 nur rund 65 vom Hundert des Vorkriegsertrags. Eine allgemeine Schätzung hat zu dem Ergebnis geführt, daß in der amerikanischen Zone die Ernte von 1946 außer der unmittelbaren Ernährung der Selbstversorger etwa 1100 Kalorien täglich an Nichtselbstversorger liefern kann. In der britischen Zone können etwa 900 Kalorien täglich im Durchschnitt für Nichtselbstversorger erzeugt werden. Diese Menge steht in scharfem Gegensatz zu den 3 000 Kalorien, die der normale Deutsche vor dem Krieg verbrauchte.

Durch die Anstrengungen, welche zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion gemacht werden, wird sich eine kleine Steigerung der Ernteerträge im Jahre 1947 ergeben, vor allem bei Kartoffeln (wenn rechtzeitig besseres Saatgut eintrifft). Die Schritte, welche ich empfehle, würden jedoch eine größere Produktion von der Ernte 1948 an ergeben.

Die Verteilung der Lebensmittel

Der gegenwärtige schreckliche Winter mit den zugefrorenen Kanälen und dem behinderten Eisenbahnverkehr hat es unmöglich gemacht, an vielen Orten auch nur den gegenwärtigen geringen Stand der Rationierung aufrecht zu erhalten. Die Kohlenknappheit und der daraus folgende Mangel an Wärme, auch nur zum Kochen, haben eine Menge weiterer Härten mit sich gebracht. Die Schlüsse des vorliegenden Berichts in Bezug auf die Ernährungslage beruhen jedoch nicht auf der Wirkung dieser vorübergehenden Erschwerungen, sondern auf den Grundbedingungen, die nur durch den Winter noch in vielfacher Hinsicht verschärft worden sind.

Vom Standpunkt der Ernährung ist die deutsche Bevölkerung der vereinigten Zonen nach der im letzten Herbst abgehaltenen Volkszählung so aufgeteilt worden, wie die folgende Liste zeigt. Die Tabelle darf nicht als für die einzelnen Gruppen restlos zutreffend betrachtet werden, da die Verteilung im amerikanischen Sektor Berlins nicht auf derselben Grundlage geschah wie in den anderen Gebieten. Für eine allgemeine Betrachtung der Lebensmittelzuteilungen jedoch ist sie genau genug.

Selbstversorger, d. h. Bauern und ihre Familien		7 640 000
Nichtselbstversorger, d. h. Stadtbevölkerung:		
werdende und stillende Mütter	660 000	
Kinder bis zu 6 Jahren	3 070 000	
Kinder von 6 bis 15 Jahren	4 495 000	
Jugendliche von 15 bis 20 Jahren	2 100 000	
Normalverbraucher über 20 Jahre	17 910 000	
Teilschwerarbeiter	2 500 000	
Schwerarbeiter	1 910 000	
Schwerstarbeiter	720 000	
Verschleppte	680 000	34 045 000
Gesamtbevölkerung der beiden Zonen		41 685 000

Die Grundration beträgt 1550 Kalorien je Kopf und Tag für Normalverbraucher mit gewissen Zulagen, welche die Situation erfordert oder gestattet, für Sondergruppen. So werden zum Beispiel Milch und Fett hauptsächlich stillenden Müttern und Kindern bis zu sechs Jahren gegeben; mehr Lebensmittel, einschließlich mehr Fleisch, werden vor allem Schwerarbeitern zusätzlich zugeteilt.

Diese Grundration für den Normalverbraucher muß in folgender Weise in Beziehung gesetzt werden zu den Mindestsätzen, welche berühmte Ernährungswissenschaftler als vorübergehendes Minimum an Nahrungsaufnahme zur Erhaltung des Lebens für Normalverbraucher gefordert haben:

	gegenwärtiger deutscher Satz	*gefordertes Minimum*	*gegenwärtige Fehlmenge*
Kohlehydrate	283 g	335 g	16%
Fett	24 g	45 g	47%
Eiweiß	52 g	65 g	20%
Kalorien	1550	2000	24%

Infolgedessen ist die Ration von 1550 Kalorien wegen des mengenmäßigen Fehls und wegen des Mangels an Fett, Eiweiß und anderen Nährstoffen völlig unzureichend, die Gesundheit derjenigen Gruppen zu erhalten, welche keine Ergänzungen zur Verfügung haben.

Der Ernährungszustand der Bevölkerung

Die Ernährungslage der verschiedenen obengenannten Gruppen ist, ohne Rücksicht auf die unmittelbaren Folgen des harten Winters, folgende:

a) Die 7 640 000 Selbstversorger sind natürlich in guter Verfassung.

b) Die zusätzlichen Lebensmittel und die Sonderzuteilungen an bestimmten Lebensmitteln, welche den 3 730 000 werdenden und stillenden Müttern und Kindern unter sechs Jahren gewährt werden, scheinen ausreichend zu sein, um sie in gutem Ernährungszustand zu halten.

c) Mehr als die Hälfte der 6 595 000 Kinder und Jugendlichen, vor allem in den Gruppen mit geringem Einkommen, sind in erbärmlichem Zustand. Ihre Lage ist besser in wenigen Orten, wo eine Schulkinderspeisung durchgeführt worden ist, aber außerhalb dieser Orte sind Wachstumshemmungen und Entwicklungsstörungen weitverbreitet. In einigen Gebieten treten Hungerödeme (praktische Hungererscheinungen) bei den Kindern auf. Eine Untersuchung von Gruppen von Knaben zwischen neun und sechzehn Jahren ergab, daß sie durchschnittlich 5,5 Pfund unter dem Mindestgewicht lagen, während die Mädchen 5,1 Pfund unter diesem Gewicht lagen. Andere Gruppen, die untersucht wurden, waren sogar in noch schlechterem Zustand.

d) Ein beträchtlicher Teil der Normalverbrauchergruppe von 17 910 000 Menschen befindet sich ebenfalls in erbärmlicher Verfassung. Zu dieser Gruppe zählen diejenigen Arbeiter, die leichte körperliche Arbeit zu verrichten haben, und außerdem die große Mehrheit der Frauen und alten Leute. Ein gewisser Prozentsatz aus dieser Gruppe kann die Ration von 1550 Kalorien durch den Kauf einiger Lebensmittel auf dem Schwarzen Markt, auf dem freien Markt während der Gemüsemonate und aus erhaltenen Paketen ergänzen. Ein gewisser Teil dieser Gruppe ist jedoch zu arm, um auch nur die Ration von 1550 Kalorien zu kaufen.

Jedenfalls zeigt ein großer Teil dieser Gruppe einen stetigen Verlust an Gewicht, Vitalität und Arbeitskraft. Eine Untersuchung in der britischen Zone zeigte erwachsene Männer aus der Stadtbevölkerung, die mehr als 19 Pfund Untergewicht hatten, und Frauen mit fast 5 Pfund Untergewicht. Untersuchungen in der amerikanischen Zone ergaben Untergewichte von 5 bis 20 Pfund. Tausende von Fällen von Hungerödemen treten auf, in Hamburg allein sind 10 000 festgestellt worden. Die erhöhte Sterblichkeitsziffer unter den alten Leuten ist erschreckend. Bei Leuten über siebzig Jahren ist diese Ziffer im letzten Herbst in drei Monaten um 40 vom Hundert gestiegen.

e) Wenn auch die Rationen für Arbeiter wegen der zusätzlichen Zuteilungen an sich vielleicht hoch genug sind,

liegt doch bei dem Arbeiter allgemein das Bestreben vor, seine Zulagen mit Frau und Kindern zu teilen; so haben sie nicht die volle Wirkung für die Erhaltung der Energie des Arbeiters selbst.

f) Die 680 000 Verschleppten befinden sich zu etwa einem Drittel in der britischen und zu zwei Dritteln in der amerikanischen Zone. In der britischen Zone erhalten sie nur die deutschen Rationen. In der amerikanischen Zone erhalten sie Zulagen bis zu 700 Kalorien täglich, so daß über ihre ausreichende Ernährung in dieser Zone kein Zweifel herrschen kann. Tatsächlich liegen ihre Rationen im amerikanischen Gebiet über der Normalration der übrigen Völker auf dem Kontinent, mit Ausnahme der früheren Neutralen.

Die obigen Schlüsse zur Ernährungslage beruhen auf Zusammenstellungen, welche von Dr. W. H. *Sebrell jr.* von der US.-Dienststelle für öffentliche Gesundheit bearbeitet wurden; Dr. Sebrell war ein Mitglied meiner Mission. Auf meinen Wunsch besuchte er auch Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Großbritannien, um die Ernährungslage in diesen Ländern mit der deutschen zu vergleichen. Er berichtet, daß die Ernährungslage in diesen Ländern fast ihren normalen Vorkriegsstand erreicht hat, wohingegen die besonderen deutschen Gruppen, die ich erwähnt habe, nicht nur weit, sondern in einem gefährlichen Ausmaß unter den anderen Nationen liegen.

Ein neues Programm

Das anglo-amerikanische Zweizonenabkommen vom letzten Herbst sieht eine Steigerung der Rationen um täglich 250 Kalorien zu einem unbestimmten Zeitpunkt vor. Solch eine Steigerung ist höchst wünschenswert. Die Weltknappheit an Getreide jedoch, die in der Kürzung der Brotration in verschiedenen anderen Ländern zutage trat, macht eine solche Steigerung vor der Ernte 1947 unmöglich. Ein solches [illegible] und eine Steigerung der Einfuhr voraus, [illegible] Importen im Betrag von 1[illegible]0 000 Dollar jährlich über die bereits hohe Bürde hinaus notwendig wären, welche die Steuerzahler unserer beiden Länder schon zu tragen haben.

Da die gegenwärtige Zuteilung von 1550 Kalorien für den Normalverbraucher nicht ausreicht, um die Gesundheit vieler Kinder oder die Gesundheit und Arbeitskraft vieler Erwachsener zu erhalten, schlage ich ein anderes Programm vor. Dieses neue Programm soll die schwächsten Punkte in der Ernährungslage ausbessern. Ich glaube, daß diese Methode den Hauptzweck der vorgeschlagenen allgemeinen Rationssteigerung so weit erfüllt, wie er in den Grenzen der verfügbaren Lieferungen und Mittel für den Rest des Rechnungsjahres 1946/47 überhaupt erreicht werden kann.

Ich glaube, daß dieses Programm in vieler Hinsicht ein besseres Programm ist, und wenn diese Methode sich in den nächsten Monaten als erfolgreich erweist, dann kann sie wohl die Notwendigkeit einer so starken Einfuhrsteigerung im Rechnungsjahr 1947/48, wie sie im Zweizonenabkommen vorgesehen ist, vermindern.

Zwei Gruppen vor allem sollte schnell geholfen werden:

Die erste Gruppe sind Kinder über sechs Jahren und Jugendliche. Die Zahl der Unterernährten in dieser Gruppe wird auf 3,5 Millionen oder mehr als 50 vom Hundert geschätzt. Um dieser Gruppe zu helfen und sicherzustellen, daß die Lebensmittel auch tatsächlich den Kindern zugute kommen, geben die Briten in ihrer Zone mit Hilfe der Schweden und anderer Hilfsorganisationen eine geringe zusätzliche Ration in bestimmten Schulen aus. In der amerikanischen Zone gibt es keine systematische Schulkinderspeisung. Ein System von Suppenküchen, welche eine warme Mahlzeit aus geeigneten Aufbaustoffen für den Körper (Fleisch, Fett, Milch und so weiter) von mindestens 350 Kalorien täglich herstellen, ist unumgänglich nötig für die Kinder in den schlimmsten Gebieten der vereinigten Zonen, wenn ein zukünftiges Deutschland von gesundem Charakter geschaffen werden soll.

Um dieses System sofort ins Leben zu rufen, empfehle ich, die überschüssigen Rationen der Armee, die jetzt unterwegs sind, und bestimmte überschüssige Vorräte zu verwenden, die sich für die Ernährung der Armee nicht eignen und jetzt unter Kontrolle der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte stehen. Diese Lebensmittel können für eine beträchtliche Zeit die Hauptgrundlage des vorgeschlagenen Systems bilden. Dies ist um so eher möglich, als vorgeschlagen ist, im Jahre 1947 5 000 000 Stück Vieh, Schweine und Schafe zu schlachten, um den Verbrauch von Ernteerträgen zur Fütterung des Viehs zu vermindern; ein Teil des damit anfallenden Fleisches und Fettes kann für das vorgeschlagene Programm Verwendung finden. Diese verschiedenen Lebensmittel können zusammen mit einigen geringeren Zuteilungen an Nährmitteln das Programm in den nächsten sechs Monaten tragen.

Die zweite Gruppe, welche sofortige Hilfe braucht, ist die Gruppe der Normalverbraucher von etwa 17 910 000 Menschen, welche jetzt 1550 Kalorien täglich erhalten. Ich empfehle nachdrücklich verschiedene Schritte:

a) Eine gewisse Anzahl von ihnen sollte in die Gruppe der Teilschwerarbeiter aufgenommen werden und die dieser Gruppe zustehenden Zulagen erhalten.

b) Eine Lieferung von Getreide für Notfälle sollte den deutschen Wohlfahrtsorganisationen zur Verfügung gestellt werden, womit sie bedürftigen Familien und den Suppenküchen zusätzliche Lebensmittel gewähren können.

c) Ich empfehle, den alten Leuten in der Gruppe der Normalverbraucher und anderen, welche ärztliche Zeugnisse vorlegen können, Gutscheine für Suppenküchen auszugeben, worauf sie an jedem Werktag die 350-Kalorien-Mahlzeit für die Schulen erhalten, die sie in diesen Küchen essen oder mit nach Hause nehmen können. Diese zusätzlichen Maßnahmen werden eine nennenswerte Hilfe bringen und zum mindesten den bedürftigsten Angehörigen dieser Gruppe über das Schlimmste hinweghelfen.

Durch Hilfe für die Kinder und Jugendlichen wird ein Druck von der Gruppe der Normalverbraucher hinweggenommen, welche natürlich bestrebt sind, etwas von ihren eigenen Rationen ihren Kindern zugute kommen zu lassen.

Zur Durchführung des obigen Programms für Kinder und Normalverbraucher habe ich in meine Vorschläge eine Lieferung von 65 000 Tonnen Getreide für Notfälle aufgenommen. Diese Maßnahmen treten, wie gesagt, an die Stelle der sonst notwendigen großen Steigerung der Einfuhr, welche die Voraussetzung für eine Erhöhung aller Rationen um 250 Kalorien wäre.

Außer diesen Maßnahmen habe ich in den unten angegebenen Summen, die nach meinem Vorschlag im Rechnungsjahr 1946/47 bewilligt werden sollten, die Versendung von 400 000 Tonnen überschüssiger Kartoffeln aus den Vereinigten Staaten vorgesehen. Ich verfolge damit einen doppelten Zweck.

Da in dem unerhört harten Winter und aus anderen Gründen Kartoffeln verdorben sind, fehlen etwa 250 000 Tonnen, um die Mindestration von 1550 Kalorien bis zur nächsten Ernte zu erreichen. Wir können es aber gewiß nicht zulassen, daß die Rationen unter diesen bereits gefährlichen Stand fallen.

Von noch größerer Bedeutung ist das Folgende:

Der größte Teil der Saatkartoffeln für die beiden Zonen kommt normal aus den an Polen abgetretenen Gebieten und aus der russischen Zone und ist deshalb nicht verfügbar. Wenn wir 200 000 bis 250 000 Tonnen guter Saatkartoffeln liefern könnten, wovon einige schon zur Verfügung stehen, dann könnten wir bei der Ernte 1947 einen Ertrag von 5 Millionen Tonnen erzielen und damit für das Rechnungsjahr 1947/48 einige Einsparungen in der Lebensmitteleinfuhr aus Übersee erreichen.

Notwendige Importe und ihre Finanzierung

Die Lieferung und Finanzierung von Lebensmittel- und ähnlichen Importen und die Entwicklung einer Ausfuhr, deren Erlös schließlich die Einfuhrkosten decken kann, sind

so organisiert worden, daß der Außenhandel in zwei Kategorien aufgeteilt wird:

Kategorie A umfaßt Einfuhren an Lebensmitteln, Düngemitteln und Treibstoffen für die Zivilbevölkerung. Diese Kategorie wird aus Mitteln, die je zur Hälfte von den Steuerzahlern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens aufgebracht werden, bezahlt. Es ist nicht entschieden worden, ob Saatgut in diese Kategorie fällt. Nach meiner Meinung sollte dies der Fall sein, und ich habe es deshalb in die Schätzungen über Lieferungen und ihre Kosten aufgenommen, die ich unten vorlege.

Die Kategorie B untersteht der „Joint Export-Import Agency", welche die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Kohle, einigen anderen Rohstoffen und Fertigwaren regelt. Die Organisation, die mit einem gewissen Betriebskapital begonnen hat, und alle Exporte von Kohlen und anderen Waren werden diesem Fonds gutgeschrieben, bis die Ausfuhr die Einfuhr an Rohstoffen übersteigt; dann wird die Differenz zur Deckung der Kosten der Kategorie A verwendet. Man hofft, daß der Exportüberschuß für Kategorie A von der zweiten Hälfte 1948 an zur Verfügung steht und im Kalenderjahr 1950 tatsächlich alle Kosten dekken kann.

Deshalb werden die Kosten für Kategorie A im Rechnungsjahr 1947, in welchem ein Fehlbetrag abgedeckt werden muß, und die Gesamtkosten im Rechnungsjahr 1948 den Steuerzahlern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zur Last fallen.

Lieferungen nach Kategorie A und Kosten dafür in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1946/47

Das Programm für die Einfuhren und deren Kosten in der Kategorie A während der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1947 erscheint groß im Vergleich zu dem Programm, das weiter unten für das ganze Rechnungsjahr 1947/48 vorgelegt wird. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß die Einfuhr während der zweiten Hälfte von 1946 ungewöhnlich niedrig und der Verbrauch von einheimischen Nahrungsmitteln in Deutschland außerordentlich groß war. Deshalb ist es notwendig, die Kosten für Käufe und Verschiffungen vor dem 1. Juli hineinzunehmen, um auf diese Weise im Juni Lebensmittel bereitzustellen, die in Deutschland zwischen dem 1. Juli und 15. August ankommen sollen, während Mittel aus dem Rechnungsjahr 1947/48 erst nach dem 1. Juli zur Verfügung ständen. Dies trägt dazu bei, die Lasten für das folgende Rechnungsjahr herabzusetzen. Ich habe, wie gesagt, die Zuweisung von 65 000 Tonnen Nährmittel mit hereingenommen, welche die Rationen für die Normalverbraucher und die Kartoffeleinfuhren ergänzen sollen.

Es folgen die geschätzten Kosten für beide Zonen für die sechs Monate vom 1. Januar bis 1. Juli 1947, worin die Kosten für bereits versandte Lieferungen während dieses Zeitraums enthalten sind:

Getreide (auf Weizenwert umgerechnet) 2 505 000 Tonnen	288 000 000 Dollar
Andere Lebensmittel 720 000 Tonnen	54 000 000 Dollar
Düngemittel	17 500 000 Dollar
Saatgut	12 500 000 Dollar
Treibstoffe für die Zivilbevölkerung .	12 000 000 Dollar
zusammen:	384 000 000 Dollar

Die Vereinigten Staaten haben die Hälfte mit 192 000 000 Dollar zu tragen.

Ich weiß nicht, welcher Teil dieser Ausgaben bereits im Voranschlag genehmigt ist und welcher Teil nachträglich zum Ausgleich des Defizits genehmigt werden muß.

Lieferungen und Kosten für das Rechnungsjahr 1947/48

Bei der Berechnung der Lieferungen und Kosten der Kategorie A im Rechnungsjahr 1947/48 kann man davon ausgehen, daß die zusätzlichen Zuteilungen, die ich vorgeschlagen habe, um die Rationen für die Kinder, Jugendlichen und Normalverbraucher zu ergänzen, diese Gruppen zweifellos bis zum Oktober durchhalten werden, vor allem unter Berücksichtigung der Ernten des Frühjahrs und Sommers. Deshalb wird es keinesfalls nötig sein, die allgemeinen Rationen vor diesem Datum um die im Zweizonenabkommen vorgesehenen 250 Kalorien zu erhöhen. Ich hoffe, daß die verbesserten Methoden, mit denen wir die schwachen Stellen des Systems stärken wollen, diese Notwendigkeit auch nach dem 1. Oktober ganz oder teilweise ausschalten werden. Ich habe jedoch in dem Voranschlag eine Summe von 62 300 000 Dollar für eine solche Steigerung nach dem 1. Oktober eingesetzt. Ich habe in den Voranschlag auch ein erweitertes Düngemittel- und Saatgutprogramm aufgenommen. Ich glaube, daß diese letztere Maßnahme die Last für unsere Steuerzahler im Rechnungsjahr 1948/49 wesentlich vermindern wird.

Mein Voranschlag für Lieferungen und Kosten, die im Rechnungsjahr 1947/48 für die Kategorie A notwendig werden, ist der folgende:

Getreide (auf Weizenwert umgerechnet) für den Stand von 1550 Kalorien: 2 785 000 Tonnen	278 500 000 Dollar
Getreide für zusätzliche Ernährung der Normalverbraucher: 192000 Tonnen	19 200 000 Dollar
Kinderspeisungen (einschließlich besonderer Lebensmittel): 130 000 Tonnen	35 000 000 Dollar
Andere Lebensmittel: 450 000 Tonnen	75 000 000 Dollar
Düngemittel (greifbar)	45 000 000 Dollar
Saatgut	27 000 000 Dollar
Treibstoff für die Zivilbevölkerung .	25 000 000 Dollar
	504 700 000 Dollar
Kosten für die Rationserhöhung auf 1800 Kalorien ab Oktober 1947 .	62 300 000 Dollar
zusammen:	567 000 000 Dollar

Die Vereinigten Staaten haben davon die Hälfte mit 283 500 000 Dollar zu tragen.

Wegen der Veränderungen in den Methoden unterscheidet sich das obige Programm von demjenigen, welches das Kriegsministerium für das Rechnungsjahr 1947/48 vorgelegt hat. Die Gesamtkosten sind jedoch nicht höher.

Ich bin überzeugt, daß diese Beträge für die Kategorie A sowohl für das Rechnungsjahr 1946/47 wie für das Rechnungsjahr 1947/48 zuerst genehmigt werden sollten, selbst noch vor den Summen für militärische Zwecke. Die Besatzungskräfte können ohne die Sicherstellung dieser Mindestmengen an Lebensmitteln nicht herabgesetzt werden. Schon allein vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der Ordnung werden nicht viele Kräfte gebraucht, wenn wir den Bedarf an Lebensmitteln decken können. Ihre genaue Zahl freilich wird von anderen Erwägungen abhängen.

Weitere Einsparungen für den Steuerzahler, die gemacht werden können

Es gibt Mittel, durch die die genannten Kosten herabgesetzt werden könnten, wenn sie auch nicht sicher genug sind, um sie im voraus von den Summen abziehen zu können, die jetzt genehmigt werden müssen.

1. Wenn die vorgeschlagenen Änderungen im Rationierungsprogramm die allgemeine Rationserhöhung unnötig machen, würden 62 000 000 Dollar gespart.

2. Wenn durch die Abdeckung des Fehlbetrags für 1947 das Saatgut rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird, würde die deutsche Kartoffelernte sich wesentlich erhöhen und damit die Ausgaben für 1947/48 herabsetzen. Wenn die Vorschläge zur Einfuhr von Düngemitteln und Saatgut für das Rechnungsjahr 1947/48 angenommen werden, würde sich die deutsche Produktion im Jahre 1948/49 steigern, und damit würden weitere Einsparungen möglich.

3. Weitere Beträge könnten bei niedrigeren Preisen und bei außergewöhnlich günstigen klimatischen Bedingungen für die heimische Ernte eingespart werden.

4. Die Potsdamer Erklärung gestattete Deutschland keine nennenswerte Überseeschiffahrt. Wenn wir etwa 75 jetzt

außer Dienst gestellte Liberty-Schiffe mit deutschen Besatzungen bemannen und vorübergehend zum Transport von Lebensmitteln und Rohstoffen einsetzen könnten, dann könnten die gesamten Ausgaben dafür mit Ausnahme des Treibstoffs von den Deutschen in Mark bezahlt werden; auf diese Weise könnte dem amerikanischen und britischen Steuerzahler eine recht beträchtliche Ausgabe in Dollar erspart werden. Es handelt sich vermutlich um 40 Millionen Dollar jährlich.

5. Eine weitere Einsparung von vielleicht mehreren Millionen Dollar könnte für den Steuerzahler erreicht werden, wenn die Rückführung großer Mengen nicht mehr benötigten amerikanischen Heeresguts, das jetzt zu den hohen Überseegebühren befördert wird, von diesen Liberty-Schiffen auf der Heimfahrt durchgeführt werden könnte.

6. Es gibt Lebensmittelüberschüsse, die von anderen Völkern als dem amerikanischen und britischen kontrolliert werden. Es handelt sich um möglicherweise gesteigerte Fischfänge in Norwegen, Schweden und Dänemark, die sonst wohl kaum einen Markt finden werden, und vermutlich um einige Überschüsse der südamerikanischen Staaten. Ich glaube, daß gewisse Lieferungen sehr wohl von diesen Staaten geleistet werden könnten, wobei die Bezahlung, wie unten angegeben, zu gleichen Teilen durch die Briten und durch uns erfolgen würde.

7. Die Deutschen verloren einen beträchtlichen Teil ihrer Hochseefischereiflotte. Wenn mehr Schiffe dieser Art ausfindig gemacht und aus überschüssigen amerikanischen Beständen verpachtet werden könnten, könnte der deutsche Fischfang wesentlich gesteigert werden. Die Fischgründe in der Ost- und der Nordsee sind der deutschen Fischerei nur beschränkt zugänglich. Da jedoch Fische in diesen Meeren ausreichend vorhanden sind, ist es ein Jammer, wenn die britischen und die amerikanischen Steuerzahler Lebensmittel zu bezahlen haben als Ersatz für Fische, welche die Deutschen selbst für sich fangen könnten.

Fisch ist besonders notwendig, da die gegenwärtige Ernährung einen bedauerlichen Mangel an Eiweiß aufweist.

8. Weitere Einsparungen für den britischen und den amerikanischen Steuerzahler sind möglich, wenn die Ausfuhr von deutschen Fertigwaren aufs äußerste beschleunigt werden könnte. Die „Joint Export-Import Agency" tut ihr Bestes, aber die Ausfuhr wird gehemmt durch den Mangel an Kohle für die Erzeugung, durch das Gesetz über den Handel mit dem Feind und durch die Beschränkungen des freien Verkehrs ebensosehr wie durch Beschränkungen in den Verhandlungen zwischen Käufern und Verkäufern. Die Wiederaufnahme des Handels ist unvermeidlich, und jeder Tag, der in der Beseitigung dieser Schranken versäumt wird, erhöht einfach die Lasten unserer Steuerzahler für Lieferungen, die sonst mit dem Erlös der ausgeführten Waren bezahlt werden könnten. Niemand kann sagen, daß das völlig am Boden liegende Deutschland jetzt eine wirtschaftliche Gefahr für die Welt wäre.

Wenn man alle diese Möglichkeiten in die Tat umsetzen könnte, dann könnten wir nicht nur die Lebensmittelzuteilungen auf den zur Erhaltung der Gesundheit notwendigen Stand bringen, sondern auch die gemeinsamen Kosten für das Rechnungsjahr 1947/48 um 150 Millionen Dollar herabsetzen. Ich bin jedoch, wie gesagt, davon überzeugt, daß die höhere Summe bereitgestellt werden sollte.

Rückzahlung dieser Vorschüsse durch die Deutschen

Die großen Summen, die bisher zur Hilfe für die deutsche Zivilbevölkerung von Ländern außerhalb Deutschlands ausgegeben worden sind, und die in Zukunft notwendigen Ausgaben sollten eines Tages unseren beiden Regierungen zurückerstattet werden.

Ich habe deshalb den amerikanischen und den britischen Stellen nahegelegt, es als ihren Grundsatz zu verkünden und in allen Friedensregelungen festzulegen, daß diese Ausgaben für die Erhaltung der Zivilbevölkerung (Kategorie A) in der Vergangenheit und in der Zukunft als eine erste Hypothek auf die deutsche Wirtschaft angesehen werden und aus dem Nettoerlös eines jeden zukünftigen deutschen Exports zurückbezahlt werden sollen vor irgendwelchen anderen Zahlungen irgendwelcher Art an andere Nationen.

Auf meinen Vorschlag kamen alle alliierten Nationen im ersten Weltkrieg überein, daß Ausgaben zur Unterstützung der deutschen Zivilbevölkerung zu jener Zeit aus allen flüssigen Werten zurückgezahlt und vor allen Reparationsansprüchen jeder Art rangieren sollten. Das geschah damals. Die Gründe, die ich damals vorbrachte, sind heute ebenso durchschlagend. Mit diesen Ausgaben für Hilfslieferungen bauen wir die Wirtschaft des deutschen Volkes wieder auf, so daß dieses andere Zahlungen leisten kann. Diese Kosten sollten deshalb eine Art von „receiver's certificate" darstellen. Wenn diese Politik verfolgt wird, dann werden die Summen, die jetzt vom Kongreß und Parlament verlangt werden, eine Ausgabe darstellen, die wir zurückerhalten, und nicht eine Wohltätigkeitsleistung, die unseren Steuerzahlern aufgeladen wird. Ich glaube, daß eine Steuer von einigen Prozenten, mit der die Ausfuhr belastet wird und die in Dollar nach dem 1. Juli 1949 zu zahlen ist, als wirkungsvolle Durchführung einer solchen Regelung betrachtet werden könnte.

Organisation

Ich habe den vereinten Militärregierungen der beiden Zonen gewisse Vorschläge über die Organisation gemacht, die, wie ich glaube, die Verwaltung verbessern, nachdem jetzt die Zweizonenverwaltung unter größerer deutscher Verantwortung angelaufen ist.

Schluß

Es mag für die amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies unternimmt.

Welches auch die Grundsätze hätten sein können, durch welche diese Ausgaben hätten vermieden werden können: wir haben sie jedenfalls jetzt zu tragen, und wir haben sie zu tragen, bis die Ausfuhrindustrie Deutschlands so weit wiederbelebt ist, daß die Lebensmitteleinfuhr aus dem Erlös bezahlt werden kann. Die erste Voraussetzung für diese Wiederbelebung sind ausreichende Lebensmittel, so daß die Arbeitsfähigkeit erhalten wird.

Ich spreche nicht von humanitären Gefühlen für diese Menschenmassen, aber wenn wir den Frieden wünschen, wenn wir die Sicherheit und Gesundheit unserer Besatzungsarmee zu erhalten gedenken, wenn wir die Ausgabe für noch größere Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung einsparen wollen, wenn wir die Stärke unserer Besatzungskräfte und die Ausgaben dafür herabsetzen wollen — dann sehe ich keinen anderen Weg, als die Lasten auf uns zu nehmen, die ich aufgezeigt habe.

Es ist unser Entschluß, in Deutschland ein Regime zu errichten, das für alle Zeiten die Entstehung von Militarismus und Angriffslust in diesem Volk verhindert. Aber wer an Rache und an die Bestrafung einer großen Masse von Deutschen glaubt, die nicht an der Naziverschwörung beteiligt waren, kann jetzt keine Besorgnisse haben, denn dieses Volk ist — in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft — auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt war.

Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. Und Deutschland muß ein Volk werden, das an dieser Zivilisation mitarbeitet. Darauf allein kann in der Tat die Hoffnung auf einen dauernden Frieden beruhen.

Schließlich weht unsere Flagge über diesem Volk. Diese Flagge bedeutet noch etwas über die militärische Macht hinaus.

Polnische Berichte über die neuen polnischen Westgebiete

Der nachstehende Beitrag über die Polen auf Grund des Potsdamer Abkommens verwaltungsmäßig unterstellten ehemaligen deutschen Ostgebiete, die von Polen als die wiedereingegliederten Westgebiete bezeichnet werden, beruht in erster Linie auf amtlichem Material, das dem Europa-Archiv durch die Polnische Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin zur Verfügung gestellt wurde. Der Beitrag bedient sich des Nachrichtenmaterials der polnischen Nachrichtenagentur *Zachodnia Agencia Prasowa* in Warschau, der in englischer Sprache erscheinenden Berichte der *Western Press Agency* (Warschau), des Pressedienstes der Polnischen Militärmission in Berlin sowie einiger britischer Pressestimmen, die von der Polnischen Militärmission der deutschen Presse zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem wurde ein Bericht der *Agence Européenne Presse* benutzt, der sich auf amtliche polnische Angaben beruft.

Die Zusammenstellung der „Polnischen Berichte über die neuen polnischen Westgebiete" erfolgte als Einzelbeitrag unabhängig von den in dieser und der vorhergehenden Folge veröffentlichten Beiträgen über den agrarstatistischen Zonenvergleich und den Wert der deutschen Ostgebiete. Der Beitrag enthält keine eigene Stellungnahme oder Kommentierung.

Die neuen Grenzen Polens



Auf den Konferenzen in Jalta (vgl. Europa-Archiv I/211 bis 212 und 344—345) und Potsdam (vgl. Europa-Archiv I/215—220) wurden durch den Rat der drei Großmächte neue Grenzen Polens festgelegt. Die von diesen Grenze eingeschlossenen deutschen Ostgebiete wurden der polnische Regierung auf Grund der Potsdamer Beschlüsse (vgl. Europa

Archiv I/219 Abschnitt IX unter b) verwaltungsmäßig unterstellt. Diese Grenzen tragen, wie es in einer Veröffentlichung der Polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland vom 7. Februar 1947 heißt, „vorläufig nur einen formalen Charakter, da sie noch durch die Friedenskonferenz bestätigt werden müssen." In dieser Veröffentlichung heißt es weiter: „Tatsächlich aber gestatten diese Grenzen die Durchbildung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens des polnischen Volkes im Rahmen eines unabhängigen Staates, was ihnen das Merkmal der Beständigkeit aufdrückt."

Die neue Ostgrenze Polens mit der Sowjet-Union wurde auf der Konferenz von Jalta festgelegt. Polen trat die Gebiete östlich der Curzon-Linie an die Sowjet-Union ab. Der endgültige Vertrag über diese Grenze, der einige Berichtigungen zugunsten Polens vorsah, wurde am 16. August 1945 durch Vertreter der polnischen und der sowjetischen Regierung in Moskau unterschrieben und am 31. Dezember 1945 ratifiziert. Auf Grund dieses Abkommens hat Polen ein Gebiet von 180 143 Quadratkilometer gleich 46,3 Prozent des ehemaligen polnischen Staatsgebietes an die Sowjet-Union abgetreten. Polen verblieben somit 208 491 Quadratkilometer.

Auf Grund der Potsdamer Beschlüsse wurden Polen gemäß einer Veröffentlichung des Polnischen Pressedienstes vom 7. Februar 1947 folgende deutsche Gebiete unterstellt:

Danzig	1 893	Quadratkilometer
ein Teil Ostpreußens	23 655	„
Ober- und Niederschlesien	34 816	„
der Kreis Zittau	146	„
der Kreis Mielec, die Inseln Wollin und Usedom	658	„
das westliche Pommern mit einem Teil des Grenzgebietes von Posen	30 335	„
das Lebuser Land	11 350	„

Somit beträgt die Oberfläche des jetzigen Polens 311 344 Quadratkilometer, wovon die von Deutschland abgetrennten Gebiete ungefähr ein Drittel ausmachen.

Die Teilung Ostpreußens zwischen der Sowjet-Union und Polen gibt Polen folgende Nordgrenze: von einem Punkt in der Gegend von Suwalki, wo früher die Grenzen von Polen, Litauen und Deutschland zusammenstießen, verläuft die Grenze durch die Stadt Nordenburg parallel mit dem Breitengrad bis zum Frischen Haff, zwei Kilometer nördlich von Alt-Passarge, so daß auf polnischem Gebiet Goldap, Angerburg, Bartenstein und Braunsberg, auf sowjetischer Seite Gerdauen, Preußisch-Eylau, Zinten und Heiligenbeil bleiben. Weiter durchschneidet die Grenze das Frische Haff und die Frische Nehrung zwischen Neukrug und Normeln.

Einen weiteren Abschnitt der Nordgrenze bildet die Ostsee. Die Grenze umfaßt das Mündungsgebiet der Weichsel (120 Kilometer), die Küste von Danzig (85 Kilometer), die ehemalige polnische Küste (140 Kilometer), die pommersche Küste bis zur Dievenow (245 Kilometer), die Insel Wollin (135 Kilometer), einen Teil der Insel Usedom (36 Kilometer) und das Stettiner Haff (76 Kilometer). Sie mißt somit insgesamt 857 Kilometer.

Die durch die Potsdamer Beschlüsse festgelegte neue Westgrenze Polens unterstellt die deutschen Gebiete östlich einer Linie, die von der Ostsee über Swinemünde, die Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und die Neiße hinauf bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, der Verwaltung des polnischen Staates. Auf Grund dieses Beschlusses besetzte die polnische Armee die rechten Ufer der Oder und der Neiße. Der Abschnitt zwischen Greifenhagen, Stettin und Swinemünde wurde auf der Konferenz in Swiecie am 19. November 1945 durch Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht der polnischen Verwaltung übergeben.

Die Grenze verläuft nach Angaben der Polnischen Militärmission in Berlin augenblicklich von der Küste der Insel Usedom von einem Punkte 1,5 Kilometer östlich des Badeortes Ahlbeck ausgehend nach Süden, den Torfkanal entlang durch das Stettiner Haff bis zum Ostrower See (auf polnischer Seite bleibt die Insel Kahlberg), weiter in südöstlicher Richtung durch den See von Mutzelberg und den Schloß-See und trifft bei Greifenhagen die Oder. Von Greifenhagen aus verläuft die Grenze zuerst längs der Oder, dann die Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Die Südgrenze Polens setzt sich aus der ehemaligen polnisch-tschechischen Grenze nach dem Stand von 1939 zusammen.

Die neuen Grenzen Polens sind gegenüber 1938 (5529 Kilometer) um 1969 Kilometer oder 35,4 Prozent kürzer geworden. Während 1938 die Grenze Polens mit Deutschland 1912 Kilometer betrug, mißt die neue polnische Grenze mit Deutschland heute nur noch 426 Kilometer. Der polnische Anteil an der Meeresküste beträgt nach der neuen Regelung 496 Kilometer gegenüber 140 Kilometer im Jahre 1938.

Verwaltungsmäßige Gliederung der neuen Westgebiete

Von der polnischen Regierung wurde in Übereinstimmung mit den Verordnungen des polnischen Ministerrates vom 29. Mai 1946 eine vorläufige administrative Aufteilung der neuen Westgebiete durchgeführt.

Gemischte Woiwodschaften (Provinzen) wie zum Beispiel Bialystok, Danzig, Posen und die schlesische Woiwodschaft umfassen Distrikte sowohl der alten als auch der neuen Gebiete. Die Sitze der Woiwodschaften befinden sich in den alten Gebieten.

Die Woiwodschaften von Olsztyn (der größere Teil des ehemaligen Ostpreußen mit Allenstein als Sitz), von Szczecin (Westpommern mit Stettin als Sitz) und von Wroclaw (Niederschlesien mit Breslau als Sitz) umschließen Distrikte, die ausschließlich den neuen Westgebieten angehören.

Die neuen Westgebiete bestehen aus 116 Distrikten einschließlich der Stadtgebiete:

Drei Distrikte des östlichen Teiles von Ostpreußen, Elk, Goldap und Olecko (früher Lyck, Goldap und Treuburg), wurden der Woiwodschaft Bialystok eingegliedert.

Vier Distrikte des westlichen Teiles von Ostpreußen, Elblag (Elbing), Kwidzyn (Marienwerder), Malbork (Marienburg) und Sztum (Stuhm), sowie Lebork (Lauenburg), welches früher zu Westpommern gehörte, wurden der Woiwodschaft Gdansk (Danzig) eingegliedert.

Die Woiwodschaft von Olsztyn (Allenstein) setzt sich aus 18 Distrikten Ostpreußens zusammen:

Bartoszyce (Bartenstein)	Olsztyn (Allenstein)
Braniewo (Braunsberg)	Olsztyn-Stadt (Allenstein-Stadt)
Gizycko (Lötzen)	Ostroda (Osterode)
Ilawka (Preußisch-Eylau)	Paslek (Preußisch-Holland)
Kerrzyn (Rastenburg)	Pisz (Johannisburg)
Lidzbark Warminski (Heilsberg)	Reszel (Rössel)
Morag (Mohrungen)	Susz (Rosenberg)
Mragowo (Sensburg)	Szczytno (Ortelsburg)
Nidzica (Neidenburg)	Wegorzewo (Angerburg)

Zu der alten Woiwodschaft von Poznan (Posen) gehören folgende 13 Distrikte des Lebuser Landes:

Babimost (Bomst)	Skwierzyna (Schwerin)
Gorzow Wielkopolski (Landsberg)	Strzelce Krajenskie (Friedeberg)
Gubin (Guben)	Sulecin (Oststernberg)
Krosno Odrzanskie (Crossen)	Swiebodzin (Schwiebus)
Miedzyrzec (Meseritz)	Wschowa (Fraustadt)
Pila (Schneidemühl)	Zielona Gora (Grünsberg)
Rzepin (Weststernberg)	

Die Woiwodschaft von Szczecin (Westpommern) setzt sich aus folgenden 25 Distrikten zusammen, die früher zu den sogenannten „Regentschaften" von Stettin, Köslin und Grenzmark gehörten:

Bialogard (Belgard)	Chojna (Königsberg, Neumark)
Bytow (Bütow)	Choszezno (Arnswalde)

Czluchow (Schlochau)
Drawsko (Dramburg)
Gryfice (Greifenberg)
Gryfino (Greifenhagen)
Kamien Pomorski (Cammin)
Kolobrzeg (Kolberg-Körlin)
Koszalin (Köslin)
Lobez (Regenwalde)
Miastko (Rummelsburg)
Myeliborg (Soldin)
Nowogard (Naugard)
Pyrzyce (Pyritz)
Slupsk (Stolp)
Söawno (Schlawe)
Swinoyjscie (Usedom-Wollin)
Stargard (Stargard)
Szczecin (Stettin)
Szczecin-Stadt (Stettin-Stadt)
Szczecinek (Neustettin)
Walcz (Deutsch-Krone)
Zlotow (Flatow)

Zu der alten Woiwodschaft von Schlesien wurden die folgenden Distrikte der ehemaligen Regentschaft Oppeln eingegliedert:

Bytom (Beuthen)
Bytom-Stadt (Beuthen-Stadt)
Dobrodzien (Guttentag)
Gliwice (Gleiwitz)
Gliwice-Stadt (Gleiwitz-Stadt)
Glubczyce (Leobschütz)
Grodkow (Grottkau)
Kluczbork (Kreutzburg)
Kozle (Cosel)
Niemodlin (Falkenberg)
Nise (Neisse)
Olesno (Rosenberg)
Opole (Oppeln)
Prudnik (Neustadt)
Raciborz (Ratibor)
Strzelce (Groß-Strehlen)
Zabrze (Hindenburg)

Die Woiwodschaft von Wroclaw (Niederschlesien) setzt sich aus den folgenden 35 Distrikten der früheren Regentschaften von Breslau und Liegnitz zusammen:

Boleslawiec (Bunzlau)
Brzeg (Brieg)
Bystrzyce Klodzke (Habelschwerdt)
Dzierzoniow (Reichenbach)
Glogow (Glogau)
Gora (Guhrau)
Jawor (Jauer)
Jelenia Gora (Hirschberg)
Kamienna Gora (Landeshut)
Klodzko (Glatz)
Kozuchow (Freystadt)
Legnica (Liegnitz)
Luban (Lauban)
Lubin (Lübben)
Lwowek Slaski (Löwenberg)
Milicz (Militsch)
Namyslow (Namslau)
Olawa (Ohlau)
Olesnice (Öls)
Sroda Slaska (Neumarkt)
Strzelin (Strehlen)
Swidnica (Schweidnitz)
Sycow (Groß-Wartenberg)
Szprotawa (Sprottau)
Trzebnica (Trebnitz)
Walbrzych (Waldenburg)
Walbrzych-Stadt (Waldenburg-Stadt)
Wolow (Wohlau)
Wroclaw (Breslau)
Wroclaw-Stadt (Breslau-Stadt)
Zabkowice Slaskie (Frankenstein)
Zagan (Sagan)
Zary (Sohrau)
Zgorzelec (Görlitz)
Zlotoryja (Goldberg)

Die Bevölkerung der neuen Westgebiete

In der Sonderveröffentlichung Nr. 3, die vom Pressedienst der Polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland Anfang 1947 herausgegeben wurde, heißt es unter anderem:

„Laut Veröffentlichungen in der ‚Statistik des deutschen Reichs'. Band 458, bewohnten im Jahre 1882 nahezu 16 Millionen Menschen die jetzt Polen unterstellten Westgebiete. Im Jahre 1895 waren es 15,4, im Jahre 1907 waren es 14,9 und im Jahre 1925 waren es 14,3 Millionen Einwohner. Im Jahre 1933 war der Bevölkerungsstand 13 661 000 Einwohner. Im Verlauf von hundert Jahren (1840 bis 1939) sind 3 717 000 Personen aus diesen Gebieten nach dem Westen ausgewandert."

Die Volkszählung vom 14. Februar 1946 ergab in den neuen polnischen Westgebieten einen Bevölkerungsstand von 2 719 320 Polen und 2 292 806 Deutschen. Nach amtlichen polnischen Angaben und einer Erklärung des polnischen Delegierten *Wierblowski* auf der Londoner Konferenz der Stellvertretenden Außenminister am 27. Januar 1947 belief sich die Gesamtbevölkerung in den Westgebieten Anfang November 1946 auf 5 107 000 Einwohner. Der polnische Bevölkerungsanteil war auf 4 392 000 gestiegen und der deutsche Anteil um 1 385 000 gesunken. Nach den Angaben Wierblowskis befanden sich am 1. Dezember 1946 nur noch 598 000 Deutsche in den neuen polnischen Westgebieten.

Die Londoner Wirtschaftszeitschrift *Economist* veröffentlichte am 15. Februar 1947 einen Aufsatz ihres Warschauer Korrespondenten, der am 22. Februar von der Polnischen Militär-Mission in Berlin in deutscher Sprache veröffentlicht wurde. Hierin heißt es unter anderem: „Während die Polen während der vergangenen acht Monate in einem Tempo von 177 000 Personen pro Monat in die Westgebiete hineinströmten, haben gleichzeitig die Deutschen diese Landstriche verlassen. Seit im Februar 1946 der offizielle Evakuierungsplan in die Tat umgesetzt wurde, sind 1 483 000 Deutsche nach Deutschland deportiert worden. Somit verblieben von insgesamt 2 900 000 oder mehr Deutschen, die sich in diesen Gebieten befanden, als die Polen sie zu verwalten begannen, noch 670 000 dort. Wieviele zugleich mit den zurückweichenden deutschen Heeren nach Westen flohen, kann man nicht mit Genauigkeit sagen. Es scheint jedoch mit einiger Sicherheit festzustehen, daß mit Ausnahme des südlichen Teils von Niederschlesien, welches entweder unberührt oder nur geringfügig beschädigt wurde und wo der größte Teil der deutschen Bevölkerung blieb, etwa 4 Millionen Deutsche nach Westen geflohen sind."

Nach polnischen Plänen, die von der *Western Press Agency* in Warschau am 18. Januar 1947 veröffentlicht wurden, wird sich die Bevölkerung in Zukunft aus drei Kategorien zusammensetzen:

1.) den einheimischen Elementen, die in diesen Gebieten unter deutscher Oberhoheit gelebt, sich aber der Verdeutschung widersetzt haben und deshalb zur neuen polnischen Gemeinschaft zugelassen werden;

2.) den auf etwa 1 400 000 geschätzten „Heimkehrern", die in erster Linie aus den Provinzen östlich der Curzon-Linie kommen;

3.) den aus anderen Teilen Polens umgesiedelten Polen.

Am 15. August 1946 wurden nach amtlichen polnischen Angaben von der ersten dieser drei Kategorien 992 000 (sogenannte autochthone Polen), von der zweiten 1 689 000 und von der dritten 1 383 000 Personen gezählt, während 173 000 Einwohner in keine der drei Gruppen eingestuft werden konnten.

Zu dem Thema der Bevölkerung in den neuen polnischen Westgebieten heißt es in einer Stellungnahme der Presseabteilung der Polnischen Militär-Mission in Berlin (Sonderveröffentlichung Nr. 20):

„Die physiographisch und produktionsmäßig benachteiligte Landwirtschaft der ehemals deutschen Gebiete im Osten war auch durch eine geringere Bevölkerungszahl und durch den Abstrom der Bevölkerung nach dem Westen und durch die Landflucht benachteiligt. Im Jahre 1939 war die Bevölkerungsdichte in diesen Gebieten etwa 82 pro Quadratkilometer, das heißt etwa 58 Prozent der Bevölkerungsdichte in Deutschland (140 pro Quadratkilometer). Wenn man das Oppelner Gebiet, das sehr dicht von ansässigen Polen bewohnt ist, außer Betracht läßt, erhält man für die verbleibenden Landwirtschaftsgebiete (Ostpreußen, Pommern, den westlichen Teil der Woiwodschaft Poznan [Posen] und Niederschlesien), welche neun Zehntel des an Polen abgetretenen Gebietes (92 000 Quadratkilometer) darstellen, eine Bevölkerungsdichte von nur 74 pro Quadratkilometer, welche etwa 50 Prozent der Dichte in ganz Deutschland entspricht. Somit ist bewiesen, daß die geringere Bevölkerungsdichte in der ehemaligen deutschen Ostgebieten hauptsächlich die landwirtschaftlichen Flächen betrifft. Diese Tatsache wird durch den Vergleich der nachstehenden Ziffern besonders deutlich: in den westlichen Provinzen Deutschlands kamen auf 100 ha Ackerland im Jahre 1939 in Baden 62, in der Pfalz 57, in Hessen 60 und im Rheinland 56 landwirtschaftliche Arbeiter und Landwirte, während die Zahlen für die landwirtschaftliche Bevölkerung in Pommern 23 und in Ostpreußen 32 pro 100 ha betrugen. Die Abnahme der demographischen Bedeutung des deutschen Ostens für das Reich geht aus der Tatsache hervor, daß die Anzahl der Bewohner in den öst-

lichen Gebieten im Verhältnis zu der deutschen Gesamtbevölkerung sich von 1864 mit 26 Prozent auf 21,3 Prozent im Jahre 1910, auf 15,8 im Jahre 1933 verringerte und im Jahre 1939 nur noch 13 Prozent betrug. Die sogenannte ‚Ostflucht', die Abwanderung vom Osten nach dem Westen, und die Landflucht sind zwei Hauptgründe für die Abnahme der landwirtschaftlichen deutschen Bevölkerung im Osten.

Von 1933 bis 1939 betrug der Bevölkerungszuwachs in den durch Deutschland verlorenen Gebieten im Osten 200 000 Personen, das sind 2,4 Prozent der Bevölkerung dieser Gebiete; im übrigen Deutschland war der Bevölkerungszuwachs bedeutend höher: 3 100 000, das heißt 5,3 Prozent. Die ununterbrochene Abwanderung von dem minderbesiedelten landwirtschaftlichen Osten nach West- und Mitteldeutschland begann vor etwa 100 Jahren. Im Verlaufe von weniger als 90 Jahren, zwischen 1852 und 1939, zogen insgesamt 2 800 000 Personen aus den jetzt abgetrennten Gebieten nach dem Westen. Diese Abwanderung löste allerdings infolge einer hohen Geburtenziffer keine Verminderung der Bevölkerungszahl als solcher aus; es zeigte sich sogar eine geringfügige Erhöhung. Die Abnahme der Landbevölkerung im Verhältnis zur Totalbevölkerung war in den Jahren 1933 bis 1939 wie folgt:

Landwirtschaftliche Bevölkerung in Prozenten der Gesamtbevölkerung

	1933	*1939*	*Abnahme:*
Pommern . . .	39	34	5,4
Ostpreußen . . .	42	37	5,7
Schlesien . . .	25	22	2,8

Während des gleichen Zeitabschnittes betrug die Abnahme der Landbevölkerung in ganz Deutschland nur 2,8 Prozent. Obwohl die Abnahme der Landbevölkerung nicht eine äquivalente Abnahme der Totalbevölkerung der Ostgebiete mit sich brachte, da ein Teil der Landbevölkerung in die Städte der betreffenden Gebiete zog, hauptsächlich in die Industriezentren Schlesiens, so beeinflußte sie doch in bedeutendem Maße die wirtschaftlich ungünstige Entwicklung dieser Gebiete.

Die Landflucht in den Ostgebieten verlief parallel mit einer generellen Abwanderung nach dem Westen. Daraus ergab sich ein grundlegender Wechsel in dem Verhältnis zwischen Land- und Stadtbevölkerung zuungunsten der ersteren. Im Jahre 1850 verhielt sich die Landbevölkerung zu der in den Städten wie 77:23, im Jahre 1939 war das Verhältnis 52:48. Die Landflucht in den Ostgebieten umfaßte im gleichen Zeitabschnitt etwa 850 000 Personen.

Ein weiterer demographischer Faktor beeinflußte die Schwächung der Landwirtschaft in den Ostgebieten und betonte noch weiter ihren geringen Anteil an der Ernährung Deutschlands. Als Folge der Entvölkerung des Landes war die Landwirtschaft auf Zuwanderung von Landarbeitern angewiesen. Seit 1913 hatte der Zustrom an Arbeitskräften nachgelassen. Das betraf hauptsächlich die billigsten Arbeitskräfte, das heißt den landwirtschaftlichen Saisonarbeiter aus Polen. Im Jahre 1932 erließ die deutsche Regierung eine Verordnung, die die Einwanderung aus politischen Rücksichten begrenzte, um den Kontakt zwischen den ansässigen Deutschen und Neuankömmlingen aus Polen zu verhindern. Die Beschränkungen in der Einstellung von polnischen Arbeitern waren die Ursache erheblicher Verluste in der Landwirtschaft der deutschen Gebiete im Osten; so konnten beispielsweise im sogenannten Grenzland 150 000 Hektar nicht genügend bearbeitet werden."

Die Landwirtschaft in den neuen Westgebieten

Am 1. November 1946 verteilte sich die polnische Bevölkerung in den Westgebieten zu 48 Prozent auf Städte und zu 52 Prozent auf ländliche Bezirke.

In der Sonderveröffentlichung Nr. 3 der Polnischen Militärmission heißt es: „In der Landwirtschaft arbeiteten in den Westgebieten 2,4 Millionen Menschen, das heißt etwa 24 auf einen Quadratkilometer. Diese Zahl schließt ungefähr 400 000 ansässige Polen ein."

In der Veröffentlichung der *Zachodnia Agencia Prasowa* vom 17. Januar 1947 wird über die Agrarstruktur der Westgebiete unter deutscher Herrschaft folgende Aufstellung gemacht:

Größe des Einzelbesitzes	*Anzahl der Betriebe*	*Bodenfläche*
0,5— 5,0 ha	197 389	409 285 ha
5 — 10 ha	104 853	767 024 ha
10 — 20 ha	102 029	1 440 220 ha
20 —100 ha	66 307	3 366 106 ha
über 100 ha	8 384	4 372 129 ha

In dem gleichen Bericht heißt es weiter:

„Diese Struktur wird in Übereinstimmung mit der Verordnung vom 6. September 1946 betreffs des landwirtschaftlichen Aufbaus und der Besiedlung in den Westgebieten und Danzig von Grund auf geändert."

Nach den gemachten Angaben werden die in einer Hand liegenden Besitze über 20 ha, die im ganzen 6 737 235 ha ausmachten, vollkommen verschwinden. 10 Prozent, etwa 675 000 ha, werden landwirtschaftlichen Schulungsbetrieben zugewiesen und der Rest für Einzelsiedler parzelliert. Ausgenommen sind die bewaldeten Flächen, die nicht parzelliert werden. In den Jahren 1946 bis 1949 sollen insgesamt 575 000 Landwirtschaften geschaffen werden. 400 000 Landwirtschaften standen im Januar 1947 bereits unter Bewirtschaftung. „Dies soll ungefähr 2,6 Millionen Menschen die Möglichkeit geben, sich bis 1949 in den Westgebieten niederzulassen und dort für alle Zeiten festen Fuß zu fassen und am wirtschaftlichen Aufbau Polens mitzuarbeiten.

Polen übernimmt die Westgebiete, bedingt durch die Ereignisse des Krieges, unter grundlegend anderen Voraussetzungen, als sie im Jahre 1939 gegeben waren. 14 Prozent sämtlicher Bauerngüter wurden bis zu 40 Prozent zerstört und 11 Prozent erlitten noch schwerere Schäden. Etwa 270 000 Gehöfte müssen repariert oder wiederaufgebaut werden. Von den vor dem Kriege vorhandenen 860 000 Pferden, 3 920 000 Kühen und 5 850 000 Schweinen blieben nur etwa 3 bis 5 Prozent." Mit Hilfe der UNRRA wurden auf Betreiben der polnischen Regierung Pferde und Vieh, hauptsächlich von Dänemark und Schweden, importiert. „Zur Zeit gibt es in den Westgebieten bereits wieder 230 000 Pferde und 470 000 Stück Vieh."

In der letzten Zeit des Krieges waren die Äcker in den neuen polnischen Westgebieten nicht mehr bestellt worden, und eine Feldmausplage hatte ungeheure Ausmaße angenommen.

Die Herbstbestellung 1945 und die Frühjahrsbestellung 1946 erstreckten sich auf insgesamt fast 1,8 Millionen Hektar. Die entsprechenden Zahlen für Herbst 1946 und Frühling 1947 sind 3,4 Millionen Hektar. Für 1947 bis 1948 ist die Bestellung von 4,2 Millionen und für 1948 bis 1949 die Bestellung von 4,65 Millionen Hektar Ackerland vorgesehen.

„Im Frühjahr 1946 wurden", wie der polnische Pressedienst meldet, „in den Westgebieten 49 000 Hektar dem Zuckerrübenanbau zugewiesen. Die Ernte betrug 7,8 Millionen Zentner Zuckerrüben (26 Prozent der gesamten polnischen Zuckerrübenernte). In den Westgebieten befinden sich 33 Zuckerfabriken, von denen nur die Fabriken in Schweidnitz, Ratibor, Odmuchow, Szelejewo-Dolne und Zadkowice in Betrieb genommen wurden. Bis zum Beginn des Zuckerjahres 1946/1947 konnten 22 Fabriken wieder in Gang gesetzt werden. Der Ertrag an weißem Zucker aus 7,8 Millionen Zentnern Rüben betrug 87 Millionen Kilogramm. Im Jahre 1947 soll die Anbaufläche für Zuckerrüben um 75 000 Hektar vergrößert werden. Mit Beendigung des Dreijahresplanes sollen in den Westgebieten jährlich 200 000 Tonnen weißer Zucker erzeugt werden."

Bis Ende Oktober 1946 waren 340 000 Landwirtschaften in den endgültigen Besitz der polnischen Eigner überge-

gangen. Genossenschaften bewirtschaften vorläufig 200 000 Hektar, die früher Großgrundbesitz darstellten. Die Bodenreform in Polen wurde von dem Komitee der nationalen Befreiung als eine staatlich und wirtschaftlich bedingte Notwendigkeit bezeichnet.

Für die Ziele der Bodenreform sind zwei Kategorien von landwirtschaftlichen Grundstücken geschaffen worden:

1. Güter, die im Besitz von Bürgern deutscher Staatsangehörigkeit (Nichtpolen) und polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität sind (diese Personengruppe wird auf Grund internationaler Abmachungen aus Polen ausgesiedelt);
2. Güter, die früher Eigentum oder Teileigentum natürlicher oder juristischer Personen waren, wenn ihr Grundbesitz insgesamt 100 beziehungsweise 50 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche überstiegen hat. In den Gebieten Posen, Pommern und Schlesien unterliegen alle Güter von mehr als 100 Hektar Bodenfläche der Beschlagnahme, gleichgültig, wieviel davon landwirtschaftlich nutzbarer Boden ist.

Diese Grundstücke sind sämtlich ohne irgendeine Entschädigung in das Eigentum des polnischen Staates übergegangen. Ausgenommen hiervon ist jedoch vorläufig der Grundbesitz der Katholischen Kirche und anderer, der Katholischen Kirche gleichgestellter Glaubensgemeinschaften. Über diese Vermögen wird der Verfassunggebende Sejm entscheiden.

Der *Allgemeine Europäische Pressedienst* machte am 7. Februar 1947 unter Berufung auf amtliche polnische Quellen nachstehende Angaben über die Lage der Landwirtschaft in den Westgebieten Polens:

„Besondere Schwierigkeiten zeigten sich bei der Ansiedlung in der Landwirtschaft, und zwar weniger bei der Auswertung der kleineren Bauerngüter als bei der der großen Grundbesitzungen, wie sie unter dem deutschen Regime bestanden hatten. Während die kleinen Güter im Laufe des Jahres 1946 bereits fast restlos ihren definitiven Besitzern zur Ausbeutung übergeben werden konnten, hat man hinsichtlich des Großgrundbesitzes Übergansformen in der Weise geschaffen, daß Angehörige ein und desselben mittelpolnischen Dorfes, die sich in den westlichen Provinzen ansiedeln wollten, zunächst zu einer Art von Genossenschaften zusammengefaßt wurden. Die Mitglieder dieser Genossenschaften erhalten Eigentumstitel auf Individualbesitz, den sie aber vorläufig noch auf eine Dauer von höchstens fünf Jahren gemeinsam auswerten, und erst nach Ablauf dieser Zeit wird die Genossenschaft liquidiert und der Grund und Boden endgültig den neuen Individualbesitzern übergeben werden. Für diejenigen Siedler, die keinerlei Mittel in eine solche Genossenschaft einbringen können, ist eine Möglichkeit des Parzellerwerbs in der Form geschaffen worden, daß sie zunächst während einer Übergangszeit für Rechnung des Staats auf staatlichem Grundbesitz arbeiten, wobei ihnen ein Sparanteil von ihrem Arbeitslohn einbehalten wird, der dann zum Erwerb einer Parzelle des von ihnen bearbeiteten Landes dient. Der Wiederaufbauplan sieht bis 1949 die Ansiedlung von insgesamt 575 000 Bauernfamilien in diesen Formen vor. 215 000 sind bereits auf eigenem Grund und Boden tätig.

Die Großumsiedlungsbewegung ist natürlich nicht ohne schädliche Rückwirkung auf den Ernteertrag geblieben, da in der Übergangsperiode noch nicht die ganze zur Verfügung stehende Saatfläche ausgenutzt werden konnte. Die polnischen Behörden glauben jedoch, daß bis Ende 1948 das gesamte Ackerland ausgenützt sein wird."

Die Londoner *Times* schrieb am 19. Dezember 1946:

„Die neuen Gebiete waren hinsichtlich der Getreidefrüchte auf die Hilfe der UNRRA und der Sowiet-Union angewiesen, da sie in dieser Hinsicht keine Selbstversorger sind. Im Jahre 1945 waren nur etwa 5 Prozent des Landes der größeren von den Deutschen hinterlassenen Güter und etwa 25 Prozent der kleinen Bauernanwesen bestellt . . . ."

In der von der Presseabteilung der Polnischen Militärmission in Deutschland herausgegebenen Sonderveröffentlichung Nummer 20 hieß es unter anderem:

„Deutschland verlor an Polen 101 000 Quadratkilometer, das heißt 21 Prozent seines Vorkriegsgebiets. Der Anteil dieser Landstriche bei der Belieferung Deutschlands im Verhältnis zu West- und Mitteldeutschland war aber trotzdem unverhältnismäßig geringer. Hierfür gibt es mehrere Gründe.

Die von Deutschland abgetrennten Gebiete im Osten haben im Vergleich zu dem deutschen Durchschnittsboden einen viel geringeren landwirtschaftlichen Wert. Im Jahre 1937 wurden laut statistischer Ziffern von 388 000 Quadratkilometer Bodenfläche im Reich 37 Prozent als guter und ausgezeichneter Boden bezeichnet, während der Rest von 63 Prozent als arm und mittelmäßig angesehen wurde. Die im Osten verlorenen Gebiete mit 101 000 Quadratkilometer haben nur 30 Prozent Boden der ersten Kategorie, aber 70 Prozent der zweiten. Auch an Hand der Grundsteuern kann die Minderwertigkeit des Bodens in den durch Deutschland verlorenen Gebieten im Verhältnis zu anderen Landstrichen bewiesen werden. So betrug die Grundsteuer in Ostpreußen RM 7,82 pro Hektar, in Pommern und Niederschlesien RM 9,98 beziehungsweise RM 15,72 pro Hektar, in Sachsen, Schleswig und im Rheinland waren die betreffenden Zahlen RM 24,08, RM 22,50 und RM 21,32.

Schlechtere klimatische Verhältnisse sind ein weiterer Grund für den niedrigen landwirtschaftlichen Wert der ehemals deutschen Gebiete im Osten. Auch die Tatsache, daß in den östlichen Gebieten nur 188 Tage als landwirtschaftlich ertragfähig angesehen werden gegenüber 260 in Südwestdeutschland und 221 Tagen im Nordwesten des Reiches, spricht dafür, daß im Reich bessere Bodenverhältnisse vorherrschen.

Die Ernteerträge in den von Deutschland verlorenen Gebieten waren pro Hektar durchschnittlich geringer als im übrigen Deutschland. Für Roggen, Weizen und Kartoffeln stellte sich der Hektarertrag auf durchschnittlich 14,7, 20,4 und 161,7 Zentner in den Gebieten des Ostens gegenüber 16,4, 21,6 und 165,9 Zentner im übrigen Deutschland.

Infolge der Tatsache, daß die Landwirtschaftsgebiete in den durch Polen wiedergewonnenen Landstrichen oft Hunderte von Meilen von den Hauptmärkten entfernt lagen, daß hohe Transportkosten, besonders für Getreide, und viel höhere Produktionskosten erhebliche Schwierigkeiten verursachten, herrschten bezüglich der Marktlage ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse vor. Dies traf besonders auf die Landwirtschaft von Pommern und Ostpreußen zu. Die Deutschen hatten versucht, diesen Schwierigkeiten abzuhelfen, indem sie die betreffenden Landwirtschaftsgebiete industrialisierten, um an Ort und Stelle einen Absatzmarkt für Agrarprodukte zu schaffen. Während der Nazizeit wurde diese Politik durch *Koch*)* verfolgt. Diese Anstrengungen waren trotz allem nicht von Erfolg begleitet, da die betreffenden Gebiete als Teil der deutschen Wirtschaftsstruktur nicht zur Entfaltung kommen konnten und nach wie vor in ihrem natürlichen Hinterland, den polnischen Märkten, verankert blieben.

Die Vorkriegsverhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion und dem Verbrauch dieser Güter beweisen, daß die Gebiete im Osten nur geringfügig an der Ernährung Deutschlands mit ihren Überschüssen teilnahmen. Trotz staatlicher Zuwendungen zeigte sich in der Landwirtschaft dieser Gebiete in den letzten Jahren vor dem Kriege mehr und mehr ein Niedergang bis zu dem Augenblick, als die Erfordernisse der Kriegswirtschaft und die Notwendigkeit, Nahrungsreserven für das Heer zu schaffen, neue Entwicklungsmöglichkeiten für diese Gebiete herausbildeten. Als eine Quelle lebenswichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse hatten die Gebiete im Osten nur zu einem geringen Grade Anteil an der Ernährung West- und Mitteldeutschlands. Unter Zugrundelegung der Durchschnittserträge von 1927 und 1928 — Jahren guter Ernten — ergibt sich hinsichtlich des exportierten Überschusses aus diesen Gebieten folgendes

*) Ehemaliger Gauleiter von Ostpreußen.

Bild: die 325 000 Tonnen Überschuß an Brotgetreide stellen nur 3,2 Prozent des Totalverbrauchs in Mittel- und Westdeutschland dar, und bei Kartoffeln mit 670 000 Tonnen ist der Prozentsatz nur 2,5. Ähnlich verhält es sich in der Viehzucht: 900 000 Schweine, die als Überschuß nach dem Westen gingen, stellen nur 4,5 Prozent des Verbrauchs in Mittel- und Westdeutschland dar und die 200 000 Stück Vieh sogar nur 1,5 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die aus dem Osten kommenden Überschußlieferungen im Allgemeinverbrauch Deutschlands kaum irgendeine Rolle spielten."

Die Industrie in den neuen polnischen Westgebieten

Über den Wert der Westgebiete für den Wiederaufbau des polnischen Wirtschaftslebens heißt es in der Sonderveröffentlichung Nr. 11 vom Februar 1947 der Presseabteilung der Polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin:

„Wären Polen nicht die alten polnischen Gebiete im Westen zurückgegeben worden, so könnte keine Rede von einer schnellen Entwicklung der Industrie sein. Polen wäre ein Land der Not und der Arbeitslosigkeit; denn die Bodenschätze der wiedereingegliederten Gebiete wie die Kohle in den Oppelner Gruben und im Kohlengebiet von Waldenburg und die bedeutenden Eisenerzlager, ferner die Kraftwerke, Waggon- und Metallfabriken, die Textilindustrie in Niederschlesien, die Seehäfen und die Oder als Hauptwasserstraße in den wiedereingegliederten Westgebieten sind Faktoren, die entscheidend beim Wiederaufbau des polnischen Wirtschaftslebens mitsprechen."

Zur Zeit der Potsdamer Konferenz wurde der Wert der Polen verwaltungsmäßig unterstellten deutschen Gebiete auf ungefähr 2,25 Milliarden Pfund Sterling geschätzt, während der Wert der von Polen an die Sowjet-Union abgetretenen Bodenfläche auf etwa 0,9 Milliarden Pfund Sterling veranlagt wurde.

Ein von der Londoner *Times* am 19. Dezember 1946 veröffentlichter Artikel über den Wert der neuen polnischen Westgebiete wurde von der Polnischen Militärregierung in Deutschland in deutscher Sprache veröffentlicht und der deutschen Presse zur Verfügung gestellt. In dieser Veröffentlichung heißt es:

„Diese Westgebiete sind nicht nur in landwirtschaftlicher Hinsicht den aufgegebenen Gebieten überlegen. Man findet in diesen Gebieten außerdem zahlreiche hochentwickelte Industrien und reiche Bodenschätze, deren volle Ausbeutung Polen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem führenden Industriestaat machen würde.

Die Anzahl der Industrieunternehmen einschließlich der teilweise zerstörten wurde auf mehr als 1 000 geschätzt. Darunter befinden sich 21 Bergwerke — einige der modernsten Europas —, 152 Textilfabriken, 39 Eisen- und Stahlwerke, 29 chemische Fabriken, 35 Papierfabriken, 33 Möbelfabriken, 28 Elektrizitätswerke, 16 Gerbereien und 12 Zuckerraffinerien, alles Unternehmen von beachtlicher Größe und Bedeutung, von denen einige mehr als 5 000 Arbeiter beschäftigen. Obwohl offizielle Ziffern nicht vorliegen, so kann man doch die Anzahl der früher in diesen 1000 Unternehmen Beschäftigten auf insgesamt eine Million ansetzen. Schon heute, wo noch ein beträchtlicher Prozentsatz der Fabriken in Trümmern liegt und nur 30 Prozent der notwendigen Maschinen für die wieder in Betrieb genommenen Werke zur Verfügung stehen, sind bereits 240 000 Arbeiter eingestellt.

Die Kohlengruben scheinen weniger als andere Industrien unter den Zerstörungen gelitten zu haben, und die Polen konnten sie in kurzer Zeit wieder in Betrieb nehmen. In Niederschlesien zum Beispiel betrug die Produktion während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres 3 080 000 Tonnen gegenüber 1 800 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1945 beziehungsweise 5 307 000 Tonnen im Jahre 1938 (Bewirtschaftung durch Deutschland). Die Gesamtförderung an Kohle in den Westgebieten belief sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1946 auf 15 Millionen Tonnen gegenüber 5.8 Millionen Tonnen während des ersten Halbjahres 1945 beziehungsweise 31 307 000 Tonnen im Jahre 1938 . . . Heutzutage kommen 31,2 Prozent der Gesamtförderung polnischer Kohle und 42 Prozent aller von Polen exportierten Kohle aus den Westgebieten."

Amtliche polnische Stellen veröffentlichten Anfang 1947 folgende statistische Angaben über die Kohlenförderung in den neuen polnischen Westgebieten im Vergleich zu der polnischen Kohlenproduktion vor 1938:

In Millionen Tonnen

	1929	*1933*	*1938*	*1946*
Polnisches Vorkriegs-Kohlengebiet	46,2	27,3	38,1	32,8
Oppelner Schlesien	22,0	15,6	26,0	11,6
Niederschlesien (Waldenburg)	6,1	4,4	5,3	2,9
Insgesamt:	74,3	47,3	69,4	47,3

Die aus den Förderungsziffern für Dezember 1946 errechnete Jahresförderung würde für das Oppelner Schlesien eine Förderung von 56 Prozent der 1938er Förderung und für das Waldenburger Niederschlesien 79 Prozent ergeben. Der polnische Dreijahresplan sieht folgende Förderungssteigerung vor:

In Millionen Tonnen

	1947	*1948*	*1949*
Polnisches Vorkriegs-Kohlengebiet	37,8	43,4	49,0
Oppelner Schlesien	16,2	20,0	23,8
Niederschlesien (Waldenburg)	3,5	4,1	4,7
Insgesamt:	57,5	67,5	77,5

Die Steigerung der polnischen Kohlenförderung soll insbesondere durch die Auswechslung von 78 000 Arbeitern durch neugeschulte polnische Arbeiter erreicht werden. Die zu ersetzenden 78 000 Arbeiter setzen sich aus 30 000 deutschen Kriegsgefangenen, 14 000 deutschen Bergleuten, 8 000 Frauen und 26 000 Veteranen und Invaliden zusammen.

Nach Angaben des *Polnischen Pressedienstes*, Sonderbeilage Nr. 14 vom März 1947, erlitt die Hüttenindustrie der neuen polnischen Westgebiete vor der Unterstellung unter polnische Verwaltung besonders schwere Schäden, insbesondere durch den Krieg. Nach diesen Angaben sind die Walzwerke und Schmieden vollkommen zerstört worden, andere Werke erlitten Schäden bis zu 90 Prozent. Nur die Kokereien und Gießereien wurden in einem Zustand vorgefunden, der den Wiederaufbau und die Wiederinbetriebnahme lohnend erscheinen ließe.

Nach Angaben der Polnischen Militärmission in Berlin betrug das Maximum der deutschen oberschlesischen Gießereiproduktion im Jahre 1927 insgesamt 311 000 Tonnen Gußeisen, das Minimum lag mit 31 000 Tonnen im Jahre 1932. Im Juli 1946 wurden 12 700 Tonnen produziert, das heißt 152 000 Tonnen jährlich oder zirka 50 Prozent der deutschen Höchstproduktionsziffer. Die Stahlproduktion übersteigt 11 000 Tonnen pro Monat, was 20 Prozent des Maximums und 60 Prozent des Minimums der deutschen Produktion entspricht.

Die Zahl der Arbeiter in den Eisenhütten der Westgebiete ist von 3 074 im August 1945 auf 11 085 im August 1946 gestiegen. Dies entspricht 14 Prozent aller in der gesamten polnischen Eisenhüttenindustrie beschäftigten Arbeiter.

Die durchschnittliche deutsche Förderung für Eisenerz belief sich auf jährlich 27 500 Tonnen Magnesit. Im August 1946 wurden 2 065 Tonnen, also etwa 90 Prozent der deutschen Ziffer, gefördert.

Zur Erzeugung feuerfester Materialien sind in den Westgebieten insgesamt 14 Werke in Betrieb, die das polnische Hüttenwesen beliefern. Von 811 Arbeitern im September 1945 stieg die Beschäftigtenzahl auf nahezu 3 000 im September 1946. Von Deutschland wurden in Niederschlesien jährlich etwa 90 000 Tonnen feuerfesten Materials erzeugt.

Die im August 1946 erreichte Produktionsziffer von 3 726 Tonnen entspricht einer Jahresleistung von etwa 45 000 Tonnen, das heißt 50 Prozent der deutschen Durchschnittsproduktion.

Die von Deutschland erzielte Höchstproduktion für feuerfesten Schiefer erreichte im Jahre 1913 103 000 Tonnen und schwankte in den letzten Vorkriegsjahren zwischen 30 und 90 000 Tonnen pro Jahr; im August 1946 wurden von Polen in den ehemaligen deutschen Gebieten 3216 Tonnen abgebaut.

Durch die Investierung von 700 Millionen Zloty konnte ein großer Teil der Metallindustrie in den Westgebieten wieder aufgebaut werden. Bereits nach sechsmonatiger Arbeit betrug der Anteil der Westgebiete 19 Prozent der gesamtpolnischen Metallproduktion. Es wurden 20 000 Metallarbeiter, davon weniger als 3 Prozent Deutsche, beschäftigt.

Insgesamt sind in den Westgebieten 70 Fabriken der Metallindustrie, das heißt 26 Prozent der Produktionsstätten dieses Industriezweiges in ganz Polen, in Betrieb.

Infolge besonders großer Zerstörungen in den drei nördlichen Woiwodschaften Stettin, Danzig und Masuren ist der Anteil dieser Provinzen an der Metallproduktion in den Westgebieten nur drei Prozent. Es ist geplant, die Industrialisierung der Küste von Elbing bis nach Stettin besonders zu fördern.

Am 1. September 1946 waren in allen in den Westgebieten liegenden und vom polnischen Industrieministerium kontrollierten Werken insgesamt 231 069 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, davon 195 504 (84,6 Prozent) Polen und 35 565 (15,4 Prozent) Deutsche.

Deutschland ohne die Ostgebiete

In der Sonderveröffentlichung der Presseabteilung der Polnischen Militärmission Nr. 23 vom März 1947 werden die Polen unterstellten deutschen Gebiete als „ein nutzloser Ballast für Deutschland" bezeichnet. Weiter heißt es in dieser Veröffentlichung: „Nachdem Deutschland nunmehr die Schwierigkeiten in Verbindung mit der Demobilisierung überwindet, wird es in der Lage sein, ein dauerhaftes, strukturell gesundes und geordnetes Produktions-, Verteilungs- und Transportsystem aufzubauen, denn

1.) die Bedrohung durch die Defizits der Zuschußgebiete im Osten wird nicht mehr den Haushaltsplan beeinträchtigen und das wird den Steuerzahler in Mittel- und Westdeutschland von einer Bürde befreien;

2.) der deutsche Markt wird nicht mehr mit einem gefährlichen Eindringling zu rechnen haben, der sein inneres Gleichgewicht störte und den Fortschritt hinderte;

3.) die „Saugpumpe" im Osten, welche mit Hilfe von Subventionen den Lebensstandard der betreffenden Gebiete zu heben versuchte, wird aufhören zu arbeiten;

4.) der unbequeme, verlustbringende und unersättliche Kunde der Eisenbahn wird verschwinden. Die Abschaffung der Konkurrenz zwischen Ost und West wird eine lukrative Tarifpolitik ermöglichen, die die Grundlage für gesunde Kapitalanlagen der Eisenbahn sein wird.

Die Tatsache, daß Deutschland von einer derartig großen Menge von Behinderungen befreit wurde, muß ein Ausgleich für das unangenehme Gefühl sein, nach Jahrhunderten die einst eroberten Gebiete zurückgeben zu müssen. Allerdings nur, wenn Deutschland willens ist, auf Kriege zu verzichten. Wenn sich Deutschland gegen die jetzige polnische Westgrenze stellt, so strebt es damit wieder zum Krieg; wenn Deutschland aus freien Stücken diese Grenze annimmt, beweist es seinen Willen, zu leben und in Frieden zu arbeiten."

Hermann Volle

Welt-Verkehrsluftfahrt 1947

(Ein Lagebericht)

Von Dipl.-Kfm. Hans E. Rosenberg

(Schluß)

Nach einem an fliegerischen Abenteuern reichen Kriegs-Luftverkehr 1940—1945, dessen Kernstück eine KLM-Verbindung London—Lissabon war (insgesamt 3000 Flüge), ging Holland nach dem zweiten Weltkrieg sehr schnell und tatkräftig wieder an den Aufbau seines Luftnetzes. Mit Maschinen überwiegend nordamerikanischer Herkunft betreibt die KLM 1947 ihre alte Großstrecke Amsterdam—Batavia (vorerst noch für Regierungs-Fluggäste reserviert), einen Nordamerika-Westindien-Dienst in der interessanten Streckenführung Amsterdam — Schottland — Neufundland — New York—Curaçao und einen weiteren Westindien-Dienst Amsterdam — Lissabon—Dakar—Natal—Paramaribo—Curaçao (11 896 km in 32 Luftreisestunden einschließlich einer Bodenübernachtung); das Westindien-Netz ist wiedererstanden und dehnt sich heute bis Miami im Norden, Barranquilla im Westen und Paramaribo im Osten aus. Die Tagesleistung der KLM-Flugzeuge in allen beflogenen Erdteilen beziffert sich im Frühjahr 1947 auf 106 000 km (1939: 34 000 km). Seit Dezember 1946 unterhält die KLM auch eine eigene Brasilien-Argentinien-Strecke Amsterdam—Buenos Aires (38 Stunden reine Flugzeit); ebenfalls seit Dezember 1946 läuft eine Serie von Erkundungsflügen auf einer neuen Route: Amsterdam — Algier — Kongo — Südafrika (Johannesburg), mit deren Eröffnung nach holländischen Meldungen im Spätsommer 1947 zu rechnen ist. Die indonesische Tochtergesellschaft KNILM bereitet eine Transpazifik-Strecke von Batavia nach den Vereinigten Staaten über die Karolinen, Marshall-Inseln und Honolulu vor, außerdem einen Indonesien-Südamerika-Dienst über Neu-Guinea, die Phönix-Inseln und die Oster-Inseln. Hiermit würden in das ohnehin spannungsreiche Bild des Weltflugnetzes einige ganz neue Züge kommen.

Der Rolle Indonesiens im holländischen Weltluftverkehr entspricht annähernd diejenige der Kongo-Kolonie als der große Antrieb für die belgische Luftpolitik. Die nach dem zweiten Weltkrieg wiedererstandene SABENA („Société Anonyme Belge d'Exploitation de la Navigation Aérienne") hat nicht nur ein europäisches Streckennetz aufgebaut, dessen Ausläufer in Stockholm, Oslo, London, Lissabon, Marseille und Prag liegen, sondern sehr bald wieder ihre (1935 in Betrieb genommene) Kongo-Fluglinie eröffnet. Mit Douglas-DC-4-Maschinen (44 Fluggäste), die im Herbst 1947 durch die vergrößerte Douglas-DC-6 ersetzt werden sollen, wird die Entfernung Brüssel—Léopoldville zwischen 15.30 Uhr eines und 16.30 Uhr des folgenden Tages viermal wöchentlich überbrückt; außer einem reichgegliederten Kolonialflugnetz im belgischen Kongo-Becken schließt sich eine Verbindung ab Léopoldville nach Johannesburg (Südafrikanische Union) an. Die bisherige Streckenführung über Nord- und Zentralafrika (Algier — Lagos — Libreville) soll in Bälde durch eine solche über Tripolis — Tsadsee — Libenge ersetzt werden. Es entspricht dem luftverkehrspolitischen Range Belgiens, daß die SABENA außerdem seit Spätsommer 1946 einen eigenen Dienst nach New York unterhält, der über Irland (Shannon) und Neufundland (Gander) läuft und ebenfalls mit nordamerikanischen Douglas-Flugzeugen betrieben wird. Darüber hinaus wird Brüssel im Zuge der PAA-Strecke von New York über Neufundland, Irland, London nach Prag und

Wien regelmäßig angeflogen. Nach wie vor liegt dennoch das Schwergewicht der belgischen Luftpolitik auf der Kongo-Route; es will hier bedacht sein, daß die Kolonie etwa 80-mal so groß wie das Mutterland und in weitaus stärkerem Maße als irgendein anderes afrikanisches Tropengebiet industrialisiert ist (Katanga-Kupferminen) und daß Verwaltung und wirtschaftliche Führung eines so eminent wichtigen Raumes heute nur auf dem Luftwege möglich sind. Aus der geographischen Situation ergibt sich hierbei die Notwendigkeit einer besonders engen Zusammenarbeit mit der französischen Verkehrsluftfahrt; diese wird in der Einschaltung der SABENA in einige französische Großstrecken nach und in Afrika in der Zeitspanne 1947/1948 ihren konkreten Niederschlag finden.

Auch die Luftverkehrsgesellschaften der drei skandinavischen Staaten, „Det Danske Luftfartselskab A/S." (DDL), „Det Norske Luftfartselskap A/S." (DNL) und „A. B. Aerotransport (ABA), gehören zur alten Garde der Welt-Verkehrsluftfahrt und waren schon in der ersten Luftverkehrs-Frühzeit an den damaligen internationalen Flugstrecken über West- und Mitteleuropa beteiligt. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges auf Europa beschränkt, trat der gesamtskandinavische Luftverkehr ab 1945 zunächst auf der Weltluftstraße Europa—Nordamerika in die Reihe der Luftverkehrsmächte mit außereuropäischen Interessen ein. Bereits 1939/1940 hatte die schwedische ABA unter Heranziehung von Schiffahrtskreisen und mit staatlicher Unterstützung die SILA („Svensk Interkontinental Lufttrafik Aktiebolaget") eigens zu diesem Zweck gegründet, die sich mit Maschinen nordamerikanischer Herkunft ausrüstete und als Ausgangspunkt ihrer Flugdienste Gothenburg ausersah. Der schwedische Kriegs-Luftverkehr gab Anlaß zu einem luft- und völkerrechtlich einzigartigen englisch-deutschen Abkommen über eine schwedische Fluglinie Stockholm—Schottland über das besetzte Norwegen hinweg, nachdem schon eine Zeitlang vorher ein solcher Dienst ohne deutsches Wissen bestanden hatte. Schon mit dem 29. Juni 1945 nahm die ABA als erste aller europäischen Gesellschaften ihre Erkundungsflüge nach New York auf: Dienste nach allen bedeutenden europäischen Plätzen folgten schnell, wobei die früheren Außenposten weit vorgeschoben wurden (Lissabon, Barcelona, Rom, Genf, Nizza, Prag, Warschau und andere). Eigene Fernlinien nach Reykjavik (2 467 km) und Teheran (6 979 km, über Kopenhagen — Genf — Rom — Athen — Ankara — Bagdad, mit einer Abzweigung Athen—Istanbul) sind 1947 ergänzt durch einen SILA-Dienst nach Addis Abeba (7 756 km, über Amsterdam — Rom — Kairo — Khartum). 1946 taten sich SILA, DDL und DNL (im kapitalmäßigen Verhältnis 3:2:2) zum Zwecke der Intensivierung und wirtschaftlicheren Betriebsführung auf der Atlantik-Flugstrecke zum „Scandinavian Airlines System" (SAS) zusammen, das im September 1946 den Dienst auf der Route nach Nordamerika aufnahm: im europäischen Sektor wird wechselweise Kopenhagen, Oslo oder Stockholm als Start- beziehungsweise Endlandungshafen angeflogen, der letzte Europa-Stützpunkt ist Prestwick (Schottland). Daneben befliegt das SAS in der Streckenführung Stockholm — Kopenhagen — Paris — Lissabon — Dakar — Natal—Rio—Montevideo eine eigene Südamerika-Strecke. Auf dem Programm für 1947/1948 stehen eigene Dienste nach Montreal und Chicago, Luftanschlüsse an den Südamerika-Dienst nach mehreren lateinamerikanischen Staaten (Verhandlungen waren März 1947 im Gange), Verlängerung der SILA-Strecke nach Addis Abeba bis nach Johannesburg und schließlich eine SAS-Fluglinie zum Fernen Osten (Schanghai). Über die eigenen Nordatlantikbefliegungen hinaus sind die Hauptstädte aller drei skandinavischen Länder auch in das Plannetz der nordamerikanischen AOA einbezogen, welche neben ihrer Neufundland—Irland-Route auch die Nordroute über Island zu befliegen gedenken.

Zur Kennzeichnung der gegenüber 1939 veränderten Lage ist noch hinzuweisen auf die außerordentlich starke luftpolitische Passivität Spaniens, dessen Luftverkehrsgesellschaft IBERIA sich auf einige Inlands-Flugdienste beschränkt, wenngleich Pläne über eine eigene Südamerika-Strecke immer wieder in der internationalen Fachpresse erscheinen. Diese Situation Spaniens ist zweifellos ein Ausfluß seiner gesamtpolitischen Stellung infolge des Franco-Systems. Die heftigen Debatten um die Aufnahme Spaniens in die Luftverkehrsorganisation PICAO und um sein Verbleiben in der IATA, zu deren ältesten Mitgliedern es zählt, beleuchten dies. Bis auf die Anfliegung Madrids durch die TWA und Barcelonas durch die PAA ist Spanien 1947 aus dem Weltluftverkehr ausgeschaltet, eine Widerlegung auch der zahlreichen Voraussagen in den ersten 1930er Jahren über die große Luftverkehrszukunft der iberischen Halbinsel. Eine IBERIA-Strecke nach den Kanarischen Inseln widerspricht dieser Feststellung von 1947 kaum.

Zwar nicht hinsichtlich der Zukunftsaussichten, wohl aber im augenblicklichen Status ähnlich ist die Luftverkehrslage Italiens. Nachdem seit dem 1. Juli 1946 der inneritalienische Luftverkehr von den Alliierten freigegeben wurde, kam es zur Gründung zweier Gesellschaften „Linee Aeree Italiane" (LAI) und „Aerolinee Italiane Internationali" (AII): mit einer Kapitalbeteiligung von je 40 Prozent und maßgeblichem luftpolitischem Einfluß steht hinter der ersteren die TWA, hinter der letzteren die britische Gesellschaft BEA. Die Planung beider läuft auf ein inneritalienisches Netz, auf Verbindungen zu den europäischen Hauptstädten und auf eine eigene Südamerika-Route hinaus.

Von besonderer Aktivität, wenngleich in die Welt-Verkehrsluftfahrt im engeren Sinne noch nicht eingeschaltet, sind daneben die Schweiz (SWISSAIR = „Schweizerische Luftverkehr-AG.") und Polen (LOT = „Polskie Linie Lotnicze"). Genf liegt bereits im Zuge der TWA-Weltstrecke Vereinigte Staaten—Europa—Asien und wird regelmäßig angeflogen, ein eigener SWISSAIR-Dienst nach New York wird vorbereitet. Warschau, Mittelpunkt eines regen innerpolnischen Netzes, das unter anderem auch Stettin und Breslau erfaßt, liegt in der Planung Berlin—Warschau—Moskau der bereits bestehenden AOA-Fluglinie von New York über Neufundland—England nach Berlin. Erst die Konsolidierung des gesamtpolitischen europäischen Bildes wird die Konturen der luftpolitischen Kräfteverteilung endgültig hervortreten lassen.

Fliegendes Material — Bodenorganisation

Die Welt-Verkehrsluftfahrt von 1947 in ihren technischen und politischen Auswirkungen ist undenkbar ohne die alle früheren Maßstäbe überschreitenden Fortschritte in der Entwicklung des fliegenden Materials, überwiegend eine Folge des ersten Welt-Luftkriegs der Menschheitsgeschichte. Als gemeinsames Charakteristikum steht über dieser Entwicklung eine — bereits an anderer Stelle erwähnte — Nivellierung der nationalen Besonderheiten im Verkehrsflugzeugbau: allgemeiner Übergang zum Ganzmetallflugzeug verspannungsloser Bauart, Bevorzugung des Tiefdeckers, Verschwind-Fahrwerk (meist dreiteilig mit einem Bug-Laufrad). Weitere Kennzeichen sind steigende Fluggewichte, steigende PS-Leistung je Triebwerkseinheit (bis zu 4 000 PS), Bevorzugung des Viermotorers mit Vorstößen bis zum Sechs- und Achtmotorer, ganz bedeutend erhöhte Fluggast- und Nutzlastzahlen und dementsprechend wachsender Komfort. Im wirtschaftlichen (und politischen) Gewicht der Flugzeugindustrien untereinander ist eine steigende Eroberung des Weltmarktes durch die Luftfahrtindustrie der Vereinigten Staaten festzustellen. Erst allmählich beginnen sich ihr der britische und französische Verkehrsflugzeugbau zu widersetzen, die in ungleich härterem Maße den Kriegseinwirkungen ausgesetzt waren. Das vorerst erdrückende Übergewicht der nordamerikanischen Luftfahrtindustrie sei durch die Angabe erhärtet, daß sie vom 41. Platz innerhalb der Industriegruppen der Vereinigten Staaten im Jahre 1939 (Produktionskapazität: 270 Millionen Dollar) auf den ersten Platz im Jahre 1944 (Produktionskapazität: 16 000 Millionen Dollar) aufrückte; die Gesamtbelegschaft wuchs 1939—1944 von 50 000 auf 2 000 000 Köpfe, das Gesamtgewicht der abgelieferten

Flugzeuge stieg von 3,64 Millionen Kilogramm auf 439,21 Millionen Kilogramm. Douglas, Consolidated, Lockheed und Boeing waren die „großen Vier", die auch als solche aus der Kriegswirtschaft in die junge Friedenswirtschaft hinübergingen; ihr Übergewicht ist so groß, daß man geradezu von einer Standardisierung der internationalen Verkehrsluftfahrt auf die Muster dieser Firmen sprechen kann.

Eine Luftverkehr wie Luftfahrtindustrie gleich stark bewegende Frage ist die Entscheidung Landflugzeug oder Flugboot, die — bereits an anderer Stelle berührt — für ein Weltreich maritimen Charakters wie das britische ganz besondere Bedeutung hat. Große und entscheidende Abschnitte der Weltluftstraßen führen über die Ozeane der Erde, und dennoch konnte sich nicht einmal auf ihnen das Flugboot uneingeschränkt durchsetzen; so ergibt sich das etwas ungewöhnliche Bild, daß selbst die 15 000-km-Strecke der PAA von San Francisco nach Auckland, die eine reine Transozean-Fluglinie ist und sich lediglich auf einige kleine Inseln inmitten der endlosen Wasserwüste stützt, mit viermotorigen Landflugzeugen (Douglas-DC-4) beflogen wird. Die Nachteile des Flugboots (ungünstigere aerodynamische Gestaltung, ungünstigere Gewichtsverhältnisse infolge zusätzlicher Ausrüstung, Spezialausbildung der Besatzungen, größere Verletzbarkeit bei Start und Landung, Mangel an geeigneten Seeflugbasen in unmittelbarer Nähe von Welt- und Großstädten) werden zum Teil durch erhebliche Vorteile kompensiert (bedeutend niedrigere Anlagekosten für See- als für Landflughäfen, größere Sicherheit im Falle von Notlandungen, Möglichkeit erhöhten Komforts usw.). Es ist bezeichnend, daß der britische *Brabazon*-Ausschuß in seinem Verkehrsflugzeug-Programm für die nächsten Jahre auch Großflugboote vorgesehen hat; auch Frankreich pflegt diesen Verkehrsflugzeugtyp in derzeitigem Bau und Zukunftsplanung, während unter den nordamerikanischen Großkonstruktionen das Flugboot nur mit dem tatsächlich größten Flugzeug der Welt (Hughes „Hercules") vertreten ist. Einen annähernden Überblick vermittelt die folgende Zusammenstellung:

			Tonnen	*Spannw. m*	*Motoren PS*	*Fluggäste*
Hughes „Hercules"	A	B	192.77	97.55	8 je 3000	400-500
Consolidated CV-37	A	L	145.15	70.10	6 je 3500	180-220
Bristol Brabazon I	G	L	129.10	70.15	8 je 3000	80-100
Saunders Roe SR-45	G	B	122.00	67.05	6 je 5000	80-100
Lockheed Constitution	A	L	83.46	57.63	4 je 3000	140-180
SNCA SE-200	F	B	72.00	59.20	6 je 1350	40-50
Latécoère 631	F	B	71.50	57.43	4 je 2400	50-60
SNCA SE-2010	F	L	70.00	48.95	4 je 3500	60-120
Boeing Stratocruiser	A	L	63.45	42.95	4 je 3500	80-100
Short Shetland S-35	G	B	59.00	45.80	4 je 2500	50-75
Republic Rainbow	A	L	46.70	39.30	4 je 2500	40-50
Lockheed Constellation	A	L	42.10	37.49	4 je 1825	50-65
SNCA NC-211	F	L	40.00	44.00	4 je 2000	(Fracht)
Douglas DC-6	A	L	39.00	35.65	4 je 2100	50-60
Bréguet 761	F	L	38.00	41.60	4 je 1700	80-100
Avro Tudor II	G	L	36.30	36.50	4 je 1750	60-70
Douglas DC-4	A	L	35.00	35.80	4 je 1350	40-50
Handley-Page Hermes	G	L	34.00	34.00	4 je 1675	50-60

(A = USA, F = Frankreich, G = Großbritannien, B = Flugboot, L = Landflugzeug; Leistungsziffern in km/h und Reichweite sind, weil mit Belastung und Flughöhe schwankend, hier nicht angegeben.)

Aus der Gruppe „Fluggewicht über 100 to" ist lediglich die Consolidated CV-37 bereits im Flugeinsatz (Erprobungsflüge), und zwar in der militärischen Ausführung des Riesenbombers XB-36 mit nur schwachen Größenabweichungen; Brabazon I und SR-45 sind im Bau, während Hughes „Hercules" bereits im Spätherbst 1946 in der Endmontage war und im Sommer 1947 seine ersten Flüge absolvieren soll. Bemerkenswert ist, daß das größte Flugzeug der Welt keine Ganzmetallkonstruktion ist, sondern vollkommen in sogenannten „plastischen Massen" („Plasgon", „Pennasedile" und „Weldwood") ausgeführt wurde. Die britische SR-45 hat Turbinenantrieb mit einer Gesamtleistung von 30 000 PS; Brabazon I hat vier Motorenpaare, die durch Übertragungen auf je ein ineinander gelagertes Luftschraubenachsenpaar wirken; die Luftschrauben arbeiten im gegenläufigen Sinne, das äußere Bild dieses Musters ist das eines Viermotorers. Die Fluggastzahlen hängen bei allen Mustern naturgemäß stark von der Einsatzstrecke ab; am einprägsamsten illustriert dies der 193-Tonner „Hercules", der auf Strecken bis 1000 Kilometer 900 Personen, im Nordatlantikverkehr rund 400—500 Personen befördern kann und ohne Fluggäste eine Nonstop-Reichweite von 30 000 Kilometer hat.

Aus der Fülle der für die Welt-Verkehrsluftfahrt lebenswichtigen bodenorganisatorischen Fragen sei nur das Flughafen-Problem gestreift. Entscheidend sind hier die Erdverkehrslage des Flughafens, seine meteorologischen und navigatorischen Bedingungen und seine technische Ausrüstung. Bei Start- und Endhäfen ausgesprochener Weitstrecken hat die Erdverkehrslage etwas an Bedeutung verloren, während sie bei Kurzstrecken (zu denen man 1947 auch schon Entfernungen von 1000 Kilometer rechnet) nach wie vor sehr großen Einfluß hat; es liegt auf der Hand, daß durch lange An- und Abfahrten zum und vom Flughafen ein wesentlicher Teil des durch die Luftreise erzielten Zeitgewinns wieder verlorengehen kann. Es erscheint möglich, daß die Verwendung von Hubschraubern in Verbindung mit stadtzentral gelegenen Landungsplätzen hier eine Umwälzung hervorrufen kann; Ansätze hierzu sind in den Vereinigten Staaten im Gange. Aber auch für Fern-Flughäfen hat die Erdverkehrslage vorerst noch Wichtigkeit; die große Entfernung der britischen Verkehrs-Seeflugbasen an der Südküste (nach London bis zu 125 Kilometer) erläutert dies vortrefflich. Nicht alle Weltstädte sind in der glücklichen Lage wie New York, das mit dem kombinierten Land- und Seeflughafen La Guardia Field, der Ausgangs- und Endpunkt vieler Weltstrecken ist, den Weltluftverkehr gleichsam vor der Tür hat. Orly bei Paris ist zum Beispiel ein reiner Landflughafen, die Seeflugbasis Biscarosse liegt fast 70 Kilometer von Bordeaux und 550 Kilometer von Paris entfernt. Im übrigen ist man fast allerorts zu einer Trennung der Flughäfen für innerstaatlichen und innerkontinentalen Verkehr einerseits und transkontinentalen und Weltverkehr andererseits gekommen; einschließlich der dem Sportflugwesen und der Militärluftfahrt dienenden Plätze umgibt infolgedessen die meisten Welt- und Großstädte ein ganzer Kranz von Flughäfen, zweifellos ein zusätzlicher Sicherheitsfaktor auch für den Luftverkehr. Die Bedeutung der meteorologischen und navigatorischen Bedingungen zeigt sich besonders bei der Anlage von Großflughäfen in gebirgigen Ländern (Schweiz, einige südamerikanische Staaten, Afghanistan und andere), aber auch in dichtbesiedelten Gegenden mit Industriezusammenballungen. Bei der technischen Ausrüstung der Flughäfen steht heute die Frage der Startbahnen mit im Vordergrund; die hohen Abfluggewichte von 1947 erlauben es kaum noch, das grasnarbige Rollfeld der Luftverkehrs-Frühzeit für Start und Landung zu benutzen. So ist heute das Vorhandensein zahlreicher und genügend leistungsfähiger Betonbahnen (Pisten) geradezu zum entscheidenden Kriterium für die Fernstrecken-Eignung von Verkehrsflughäfen geworden. Die Forderung, daß das Flugzeug möglichst gegen die herrschende Windrichtung starten und landen soll, stellt die Flughafen-Konstrukteure hinsichtlich der Anlage der Pisten vor interessante Aufgaben; die tangentiale Anordnung (sternförmig ausstrahlend um den etwa kreisförmig angelegten Flughafengebäude-Komplex als Mittelpunkt) versucht alle möglichen Windrichtungen zu erfassen, ähnlich auch die parallele Anordnung; die Dreiecksanordnung (in Form eines gleichseitigen Dreiecks mit den Flughafengebäuden an einer Dreieckseite) ist möglich bei drei überwiegend vorherrschenden Windrichtungen, während die Einzel-Piste (zum Beispiel in Genf-Cointrin, Länge 2000 Meter) bei beengten Geländeverhältnissen und nur einer nahezu konstanten Windrichtung mehr eine Notlösung ist. Länge und Breite solcher Start- und Landebahnen bewegen sich zwischen 800 und 3000 Meter beziehungsweise 25 bis 70 Meter; es ist offensichtlich, welche ungeheuren Erdbewegungs- und Betonierungsarbeiten also für einen modernen Großflughafen erforderlich sind und wie stark die Kosten dieser Arbeiten auf das wirtschaftliche Bild der Welt-Verkehrsluftfahrt einwirken. Hinzu kommt, daß die Leistungs-

fähigkeit eines Großflughafens entscheidend von der Anzahl der in den Stunden höchster Verkehrsdichte zur Verfügung stehenden Betonbahnen bestimmt wird; diese Anzahl kann sich bis auf 10, 12 oder noch höher belaufen. Für das bereits 1947 sehr stark frequentierte Orly bei Paris sieht die Endplanung (Fertigstellung bis 1950) insgesamt 9 Pisten vor. Die notwendigen Verbindungsbahnen zum An- und Abrollen und die umfangreichen Betonierungsarbeiten im Hallenvorgelände wirken weiter kostenerhöhend. Für die Flughafen-Leistungsfähigkeit ist ferner maßgeblich von Einfluß, wieviel Starts und Landungen, insbesondere bei Nacht und unsichtigem Wetter, die navigatorischen Hilfsmittel der Bodenorganisation (zum Beispiel Peilstation, Radar) je Stunde erlauben. Für klares Wetter setzt man heute für die Leistungsfähigkeit einer einzelnen Piste etwa 40 Starts oder Landungen je Stunde an, notfalls erhöhbar auf 50—60; bei unsichtigem Wetter rechnet man mit 20, maximal 30 Blindlandungen je Stunde auf einer Piste. Es ist dabei zu bedenken, daß die Starts und Landungen sich nach den Flugplanerfordernissen auf wenige Stunden zusammenballen können und daß überdies eine moderne Flughafenanlage auf alle Möglichkeiten als Ausweichhafen bei schlechtem Wetter, für andere Flughäfen einspringend, gerüstet sein muß. Luftverkehr, Flughafenproblem und Flugzeugentwicklung stehen jedenfalls in einem funktionellen Verhältnis, und nur überstaatliche Angleichung und Erfahrungsaustausch werden den Weg zur wirtschaftlich und technisch bestmöglichen Lösung weisen.

Internationale Zusammenarbeit

Den Rahmen für eine zwischenstaatliche und zwischenkontinentale Gemeinschaftsarbeit liefern in der Hauptsache zwei Organisationen, von denen die eine im überwiegend politischen Sektor, die andere im privatwirtschaftlichen Sektor arbeitet: die PICAO *(Provisional International Civil Aviation Organization,* das dritte Wort auch in der Schreibweise „Commercial" anzutreffen) und die IATA *(International Air Traffic Association).* Die PICAO wurde gegründet auf der Internationalen Zivilluftfahrt-Konferenz von Chicago (1. November bis 7. Dezember 1944), die von den Vereinigten Staaten arrangiert und von den Vertretern von 52 Staaten besucht war; die Sowjet-Union lehnte die Beteiligung mit der Begründung ab (TASS-Verlautbarung vom 29. Oktober 1944), daß auch profaschistische Staaten wie Schweiz, Portugal und Spanien eingeladen worden seien. Wenngleich das Endergebnis dieser bedeutsamen Konferenz die bisherigen zwei- oder mehrseitigen Luftverkehrsverträge noch nicht überflüssig machen konnte, so umfaßte es dennoch zwei große Fortschritte, nämlich die Schaffung der PICAO und die Festlegung einiger Grundsätze, welche als die „fünf Freiheiten" hinfort Bestandteil aller Luftverkehrs-Abkommen sein sollen:

1. das Recht der Nonstop-Überfliegung des Partnerlandes,
2. das Recht der Tank- und Reparatur-Zwischenlandung,
3. das Recht der Entladung von Fluggästen und Luftfracht aus dem Heimatlande im Partnerland,
4. das Recht der Anbordnahme von Fluggästen und Luftfracht in einem der Vertragsländer für einen Bestimmungsort im anderen Vertragsland,
5. das Recht zur Entladung und Anbordnahme von Fluggästen und Luftfracht in jedem der Vertragsländer für einen Bestimmungsort in einem Nicht-Vertragsland.

Allerdings hat erst ein relativ kleiner Teil der 44 Mitgliedstaaten alle fünf „Freiheiten der Luft" anerkannt. Als Beispiel für die sich hieraus ergebenden Folgen sei nur der Fall der AIR FRANCE genannt, die in Brasilien und Argentinien zwar das Recht der Anfliegung und Entladung für Rio de Janeiro und Buenos Aires hat, aber zwischen diesen beiden Orten Passagiere und Luftfracht nicht an Bord nehmen darf und infolgedessen meistens mit nur halb ausgenutzter Ladefähigkeit fliegt, obwohl an beiden Plätzen reichliche Nachfrage besteht: ein Luftverkehrs-Abkommen zwischen Frankreich und diesen beiden Ländern besteht noch nicht. Unter solchen Aspekten kommt den Luftverkehrsverträgen zwischen den drei Weltmächten der Verkehrsluftfahrt erhöhte Bedeutung zu: zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien (11. Februar 1946, Bermuda-Abkommen), zwischen Großbritannien und Frankreich (28. Februar 1946) und zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich (27. März 1946). Die Arbeitsweise der PICAO ist derart, daß eine Reihe von Konferenzen für bestimmte Luftverkehrsbereiche die regional bedingten Probleme zu lösen versuchen: die Nordatlantik-Konferenz in Dublin im März 1946, die Europa-Mittelmeer-Konferenz in Paris und Karibischmeer-Konferenz in Washington im Sommer 1946 und die Nahost-Konferenz in Kairo im Herbst 1946 waren die wichtigsten neben den Arbeitstagungen von Fachkommissionen. Anfang Februar 1947 trat in Melbourne eine Südwestpazifik-Konferenz zusammen; für den 6. Mai 1947 ist eine PICAO-Vollversammlung in Montreal, das zum permanenten Sitz der PICAO erklärt wurde und auch im Mai 1946 eine Vollversammlung sah, angesetzt worden. Ihre wichtigste Aufgabe wird es sein, den 1944 in Chicago erklärten „Interimszustand" für beendet zu erklären und aus der provisorischen internationalen Organisation des Luftverkehrs (PICAO) eine endgültige (ICAO) zu machen. Wenngleich in den Prinzipien der Pariser CINA *(„Commission Internationale de Navigation Aérienne")* vom 13. Oktober 1919 verwandt und ähnlich wie diese als „Völkerbund der Luft" bezeichnet, so liegt der Hauptzweck der PICAO weitaus stärker als bei der CINA in der Erleichterung des internationalen Lufttransports. Immerhin kommt der politische Charakter der PICAO deutlich genug in der Bestimmung zum Ausdruck, daß ihre Mitgliedschaft von Mitgliedern der Organisation der Vereinten Nationen, von im zweiten Weltkrieg mit diesen verbündeten Staaten und von im zweiten Weltkrieg neutral gebliebenen Staaten erworben werden kann; andere Staaten als diese können mit Vierfünftelmehrheit der ICAO-Vollversammlung aufgenommen werden (also erst nach dem Mai 1947), jedoch vorbehaltlich der Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates. Die heftigen Diskussionen um die Aufnahme Spaniens in die PICAO beziehungsweise ICAO, welcher sich die Sowjet-Union, Frankreich und die Tschechoslowakei widersetzten, dokumentieren, daß die PICAO beziehungsweise ICAO ein politischer Luftverkehrs-Zusammenschluß der Regierungen ist.

Ein Zusammenschluß der Luftverkehrsgesellschaften ist hingegen die 1919 geschaffene und im April 1945 auf der Konferenz von Habana wiederbegründete IATA. Ihre abwechselnd in allen europäischen Hauptstädten stattfindenden Jahresversammlungen und Flugplankonferenzen gehörten zum festen Bestand der Luftverkehrs-Frühzeit 1919—1939; so nehmen denn auch einige schon 1939 in der IATA führende Männer (Vertreter der AF, BOAC, ABA und KLM) auch in der IATA von 1947 leitende Stellungen ein. Sie zählt im Januar 1947 aus 35 Ländern 59 aktive und 10 passive Mitgliedsgesellschaften. Ihre Arbeit knüpft an ihre außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit in der Vorkriegszeit an, deren Ergebnis wichtigste Vereinfachungen im zwischenstaatlichen Verkehr (Abfertigung, Formularwesen und so weiter) waren. Die Finanzierung geschieht ausschließlich durch die Mitglieder ohne Regierungszuschüsse. Zur Erreichung der drei IATA-Ziele Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Regelmäßigkeit arbeitet diese Organisation eng mit der PICAO zusammen; IATA-Mitglied kann jede Gesellschaft werden, die einen öffentlichen Flugdienst unter der Flagge eines PICAO-Mitgliedstaates zwischen zwei oder mehr verschiedenen Staaten betreibt: die im zweiten Weltkrieg gegen die Alliierten kämpfenden Staaten sind also derzeit ausgeschlossen. Die Sowjet-Union hat ebenso wie die PICAO- auch nicht die IATA-Mitgliedschaft erworben. An der Spitze steht ein zwölfköpfiger Exekutiv-Ausschuß, dessen Mitglieder von der Vollversammlung gewählt werden und ehrenamtlich arbeiten; je ein Drittel wird alljährlich durch Neuwahlen ersetzt.

Das Direktionssekretariat des Exekutiv-Ausschusses hat seinen Sitz in Montreal, am gleichen Ort wie die PICAO; es setzt sich aus Generaldirektor, Generalsekretär, Schatzmeister und einem relativ kleinen Stab zusammen. Vier permanente Ausschüsse (Finanz-, Rechts-, Technischer und Verkehrs-Ausschuß) leisten die eigentliche Arbeit. Der Hinweis auf den rein fachlichen, absolut unpolitischen Charakter der IATA-Arbeit, deren Funktionäre ohne Ausnahme Luftverkehrspraktiker und als Vertreter ihrer Verkehrsgesellschaft innerhalb der IATA tätig sind, beantwortet ausreichend die gelegentlich aufgeworfene Frage, ob und inwieweit neben der PICAO noch eine andere Luftverkehrsorganisation notwendig ist.

In den Fragenkreis der internationalen Luftverkehrs-Zusammenarbeit gehört auch das Luftrecht. Fragen der Staatshoheit, des Verwaltungs- und Polizeirechts, des Straf- und Prozeßrechts und letztlich des Zollwesens sind hier zu lösen. Eine zwischenstaatliche Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen und eine Regelung der Haftpflichtfrage erschienen schon zu Beginn der Luftverkehrs-Frühzeit dringend erforderlich. Die bedeutendsten Abkommen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg sind auch 1947 noch voll in Kraft: das Pariser Luftverkehrs-Abkommen von 1919, das Ibero-Amerikanische Luftverkehrs-Abkommen (zwischen Spanien, Portugal und den südamerikanischen Staaten) von 1926 und die unter Führung der Vereinigten Staaten zustande gekommene Pan-Amerikanische Luftfahrt-Konvention von 1929. Auf dem Gebiet des internationalen Luftprivatrechts führte die Arbeit des 1925 in Paris geschaffenen *„Comité International Technique d'Experts Juridiques Aériens“* (CITEJA) zum Warschauer Luftverkehrs-Abkommen von 1929, das auch heute noch jedem Beförderungsvertrag zwischen Luftverkehrsgesellschaft und Fluggast zugrunde liegt. Von Bedeutung sind noch das erste und das zweite Luftverkehrs-Abkommen von Rom 1933, deren zweites unter anderem die Sicherungsbeschlagnahme von Flugzeugen des öffentlichen Luftverkehrs untersagt. Von förderndem Einfluß auf die luftrechtliche Entwicklung waren schließlich die Arbeiten des bereits 1909 gegründeten *„Comité Juridique International de l'Aviation“*. Die erste CITEJA-Konferenz nach dem zweiten Weltkrieg fand im Januar 1946 in Paris statt, sie diente der Überprüfung des Warschauer Abkommens von 1929; der Rechtsausschuß der IATA und der Luftverkehrsausschuß der Internationalen Handelskammer unterbreiteten einer zweiten CITEJA-Tagung Anträge auf Zusätze (Mai 1946 in Montreal, gleichzeitig mit der PICAO-Konferenz), welche jedoch die Grundlinie des Warschauer Abkommens nicht wesentlich berühren. Welches Arbeitsgebiet noch vor IATA, CITEJA und verwandten Organisationen liegt, beweist der Ausspruch des IATA-Generaldirektors von 1947: „Es ist absurd, von einem Pariser Wochenende der New Yorker zu sprechen, solange die Ausfüllung und behördliche Abfertigung der nötigen Papiere so viele Tage dauert wie die Luftreise Stunden.“

Luftverkehrs-Welt von morgen

Schon gibt es für den Zentraleuropäer von 1947 kaum einen Punkt auf der Erdoberfläche von einiger Bedeutung, den er nicht auf dem Luftwege innerhalb von rund 75 Stunden erreichen kann, — und Mitteleuropa ist durchaus nicht

Entfernungen im Weltluftverkehr (in Flugstunden ab London)



Nach Entwürfen von Hans Rosenberg

als zentral gelegen im Weltluftverkehr anzusprechen; vielleicht noch günstigere Bedingungen findet der Reisende aus den Vereinigten Staaten vor, der im übrigen für seinen „trip around the world“ die Weltluftstraßen unter dem Sternenbanner nicht zu verlassen braucht. Aber schon an naheliegendem Horizont zeichnet sich das Bild der Luftverkehrs-Welt von morgen, von 1950 oder 1955 ab, die für jede Hemisphäre gewiß nur noch eine 50-Stunden-Welt sein wird, — in 100 Luftreisestunden um die Erde. Die Kontinente — und Völker? — wachsen zusammen. In dieser Betrachtungsweise wird das Verkehrsflugzeug zu einem wichtigen Aufbaufaktor der zukünftigen Friedenswelt. Sir William P. *Hilded,* Präsident der IATA, schrieb im November 1946:

„The next step in world progress is to develop international co-operation, and in no sphere is this more exciting, more necessary, more friendship-forming than in the air.“

(„Der nächste Schritt im Weltfortschritt liegt in der Entwicklung internationaler Zusammenarbeit, und diese ist in keiner Sphäre spannungsreicher, notwendiger und freundschaftsbildender als auf dem Gebiet der Luftfahrt.“)

Wenngleich das Deutschland von 1947 keine Verkehrsluftfahrt hat und eine solche gewiß für sehr lange Zeit außerhalb aller Möglichkeiten (und vielleicht auch Wünsche) liegt, so sollte es dennoch aus dem Wissen um die Welt-Verkehrsluftfahrt 1947 Hoffnung schöpfen auf die Teilnahme an den Segnungen jener Friedens-Welt von morgen.

(Abgeschlossen nach dem Stand vom 1. April 1947.)

KULTUR-ARCHIV

1. Jahr MAI 1947 11. Folge

Das Werk Hermann Hesses

Eine bibliographische Übersicht

Von Horst Kliemann

Der Dichter Hermann Hesse wird am 2. Juli 1947 siebzig Jahre alt. Sein literarisches Schaffen erstreckt sich über einen Zeitraum von fünfzig Jahren. Von den Möglichkeiten literarischer Veröffentlichung im „feuilletonistischen Zeitalter“ — so nennt er unsere Zeit im „Glasperlenspiel“ — haben der Dichter, seine Verleger, die Presse und seine Freunde reichlich Gebrauch gemacht. 215 Bücher und Broschüren liegen von Hesse vor: Originalwerke, Neudrucke, Lizenzausgaben, Privat- und Einblattdrucke. Dazu kommen 112 Werke, die Originalbeiträge und Geleitworte Hesses enthalten oder vom Dichter selbst herausgegeben wurden. Viele Sammelbände und Anthologien enthalten Zweitdrucke der Prosastücke und Gedichte. Sehr zahlreich sind auch die Prosastücke, die bisher nur in Zeitschriften oder Zeitungen erschienen sind, die Vertonungen seiner Gedichte, die Übersetzungen in fremde Sprachen und Übertragungen in Blindenschrift. Dazu kommen über tausend Buchbesprechungen.

Die Auffindung all dieser Veröffentlichungen war schon in Friedenszeiten schwer; durch die Zerstörung zahlreicher Sammlungen, Bibliotheken und Archive steigerten sich die Schwierigkeiten außerordentlich. Die hier folgende bibliographische Übersicht des Werkes von Hermann Hesse gliedert sich folgendermaßen:

An erster Stelle stehen alle Bücher Hesses in der Erstausgabe unter Verzicht auf die Neudrucke, Doppeldrucke, zeitbedingten Lizenzausgaben, Privat- und Einblattdrucke. Nur die vom Dichter selbst veranstalteten Privatdrucke wurden aufgenommen.

An zweiter Stelle werden alle Bücher genannt, die Hesse herausgegeben oder mit Geleitworten versehen hat.

An dritter Stelle werden die Bücher mit Prosabeiträgen Hesses außer den bereits im ersten Absatz aufgeführten Bänden angegeben.

Der vierte Teil enthält in Auswahl die wichtigsten Prosaarbeiten, die bisher nur in Zeitschriften oder Zeitungen veröffentlicht wurden.

Der fünfte Teil bringt einmal vollständig die Bücher über Hesse; sodann folgt eine Auswahl der wichtigsten Erwähnungen des Dichters in Büchern und der Aufsätze, die in Zeitschriften über ihn erschienen sind.

Der sechste Teil enthält die Übersetzungen in fremde Sprachen und die Übertragungen in Blindenschrift.

Betrachtet man die Liste der Übersetzungen, dann wird deutlich, daß sie nur zufällig entstanden sind und in keiner Sprache ein wahres Bild des Dichters vermitteln. So kann man verstehen, daß die Stockholmer Zeitung *Aftentidningen* die Verleihung des Nobelpreises an Hesse kritisiert und ihn geradezu einen Unbekannten nennt. Dazu ist zu sagen, daß es vielleicht nicht Aufgabe des Nobelpreises ist, einen Dichter, dessen Werke in der ganzen Welt bekannt sind, nachträglich zu ehren, sondern durch Verleihung des Preises zu dokumentieren, daß ein Dichter wert ist, in die Weltliteratur aufgenommen zu werden, und zu veranlassen, daß er durch Übersetzungen aus der Gebundenheit der Sprache seines Volkes gelöst wird.

Der Verfasser und K. H. *Silomon* geben gemeinsam eine Hesse-Biographie heraus, die die hier gemachten Angaben vervollständigt und erläutert. Für einen späteren Zeitpunkt bereitet der Verfasser zusammen mit Dr. H. J. *Bock* einen zweiten Teil der Bibliographie vor, der alle Prosastücke in allen Abdrucksformen nach Überschriften und Textanfängen geordnet enthält und auch die noch fehlenden Abteilungen Vertonungen, Buchbesprechungen Hesses und ähnliches bringt.

So würde dann die Breiten- und Tiefenwirkung des umfangreichen dichterischen Werkes bibliographisch vollständig erfaßt sein.

A. DIE BÜCHER HERMANN HESSES

1. Romantische Lieder — Dresden: Pierson 1899. 44 S.
2. Eine Stunde hinter Mitternacht — Leipzig: Diederichs 1899. 84 S.
3. Hinterlassene Schriften und Gedichte von Hermann Lauscher. Hrsg. von Hermann Hesse — Basel: Reich 1901. IV, 83 S.
4. Gedichte — Berlin: Grote 1902. XII, 196 S.
5. Boccaccio — Berlin: Schuster & Löffler 1904. 75 S.
6. Peter Camenzind — Berlin: Fischer 1904. 260 S.
7. Franz von Assisi — Berlin: Schuster & Löffler 1904. 84 S.
8. Unterm Rad. Roman — Berlin: Fischer 1906. 294 S.
9. Diesseits. Erzählungen — Berlin: Fischer 1907. 308 S.
10. Nachbarn. Erzählungen — Berlin: Fischer 1908. 317 S.
11. Gertrud. Roman — München: Langen 1910. 301 S.
12. Unterwegs. Gedichte — München: Müller 1911. 58 S.
13. Umwege. Erzählungen — Berlin: Fischer 1912. 309 S.
14. Aus Indien. Aufzeichnungen von einer indischen Reise — Berlin: Fischer 1913. 198 S.
15. Anton Schievelbeyn's ohn-freywillige Reisse nacher Ost-Indien — München: Bachmair 1914. 15 S.
16. Roßhalde. Roman — Berlin: Fischer 1914. 304 S.
17. Knulp. Drei Geschichten aus dem Leben Knulps — Berlin: Fischer 1915. 146 S.
18. Am Weg. Erzählungen — Konstanz: Reuß & Itta 1915. 87 S.
19. Brief ins Feld — München-Pasing: Lang 1915. 14 S.
20. Hans Dierlamms Lehrzeit / Vorfrühling — Berlin: Künstlerdank-Gesellschaft 1916. 64 S.
21. Musik des Einsamen. Neue Gedichte — Heilbronn: Salzer 1916. 84 S.
22. Schön ist die Jugend. Zwei Erzählungen — Berlin: Fischer 1916. 118 S.
23. Demian. Die Geschichte einer Jugend von Emil Sinclair — Berlin: Fischer 1919. 256 S.
24. Kleiner Garten. Erlebnisse und Dichtungen — Wien: Tal 1919. 142 S.
25. Märchen — Berlin: Fischer 1919. 182 S.
26. Zarathustras Wiederkehr. Ein Wort an die deutsche Jugend — Bern: Stämpfli 1919. 39 S.
27. Im Pressel'schen Gartenhaus. Novelle — Dresden: Lehmann 1920. 78 S.
28. Gedichte des Malers. Zehn Gedichte mit farbigen Zeichnungen von H. H — Bern: Verlag Seldwyla 1920. 23 S.
29. Klingsors letzter Sommer. Erzählungen — Berlin: Fischer 1920. 215 S.
30. Wanderung. Aufzeichnungen. Mit 14 farbigen Zeichnungen von H. H. — Berlin: Fischer 1920. 117 S.
31. Elf Aquarelle aus dem Tessin — München: Recht 1921. 10 Tafeln.

32. Blick ins Chaos. Drei Aufsätze — Bern: Verlag Seldwyla 1921. 43 S.
33. Ausgewählte Gedichte — Berlin: Fischer 1921. 89 S.
34. Siddhartha. Eine indische Dichtung — Berlin: Fischer 1922. 147 S.
35. Italien. Verse von H. H. mit 20 Radierungen von H. Struck — Berlin: Euphorion-Verlag 1923. 23 Bl.
36. Sinclairs Notizbuch — Zürich: Rascher 1923. 109 S.
37. Kurgast. Aufzeichnungen von einer Badener Kur — Berlin: Fischer 1925. 160 S.
38. Piktors Verwandlungen. Ein Märchen — Chemnitz: Bücherfreunde 1925. 18 S.
39. Bilderbuch. Schilderungen — Berlin: Fischer 1926. 320 S.
40. Die Nürnberger Reise — Berlin: Fischer 1927. 124 S.
41. Der Steppenwolf — Berlin: Fischer 1927. 289 S.
42. Betrachtungen — Berlin: Fischer 1928. 333 S.
43. Krisis. Ein Stück Tagebuch — Berlin: Fischer 1928. 85 S.
44. Eine Bibliothek der Weltliteratur — Leipzig: Reclam 1929. 85 S.
45. Trost der Nacht. Neue Gedichte — Berlin: Fischer 1929. 197 S.
46. Zum Gedächtnis unseres Vaters. Von Hermann und Adele Hesse — Tübingen: Wunderlich 1930. 85 S.
47. Narziß und Goldmund. Erzählung — Berlin: Fischer 1930. 417 S.
48. Beim Einzug in's neue Haus — Privatdruck des Dichters 1931. 27 S.
49. Jahreszeiten. Zehn Gedichte mit farbigen Bildern Hesses — Privatdruck des Dichters 1931. 41 S.
50. Weg nach Innen. Vier Erzählungen — Berlin: Fischer 1931. 434 S.
51. Die Morgenlandfahrt. Erzählung — Berlin: Fischer 1932. 113 S.
52. Kleine Welt. Erzählungen — Berlin: Fischer 1933. 380 S.
53. Vom Baum des Lebens. Ausgewählte Gedichte — Leipzig: Insel-Verlag 1934. 79 S.
54. Fünf Gedichte — Privatdruck des Dichters 1934. 5 Bl.
55. Magie des Buches — Berlin: Silomon 1934. 18 S.
56. Fabulierbuch. Erzählungen — Berlin: Fischer 1935. 341 S.
57. Das Haus der Träume. Eine unvollendete Dichtung — Olten: Bücherfreunde 1936. 85 S.
58. Ernst Morgenthaler. Geleitwort — Zürich: Niehans 1936. 23 S.
59. Stunden im Garten. Eine Idylle — Wien: Bermann-Fischer 1936. 63 S.
60. Tragisch. Eine Erzählung — Wien: Reichner 1936. 15 S.
61. Gedenkblätter — Berlin: Fischer 1937. 272 S.
62. Neue Gedichte — Berlin: Fischer 1937. 98 S.
63. Der lahme Knabe. Eine Erinnerung aus der Kindheit — Zürich: Fretz 1937. 17 S.
64. Aus der Kindheit des heiligen Franz von Assisi — Mainz: Albert Eggebrecht-Presse 1938. 12 Bl.
65. Zehn Gedichte — Privatdruck des Dichters 1939. 14 S.
66. Orgelspiel — Hamburg: Dulk 1940. 13 S.
67. Der Novalis. Aus den Papieren eines Altmodischen — Olten: Bücherfreunde 1940. 59 S.
68. Kleine Betrachtungen. Sechs Aufsätze — Privatdruck des Dichters 1941. 37 S.
69. Die Gedichte — Zürich: Fretz & Wasmuth 1942. 448 S.
70. Das Glasperlenspiel. Versuch einer Lebensbeschreibung des Magister Ludi Josef Knecht samt Knechts hinterlassenen Schriften, hrsg. v. H. H. 2 Bde. — Zürich: Fretz & Wasmuth 1943. 894 S.
71. Sechs Gedichte aus dem Jahre 1944 — Privatdruck des Dichters 1944. 7 S.
72. Berthold. Aus einem Romanfragment — Zürich: Fretz & Wasmuth 1945. 100 S.
73. Zwei Aufsätze — Privatdruck des Dichters. 1945. 12 S.
74. Der Blütenzweig. Eine Auswahl aus den Gedichten — Zürich: Fretz & Wasmuth 1945. 80 S.
75. Der Pfirsichbaum. Erzählungen — Zürich: Büchergilde Gutenberg 1945. 51 S.
76. Rigi-Tagebuch 1945 — Privatdruck des Dichters 1945. 24 S.
77. Traumfährte. Neue Erzählungen und Märchen — Zürich: Fretz & Wasmuth 1945. 244 S.
78. Ein Brief nach Deutschland — Privatdruck des Dichters 1946. 4 S.
79. Dank an Goethe — Zürich: Classen 1946. 94 S.
80. Danksagung und moralisierende Betrachtung — Privatdruck des Dichters 1946. 8 S.
81. Der Europäer — Berlin: Suhrkamp 1946. 73 S.
82. Feuerwerk — Olten: Bücherfreunde 1946. 19 S.
83. Späte Gedichte — Privatdruck des Dichters 1946. 12 S.
84. Krieg und Frieden. Betrachtungen zu Krieg und Frieden seit dem Jahre 1914 — Zürich: Fretz & Wasmuth 1946. 265 S.
85. Statt eines Briefes — Privatdruck des Dichters 1946. 4 S.

B. HESSE ALS HERAUSGEBER

Von Hesse herausgegebene oder mit Geleitworten versehene Bücher:

86. Alemannenbuch — Bern: Verlag Seldwyla 1919 (Hrsg. und Beiträge)
87. Ausstellung Cuno Amiet — Bern: Büchler 1919 (Vorwort)
88. Ball, Hugo: Sein Leben in Briefen und Gedichten — Berlin: Fischer 1930 (Vorwort)
89. Ball-Hennings, Emmy: Blume und Flamme — Einsiedeln: Benziger 1938 (Vorwort)
90. Gunter Böhmer — Zürich: Das Werk 1938 (Vorwort)
91. Bücherei für deutsche Kriegsgefangene. 22 Bde. — Bern: Bücherzentrale 1918/19. (Mithrsg., Vorworte und Beiträge)
92. Claudius, Matthias: Der Wandsbecker Bote — Leipzig: Insel-Verlag 1916 (Hrsg. und Nachwort)
93. Eichendorff, J. v.: Aus dem Leben eines Taugenichts u. a. — Berlin: Deutsche Bibliothek 1934 (Hrsg. und Vorwort)
94. Eichendorff. Gedichte und Novellen. Zürich: Scientia 1945 (Hrsg. und Vorwort)
95. Morgenländische Erzählungen (Palmblätter) — Leipzig: Insel-Verlag 1914 (Hrsg. und Nachwort)
96. Falterschönheit — Leipzig: Weller 1936 (Vorwort)
97. Bunte Feier. Erzählungen und Gedichte — St. Gallen: Widmer 1938 (Vorwort)
98. Für Freunde guter Bücher. Ein weihnachtlicher Berater. Jahrg. 1—3 — München-Pasing: Lang 1915/17 (Hrsg. und Beiträge)
99. Merkwürdige Geschichten. 6 Bände — Bern: Verlag Seldwyla 1922/24 (Hrsg. und Nachworte)
100. Merkwürdige Geschichten und Menschen. 7 Bände — Berlin: Fischer 1925/27 (Hrsg. und Nachworte)
101. Geschichten aus dem Mittelalter — Konstanz: Hönn 1925 (Hrsg., Vorwort und Teilübersicht)
102. Geßner, Salomon: Dichtungen — Leipzig: Haessel 1922 (Hrsg. und Vorwort)
103. Gesta Romanorum — Leipzig: Insel-Verlag 1915 (Hrsg. und Vorwort)
104. Goethe, J. W. v.: Dreißig Gedichte — Zürich: Lesezirkel Hottingen 1932 (Hrsg. und Vorwort)
105. Goethe, J. W. v.: Wilhelm Meisters Lehrjahre — Berlin: Ullstein 1923 (Werke Band 11). (Einleitung)
106. Hunnius, Monika: Mein Onkel Hermann — Heilbronn: Salzer 1921 (Geleitwort)
107. Kerner, Justinus: Die Reiseschatten — Weimar: Kiepenheuer 1913 (Einleitung und Nachwort)
108. Leuthold, Heinrich: Der schwermütige Musikant — Wien: Tal 1922 (Vorwort)
109. Lieder deutscher Dichter. Von Paul Gerhardt bis Friedrich Hebbel — München: Langen 1914 (Hrsg. und Vorwort)
110. Der Lindenbaum. Deutsche Volkslieder — Berlin: Fischer 1910 (Mithrsg.)

111. Märchen und Legenden aus den Gesta Romanorum — Leipzig: Insel-Verlag 1926 (Hrsg. und Nachwort)
112. Masereel, Frans: Geschichte ohne Worte — München: Wolff 1933 (Nachwort)
113. Masereel, Frans: Die Idee — München: Wolff 1927 (Vorwort)
114. Mörike, Eduard: Auswahl der Gedichte — Leipzig: Hesse & Becker 1911 (Hrsg. und Einleitung)
115. Jean Paul: Ausgewählte Werke — Zürich: Scientia 1943 (Hrsg. und Einleitung)
116. Jean Paul: Der ewige Frühling — Wien: Tal 1922 (Vorwort)
117. Jean Paul: Siebenkäs — Leipzig: List 1925 (Nachwort)
118. Jean Paul: Titan — Leipzig: Insel-Verlag 1913 (Gek. Hrsg. und Nachwort)
119. Schnyder von Wartensee: Ein Luzerner Junker vor hundert Jahren — Bern: Benteli 1920 (Hrsg. und Nachwort)
120. Die heiligen Schriften des Alten und Neuen Bundes — München: Müller 1910 (Beigel. Vorwort)
121. Schussen, Wilhelm, L. Finckh, A. Supper, A. Dörfuß: Zum Sieg — Stuttgart: Lese 1915 (Vorwort)
122. Ein Schwabenbuch für die deutschen Kriegsgefangenen — Bern: Bücherzentrale 1919 (Mithrsg.)
123. Swift, Jonathan: Lemuel Gullivers Reisen — Leipzig: List 1925 (Vorwort)
124. Wagner, Christian: Gedichte — München: Müller 1913 (Hrsg. und Vorwort)
125. Welti, Albert: Gemälde und Radierungen — Berlin: Furche-Verlag 1917 (Vorwort)
126. Der Zauberbrunnen. Die Lieder der deutschen Romantik — Weimar: Kiepenheuer 1913 (Hrsg. und Vorwort)

Von Hesse herausgegebene Zeitschriften:

127. März. Jahrgang 1 (1907) bis Jahrgang 6 (1912) — München: Langen (Mithrsg.)
128. Deutsche Internierten-Zeitung. Nr. 1 (1916) bis Nr. 62 1917 — Bern: Francke (Mithrsg.)
129. Vivos Voco. Jahrgang 1 (1919) bis Jahrgang 3 (1923) — Leipzig: Seemann und Verlag Vivos Voco (Mithrsg.)

C. BÜCHER MIT PROSABEITRÄGEN HESSES
(soweit nicht im ersten Absatz enthalten)

130. Alemannenbuch — Bern: Verlag Seldwyla 1919 („Alemannisches Bekenntnis“)
131. Almanach. Jg. 1. 1926 — Wien: Internationaler Psychoanalytischer Verlag („Künstler und Psychoanalyse“)
132. Im Banne des Unbedingten — Stuttgart: Frommann 1930 (Zu Christoph Schrempf's 70. Geburtstag“)
133. Das Bodenseebuch — Konstanz: Reuß & Itta. Jg. 1. 1914 („San Vigilio“); Jg. 15. 1928 („Ausflug in die Stadt“); Jg. 17. 1928 („Reisebilder“); Jg. 20. 1933 („Geselle Zbinden“); Jg. 21. 1934 („Der Traum“)
134. Brümmer, Franz: Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten. 6. Aufl. Bd. III — Leipzig: Reclam 1913 („Autobiographischer Beitrag“)
135. Das heitere Buch. Bd. 1 — München: Schmidt 1917 („Aus der Knabenzeit“)
136. Düsel, Friedrich: Theodor Storm — Braunschweig: Westermann 1916 („Bekenntnis zu Storm“)
137. Die Ernte — Basel: Reinhardt
Jg. 1. 1920 („Seenacht“); Jg. 3. 1922 („Wörisbühel“); Jg. 9. 1928 („Herbst“); Jg. 20. 1939 („Sommerschreck“); Jg. 26. 1945 („Das Kind“)
138. Ernste und heitere Erzählungen — München: Hirth 1917 („Doktor Knölge's Ende“)
139. Festbuch zur Pfingsttagung deutscher Buchhandlungsgehilfen — Leipzig: Eule 1914 („Antwort auf eine Rundfrage“)
140. Festschrift zum 200. Geburtstag des Dichters Chr. W. Wieland — Biberach: Dorn 1933 („Über Wieland“)
141. S. Fischer zum Gedächtnis — Berlin: Fischer 1934 („Erinnerung an S. Fischer“)
142. Gömöri, Eugen: Das Problem der Todesstrafe — Schaan: Alpenland-Verlag 1931 („Antwort auf eine Rundfrage“)
143. Schwäbische Heimatgabe für Theodor Haering — Heilbronn: Salzer 1918 („Wilhelm Meisters Lehrjahre“)
144. Jahrbuch der Schopenhauer-Gesellschaft. 25. Jg. 1938 — Heidelberg: Winter („Kleines Bekenntnis“)
145. Jahresgabe deutscher Dichter — Stuttgart: Hädecke 1920 („Überwindung der Einsamkeit“)
146. Kriegsweihnachten 1915 — Stuttgart: Waldorf-Astoria 1915 („Auf dem Eise“)
147. Moderne Kultur. Bd. II — Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1907 („Der Umgang mit Büchern“)
148. Eine deutsche Kunstspende — München: Müller 1909 („Hans Amstein“)
149. Menschen auf der Straße — Stuttgart: Engelhorn 1931 („Ein verbummelter Tag“)
150. Phaidon — Wien: Phaidon-Verlag 1925 („Aufzeichnungen eines Herrn im Sanatorium“)

D. PROSASTÜCKE IN ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

151. Abendstunde in einer kleinen Kneipe. Berliner Tageblatt vom 26. Januar 1927
152. Das erste Abenteuer. Simplizissimus 10 (1906), Nr. 50
153. Der Autor an einen Korrektor. Neue Zürcher Zeitung vom 5. Oktober 1946
154. Aventiure. Nord und Süd 32 (1908), Heft 1
155. Casanovas Bekehrung. Süddeutsche Monatshefte 3 (1906), Heft 4
156. Der Beruf des Schriftstellers. Wissen und Leben 3 (1910), Heft 13
157. Die Braut. Velhagen & Klasings Monatshefte 33 (1918/19), Heft 4
158. Ein Briefwechsel. Velhagen & Klasings Monatshefte 22 (1907), Heft 1
159. Aus dem Briefwechsel eines Dichters. Die Gegenwart 1908, Nr. 39/40
160. Die drei Brüder. Rheinlande 15 (1915), S. 305/7
161. Schweizer Bürgerhäuser. März 4 (1910)
162. Über Wilhelm Busch. Mitteilungen der Wilhelm-Busch-Gesellschaft. Sonderheft, 1939
163. Cäsarius von Heisterbach. März 2 (1918), Heft 3
164. Die Dichter. Die Schweiz 25 (1921), S. 241/51
165. Der junge Dichter. März 4 (1910)
166. Erinnerung an Asien. März 8 (1914)
167. Erinnerungen an Konrad Haußmann. Neue Zürcher Zeitung vom 16. Februar 1922
168. Deutsche Erzähler. Neue Rundschau 26 (1915), Heft 2
169. In den Felsen. März 2 (1908), Heft 17
170. Die Frau auf dem Balkon. Wieland 5 (1920), Heft 11
171. Freunde. Velhagen & Klasings Monatshefte 23 (1908), Heft 3
172. Gedanken über Casanova. Neue Schweizer Rundschau 1930, Heft 3
173. Gedanken über Gottfried Keller. Lesezirkel, Hottingen 1931, Heft 10
174. Gedanken nach einem Konzert. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21. November 1940
175. Seltsame Geschichte. Wieland 5 (1919), Heft 7
176. Ein Gespräch am Abend. März 3 (1909), Heft 2
177. Grindelwald. März 2 (1908), Heft 24
178. Gubbio. März 1 (1907)
179. Heimkehr. Erster Akt eines Zeitdramas. Vivos Voco 1 (1920), Heft 7/8
180. Hesse trifft Stevenson. Frankfurter Zeitung vom 11. September 1927
181. Karneval. Simplizissimus 10 (1906), Nr. 47
182. Kastanienbäume. Simplizissimus 11 (1906), Nr. 1
183. Kirchenkonzert. Deutsche Interniertenzeitung 1918, Nr. 105

184. Krieg und Christentum. Protestantenblatt 49 (1916), Nr. 27
185. Basler Kultur. März 4 (1910), Heft 17
186. Die Kunst des Müßiggangs. Die Zeit 49 (1904), Nr. 504
187. Das Landgut. Rheinlande 13 (1913), Heft 12
188. Legende vom indischen König. Neue Rundschau 18 (1907), Heft 9
189. Über das Lesen. Rheinlande 11 (1911), Heft 12
190. Das hohe Lied. März 3 (1909)
191. Ritter Halewijns Lied. Münchner Neueste Nachrichten vom 8. August 1939
192. Märchen vom Maler. Die Schweiz 24 (1920), Nr. 4
193. Maler Brahm. Simplizissimus 11 (1906), Nr. 39
194. Bei den Massageten (Ironische Reise). Berliner Tageblatt vom 25. September 1927
195. Ein Mönchsbrief. Die Schweiz 20 (1916), Nr. 7
196. Montefalco. März 1 (1907)
197. Der Monte Giallo. Simplizissimus 15 (1910), Heft 8
198. Nachruf auf Christoph Schrempf. Neue Schweizer Rundschau 1944, Heft 12
199. Eine Nacht auf Wenkenhof. Jugend 10 (1905), Nr. 3
200. Unentbehrliche Nacht. Berliner Tageblatt vom 25. Dezember 1928
201. Nachtgesicht. Jugend 18 (1913), Nr. 37
202. Vom Naturgenuß. März 3 (1909), Heft 18
203. Notizen zum Thema Dichtung und Kritik. Neue Rundschau 41 (1930), Heft 12
204. Notizen im Speisesaal. Berliner Tageblatt vom 20. Oktober 1929
205. Mozarts Opern. Programmheft des Züricher Stadttheaters vom 25. Oktober 1932
206. Promenadekonzert. Simplizissimus 14 (1909), Nr. 20
207. Der Pyramidenrock. Neue Rundschau 36 (1925), Heft 2
208. An einem Regensonntag. Thüringer Allgemeine Zeitung, August 1931
209. Kleine Reise. Vossische Zeitung vom 14. August 1932
210. Reise auf dem Ozean. Münchner Neueste Nachrichten vom 26. Juli 1932
211. Über das Reisen. Die Zeit 49 (1904), Nr. 500
212. Schattenspiel. Simplizissimus 11 (1906), Nr. 6
213. Der Schlossergeselle. Simplizissimus 10 (1905), Nr. 2
214. Schmetterling zu Weihnacht. Vossische Zeitung vom 15. Dezember 1931
215. Der Schnitter Tod. Basler Nachrichten 6 (1911), Nr. 31
216. Christoph Schrempf zum 75. Geburtstag. Neue Rundschau 46 (1935), Heft 5
217. Sehnsucht nach Indien. Berliner Tageblatt vom 21. Dezember 1925
218. Die Sehnsucht unserer Zeit nach Weltanschauung. Uhu 3 (1926), Heft 2
219. Silbernagel. Simplizissimus 14 (1909), Nr. 8
220. Aus einem alten Skizzenbuch. Rheinlande 13 (1913), Heft 10
221. Sommernachtsfest. Vossische Zeitung vom 25. Juni 1933
222. Sommerreise. Münchner Neueste Nachrichten vom 2. September 1905
223. Eine Sonate. Simplizissimus 11 (1907), Nr. 49
224. Sor acqua. März 1 (1907), Heft 1
225. In einer kleinen Stadt. Velhagen & Klasings Monatshefte 32 (1918), Heft 5
226. Der Städtebauer. Rheinlande 11 (1911), Heft 1
227. Stimmungsbilder aus Oberitalien. Schweizer Hausfreund (Beilage des Basler Anzeigers) 16 (1901), Nr. 37/41, 43
228. Taedium vitae. Neue Rundschau 19 (1908), Heft 7
229. Aus einem Tagebuch des Jahres 1920. Corona 3 (1932/33), Heft 2
230. Aus dem Tagebuch eines Wüstlings. Simplizissimus 27 (1922), Nr. 2
231. Ein Stückchen Theologie. Neue Rundschau 43 (1932), Heft 6
232. Eduards des Zeitgenossen unzeitiger Traum. Simplizissimus 38 (1933), Nr. 13
233. Über den Koffer gebückt. Münchner Neueste Nachrichten vom 15. September 1928
234. Umbrischer Vorfrühlingstag. Neue Zürcher Zeitung vom 18. März 1934
235. Wanderschaft. Wieland 6 (1920), Heft 2
236. Was die Morgenpost beschert. Münchner Neueste Nachrichten vom 24. Januar 1932
237. Die kulturellen Werte des Theaters. Nord und Süd 32 (1908), Heft 4
238. Wie steht es mit Jean Paul? Neue Rundschau 25 (1914), Heft 3
239. Zu „Expressionismus in der Dichtung“. Neue Rundschau 29 (1918), Heft 6
240. Zwischen Winter und Frühling. Rheinlande 12 (1912), Heft 3

E. ÜBER HESSE UND SEINE UMWELT

Bücher:

241. Baaten, Heta: Die pietistische Tradition der Familien Gundert und Hesse — Bochum 1934: Pöppinghaus (Dissertation)
242. Ball, Hugo: Hermann Hesse — Berlin: Fischer 1927
243. Basler, Otto: Hermann Hesse 60 Jahre — Menzikon 1937: Baumann
244. Bühner, Karl Hans: Hermann Hesse und Gottfried Keller — Stuttgart: Bonz 1927
245. Fuchs, Hella: Hermann Hesse zu seinem 60. Geburtstag — Prag: Calve 1937
246. Geffert, Heinrich: Das Bildungsideal im Werk Hermann Hesses — Langensalza: Beyer 1927 (Dissertation)
247. Goes, Albrecht: Rede auf Hermann Hesse — Berlin: Suhrkamp 1946
248. Groth, Helge: Dichter des Humanismus im heutigen Deutschland. Bd. 1 — Berlin: Pfau 1939
249. Gundert, Adele: Marie Hesse — Stuttgart: Gundert 1934
250. Hartmann, Ursula: Typen dichterischer Selbstbiographien in den letzten Jahrzehnten — Bonn 1940: Brand (Dissertation)
251. Hennings-Ball, Emmy: Hugo Balls Weg zu Gott — München: Kösel-Pustet 1931
252. Kolb, Walter: Ansprache und Rede für Hermann Hesse — Frankfurt: Cobet 1946
253. Kuhn, Alfred: Hermann Hesse — Leipzig: Verlag für Literatur 1907
254. Lützkendorf, E. A. F.: Hermann Hesse als religiöser Mensch in seinen Beziehungen zur Romantik und zum Osten — Burgdorf 1932: Rumpeltin (Dissertation)
255. Matzig, R. B.: Der Dichter und die Zeitstimmung — St. Gallen: Fehr 1944
256. Mauerhofer, Hugo: Die Introversion — Bern: Haupt 1929 (Dissertation)
257. Oepke, Albrecht: Moderne Indienfahrer und Weltreligionen — Leipzig: Doerffling & Franke 1921
258. Plümacher, Walther: Versuch einer metaphysischen Grundlegung literaturwissenschaftlicher Grundbegriffe aus Kants Antinomienlehre mit einer Anwendung auf das Kunstwerk Hermann Hesses — Würzburg: Triltsch 1936 (Dissertation)
259. Schmid, H. R.: Hermann Hesse — Frauenfeld: Huber 1928
260. Waldhausen, Agnes: Hermann Hesse — Dortmund: Ruhfus 1910
261. Wiechert, Ernst: „Eine Mauer um uns baue . . .“ — Mainz: Werkstatt für Buchdruck 1927
262. Zelder, Georg: Mundartliche Einflüsse in der Sprache Hermann Hesses. Maschinenschriftliche Dissertation. Breslau 1922

Aufsätze und wichtige Erwähnungen in Büchern:

263. Almanach. Das 51. Jahr — Berlin: Fischer 1937 („Peter Suhrkamp: H. H.“)
264. Biese, A.: Deutsche Literaturgeschichte. 25. Aufl. — München 1930 (Bd. III S. 734/41)

265. Binz, A. F.: Die abendliche Allee — Würzburg 1924 (S. 51/59)
266. Fankhauser, A.: Von den Werten des Lebens — Bern 1922 (S. 83/94)
267. Fried, Alfred H.: Vom Weltkrieg zum Weltfrieden — Zürich 1916 (S. 90/94)
268. Hartwich, A.: Kulturwerte Bd. III — Bremen 1911
269. Kiener, H. (Hesse als Maler). In: Thieme-Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Bd. 16. Leipzig 1923
270. Klaiber, Theodor: Die Schwaben in der Literatur der Gegenwart — Stuttgart 1905 (S. 87/104)
271. Klaiber, Theodor: Gottfried Keller und die Schwaben — Stuttgart 1919 (S. 93/102)
272. Kraeger, Heinrich: Vorträge und Kritiken. Oldenburg 1911 (S. 210/15)
273. Kretschmer, Max: Schicksale deutscher Dichter. Langensalza 1933 (S. 253/78)
274. Marti, Fritz: Lichter und Funken — Zürich 1914 (S. 400/09)
275. Rathenau, Walter: Briefe. Dresden 1926 (Bd. I. S. 353)
276. Rilke, R. M.: Theater, Bücher, Kunst — Wien 1934 (S. 108/10)
277. Schröder, R. A.: Die Aufsätze und Reden — Berlin 1939 (Bd. II. S. 392/97)
278. Soergel, Albert: Dichtung und Dichter der Zeit — Leipzig 1912 (S. 775/80)
279. Weber, Marta: Im Vergangenen das Unvergängliche. Zürich 1942 (S. 191 ff.)

Aufsätze über Hesse (Auswahl):

280. Ackerknecht, Erwin: Hermann Hesse. Bücherei und Bildungspflege 1 (1921), Heft 5/6
281. Bach, Rudolf: Wandlung und Beharrung. Neue Rundschau 48 (1937)
282. Bollnow, O. F.: Probleme der Anthropologie. Die Sammlung 2 (1946), Heft 1
283. Buchwald, R.: Hermann Hesses letztes Schaffen. Die Lücke 1 (1946), Heft 7
284. Como, Cesco: Hermann Hesse. Eine psychische Studie. Deutsche Heimat 6 (1903), Heft 50
285. David-Schwarz, H.: Hermann Hesses Narziß und Goldmund in zwei verschiedenen Auffassungen. Psychologische Rundschau 3 (1931/32), S. 7/13
286. Diamond, W.: Hermann Hesses Weltanschauung. Monatshefte für deutschen Unterricht 22 (1930).
287. Dürr, Erich: Hermann Hesses Ich-Problem. Die Literatur 30 (1927), Heft 3
288. Elster, H. M.: Hermann Hesses Leben und Werk. Kölnische Zeitung 1927, Nr. 462
289. Engel, Otto: Hermann Hesse. Aussaat 1 (1946), Heft 2, 3
290. Georg, B.: Positive Zeitkritik. Die Neue Schau 8 (1947), Heft 1
291. Geyh, Karl Walther: Hermann Hesse als Künder einer neuen Zeit. Geistige Welt 1 (1946), Heft 1
292. Goes, Albrecht: Gruß und Dank an Hermann Hesse. Frankfurter Zeitung vom 1. Juli 1937
293. Helbling, Carl: Der Grundzug von Hermann Hesse. Wissen und Leben 13 (1920), Heft 18
294. Heuß, Theodor: Hermann Hesse. Die Hilfe 43 (1937), Heft 13
295. Jancke, Oskar: Hermann Hesses Dichtersprache. Die Literatur 43 (1941), Heft 7
296. Klaiber, Theodor: Hermann Hesse. Monatsblätter für deutsche Literatur 8 (1903), Heft 1
297. Koch, Herbert: Hermann Hesse. Der Horizont 1 (1946), Heft 27
298. Koch, Herbert: Studie über Hermann Hesse. Die Hilfe 42 (1936), Heft 17
299. Kunze, Wilhelm: Zur gegenwärtigen deutschen Literatur. Die Drei 4 (1925). Heft 12
300. Leuteritz, Gustav: Der Zauberer von Montagnola, Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Leipzig 113 (1946), Nr. 9/10
301. Lissauer, Ernst: Zu Hermann Hesses Lyrik. Literarisches Echo 24 (1922), Heft 12
302. Maaß, Joachim: Anmerkung zum Buch eines Magister Ludi. Neue Rundschau Stockholm 1946, Heft 3
303. Metelmann, Ernst: Bibliographie Hermann Hesses. Die schöne Literatur 28 (1927), Heft 7
304. Nestle, Wilhelm: Hermann Hesses „Glasperlenspiel". Aussaat 1 (1946). Heft 6/7
305. Rainalter, Erwin H.: Hermann Hesse. Die Gegenwart 43 (1914), Nr. 34
306. Rauch, Karl: Hermann Hesse und die neue Jugend. Junge Menschen 2 (1921), Heft 4
307. Schaefer, Wilhelm: Hermann Hesse. Deutsche Monatshefte 13 (1913), Heft 6
308. Scheffler, Karl: Zwei Besprechungen über Hesse als Maler. Kunst und Künstler 19 (1920/21)
309. Schmid, F. O.: Beiträge zur neueren schweizerischen Literaturgeschichte. I: Hermann Hesse. Berner Rundschau 1 (1906), Nr. 3
310. Schmid-Sulz, Paul: Gedanken über Hermann Hesse. Schwäbischer Merkur vom 19. November 1920
311. Schühle, Erwin: Linien in der Dichtung Hermann Hesses. Die Christengemeinschaft 1946, Heft 4
312. Die Sendung des Dichters. Ein offener Brief an Hesse. Benediktinische Monatsschrift 1931
313. Sengle, Fr.: Hermann Hesses dichterische Wandlung. Schwäbisches Tagblatt vom 20. September 1946
314. Sieveking, G.: Hermann Hesse und wir Jüngsten. Neue Zürcher Zeitung vom 22. Februar 1921
315. Stolz, Heinz: Hermann Hesse. Die Literatur 26 (1924), Heft 6
316. Strauß und Torney, Lulu v.: Hermann Hesse. Die Tat 15 (1922), Heft 9
317. Süskind, W. E: Hermann Hesse und die Jugend. Neue Rundschau 38 (1927), Heft 5
318. Suhrkamp, Peter: Hermann Hesse, Ursprung und Entwicklung. Die Neue Zeitung 2 (1946), Nr. 94
319. Thomas-San-Galli, W. A.: Hermann Hesse und die Musik. Der Merker 5 (1914), Nr. 113
320. Über Wasser, Walter: Der Maler Hermann Hesse. Die Schweiz 24 (1920), Nr. 9
321. Walter, Helmut: Hermann Hesse. Die Wochenpost 1 (1946), Nr. 6
322. Wiegler, P.: Der andere Hesse. Literarische Welt 1929, Nr. 27
323. Wiegler, P.: Hermann Hesses Lebensweg. Sonntag, Berlin 1 (1946), Nr. 22
324. Wieser, Sebastian: Hermann Hesse. Die Bücherwelt 12 (1915), Heft 10
325. Witkop, Philipp: Hermann Hesse. Die schöne Literatur 28 (1927), Heft 7
326. Wolfenstein, Alfred: Wölfisches Traktat. Weltbühne vom 19. Juli 1927
327. Wuestenberg, H. L.: Hermann Hesse und die Politik der Zeit. Berliner Hefte 1 (1946), Heft 3
328. Zarek, Otto: Notizen über einen deutschen Dichter. Neue Rundschau 34 (1923), Heft 4
329. Zeller, Gustav: Offener Brief an Hermann Hesse. Psychische Studien 47 (1920), Heft 12
330. Zoff, Otto: Über Hermann Hesse. Wieland 6 (1920), Heft 2

F. ÜBERSETZUNGEN

Von folgenden Werken Hesses erschienen Übersetzungen in fremde Sprachen:

Blick ins Chaos: Englisch (1923)
Peter Camenzind: Französisch (1910), Niederländisch (1907), Norwegisch (o. J.), Russisch (1905), Ungarisch (1920)
Demian: Dänisch (1923), Französisch (1930), Schwedisch (1925), Spanisch (1930)
Gertrud: Niederländisch (1918), Schwedisch (1919)
Kinderseele: Französisch (1931)
Klein und Wagner: Italienisch (1931)

Klingsors letzter Sommer: Italienisch (1931)
Knulp: Französisch (1925), Norwegisch (1930)
Narziß und Goldmund: Dänisch (1936), Italienisch (1933), Niederländisch (1931), Polnisch (1932)
Unterm Rad: Dänisch (1922), Russisch (1906)
Roßhalde: Dänisch (1944), Niederländisch (1934)
Schön ist die Jugend: Chinesisch (1937)
Siddhartha: Französisch (1925), Italienisch (1945), Niederländisch (1928), Polnisch (1932), Russisch (1931), Tschechisch (1932), Ungarisch (o. J.)
Steppenwolf: Englisch (1929), Französisch (1931), Niederländisch (1930), Polnisch (1929), Schwedisch (1932), Tschechisch (1931)
Weg nach Innen: Japanisch (o. J.)

G. ÜBERTRAGUNGEN IN BLINDENSCHRIFT

Franz von Assisi
Vom Baum des Lebens
Peter Camenzind
Demian
Diesseits
Es war ein König in Indien
Gedichte
Gertrud
Die Heimkehr
Aus Indien
Knulp
Kurgast
Der Lateinschüler
Hermann Lauscher
Musik des Einsamen
Nachbarn
Narziß und Goldmund
Unterm Rad
Nürnberger Reise
Roßhalde
Schön ist die Jugend
Siddhartha
In der alten Sonne
Umwege
Weg nach Innen

Der Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Hermann Ehlers

Der gegenwärtige Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland hat seine Formung im wesentlichen bereits in der Reformationszeit erhalten. Die Lösung der evangelischen Kirchentümer aus der Ordnung der römischen Kirche und die maßgebliche Stellung, die das Landesfürstentum in ihnen erhielt, haben das Bild der Evangelischen Kirche bis heute bestimmt. Wenn also von der gegenwärtigen Ordnung gesprochen wird, dann ist darin eine mehr als vierhundertjährige Geschichte eingeschlossen mit all ihren Vorzügen, aber auch mit allen Nachteilen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben.

Bevor wir auf die Einzelheiten eingehen, mag ein wichtiger Grundsatz vorweggestellt werden, der für die ganze Betrachtung, wie sie hier vorgelegt wird, entscheidend ist: die äußere Ordnung der Kirche läßt sich nicht trennen vom inneren und geistlichen Wesen der Kirche. Der Aufbau der Organe und die ganze Ordnung dienen in all ihren Formen der Ausrichtung des Auftrages der Kirche, und das ist ein geistlicher Auftrag. Auch wenn dieser Grundsatz Jahrhunderte hindurch wenig oder gar nicht beachtet worden ist, so hat ihn die Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit so großem Nachdruck ins Gedächtnis gerufen, daß heute vom Aufbau der Kirche nicht gesprochen werden kann, ohne daß dabei ständig ihres Wesens gedacht wird.

Die Struktur der evangelischen Kirchen in Deutschland ist zunächst entscheidend bestimmt durch das landesherrliche Kirchenregiment. Das Ausbrechen der auf mancherlei Weise reformierten Gemeinden und Kirchen aus dem hierarchischen Aufbau der römischen Kirche führte zunächst zu einem Vakuum. Die Rechte der bisherigen geistlichen Obrigkeit, der Bischöfe, wurden als suspendiert angesehen. Da aber irgendeine kirchliche Obrigkeit nicht entbehrt werden konnte, traten die Landesherren an deren Stelle. Die Geschichte der nächsten Jahrhunderte ist bestimmt durch die fortschreitende Lösung des Staates und seiner Repräsentanten vom Christentum und durch die Stärkung des Staatsabsolutismus. Auch der zunehmend weltanschaulich neutrale und absolute Staat nimmt die Herrschaft über die Kirche auf Grund des Territorialprinzips in vollem Umfange in Anspruch.

Erst im Zuge der Demokratisierung und Parlamentarisierung der Staaten änderte sich dieses Bild etwas, aber nicht grundlegend. Auch wenn im vergangenen Jahrhundert Kirchenordnungen und Verfassungen geschaffen wurden, wenn die Staaten die Erledigung der kirchlichen Angelegenheiten eigenen kirchlichen Behörden übertrugen, so blieb doch das Grundgefüge des landesherrlichen Kirchenregiments bis zur Absetzung der Landesfürsten im Jahre 1918 im Grundsatz bestehen. Die Fürsten hatten weiter die Stellung der obersten Bischöfe der Evangelischen Kirche, auch die katholischen Fürsten, wie zum Beispiel in Bayern.

Neben allen anderen — auch geistlichen — Bedenken hat dieser Aufbau der evangelischen Kirchen durch Jahrhunderte hindurch ihre weitgehende Zersplitterung bewirkt. Jedes Territorium mußte selbstverständlich seine eigene evangelische Kirche haben. Bis in unsere Tage hat sich als Typus dieser Art evangelischen Kirchentums etwa noch die Landeskirche von Eutin mit ihren fünfzehn Pfarrstellen erhalten.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts datieren die Versuche, die evangelischen Landeskirchen zu bestimmten Aufgaben enger zusammenzufassen. Am bekanntesten ist der Wittenberger Kirchentag im Jahre 1848 mit der aufsehenerregenden Rede Johann Hinrich *Wicherns* über die Notwendigkeit einer Inneren Mission der Kirche geworden. Aber bei all diesen Kirchentagen und Konferenzen handelte es sich um Zusammenkünfte, die die Kirchenregierungen zu bestimmten Beratungen zusammenfaßten. Die Selbständigkeit der Landeskirchen und der Gesamtaufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland sind dadurch nicht berührt worden.

Die Umwälzung im Jahre 1918 und die Absetzung der Landesfürsten hätten die Gelegenheit geboten, den bisherigen Aufbau der Kirche grundlegend zu ändern. Es zeigte sich aber, daß Vorgänge im politischen Raum nicht einen kirchlich begründeten Ansatzpunkt für eine Strukturwandlung der Kirche bieten. Abgesehen von geringfügigen Korrekturen, die den staatlichen Veränderungen folgten, zum Beispiel dem Zusammenschluß der Thüringischen Kirchen, blieb alles beim alten. Wie stark das landeskirchliche Denken Kirchen und Staaten beherrschte, geht unter anderem aus der merkwürdigen Tatsache hervor, daß die revolutionäre preußische Regierung zunächst einmal drei Minister in evangelicis einsetzte, die die bisherigen Rechte des Landesherrn in seiner Eigenschaft als summus episcopus wahrnehmen sollten. Eine Überprüfung der damals beschlossenen Kirchenverfassungen gibt deutliche Einblicke in die herrschenden Auffassungen. Entsprechend der im 19. Jahrhundert eingeleiteten Parallele zu der staatlichen Verfassungsgesetzgebung hatte es sich auch in der Kirche eingebürgert, die Ordnungen der kirchlichen Leitung und Verwaltung als „Verfassungen" zu bezeichnen. Ihr Aufbau, die Abgrenzung der verschiedenen Organe und die Regelung der Zuständigkeiten lassen fast durchweg ein völlig unverändertes Denken im staatskirchlichen Raum erkennen. Die Verfassungen bemühen sich in verschiedener Weise, kirchliche Organe an die Stelle des bisherigen Landesherrn zu

setzen, Altpreußen und Hannover-lutherisch zum Beispiel in der Form eines Kirchensenats. Die meisten Verfassungen legen Wert darauf, festzulegen, daß die „Kirchengewalt“ jetzt bei der Kirche oder der Synode liegt. Wir vermissen jede Untersuchung darüber, ob dieser Begriff der Kirchengewalt nicht völlig aus dem staatskirchlichen Denken stammt. Die Neuerungen, die eingeführt werden, sind durchweg nicht einem neuen kirchlichen Geist entsprungen, sondern stellen oft nur Parallelen zu parlamentarisch-demokratischen Ideen dar. Die Gestaltung des kirchlichen Wahlrechts zum Beispiel ist zumeist eine getreue Kopie staatlicher Wahlformen bis hin zur Einführung des Verhältniswahlrechts. Diese Ordnung und die daraus entspringende Parlamentarisierung des kirchlichen synodalen Lebens — kirchliche Parteien und Fraktionen! — haben nicht wenig zur Diskreditierung der synodalen Ordnung der Kirchen beigetragen.

Auch wo man sich in lutherischen Kirchen bemühte, an die Stelle der bisherigen Ordnungen neue kirchliche Organe zu setzen, blieb man in Ansätzen stecken.

Wenn also das Landeskirchentum im Aufbau der einzelnen Kirchen sich nicht veränderte, so führte das Streben nach einer Gesamtvertretung der evangelischen Kirchen in Deutschland doch zu einem ersten Erfolg. Nach langen Verhandlungen wurde in Wittenberg 1922 der Deutsche Evangelische Kirchenbund gegründet. Wenn er auch die Selbständigkeit der Landeskirchen unangetastet ließ — im staatsrechtlichen Denken könnte man ihn mit dem Staatenbund vergleichen — und wenn auch seine Organe, insbesondere der Kirchenbundesrat, als typisch föderalistisch erscheinen müssen, so kann doch nicht übersehen werden, daß zum erstenmal in der Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland im Deutschen Evangelischen Kirchentag ein Organ vorhanden war, das, wenn auch nicht in seiner Konstruktion, so doch in seiner praktischen Arbeit und Gestalt als eine Vertretung des evangelischen Deutschlands in seiner Gesamtheit erschien.

Es ist in der Folgezeit viel darüber diskutiert worden, ob der Kirchenbund im Sach- und Rechtssinn „Kirche“ sei. Eine einheitliche Meinung ist darüber nicht zustande gekommen. Daß die Frage, ob der Kirchenbund Kirche sei, überhaupt in dieser Form auftauchen konnte, beruhte nicht in erster Linie auf dem Fortbestehen des Landeskirchentums, sondern auf der konfessionellen Verschiedenheit der Landeskirchen.

Während die Mehrzahl der deutschen evangelischen Kirchen von der Wittenberger Reformation her bestimmt waren und sich auf den Boden des Augsburgischen Bekenntnisses gestellt hatten, war ein Teil der Gemeinden im Westen und Südwesten des Reiches einen anderen Weg geführt worden. Eine kleine Minderheit der evangelischen Christenheit Deutschlands stand auf dem Boden des reformierten Heidelberger Katechismus, darunter auch zwei Landeskirchen, Lippe und Hannover-reformiert. In einer größeren Zahl anderer Kirchen und Gemeinden gab es unklare Bekenntnisverhältnisse, reformierte Gebiete, die die Augustana beibehalten hatten, und so weiter in bunter Mannigfaltigkeit. Wenn das Zeitalter der Aufklärung und die Entkirchlichung der Massen im vergangenen Jahrhundert diese Unterschiede nicht mehr so im Vordergrund erscheinen ließen, wenn die wachsende Gemeinsamkeit des Glaubens und Lebens über die landeskirchlichen Grenzen hinaus manche trennende Wand beseitigt oder erniedrigt hatte, blieben doch die wesentlichen Unterschiede der Lehre insbesondere hinsichtlich des Verständnisses des heiligen Abendmahls, der Lehre vom Amt und der Bedeutung der Ordnung der Kirche bestehen. Diese Unterschiede hatten im 16. Jahrhundert zu tiefgreifenden Scheidungen geführt und ein „damnamus“ als gefordert erscheinen lassen. Es ging nicht an, derartige Scheidungen in der Lehre einfach durch Zeitablauf als erledigt anzusehen. Auch in diesem Problem bedurfte es erst ganz anderer Erschütterungen, um wirklich neue Gesichtspunkte ans Licht treten zu lassen.

Die maßgebliche Stellung der Fürsten im Aufbau der evangelischen Kirche führte dazu, daß häufig politische Gründe zu einem Konfessionswechsel des Landesherrn und dann meist auch des von ihm politisch und kirchlich beherrschten Territoriums führten. Auch wenn das nicht der Fall war, wirkte ein Übertritt etwa vom Luthertum zum reformierten Glauben, wie ihn die Hohenzollern zu Anfang des 17. Jahrhunderts aus machtpolitischen Gründen vollzogen, stark in die Struktur der Kirchen hinein. Nicht geringe Teile des Hofstaates und der Beamtenschaft schlossen sich dem Bekenntnisstand des Herrscherhauses an. Die so entstehende konfessionelle Spaltung wurde nun wieder von den Fürsten als staatspolitisch unerwünscht angesehen.

Eine Zeit, die unter dem Einfluß der Aufklärung zu kirchlichen Scheidungen eine andere Stellung einnehmen zu können glaubte als die früheren Zeiten, mußte auch auf den Gedanken kommen, daß die scheinbar unwichtig gewordenen konfessionellen Unterschiede durch Unionsgründungen überwunden werden könnten. Das beginnende 19. Jahrhundert hat darum die verschiedensten Versuche auf diesem Gebiet unternommen. Wir kennen mancherlei Typen der Union, von der völligen Vereinigung der Bekenntnisse in einer Consensus-Union, die — wie zum Beispiel in der Pfalz — außer der Unionsurkunde überhaupt kein Bekenntnis mehr hatte, über die föderative Union bis zur sogenannten Buchbinderunion, die einfach den Lutherschen und den Heidelberger Katechismus in einem Band zusammenfaßte. Neben diese meist von oben befohlenen Unionen traten die unentwirrbaren Vermischungen der Bekenntnisse im Zuge der Industrialisierung und Binnenwanderung Deutschlands, die zum Beispiel in den rheinisch-westfälischen Großstädten praktisch zu Unionskirchen, häufig mit Unionskatechismen, führten.

Es soll hier nicht auf die kirchlich-theologischen Folgen dieser Entwicklung im einzelnen eingegangen werden. Für den Aufbau der Kirche in Deutschland ergaben sich aus diesen Unionen aber insofern sehr erhebliche Konsequenzen, als neben die ganz überwiegend lutherischen Kirchen und die wenigen reformierten Gemeinden jetzt große Gebiete traten, die keinen einwandfreien lutherischen oder reformierten Bekenntnisstand mehr hatten und deren kirchliche Qualität von den Landeskirchen, die jedenfalls verfassungsmäßig — häufig aber auch n u r n o c h in der geschriebenen Verfassung — einen unangetasteten Bekenntnisstand hatten, angezweifelt wurde. Das war besonders bemerkenswert dadurch, daß die Evangelische Kirche der altpreußischen Union, die etwa zwei Drittel des deutschen Protestantismus umfaßte, eine Unionskirche — wenn auch nur in der Form einer föderativen Union — war. Damit waren die ursprünglich rein lutherischen Gebiete des deutschen Ostens, in Minden-Ravensberg und am Rhein in ihrem lutherischen Charakter mangels einer lutherischen Kirchenleitung zum mindesten zweifelhaft geworden. Vor diesen Fragen stehen wir auch noch heute.

Die Unionsgründungen des 19. Jahrhunderts haben insgesamt für die Frage des Aufbaus der Kirche den Beweis erbracht, daß eine Beseitigung konfessioneller Unterschiede aus kirchlich nicht fundierten Gründen oder die Zusammenfassung von Kirchen aus staatspolitischen Gründen nicht geeignet ist, der echten Vereinheitlichung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu dienen.

Die Evangelische Kirche im Dritten Reich

In dieser Zerrissenheit überfiel nun die evangelische Kirche im Jahre 1933 der Einbruch des Nationalsozialismus.

Einmal läßt sich feststellen, daß vieles durch die gewaltsame Gleichschaltung und die Eroberung aller maßgebenden Positionen durch die nationalsozialistischen Deutschen Christen verdorben worden ist, andererseits läßt es sich nicht leugnen, daß die evangelischen Kirchen weder in ihrem Aufbau noch in ihren Gemeinden noch in ihren leitenden Amtsträgern einem solchen Ansturm von außen

kommender und aus politischen Gründen handelnder Kräfte gewachsen waren. Man darf auch darin die fortwirkende Kraft des Landeskirchentums sehen, daß die evangelischen Kirchen sich stärker als die römisch-katholische Kirche mit dem Staat verbunden fühlten. Eine mit der Parole der völligen inneren und äußeren Erneuerung von Staat und Kirche auftretende Bewegung, die sich ein gut Teil der nationalen und sozialen Parolen zu eigen machte, die auch die Kirche bisher bestimmt hatten, mußte unter diesen Umständen leichtes Spiel haben. Rückblickend darf man wohl sagen, daß das Gelingen des nationalsozialistisch-deutschchristlichen Einbruchs im Jahre 1933 nicht das Erstaunliche ist, sondern die Tatsache, daß sich aus dieser Kirche und aus einer sehr stark im beamtenmäßigen Denken erzogenen Pfarrerschaft so schnell so viel Laien und Pfarrer fanden, daß der erste Ansturm der Deutschen Christen praktisch binnen Jahresfrist abgeschlagen werden konnte.

Was geschah nun hinsichtlich des Aufbaus der Evangelischen Kirche? Am 11. Juli 1933 wurde die Verfassung der „Deutschen Evangelischen Kirche" von den Vertretern aller deutschen evangelischen Landeskirchen, die zum großen Teil damals noch nicht unter deutsch-christlicher Führung standen, angenommen. Kennzeichnend ist die Präambel dieser Verfassung: „In der Stunde, da Gott unser deutsches Volk eine große geschichtliche Wende erleben läßt, verbinden sich die deutschen evangelischen Kirchen in Fortführung und Vollendung der durch den Deutschen Evangelischen Kirchenbund eingeleiteten Einigung zu einer einigen Deutschen Evangelischen Kirche. Sie vereinigt die aus der Reformation erwachsenen gleichberechtigten Bekenntnisse in einem feierlichen Bund und bezeugt dadurch: Ein Leib und ein Geist, ein Herr, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott und Vater unser aller, der da ist über allen und durch alle und in allen." Und der Artikel 1 dieser Verfassung legt die Bekenntnisgrundlagen fest mit den Worten: „Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt."

Professor Werner *Weber*, der Kommentator des nationalsozialistischen Staatskirchenrechts, hatte sicher recht, wenn er sagte, daß die Kirchenverfassung vom 11. Juli 1933 in erster Linie eine Begleiterscheinung der Reichsreform gewesen sei. Die Präambel macht deutlich, daß der eigentliche Antrieb zu diesem Vorgang ein politischer war. Es ist peinlich, daß dieser politische Vorgang, der keinerlei kirchliches Gewicht hatte, in der Lage war, alle Bedenken und Fragen, die jahrzehntelang die Einigung der evangelischen Kirchen gehemmt und nur den kirchenbündischen Zusammenschluß des Jahres 1922 zugelassen hatten, beiseitezuschieben. Weder die Frage der Möglichkeit des Zusammenschlusses verschiedener Bekenntniskirchen in einer „Kirche" überhaupt noch die Leitung dieser „Kirche" durch ein bekenntnismäßig gemischt zusammengesetztes geistliches Ministerium noch die Ungeklärtheit der Unionen verhinderten jetzt plötzlich den Zusammenschluß der „einigen" Kirche. Wenn auch in ihrem Aufbau bei der Zusammensetzung des geistlichen Ministeriums und der Nationalsynoden und durch die bescheidenen Befugnisse der Konferenz der im leitenden Amt stehenden Kirchenführer gewisse föderalistische Gesichtspunkte berücksichtigt waren, so war doch die Tendenz schon durch das Amt des Reichsbischofs ausgesprochen zentralistisch.

Nach Überwindung des ersten Schocks hat sich in den intakt gebliebenen Landeskirchen auch der erste Widerstand bei der Verteidigung oder Wiedergewinnung der landeskirchlichen Selbständigkeit gezeigt. In den sogenannten zerstörten Kirchen, insbesondere in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, mußte der Widerstand bereits früher und wesentlich mehr am Zentrum einsetzen.

Wenn auch die Ereignisse des Jahres 1933 und der folgenden Jahre zum Teil bereits Geschichte sind, so wirken sie doch auch heute noch auf den Aufbau der Evangelischen Kirche und auf die heutige Problemstellung so stark ein, daß die Vorgänge kurz in Erinnerung gerufen werden müssen. Man wird zwei ganz verschiedene Phasen zu unterscheiden haben. Die erste ist die Zurückschlagung des Versuchs der Deutschen Christen, die Macht in der Kirche zu erlangen und diese Macht rücksichtslos zur völligen Gleichschaltung des inneren und äußeren Lebens der Kirche auszunutzen. In den Jahren 1933 und 1934 haben sich Millionen von Menschen gefunden, die sich durch eine unterschriftliche Erklärung zur Treue gegenüber der kämpfenden Kirche und zum Opfer für ihren Kampf verpflichteten. Sie schufen damit die Voraussetzungen für einen Widerstand, der auch im politischen Raum historische Bedeutung gewann. Es zeigte sich, daß, abgesehen von einigen Kirchengebieten, die deutschchristliche Bewegung weder in der Auswahl ihrer Führer noch in ihrem geistigen Format die Kraft hatte, die in einem Ansturm errungenen Positionen zu halten. Im Herbst 1934 brach praktisch nach der zweiten umfassenden Bekenntnissynode in Dahlem im Oktober der deutschchristliche Versuch einer unumschränkten Regierung der Deutschen Evangelischen Kirche und der altpreußischen Kirche zusammen, nachdem die Angriffe auf Württemberg und Bayern gleichfalls zurückgewiesen worden waren.

Es hatte sich, sehr zur Überraschung der deutschchristlichen Kreise und ihrer politischen Antreiber, gezeigt, daß die Erwartung getrogen hatte, die *Weber* einmal so formulierte: „Man mochte auch damit rechnen, durch geeignete Personalunionen bestimmter Ämter in Staat und Kirche zu einer völlig neuen Form der staatskirchenrechtlichen Beziehungen zu gelangen, und darauf hoffen, daß der nationalsozialistische Aufbruch im Volke ein ganz anders geartetes Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche herausbilden würde, dessen Gestaltung man zunächst der Entwicklung überlassen mußte". Die Kirche, ihre Pfarrer und Gemeinden hatten sich als wesentlich widerstandsfähiger erwiesen, als man es erwartet hatte. Es war der Bekennenden Kirche gelungen, überall die Gemeinde in Bewegung zu bringen. Die Geheime Staatspolizei verfolgte mit Sorge die ständig größer werdenden Bekenntnisversammlungen und Gottesdienste. Es hatte sich jedenfalls gezeigt, daß die von dem zeitweiligen „Rechtswalter" der Deutschen Evangelischen Kirche, *Jäger*, ausgesprochene Hoffnung, daß die Partei die „religiöse Funktion" im Volke bald allein wahrnehmen werde, sich so bald nicht erfüllen würde.

Die Neuordnung des Aufbaus der Deutschen Evangelischen Kirche von 1933 hatte die Erwartungen nicht erfüllt, und so ließ der Staat praktisch die meisten Vertreter der deutschchristlichen Kirchenregierungen im Herbst 1934 fallen, auch wenn sie formell noch die Posten behielten, die ihnen zugefallen waren. In der Struktur der Deutschen Evangelischen Kirche hatte sich in dieser Zeit eine Wandlung vollzogen. Mehr oder weniger freiwillig hatten alle Landeskirchen die Vereinheitlichung des Sommers 1933 mitgemacht. Notwendigerweise setzte der Widerstand bei manchen Kirchen zunächst bei dem Versuch an, einen Teil der einstigen Selbständigkeit zurückzugewinnen. Entsprechend der geschichtlichen Entwicklung von Jahrhunderten konnte es sich dabei aber nur um eine erneute Stärkung des in seinen Ursprüngen bereits lange überholten Landeskirchentums handeln. Es wäre ein unabsehbarer Schaden für die gesamte kirchliche Entwicklung geworden, wenn diese — zweifellos vorhandenen und bis heute nicht verschwundenen — Tendenzen allein den Widerstand der Bekennenden Kirche bestimmt hätten. Das war aber nicht der Fall. Der gemeinsame Kampf und Widerstand führten nicht zu einer Aufgliederung in eine Vielzahl von landeskirchlichen Widerstandszentren, sondern drängten zur Einheit. Bereits im Mai 1934 versammelten sich Vertreter der gesamten Bekennenden Kirche Deutschlands in der Gemarker Kirche — dem alten reformierten Gotteshaus Barmens — zur ersten Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche.

Was im Deutschen Evangelischen Kirchenbund bis zuletzt eine strittige Frage gewesen war, ob der Kirchentag ein nur föderatives oder ein unitarisches Organ gewesen sei, war in Barmen kein Problem mehr. Zwar wurde darauf hingewiesen, daß die Deutsche Evangelische Kirche ein Bund von Bekenntniskirchen sei, aber daß hier Männer aus ganz Deutschland zusammenkamen, die nicht als Funktionäre von Landeskirchen handelten, sondern als Repräsentanten der im Bekennen und im Widerstand gegen die Irrlehren der Zeit einigen Deutschen Evangelischen Kirche, das war niemand zweifelhaft. Gegenüber diesen Irrlehren vereinigten sich die Männer der Synode zu sechs Sätzen, die in der Verwerfung der Irrlehre und im gemeinsamen Bekenntnis das von der Kirche in jener Stunde geforderte Wort sprachen.

Dieser Vorgang von Barmen hat sich verstärkt durch die bereits erwähnte zweite Bekenntnissynode von Berlin-Dahlem im Oktober 1934, in der wieder aus dem unmittelbaren Anlaß der deutsch-christlichen Gewaltherrschaft ein gemeinsames Wort zur Ordnung der Kirche gesagt und die Forderung gegenüber dem Staat proklamiert wurde, daß die Kirche in ihren eigenen Fragen, insbesondere in Dingen der Lehre und Ordnung, allein zu urteilen und zu entscheiden berufen ist.

Über den unmittelbaren Anlaß hinaus klingt durch die Beschlüsse der Dahlemer Synode ein nicht mehr überhörbarer Ton. Nach mehreren Jahrhunderten des Landeskirchentums, in dem die Regierung der Kirche durch den Staat fast als selbstverständlich angenommen war, und gegenüber einer noch totaleren Bedrohung jeder Selbständigkeit der Kirche durch den hinter den Deutschen Christen stehenden nationalsozialistischen Weltanschauungsstaat wird hier zum erstenmal die Eigenbestimmung der Kirche nicht nur über ihre Lehre, sondern auch über ihre Ordnung, das heißt ihren ganzen Aufbau, proklamiert. Das Jahr 1934 wird dadurch immer seine Bedeutung in der Geschichte der Deutschen Evangelischen Kirche behalten, daß die Abwehr eines totalitären Zentralismus nicht zur Flucht in die atomisierten Landeskirchen führte, sondern in das gemeinsame Bekennen rief, und daß diese in der Abwehr des staatskirchlichen Zentralismus zusammenstehende Kirche die endgültige Scheidung vom Prinzip des Staatskirchentums in jeder Form vollzog.

Die staatskirchliche Praxis sah aber zunächst ganz anders aus. Zwar war der deutsch-christliche Machtapparat zum Teil zurückgezogen. Aber durch andere Methoden wurde jetzt nicht mehr von den Deutschen Christen als einer Bewegung, von der sich die Partei notfalls distanzieren konnte, sondern vom Staat und von der Partei selbst die Regierung der Kirche in die Hand genommen. Die Berufung des Kirchenministers, das Gesetz über die Vermögensverwaltung in den evangelischen Landeskirchen vom 11. März 1935, das die Einsetzung von staatlichen Finanzabteilungen ermöglichte, mit seinen Durchführungsverordnungen, weiter das Gesetz über das Beschlußverfahren in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche vom 26. Juni 1935, das die häufig peinlich gewordene Rechtsprechung unabhängiger Gerichte ausschaltete und die Urteile an kirchenpolitische Entscheidungen des Ministeriums band, und schließlich das Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. September 1935 mit seinen Durchführungsverordnungen, das dem Staat nun auch das Recht gab, Kirchenleitungen nach seinem Willen zu berufen, sind die kennzeichnenden Etappen auf dem Wege zur Staatskirche — nun aber einer Staatskirche, die von dem alten landesherrlichen Kirchenregiment dadurch unterschieden war, daß dieser Staat nicht mehr sich als hervorragendes Glied der Kirche noch auch nur als weltanschaulich neutraler Staat verstand. Jetzt trat ein in seinem ganzen Wesen antichristlicher Staat in Erscheinung, der — wie aus manchen nachträglich bekanntgewordenen Äußerungen hervorgeht — kein anderes Ziel kannte, als den christlichen Glauben durch seine sogenannte Weltanschauung zu ersetzen. Es war kein Abweichen von diesem Wege, sondern nur ein Gebot taktischer Klugheit nach innen und außen, daß als Repräsentanten des Staates und der Kirche nicht ausgesprochene Kirchengegner herausgestellt wurden, sondern Männer, die wie der Reichsminister *Kerrl* vielleicht noch ein kirchliches Anliegen hatten oder wie manche Mitglieder von Kirchenausschüssen, insbesondere der Generalsuperintendent D. *Zoellner*, einen geachteten kirchlichen Namen in dieses schlechte Geschäft einbrachten. Es gibt heute niemand mehr, der ernstlich leugnen könnte, daß der Staat trotz aller Tarnung einen ganz eindeutigen Weg ging, um nun mit Überredung und mit Gewalt den Weg zu einem völlig neuen Verhältnis von Kirche und Staat zu gehen, das heißt aber zu der Vernichtung einer selbständigen Ordnung und einer nur am Wort Gottes ausgerichteten Verkündigung der Kirche. Das ist damals noch nicht klar erkannt worden. Auf der Bekenntnissynode von Bad Oeynhausen im Frühjahr 1936 zerbrach die Bekennende Kirche an der verschiedenen Beurteilung der Absichten des Staates hinsichtlich der Kirchenausschüsse, aber doch wohl auch an einem verschiedenen Verständnis des Verhältnisses von Staat und Kirche überhaupt. Das Nebeneinander der in Oeynhausen neu zusammengesetzten „Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche" als des Organs der Bekennenden Kirche im engeren Sinne und des „Rates der Evangelisch-lutherischen Kirche" als der Vertretung der intakten Landeskirchen und einiger ihnen folgender Bruderräte hat in der evangelischen Christenheit Deutschlands nicht wenig Verwirrung angerichtet und zu dem Mißverständnis beigetragen, daß eigentlich vom Staat her alles in Ordnung sei, daß aber die „zänkischen Pfaffen" sich nicht vertragen könnten. Der Staat hat diese Auffassung ständig genährt. Nachdem auf diese Weise der Kirchenkampf dem Interesse der breiten Masse und auch des Auslands weithin entrückt war, konnte er darangehen, durch eine intensive Kleinarbeit seinem Ziel näherzukommen. Es wäre gut, wenn die Jahre 1935 bis 1945 einmal unter diesem Gesichtspunkt geschildert würden. Es würde sich dann zeigen, wie Tausende von Maßnahmen, die meistens über die engeren Bereiche hinaus nicht mehr bekannt wurden, dem Ziel der endgültigen Beseitigung einer selbständigen, an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirche dienten. Ausweisungen und Aufenthaltsgebote für Pfarrer und andere Glieder der Kirche, Verbannungen an ferngelegene Orte, Redeverbote, Versammlungsverbote, Überwachung und Auflösung von Versammlungen und Gottesdiensten, Verhinderung jedes Nachrichtendienstes der Kirche, Beseitigung fast der letzten Reste der kirchlichen Presse, Einschränkungen kirchlicher Jugendarbeit in jeder Form sind nur einige Momente, die das umfassende Bild eines zielbewußt vorgehenden Staates beleuchten würden. Nur von Zeit zu Zeit erfolgten noch einmal größere Aktionen, die dann in die Öffentlichkeit hineingebracht wurden, natürlich in einer vom Propagandaministerium gewünschten Form, wie etwa die Verhaftung Martin *Niemöllers*, der fehlgeschlagene Versuch der Ausschaltung des altpreußischen Bruderrats durch ein ungeschickt eingeleitetes Gerichtsverfahren im Sommer 1937 und insbesondere die mit rücksichtsloser Energie und allen Propagandamitteln geführte Aktion gegen die maßgebenden Leute der Bekennenden Kirche anläßlich der Gebetsliturgie für die Erhaltung des Friedens auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise im Herbst 1938. Die vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche hatte unter dem Eindruck der unmittelbar drohenden Kriegsgefahr allen Pfarrern eine Gottesdienstordnung für einen Gebetsgottesdienst vorgeschlagen, in dem um den Frieden gebetet werden sollte. In dieser Ordnung kam neben mancherlei Schriftlesungen unter anderem der Satz vor: „Wir bekennen vor Dir die Sünden unseres Volkes. Dein Name ist in ihm verlästert, Dein Wort bekämpft, Deine Wahrheit unterdrückt worden. Öffentlich und im geheimen ist viel Unrecht geschehen. Eltern und Herren werden verachtet, das Leben verletzt und die Ehre des Nächsten angetastet. Herr, unser Gott, wir klagen vor Dir diese unsere Sünden und unseres Volkes Sünden. Vergib uns und verschone uns mit Deinen Strafen." Überall, wo dieser Gottesdienst gehalten wurde, hatte er die stärksten Wir-

kungen. Es wurde deutlich, daß die Masse der Gemeinde und des Volkes überhaupt den Krieg radikal ablehnte. Die Kirche wurde hier plötzlich in einer hochpolitischen Angelegenheit zur Sprecherin der Nation, die sonst stumm und gegenüber der Propaganda wehrlos war. Der Staat schlug sofort zu. Um vor der Öffentlichkeit die verantwortlichen Männer auch kirchlich zu diffamieren, wurden eine Anzahl von Bischöfen, die aus dem Kirchenkampf einen Namen hatten und zum Teil der Bekennenden Kirche angehörten, veranlaßt, vor dem Minister *Kerrl* eine Erklärung gegen die für die Liturgie verantwortlichen Männer abzugeben, in der diese Ordnung nicht nur aus politischen, sondern auch aus kirchlichen Gründen abgelehnt wurde. Damit war die Verwirrung vollkommen, und dem Staat stand der Weg frei, seine innerkirchlichen Ziele ungestört weiterzuverfolgen.

Es war für die kämpfende Kirche verhängnisvoll, daß auch nach dem Rücktritt des Reichskirchenausschusses, den der Vorsitzende D. *Zoellner* in eindrucksvoller Weise in der kirchlichen Öffentlichkeit begründete, der Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen aller positiven Kräfte der Kirche nicht wieder gefunden wurde. Der Weg des Kompromisses war einmal beschritten und wurde fortgesetzt. So manche Verlautbarung des sogenannten Geistlichen Vertrauensrats der Deutschen Evangelischen Kirche, der sich aus drei Kirchenführern gebildet hatte, etwa zum Beginn des Rußlandfeldzuges oder nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944, ist viel weniger bedeutsam dadurch, daß auf die Unterzeichner solcher Telegramme oder Kundgebungen ein schiefes Licht fällt, als dadurch, daß vor der Öffentlichkeit und auch der kirchlichen Öffentlichkeit immer wieder ein falsches Bild erweckt und die Absichten des Staates getarnt wurden.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß bis heute nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland die Lage häufig verkannt wurde. Der Verfasser hatte im Vorsommer 1939 ein längeres Gespräch mit dem Lordbischof von Gloucester, der mit der Absicht nach Deutschland kam, sich einen Eindruck von den kirchlichen und politischen Verhältnissen zu verschaffen. Es war den staatlichen und staatskirchlichen Beauftragten in vollem Umfange gelungen, diesem englischen Bischof Sand in die Augen zu streuen, so daß er immer wieder seiner Auffassung Ausdruck gab, der Nationalsozialismus verfolge die Kirche nicht, wenn diese sich auf ihre religiöse Aufgabe beschränke, und Martin *Niemöller* sitze nur darum im Konzentrationslager, weil er auf der Kanzel politische Reden gehalten habe. Im Hinblick auf das, was später geschehen ist und was dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit darum vorgeworfen wird, ist diese Sicht der Dinge durch einen prominenten Führer der Church of England nicht unwichtig.

In dieser Lage erlebte die Evangelische Kirche den Krieg und den Zusammenbruch. In den letzten Jahren des nationalsozialistischen Regimes hatte Landesbischof D. *Wurm* bereits die ersten Verhandlungen geführt, um alle kirchlich eingestellten und aufbauwilligen Kräfte zusammenzufassen. In seinem Einigungswerk waren die Bekennende Kirche mit ihrem Reichsbruderrat, der Lutherrat, die intakten Kirchen und die großen Werke der Kirche vertreten.

Nach dem Zusammenbruch

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch erfolgten die seit langem durchdachten Maßnahmen in den einzelnen Kirchen. Zumeist verschwanden die deutsch-christlichen Kirchenleitungen, wo sie noch vorhanden waren wie in Thüringen und Mecklenburg, sehr schnell. In den zerstörten Kirchen traten neue Kirchenleitungen an die Stelle der vom Staat berufenen Ausschüsse. Es ist dabei verschieden verfahren worden, je nach den landschaftlichen und kirchlichen Gegebenheiten. Zumeist wurden führende Männer der Bruderräte der Bekennenden Kirche und Vertreter der kirchlichen Werke, etwa der Inneren Mission, in die Kirchenleitungen kommissarisch berufen.

Zunächst hob die Neugestaltung der Kirche in den Landeskirchen und ihren Gemeinden an. In einigen Kirchen wurde aus dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches" und der in ihm geschaffenen einheitlichen Ordnung der Deutschen Evangelischen Kirche die Folgerung gezogen, daß die Landeskirchen ihre Selbständigkeit nun wiedererlangt hätten und daß eine Deutsche Evangelische Kirche nicht mehr bestehe, jedenfalls keine Rechte mehr gegenüber den Gliedkirchen geltend machen könne. Besonders die Bayerische Kirche vertrat auf Grund eines *Liermann*schen Gutachtens diesen Standpunkt.

Voraussetzung der Neuordnung war, daß die zum großen Teil noch aus den Kirchenwahlen des Jahres 1933 stammenden Kirchenräte in den Gemeinden ersetzt oder gereinigt wurden. Das hat in den meisten Kirchen keine wesentlichen Schwierigkeiten gemacht, weil durchweg auf ältere Bestimmungen über die Abberufung von Kirchenältesten in Sonderfällen zurückgegriffen werden konnte. Kirchenrechtlich interessant ist die Methode, in der dann Synoden der Landeskirchen berufen wurden. Zumeist konnten die alten Kirchenwahlbestimmungen nicht angewandt werden, da einmal die Militärregierung Urwahlen aus den Gemeinden nicht zuließ, andererseits aber auch die meisten Kirchen das in den zwanziger Jahren geschaffene Wahlrecht nicht mehr als kirchlich tragbar ansahen. Die meisten Kirchen haben daraufhin ihre Synoden in der Form der indirekten Wahl aus den Gemeindekirchenräten über die Kreissynoden gewählt. Andere haben die bisherigen Kirchenleitungen die Synoden ernennen lassen.

Überall war das Bestreben erkennbar, möglichst bald zu Synoden zu kommen, die aus wirklich kirchlichen Wahlen hervorgegangen sind. Voraussetzung dafür war die Neuwahl kirchlicher Gemeinderäte in einer kirchlichen Art und Weise. Wenn bisher das Zustandekommen der Gemeindekirchenräte sich außerordentlich stark den politischen Wahlsystemen näherte — es wurde bereits darauf hingewiesen, daß manche Kirchen die Verhältniswahl eingeführt hatten —, so bemühte man sich jetzt um kirchliche Wahlformen. Voraussetzung dafür war allerdings, daß man sich darüber klar wurde, daß die kirchlichen Gemeinderäte wesentlich mehr als bisher eine Mitverantwortung für das geistliche Leben der Gemeinden übernehmen mußten. Sie waren in der Vergangenheit viel zu stark allein mit finanziellen und Verwaltungsaufgaben belastet worden. Auch hier boten die Erfahrungen des Kirchenkampfs die erforderlichen Anhalte. Die Bekennende Kirche hatte von vornherein die Leitung ihrer Kirchen und Gemeinden in die Hand der Bruderräte gelegt. Diese waren Verwaltungsinstanzen nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen. Ihre Hauptaufgabe lag in der geistlichen Verantwortung für die Gemeinde und ihr Leben, die sie mit dem Pfarrer gemeinsam trugen und häufig, wenn kein Pfarrer der Bekennenden Kirche vorhanden war oder wenn er verhaftet wurde, allein übernehmen mußten. Hier sind, besonders auch in der Kriegszeit, eine große Zahl von Laien in die unmittelbare geistliche Verantwortung hineingestellt worden, wie unsere Kirche es bisher nicht gekannt hat. Es ist für diese Entwicklung kennzeichnend, daß neben den Pfarrern, die ermordet wurden oder ins Konzentrationslager kamen, eine große Zahl von Laien Leben und Freiheit im Kampf der Kirche verloren haben, so der Jurist der Vorläufigen Kirchenleitung der Bekennenden Kirche, Landgerichtsdirektor Dr. *Weißler*, und der Jurist der altpreußischen Bekennenden Kirche, Assessor Friedrich Justus *Perels*.

Es erschien notwendig, diese Intensivierung der geistlichen Mitarbeit der Laien nicht wieder zu verlieren. Dazu war aber erforderlich, daß die Kirchenältesten von vornherein nach kirchlichen, nicht nach politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewählt wurden. Dann mußte auch dafür Sorge getragen werden, daß die Gemeinden, die die Ältesten wählten, um ihre Verantwortung wußten und bereit waren, die Wahl so vorzunehmen, daß die kirchlich geeigneten Männer und Frauen in die Kirchenräte kamen. Es war also erforderlich, daß nicht wie bisher jeder Kirchensteuerzahler wählen konnte, auch wenn er am geistlichen Leben der Gemeinde keinen Anteil hatte, sondern

daß die Wahlberechtigung in der Kirche an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wurde. Die meisten Kirchen haben unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte inzwischen Wahlgesetze geschaffen, in denen die Wahlberechtigung von einer Anmeldung zu einer kirchlichen Wählerliste und der Erfüllung ganz bestimmter kirchlicher Voraussetzungen abhängig gemacht wird. Zumeist sind dies die Erfüllung der üblichen kirchlichen Pflichten, Begehren der kirchlichen Amtshandlungen, christliche Erziehung der Jugend und Teilnahme an den Gottesdiensten der Gemeinden. In vielen Kirchen wird dazu eine Wählererklärung gefordert, die — bei der Anmeldung abgegeben — dem Wähler seine kirchliche Verantwortung klarmacht.

Ein besonderes Anliegen dieser neuen Wahlgesetze ist es, soweit das überhaupt auf dem Wege der Rechtssetzung geschehen kann, Vorsorge zu treffen, daß nicht wieder ein unkontrollierbarer Einbruch außerkirchlicher, etwa politischer Kräfte in den kirchlichen Raum erfolgt und die kirchliche Ordnung erneut zerstört.

Die meisten Kirchen haben auch Gesetze über die Bildung der Landessynoden geschaffen und den neuen Synoden die Wahl der Kirchenleitungen sowie die Arbeit an den Kirchenordnungen übertragen.

In manchen Kirchen ist die Kirchenleitung jetzt einem Bischof übertragen worden. Jedenfalls ist auch dort, wo die Kirchenleitung weiterhin einem Kollegium übertragen ist — und das ist in den meisten deutschen evangelischen Landeskirchen der Fall —, dem leitenden geistlichen Amtsträger die Amtsbezeichnung Bischof verliehen worden.

Dies ist eine Entwicklung, die nicht aus dem Kirchenkampf entspringt, sondern auf Bestrebungen zurückgreift, die bereits vorher vertreten wurden. Die Kirchenkampfzeit war in weitgehendem Maße auf die Gemeinden angewiesen. Auch dort, wo die Kirchenleitung versagte oder gewaltsam beseitigt wurde, gab es das Pfarramt und die lebendige Gemeinde.

Diese Gemeinde leistete Widerstand und baute die Kirche zusammen mit anderen Gemeinden neu auf, die in der gleichen Lage waren. Der Typ der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche wird somit der aus den Bekenntnissynoden heraus gewählte Bruderrat, der sich meist einen Rat zur Führung der laufenden Geschäfte bestellte. Abgesehen von den sogenannten intakten Kirchen war das Bischofsamt, wo es bereits geschaffen war, zumeist von den deutschchristlichen Führern besetzt worden.

Mit dem Wegfall dieser Pseudobischöfe und mit der Sehnsucht nach der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse kam man weithin auf den Bischofstitel zurück. Es kann dabei nicht übersehen werden, daß in den meisten Kirchen, die den Bischof bereits hatten oder die ihn jetzt neu beriefen, die kirchenordnungsmäßigen Voraussetzungen dazu nicht gegeben waren. Es gibt kaum eine Kirchenordnung in der Evangelischen Kirche Deutschlands, in der das Bischofsamt ausreichend umschrieben wäre. Zumeist handelt es sich — man muß das bedauernd feststellen — um die Einführung eines Titels, während die Ausfüllung dieses Titels nach der Seite der sachlichen Zuständigkeiten einer späteren Zeit überlassen bleibt. Das wird besonders auffällig, wenn man feststellt, daß nicht nur lutherische Kirchen, sondern auch Kirchen mit uniertem Bekenntnis, die ursprünglich im wesentlichen reformiert waren, die beschleunigte Übernahme eines Bischofstitels für erwünscht gehalten haben. Es wäre gut gewesen, die Evangelische Kirche hätte sich rechtzeitig um die Klärung des bischöflichen Amtes bemüht, ehe sie in dieser Eile Bischofstitel geschaffen hätte.

Fest steht für alle Landeskirchen, daß es sich bei der Übernahme des Bischofsamtes nicht um die Errichtung einer kirchlichen Hierarchie mit höheren Weihen handelt. Der Bischof ist in der lutherischen Kirche wohl der erste Pfarrer seiner Kirche, aber eben ein Pfarrer, der in seinem geistlichen Amt nicht über den übrigen Trägern dieses Amtes steht.

Die Fundierung des Bischofsamts durch die Kirchenordnung ist nur ein kleines Teilstück der Arbeit, die den Landeskirchen für die nächsten Jahre bevorsteht. In allen Kirchen ist man darum ans Werk gegangen, Kirchenordnungen zu schaffen, die nicht nur die Leitung und Verwaltung der Kirche, sondern auch das geistliche Leben der Kirche umfassen. Das Zurückgehen auf die alten reformatorischen Kirchenordnungen öffnete den Blick dafür, daß nicht die Schaffung von Organen und die Abgrenzung ihrer Zuständigkeiten das Kernstück dieser Ordnungen sind, sondern der Gottesdienst und das geistliche Leben der Kirche überhaupt. Nicht nur in reformierten, sondern auch in lutherischen Kirchen ist das Problem der Kirchenzucht brennend geworden, nachdem sie lange Zeit fast völlig vernachlässigt war. Es ist erkannt worden, daß die unheilvolle Parallele zwischen dem staatlichen und dem kirchlichen Disziplinarrecht nicht mehr fortgesetzt werden kann, sondern daß der Kirche eine brüderliche Zucht aufgegeben ist, die sich von Ziel und Methode eines staatlichen Disziplinarrechts wesentlich unterscheidet.

Die gegenwärtige Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland

Wir haben das Geschick der Evangelischen Kirche bis zu den Bestrebungen des kirchlichen Einigungswerks verfolgt, das Landesbischof D. *Wurm* ins Leben gerufen hat. Der ehrwürdige schwäbische Bischof nahm unmittelbar nach dem Zusammenbruch die Arbeit an einer Gesamtvertretung der Evangelischen Kirche Deutschlands wieder auf. Ende August 1945 war es so weit, daß eine größere Tagung möglich wurde. Zunächst versammelte sich in Frankfurt der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche. Seine Tagung, an der auch Professor Karl *Barth* teilnahm ebenso wie Pfarrer Martin *Niemöller*, galt der Besinnung über die Aufgaben der Bekennenden Kirche in der damaligen Situation und der Vorbereitung der unmittelbar darauf einberufenen Kirchenkonferenz von Treysa. Die Bekennende Kirche entsandte nach Treysa eine starke Delegation. Weiterhin erschienen dort die Vertreter der Landeskirchen, soweit sie bereits eine neue Ordnung erhalten hatten. Seit den Tagen von Bad Oeynhausen 1936 hatte es keine derart umfassende Tagung der Evangelischen Kirche in Deutschland gegeben. Keinem Teilnehmer der Kirchenversammlung war es unklar, daß ihm die Aufgabe gestellt war, an der Bildung einer Gesamtvertretung der Evangelischen Kirche Deutschlands mitzuwirken. Es hätte das vielleicht zweifelhaft sein können, nachdem gleichzeitig Landeskirchen ihre wiedergewonnene völlige Selbständigkeit feststellten und nachdem ein gut Teil des Kampfes der Kirche der Abwehr eines staatlich befohlenen Zentralismus gegolten hatte. Aber diese Frage war von vornherein für jeden entschieden. Bei aller Wertung der bestehenden bekenntnismäßigen landschaftlichen Unterschiede, bei allem Ernstnehmen der verschiedenen Auffassungen von Kirche, die insbesondere bei den Vertretern des Reichbruderrats und den Abgesandten der Kirchen mit lutherischem Bekenntnisstand auftraten, stand doch die Tagung unter dem Eindruck, daß die gesamte Evangelische Kirche in Deutschland gerade in der Abwehr des staatskirchlichen Zentralismus zu einer kirchlich begründeten inneren Einheit gewachsen sei, die über den Kirchenbund von 1922 weit hinausragte. Nach längeren Beratungen kam man zu dem Ergebnis, daß in gemeinsamem Handeln der Bekennenden Kirche und der Vertreter der Landeskirchen eine vorläufige Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland geschaffen werden sollte. Es wurden bestimmte, vorsichtig umgrenzte Zuständigkeiten festgelegt. Als Organ der Leitung wurde der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland" unter dem Vorsitz von D. *Wurm* und dem stellvertretenden Vorsitz von Martin *Niemöller* geschaffen. Der Rat besteht aus zwölf Mitgliedern, von denen sechs aus lutherischen, vier aus unierten und zwei aus reformierten Kirchen stammen. Aus der damals noch sehr schwierigen Lage entsprang die bedauerliche Tatsache, daß die Kirchen Berlins und der russischen

Zone nur durch ein Mitglied, den evangelischen Bischof von Berlin, im Rat vertreten sind. Zur Führung der laufenden Geschäfte wurde eine Kanzlei eingerichtet, deren Leitung Pastor D. Hans *Asmussen* übernahm.

Die Schaffung dieser vorläufigen Ordnung stellte in mancher Beziehung ein Novum dar. Besonders auffällig war, daß für die Evangelische Kirche Deutschlands lediglich ein leitendes Organ geschaffen wurde, daß aber die Gestaltung des Unterbaus und die synodale Vertretung völlig ungeklärt blieben. Das war durchaus beabsichtigt. Es mußte bei jeder Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland von dem Bestehen der bekenntnisbestimmten Landeskirchen ausgegangen werden. Ob sie in der bisherigen oder in einer anderen Form weiterbestehen würden, war damals und ist auch heute noch nicht zu übersehen. Jede Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland mußte demnach mit ihrem Vorhandensein rechnen. Nach den bösen Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts konnte auch nicht der Versuch gemacht werden, eine Ordnung zu schaffen, die diesen Landeskirchen etwa zwangsweise ihre Rechte beschnitt. So trat von vornherein in die Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland ein stark föderalistisches Element hinein. Andererseits war das Bewußtsein der Einheit so stark, daß der Rat ohne weiteres Ausdruck dieser Einheit war. Seine Glieder wurden zwar unter Berücksichtigung ihres Bekenntnisstandes und gemäß der landschaftlichen und kirchlichen Besonderheiten berufen. Sie waren aber von vornherein weit mehr als nur Vertreter ihrer Kirchenleitungen in einem föderativen Zentralorgan. Sie waren Repräsentanten einer Einheit der Evangelischen Kirche Deutschlands, die faktisch da war, auch wenn man sie nach der Kirchenordnung noch nicht formulieren konnte. Es erscheint darum als ein durchaus glücklicher Gedanke, hier einmal das Haus beim Dach zuerst zu bauen und das weitere der Entwicklung zu überlassen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Entwicklung wesentlich dadurch bestimmt werden würde, ob der Rat in seiner Tätigkeit auch ohne Klärung aller formellen Zuständigkeiten die Evangelische Kirche Deutschlands mit Vollmacht vertreten würde. Davon mußte es abhängen, ob in späterer Zeit die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland gegeben waren.

Im Rückblick auf die seitdem vergangene Zeit kann man sagen, daß der Rat und seine Kanzlei den Forderungen weithin gerecht geworden sind. Eine besondere Hilfe dazu war der glückliche Umstand, daß auf der ersten Tagung des Rates im Oktober 1945 die ökumenische Delegation unter Führung des Lordbischofs von Chichester, des alten Freundes der Bekennenden Kirche Deutschlands, erschien und daß in dem Austausch der gegenseitigen Erklärungen, insbesondere in der sogenannten Stuttgarter Erklärung des Rats, die Evangelische Kirche in Deutschland in einer so lebendigen und wirksamen Weise in die Ökumene hineingestellt wurde, daß auch dadurch der Rat die Rechtfertigung für seine Arbeit an der Stärkung der Einheit und Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland erhielt. Das Bewußtsein der Einheit der Evangelischen Kirche wurde in jener Zeit durch mancherlei weitere Momente gestärkt. Die Vertreibung von Millionen von evangelischen Gemeindegliedern mit ihren Pfarrern aus dem Osten und die dadurch entstandene Vermischung der bisher verhältnismäßig streng voneinander geschiedenen Landeskirchen wirkten als wesentliches Moment der Stärkung dieser Einheit. Das konfessionelle Problem wurde dadurch ebenfalls wesentlich berührt, da viele Gemeindeglieder aus ihrer unierten Kirche in lutherische oder reformierte Gebiete kamen. Allen Beteiligten war damit die Frage vorgelegt, was die Konfessionen und die daraus entspringenden Gottesdienstformen heute für das Leben der Gemeinde bedeuten.

Im engen Zusammenhang damit standen die Bemühungen der Kirche, der gegenwärtigen großen Not zu steuern. Bereits auf der Konferenz in Treysa wurde von allen evangelischen Kirchen das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland gegründet, das sich inzwischen durch den Beitritt der evangelischen Freikirchen zu einem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Deutschlands erweitert hat. Zwar erhielt dieses Hilfswerk im Rahmen jeder Landeskirche sein eigenes Hauptbüro. Durch die Notwendigkeit einer straffen zentralen Leitung und der einheitlichen Verbindung mit den ausländischen und ökumenischen Hilfsstellen wurde dieses Hilfswerk aber zu einem Motor der Einheit der Evangelischen Kirche. Wie vor hundert Jahren der Kirchentag in Wittenberg durch Wicherns Aufruf zur Inneren Mission zum Beginn eines großen Werks der Kirche wurde, das quer durch die landeskirchlichen Grenzen und die Konfessionen hindurch seinen Dienst tat, so rief auch diesmal die besondere Not der Zeit zu einheitlichem Handeln. Das gleiche gilt für die übrigen Werke der Kirche, für die Männer-, Frauen- und insbesondere die Jugendarbeit. Gerade die Jugendarbeit ist bei aller Rückkehr zur kirchlichen Linie und bei dem Zurückfinden zu der lebendigen Gemeinde immer eine Angelegenheit der Gesamtheit der Evangelischen Kirche Deutschlands gewesen. Die Zusammenfassung aller evangelischen Jugendarbeit in der „Evangelischen Jugend Deutschlands" ist ein Merkmal dieses Willens zur Einheit, das nicht übersehen werden darf. Auch auf innerkirchlichem Gebiet ist ein starkes Drängen zur Einheit zu erkennen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat seit langem in besonderem Maße darunter gelitten, daß durch die landeskirchliche Aufspaltung ihr gottesdienstliches Leben sich völlig getrennt in den einzelnen Kirchen entwickelt hatte. Als Ziel steht vor den verantwortlichen Männern der Evangelischen Kirche der einheitliche Gottesdienst, in erster Linie für die lutherischen Kirchen. Mancherlei Bestrebungen zur Erneuerung des Gottesdienstes haben daran mitgewirkt: die liturgische Bewegung der „Berneuchener", die Arbeiten der Rheinischen Lutheraner und manche anderen Kräfte sind hier am Werk. Es ist kein Zweifel, daß in absehbarer Zeit jedenfalls für den lutherischen Gottesdienst in Deutschland das Ziel einer einheitlichen Agende erreicht werden muß.

Insgesamt muß darauf hingewiesen werden, daß für das Bewußtsein der Gemeinde, insbesondere der Gemeinde, die im Kirchenkampf sich voll eingesetzt hat, die Evangelische Kirche in Deutschland zu einem lebendigen Erlebnis geworden ist. Die Gemeinde hat es gelernt, über die landeskirchlichen Grenzen hinauszuschauen, und sie ist bereit zu gemeinsamem Arbeiten und gemeinsamem Leben mit den Brüdern der Kirche in ganz Deutschland.

Andererseits darf nicht verkannt werden, daß es mancherlei Hemmungen gibt, die der Ordnung einer einheitlichen Evangelischen Kirche in Deutschland entgegenstehen. In besonderem Maße steht die Erörterung zur Zeit unter dem Eindruck des Versuchs der Gründung einer Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche in Deutschland. Verständlicherweise haben zwischen den Kirchen, die in ihrer Verfassung einen lutherischen Bekenntnisstand bewahrt haben, die also im wesentlichen auf dem Boden der ungeänderten augsburgischen Konfession stehen, vielfache Beziehungen theologischer und kirchenordnungsmäßiger Art bestanden. Diese Beziehungen haben zum Teil unter Einflüssen ganz bestimmter Entscheidungen des Kirchenkampfes zu einem engeren Zusammenschluß im Rat der Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands geführt. Im Jahre 1946 ist der Entwurf einer Verfassung der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands entstanden, der unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Landeskirchen gemeinsame kirchenleitende Organe der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands vorsieht, nämlich eine Generalsynode, eine lutherische Bischofskonferenz und eine lutherische Kirchenkanzlei. Bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Rechts der lutherischen Kirchen, sich enger zusammenzuschließen, ist dennoch eine starke Debatte um diese Frage entstanden, die im wesentlichen von folgenden Gesichtspunkten bestimmt wird: wenn schon ein Zusammenschluß des Luthertums erfolgt, müßte von vornherein ein Weg gefunden werden, der das nicht in verfassungsmäßig lutherischen Kirchen, sondern in den übrigen Kirchen

lebende Luthertum ebenfalls umfaßt; insbesondere müßte aber dafür Sorge getragen werden, daß diese weite Teile des evangelischen Deutschlands einschließende Zusammenfassung von Landeskirchen nicht die gewachsene Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland zersprengt. Das Problem ist aber nicht ein Organisationsproblem, sondern letztlich eine Bekenntnisfrage. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch durch die Erfahrungen des Kirchenkampfes die Bekenntnisunterschiede der evangelischen Landeskirchen in Deutschland nicht aufgehoben sind. Es gibt weiterhin lutherische Kirchen, reformierte Kirchen und Kirchen mit einem nicht eindeutig geklärten Bekenntnisstand. Diese Scheidung ist auch durch die Ergebnisse des Kirchenkampfes, insbesondere durch die theologische Erklärung von Barmen 1934, nicht aufgehoben. In dem Barmer Beschluß wird es ausdrücklich der Führung Gottes anheimgestellt, was dieses gemeinsame Handeln gegenüber den Irrlehren der Zeit für das Verhältnis der Bekenntniskirchen untereinander bedeuten mag. Es erscheint nicht möglich, diese Begrenzung des Barmer Beschlusses heute außer acht zu lassen. Es ist auch nicht möglich, über die alten Bekenntnisse hinaus und unter Außerachtlassung der Bedeutung dieser Bekenntnisse etwa die Evangelische Kirche in Deutschland allein auf die Erklärung von Barmen zu gründen. Ganz abgesehen davon, daß es erst eines erheblichen Zeitablaufs bedürfen wird, um zu erkennen, ob die Barmer Erklärung die Funktionen eines echten Bekenntnisses erhalten wird, kann doch nicht übersehen werden, daß Barmen zu wesentlichen Fragen der kirchlichen Lehre nicht gesprochen hat, weil es in jener Lage damals nicht dazu zu sprechen brauchte.

Die Frage der Evangelisch-lutherischen Kirche in Deutschland muß aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt ernsthaft betrachtet werden. Am meisten ist heute der Fortbestand des Landeskirchentums in Frage gestellt. Es ist oben erörtert, wie es zu diesem landeskirchlichen System gekommen ist. Mit der Absetzung der Landesherren und mit der Auflösung der bisherigen staatlichen Organisation sind die äußeren und staatlichen Voraussetzungen für diese Gliederung der evangelischen Kirchen voraussichtlich endgültig gefallen. Die Kirche ist darum genötigt, sich darauf zu besinnen, ob sie unter den gegenwärtigen Umständen an den zufälligen Ergebnissen dynastischer Kirchenpolitik und landschaftlicher Gliederung festzuhalten gedenkt. Zweifellos ist in vielen Gebieten, die auch stammlich einheitliche Bevölkerung umfassen, im Laufe von Jahrhunderten eine Kirchengemeinschaft herangewachsen, die nicht ohne Not zerschlagen werden sollte. Andererseits haben die staatlichen Grenzveränderungen und die Anpassung der Kirchen an diese Grenzen dazu geführt, daß es Kirchen gibt, die weder geistlich noch in der Kirchenverwaltung überschaut werden können. Als Beispiel sei die lutherische Landeskirche Hannover genannt, die heute etwa 1500 Pfarrer und etwa vier Millionen Evangelische umfaßt. Dieser Zustand kann zu einer Bürokratisierung des kirchlichen Verwaltungsapparates führen, die dem lebendigen Leben der Kirche nicht dient und insbesondere den Erfahrungen der Kirchenkampfzeit in keiner Weise entspricht. Vergleichsweise ist darauf hinzuweisen, daß auch die katholischen Bistümer aus ähnlichen Erwägungen nicht den Umfang haben wie die größten der evangelischen Landeskirchen. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob im Zuge einer einheitlichen Ordnung der Evangelischen Kirche Deutschlands nicht Vorbereitungen dazu getroffen werden müßten, daß die Kirche nach anderen Gesichtspunkten gegliedert wird als bisher, ohne daß dabei gute landschaftliche Überlieferungen außer acht gelassen zu werden brauchen.

Für den Gesamtaufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland ist ferner von nicht geringer Bedeutung die Frage der Zukunft der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Bereits in Treysa hat diese Kirche unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung ihrer Einheit, die sich besonders im Kirchenkampf hervorragend bewährt hat, eine wesentliche Auflockerung und eine weitgehende Verselbständigung der Kirchenprovinzen beschlossen. Es hat sich aber gezeigt, daß die durch 130 Jahre gewachsene Gemeinsamkeit und insbesondere der in Preußen sehr lebendige Widerstand der Bekennenden Kirche die Kirchengebiete verschiedener landschaftlicher Struktur und auch verschiedenen Bekenntnisstandes so hat zusammenwachsen lassen, daß eine völlige Trennung nicht erwünscht erscheint, jedenfalls so lange nicht, bis nicht die Organisation der Evangelischen Kirche Deutschlands den Zusammenhang der altpreußischen Union ersetzen kann.

Wer die Entwicklung der Evangelischen Kirche in Deutschland im einzelnen verfolgt, ist betroffen über die vielen Besonderheiten, die sich in ihrem Leben sowohl hinsichtlich der Ordnung wie des Bekenntnisses ergeben haben. Dazu haben naturgemäß die staatlichen Einflüsse über das landesherrliche Kirchenregiment weitere wesentliche Verschiedenheiten im Gefolge gehabt. Alle diese Belastungen können nicht mit einem Schlag und auch nicht durch viel guten Willen beseitigt werden. Es bedarf dazu sorgfältiger theologischer und der Kirchenordnung gewidmeter Arbeit, die sich zunächst auf die wesentlichen Dinge beschränken muß, weil sie sonst an der Vielfalt der Möglichkeiten scheitern würde. Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands hat darum den Versuch gemacht, die weitere Entwicklung durch die Einberufung einer Versammlung der Evangelischen Kirche Deutschlands zu fördern, die sich aus Vertretern der Kirchenleitungen und der Synoden der Landeskirchen zusammensetzt und damit föderative und unitarische Elemente in sinnvoller Zusammenarbeit einsetzt. Es liegt ein von der Bekennenden Kirche erarbeiteter Entwurf einer Ordnung der Evangelischen Kirche Deutschlands vor, der die Folgerungen aus dem bisherigen Wege seit Treysa 1945 zu ziehen sucht und auf Grund einer Besinnung über Wesen und Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland die im Augenblick erforderlichen Organe schafft und ihnen die dringendsten theologischen und sonstigen Aufgaben zuweist. Insbesondere besteht ein lebhaftes Bedürfnis, finanzielle und Verwaltungsfragen einheitlich zu regeln und vor allem zu einer Ordnung des Dienststrafrechts der Geistlichen und Kirchenbeamten zu kommen, das den neuen kirchlichen Forderungen Rechnung trägt. Es steht zu hoffen, daß auf diesem Wege die Evangelische Kirche in Deutschland zu einer festen und gegründeten Ordnung weiterschreitet. Sie wird ihren Weg gehen in ruhigem Warten auf die Erfahrungen, die Gott ihr gibt, und versuchen, die Fragen zu entscheiden, die ihr täglich vorgelegt werden. Die Kirche hat mehr als früher gelernt, daß es ihre Aufgabe ist, Zeit zu haben und zu warten und nicht vorschnelle Entscheidungen zu fällen. Auch in der Regelung ihres Aufbaus und ihrer Ordnung wird sie diesem Grundsatz entsprechen.

Es muß aber noch ein letztes Wort gesagt werden über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Ökumene. In einem Maße, das wir nicht für möglich gehalten hätten und das insbesondere auch in den Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg in keiner Weise begründet ist, hat sich in den Jahren seit dem deutschen Zusammenbruch die innere und äußere Gemeinschaft der christlichen Kirchen der Welt bewährt. Das gilt nicht nur für die reichen Gaben christlicher Liebe, die aus allen Teilen der Welt dargereicht werden, sondern auch für die geistliche und geistige Gemeinschaft, die ständig weiter wächst und Schranken des Hasses und der Vergeltung zwischen den Völkern niederreißt. Die Evangelische Kirche in Deutschland sieht sich in diese übervolkliche Gemeinschaft der Christenheit der Erde hineingestellt. Alle ihre Amtsträger und ihre Organe erfüllen ihre Aufgabe nicht nur als Diener ihrer Landeskirche oder der Evangelischen Kirche Deutschlands, sondern in einer über die Grenzen hinausreichenden Verantwortung, die der Ökumene aufgetragen ist. Das ist eine der beglückendsten Erfahrungen der letzten Jahre und eine Hoffnung nicht nur für unser Volk, sondern für die Völker der Erde und für den Frieden auf dieser Welt!

Kulturnotizen aus Spanien

BUCH-STATISTIK Erst jetzt bekanntgegebene Statistiken geben einen Überblick über die spanische Buchproduktion im Jahre 1945. Die Wirkungen des Bürgerkrieges zeigten sich noch bis zum Jahre 1940 in dem Ausmaß der spanischen Buchproduktion. Seit 1941 jedoch werden alljährlich die vor dem Bürgerkrieg erreichten Zahlen erheblich übertroffen, wenn sich auch seit 1944 wieder ein leichter Rückgang bemerkbar macht. 1935 wurden 3264 Bücher spanischer Autoren in Spanien veröffentlicht, 1943 waren es 5277, 4523 im Jahr 1944 und 4263 im Jahr 1945. Zu diesen 4263 Büchern spanischer Autoren kamen 1945 noch 1328 Übersetzungen. Den größten Teil von ihnen (662) stellten die Übersetzungen aus dem Englischen, gefolgt von 211 Übersetzungen aus dem Französischen, 170 aus dem Deutschen und 99 aus dem Italienischen. Die nächsten Plätze nehmen Russisch, Lateinisch, Ungarisch, Griechisch, Polnisch und Portugiesisch ein.

*

FILMJAHR 1946 1946 wurden in Spanien insgesamt 266 Filme aus zehn verschiedenen Ländern gezeigt, darunter 168 amerikanische, 30 mexikanische, 21 spanische, 21 englische, 6 argentinische, 5 italienische und je 4 französische und deutsche Filme. Die Qualität der spanischen Filme ist seit 1944 in stetigem Steigen begriffen, die überwiegende Mehrheit des Publikums zieht jedoch nach wie vor die ausländischen Filme vor. Von den letzteren (245) bezeichnet die spanische Presse nur ein Fünftel als befriedigend und kaum mehr als ein Dutzend als wirklich beachtenswert.

*

LITERATUR-PREISE Der spanische Nationalpreis „Francisco Franco“ wurde für das Jahr 1946 nicht verliehen, da keines der eingereichten Werke den gestellten Anforderungen genügte. Der zweite Nationalpreis für Literatur, „José Antonio Primo de Rivera“, wurde Valentin *de Sambricio* für sein Buch „Teppiche von Goya“ verliehen. — Das Institut für Hispanische Kultur in Madrid hat einen Preis „Mundo Hispanico“ gestiftet, der alljährlich für das beste Buch, den besten Aufsatz oder die beste Aufsatzreihe und für den besten Film über hispanische Themen verliehen werden soll. Der Preis für das beste Buch besteht in einer einmaligen Einladung nach Spanien auf Kosten des genannten Instituts oder einem Geldbetrag von 25 000 Peseten. Als Themen für das Jahr 1947 sind bestimmt worden für das Buch: „Gründe, Charakter und Folgen der amerikanischen Unabhängigkeit“, für den Aufsatz: „Die Bedeutung des kastellanischen Idioms für die kulturelle Formung der hispanischen Völker“ und für den Film: „Leben und Taten des Eroberers Cortez.“

*

Manuel MACHADO gestorben Vor kurzem starb in Madrid im Alter von dreiundsiebzig Jahren der spanische Dichter und Dramaturg Manuel *Machado Ruiz*, Mitglied der Königlich Spanischen Akademie und Direktor der Bibliothek und des Städtischen Museums in Madrid. Seine wichtigsten dichterischen Werke sind: „Sevilla“, „Poemas varios“, „Dedicatorias“ und „Ars Moriendi“. Von seinen Bühnenwerken wurden bekannt: „Desdichas de la fortuna“, „Juan de Manara“ und „Las Adelfas“. Er übersetzte unter anderem den „Aiglon“ von Rostand und „Hernani“ von Victor Hugo und war Gründer verschiedener Zeitschriften („Chetra“, „Renascimiento“, „Revista Ibérica y revista latina“.)

*

NEUERSCHEI-NUNGEN In der Reihe „Ewige Werke“ des Verlages Aguilar in Madrid sind der zweite und der dritte Band der gesammelten Werke des modernen spanischen Schriftstellers Vicente Blasco *Ibanez* erschienen. Im Verlag Pleyade in Madrid ist in einem 1200 Seiten umfassenden Bande eine Auswahl der wichtigsten Schriften Miguel *de Unamunos* erschienen. Der wohlausgestattete Band enthält drei Essays, fünf Novellen, acht Gelegenheitsschriften, das Schauspiel „Der Andere“ und Gedichte.

*

THEATERJAHR 1946 Die Höhepunkte des Jahres waren die Gedenkaufführungen zu Ehren des verstorbenen Dichters Eduardo *Marquina* („Die Galeere und das Wunder“ und seine „Fiesko“-Übersetzung), das neue Stück „Titania“ des Nobelpreisträgers Jacinto *Benavente*, „Das Haus“ von José Maria *Pernan*, die erfolgreichen Gastspiele der großen italienischen Schauspielerin Emma *Grammatica*, eine neue Revue Carl *Duisbergs* (früher „Scala“, Berlin) und die Aufführungen einer Wiener Operettengruppe mit „Donaumelodien“. Unter den ausländischen Stücken hatte Noel *Cowards* „Blithe Spirit“ großen Erfolg.

*

Neue UNIVERSITÄTS-Institute Binnen kurzem wird in Madrid ein von der Universität abhängiges wissenschaftliches Institut für europäische Flüchtlinge eröffnet werden. Die ersten Gruppen polnischer und ukrainischer Studenten sind bereits in der spanischen Hauptstadt eingetroffen, Gruppen von Litauern, Rumänen, Ungarn und Kroaten werden erwartet. Vorbedingung für die Aufnahme ist eine Empfehlung durch katholische Organisationen im Exil. — Die Nationaluniversität „Menéndez y Pelayo“ in Santander wird im August dieses Jahres einen Ausländerkurs veranstalten. — Der Oberste Rat für Wissenschaftliche Forschungen in Madrid verlieh in einer Sondersitzung Medaillen an die portugiesischen Wissenschaftler *Coelho* und *Correia* und an den mexikanischen Historiker Rubio *Mane* und beschloß die Gründung zweier Seminare für germanische und slawische Sprachen.

1. APRIL 1947:

Tod des griechischen Königs *Georg II.*, dessen rechtmäßiger Thronfolger sein Bruder *Paul* wird.

Mit der Rückgabe von Rhodos überträgt die britische Armee die Dodekanes-Inseln den griechischen Behörden.

Präsident *Truman* unterzeichnet das Gesetz zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten.

400 000 amerikanische Bergarbeiter legen auf Anordnung ihres Gewerkschaftsführers *Lewis*, der eine sechstägige Arbeitsruhe wegen der schlechten Sicherheitsmaßnahmen in den Kohlengruben fordert, die Arbeit nieder.

In einem Abkommen mit China verzichtet Portugal auf alle exterritorialen Rechte in China.

2. APRIL 1947:

Der jugoslawische Handelsminister beschuldigt die Vereinigten Staaten der „Hungerstrategie" gegenüber Jugoslawien.

Im Ruhrgebiet und in einigen Städten der britischen Zone Deutschlands finden Hungerdemonstrationen statt.

3. APRIL 1947:

Großbritannien unterbreitet den Vereinten Nationen die Palästina-Frage.

Premierminister *Attlee* gibt die de-facto-Anerkennung der Indonesischen Republik bekannt.

Der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten spricht seine Zustimmung zu der von Präsident *Truman* geforderten Hilfsaktion für Griechenland und die Türkei aus.

Zur Ausarbeitung einer Autonomie für Südtirol auf Grund des italienisch-österreichischen Vertrages wird eine italienische Kommission unter Vorsitz des früheren italienischen Ministerpräsidenten *Bonomi* eingesetzt.

4. APRIL 1947:

Der sowjetrussische Botschafter in Griechenland verläßt mit dem gesamten Botschaftspersonal Athen.

In einer Rede in der Normandie tritt General *de Gaulle* für die Einheit Frankreichs und für eine britisch-französische Zusammenarbeit ein.

5. APRIL 1947:

Die Ergebnisse der Gemeindewahlen in Japan bringen einen vollständigen Sieg der Konservativen und eine Niederlage der Sozialisten.

Die französische Regierung teilt der Organisation der Vereinten Nationen mit, daß Frankreich die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes anerkennt.

6. APRIL 1947:

De Gaulle setzt sich in einer Rede in Straßburg für ein Zusammenstehen der Vereinigten Staaten und Frankreichs gegen jede Bedrohung durch eine neue Tyrannei ein. Er kritisiert die gegenwärtige französische Verfassung und wendet sich gegen den Pariser Linkskurs.

350 000 amerikanische Telephonarbeiter fordern Lohnerhöhung und treten in einen Streik, von dem das gesamte Fernsprechnetz der Vereinigten Staaten betroffen wird.

7. APRIL 1947:

In seiner Antwort auf das Schreiben *Marshalls* vom 31. März 1947 über die Stärke der amerikanischen Truppen in China weist Außenminister *Molotow* darauf hin, daß eine Teilnahme fremder Streitkräfte am chinesischen Bürgerkrieg diesen nur anfachen könne und zusätzliche Schwierigkeiten bei der Wiederherstellung der nationalen Einheit Chinas schaffen würde. Molotow hebt hervor, daß die Sowjet-Union die sich aus dem Moskauer Abkommen von 1945 über die Zurückziehung der alliierten Truppen aus China ergebenden Verpflichtungen bereits erfüllt hat und an der Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten Chinas festhält.

Der spanische Thronprätendent *Don Juan* bezeichnet *Francos* Regierungserklärung über die verfassungsmäßige Umwandlung Spaniens in eine Monarchie als „völlig unannehmbar" und als „den Versuch, die Diktatur eines einzelnen in eine Herrschaft auf Lebensdauer umzuwandeln".

Vor dem amerikanischen Senat setzt sich der demokratische Senator *Fulbright* für die Schaffung eines Vereinigten Europas ein.

8. APRIL 1947:

Zur Einsetzung einer provisorischen Regierung in Korea schlä Außenminister *Marshall* dem russischen Außenminister *Moloto* die Festlegung eines Datums zur Überprüfung der Arbeit d amerikanisch-sowjetrussischen Ausschusses in Korea vor.

John L. *Lewis* fordert die streikenden Bergleute in den Vereinig ten Staaten zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit auf, sobald ih Bergwerke von den Regierungsbehörden als „sicher" bezeichn worden sind.

Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei wird im Staat Ne York von Gouverneur *Dewey* verboten.

Der Generaldirektor der UNRRA, Generalmajor *Rooks*, erklär daß die UNRRA alle verschleppten Personen in ihre Heimatlän der zurücksenden wird, wenn die internationale Flüchtlingsorgan sation bis Ende Juni ihre Tätigkeit nicht aufgenommen habe.

9. APRIL 1947:

Die britische Regierung ersucht Frankreich, die illegale jüdisch Einwanderung nach Palästina zu überwachen.

10. APRIL 1947:

Großbritannien gibt seine Forderung an Österreich auf Entschä digung in Höhe von zwei Dritteln des Wertes des während d Krieges in Österreich verlorengegangenen oder beschädigten Eige tums auf.

Eine amerikanische Protestnote wendet sich gegen die unberech tigte Wegschaffung italienischen Eigentums aus dem Triester Ge biet durch jugoslawische Behörden.

Wiederaufnahme der tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlun gen über einen Minderheitenaustausch.

11. APRIL 1947:

Die finnische Koalitionsregierung erklärt ihren Rücktritt auf Grun eines Mißtrauensvotums der Bauern- und Sozialdemokratische Partei, das sich gegen den Ministerpräsidenten Mauno *Pekkal* richtet.

Henry A. *Wallace*, der frühere amerikanische Vizepräsident un Handelsminister, der sich auf einer Reise durch Europa befinde fordert in einer öffentlichen Rede in London auf, die Gelegen heit zur Vermittlung zwischen dem amerikanischen Unternehme geist und dem sowjetischen Kommunismus zu ergreifen. Er be zeichnet in mehreren Reden in Großbritannien die amerikanisch Politik als imperialistisch und lehnt das Hilfsprogramm *Truman* für Griechenland und die Türkei ab.

Der Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Republikanische Partei, *Stassen*, wird von Marschall *Stalin* empfangen.

Das Verlangen Chinas auf sofortige japanische Reparationen fin det die Zustimmung der Vereinigten Staaten.

Eröffnung der Ausschußsitzung der zweiten vorbereitenden Kon ferenz für die Internationale Handelsorganisation (ITO) in Gen auf der 17 Staaten vertreten sind. Aufgaben dieser vorbereitende Konferenz sind die Ausarbeitung mehrseitiger Handelsverträge, di Fertigstellung eines Entwurfs für die Charta der Internationale Handelsorganisation und die Vorbereitung der Grundlagen fü internationale Wirtschaftskonferenzen.

12. APRIL 1947:

Mitteilung der britischen Regierung an Jugoslawien, daß sie an gesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in de Lage sei, zur Erfüllung der dringenden Bedürfnisse Jugosla wiens beizutragen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus billigt drastische Beschrän kungen der Gewerkschaftstätigkeit in den USA. Die Gesetzesbe schlüsse sehen die gerichtliche Verfolgung von gewerkschaftliche Verbänden vor, die das öffentliche Interesse verletzen.

Internationale Konferenz liberaler Politiker in Oxford, auf de auch deutsche Delegierte vertreten sind.

13. APRIL 1947:

Die Sowjetregierung weigert sich, chinesischen Truppen den Zu tritt zum Gebiet von Dairen und Port Arthur zu gestatten.

14. APRIL 1947:

Der amerikanische Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Ge werkschaftsfreiheit wird vom Präsidenten der CIO-Gewerkschaft Philip *Murray*, heftig angegriffen.

Beginn der ersten internationalen Rote-Kreuz-Tagung nach dem Kriege in Genf, die eine Revision des internationalen Abkommens

von 1929 über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie den Schutz von Zivilpersonen feindlicher Staatsangehörigkeit anstrebt.

Unterzeichnung eines Freundschafts- und Bündnispaktes zwischen dem Irak und Transjordanien.

Das Parlament der Faröer nimmt einstimmig den Entwurf einer neuen Verfassung der Inseln an, nach dem die gesetzgebende Gewalt beim Inselparlament liegen und Dänemark sich nicht einmischen soll.

15. APRIL 1947:

Geheime Verhandlungen über den Eintritt Marokkos in die „Französische Union" zwischen der französischen Regierung und dem Sultan von Marokko.

Der ehemalige slowakische Staatspräsident Dr. *Tiso* wird vom Belgrader Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

16. APRIL 1947:

Nach mehrmaliger Aufforderung erklärt sich die Sowjet-Union bereit, mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen über die Pacht- und Leihschulden einzutreten.

Präsident *Truman* fordert vom Kongreß die Vollmachten zur Kontrolle des Waffenhandels durch die amerikanische Regierung. Das bedeutet eine Abänderung des Neutralitätsgesetzes von 1939, das den Handel mit Waffen und Kriegsgerät regelt.

In Italien wird die Todesstrafe abgeschafft. Sie gilt nicht mehr als gesetzlich, ausgenommen in Fällen, in denen die Militärgesetze sie im Kriege vorschreiben.

Zum neuen chinesischen Ministerpräsidenten wird General *Tschang-Tschun* ernannt.

Admiral *Byrd* trifft von seiner Antarktisexpedition wieder in den Vereinigten Staaten ein.

17. APRIL 1947:

Im Rahmen der Umbildung des britischen Kabinetts wird Lord Frank *Pakenham* an Stelle von Staatsminister John Burns *Hynd* mit der Verwaltung der britischen Zonen in Deutschland und Österreich beauftragt. Das Kontrollamt für Deutschland und Österreich wird dem britischen Außenministerium unter der Bezeichnung „Deutsche Abteilung im britischen Außenministerium" eingegliedert.

Die Vereinigten Staaten erkennen die Indonesische Republik in den drei Gebieten Java, Sumatra und Madura de facto an.

Die amerikanische Stadt Texas-City wird durch eine Explosions- und Brandkatastrophe zerstört.

18. APRIL 1947:

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dean *Acheson* erklärt, daß in den Verschleppenlagern in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands nach dem 21. April dieses Jahres keine Personen mehr aufgenommen werden.

Französische Bomber greifen in die andauernden Kämpfe gegen die Aufständischen in Madagaskar ein.

Albanien reicht beim Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Beschwerde wegen der Verletzung albanischer Gewässer durch griechische Schiffe ein.

Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen den Philippinen und China.

Zerstörung der militärischen Anlagen der deutschen Insel Helgoland mit der größten Sprengung, die Europa jemals erlebt hat.

19. APRIL 1947:

Veröffentlichung des Beschlusses der Fernostkommission vom 23. Januar 1947, daß die Nachkriegswirtschaft Japans im wesentlichen auf den Stand der Jahre 1930 bis 1934 zurückgeführt werden soll.

Henry *Wallace* lehnt eine Aufforderung der EAM ab, nach Griechenland zu kommen.

20. APRIL 1947:

Bei den Landtagswahlen in den drei Ländern der britischen Zone Deutschlands führen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Sozialdemokraten, während in Nordrhein-Westfalen die Christlich-Demokratische Union an der Spitze vor der SPD steht. Die Kommunistische Partei gewinnt in Westdeutschland einen beträchtlichen Stimmenzuwachs.

12 000 Jugoslawen, die sich 1945 den britischen Truppen in Italien ergaben, werden in die britische Zone Deutschlands überführt.

Ministerpräsident *de Gasperi* tritt für eine demokratische Regierungsform in den ehemaligen italienischen Kolonien ein und fordert die Betreuung Italiens mit der mandatsmäßigen Verwaltung.

General *de Gaulle* spricht sich in Paris als Führer seiner neugegründeten „Sammlungsbewegung des französischen Volkes", einer antiparlamentarischen Organisation, gegen das Einparteien-System aus.

21. APRIL 1947:

Nach dem Ableben des dänischen Königs *Christian X.* wird *Friedrich IX.* zum König von Dänemark ausgerufen.

Abschluß eines Abkommens in Moskau zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Regierung über die Festlegung der Kohlenexporte aus den westlichen deutschen Besatzungszonen.

22. APRIL 1947:

Der französische Staatspräsident *Auriol* trifft zu einem Besuch in Französisch-Westafrika ein.

23. APRIL 1947:

Die vier Außenminister fassen in Moskau den Beschluß, die deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 nach Deutschland zurückzuführen.

Der sowjetrussische und der polnische Vertreter erklären sich mit dem Bericht des Balkanuntersuchungsausschusses der UN über seine Untersuchungstätigkeit in Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien nicht einverstanden.

Jugoslawien weist die amerikanische Forderung zurück, Amnestie für die jugoslawischen Flüchtlinge zuzusichern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen.

24. APRIL 1947:

Ende der Moskauer Außenminister-Konferenz. Die Minister kommen überein, die nächste Sitzung des Außenministerrats im November 1947 in London abzuhalten.

25. APRIL 1947:

Großbritannien und Dänemark unterzeichnen ein Abkommen über die Beteiligung Dänemarks an der deutschen Besetzung.

John Foster *Dulles*, der Hauptratgeber der Republikanischen Partei bei Außenminister *Marshall*, bezeichnet den Verlauf der Moskauer Konferenz als „ernüchternd und enttäuschend".

26. APRIL 1947:

Eine vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzte Grenzüberwachungskommission nimmt ihre Arbeit in Griechenland auf.

27. APRIL 1947:

In einer Kabinettssitzung beschließt die französische Regierung, ihre Ausgaben um sieben Prozent zu kürzen.

Der in Prag tagende Weltjudenkongreß fordert Beteiligung an der Abfassung der Friedensverträge mit Deutschland und Österreich.

Eröffnung des ersten Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dessen Verlauf ein einheitlicher Bund für die gesamte britische Zone gegründet werden soll. Gewerkschaftsvertreter der britischen, der russischen und der amerikanischen Zone nehmen an der Tagung teil.

28. APRIL 1947:

In einer Rundfunkansprache gibt Außenminister *Marshall* einen Bericht über die Moskauer Konferenz. Er erklärt, daß alle Hauptprobleme ungelöst geblieben sind, woran hauptsächlich die Sowjet-Union Schuld trage. Er lehnt entschieden die Oder-Neiße-Linie als Grenze ab und betont, daß über den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft dringlichst Entscheidungen getroffen werden müssen.

Lord *Pakenham* macht als Chef der deutschen Abteilung im britischen Außenministerium seine erste Deutschlandreise und trifft mit Außenminister *Bevin* in Berlin zusammen.

Die polnische Regierung bittet Großbritannien um die Festlegung des „frühestmöglichen und endgültigen" Datums für die Auflösung der polnischen bewaffneten Streitkräfte unter britischem Kommando in Großbritannien und anderen Ländern.

Erste Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die sich mit der Palästina-Frage befaßt.

29. APRIL 1947:

Der amerikanische Senat nimmt das Hilfsprogramm Präsident *Trumans* für Griechenland und die Türkei mit 67 gegen 23 Stimmen an.

Eine Anzahl amerikanischer Senatoren sprechen sich gegen die Ratifizierung des italienischen Friedensvertrages aus, weil dieser nicht die neuen Richtlinien der amerikanischen Politik verkörpert, wie sie in Griechenland und in der Türkei zum Ausdruck kommen.

Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Großbritannien und Polen, das drei Jahre gelten soll.

30. APRIL 1947:

Außenminister *Bevin* erklärt im Unterhaus, daß Großbritannien vorläufig die weitere Aufnahme von ausgewiesenen Deutschen aus Polen in der britischen Zone ablehnt.

Großbritannien ratifiziert als erste der vier Großmächte die fünf Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland.

Der republikanische Ratgeber Außenminister *Marshalls*, John Foster *Dulles*, nimmt zu den Ergebnissen der Moskauer Konferenz in einer Rundfunkansprache Stellung.

Mit 225 gegen 165 Stimmen beschließt das amerikanische Repräsentantenhaus, die von der Regierung vorgeschlagene Dollaranleihe für die durch den Krieg verwüsteten Länder von 350 auf 200 Millionen Dollar zu kürzen.

INHALT

POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

Die Weltmächte vor der Deutschen Frage 1946—1947 (Archivbericht) . . . 549

Die britischen Pläne . . . 549

Die amerikanischen Pläne . . . 558

ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Probleme der europäischen Friedensordnung:

Das System der Provisorien (Archivbericht)

Länderrat, Zonenbeirat, zonale und bizonale Einrichtungen der britischen und der amerikanischen Besatzungszone . . . 569

Ernährungswirtschaft:

Die landwirtschaftliche Bedeutung des Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie (Archivbericht) . . . 578

Der Hoover-Bericht über die deutsche Ernährungslage . . . 588

Wirtschaftsprobleme der Nachkriegszeit:

Polnische Berichte über die neuen polnischen Westgebiete (Archivbericht) . . . 593

KULTUR-ARCHIV

Literatur:

Das Werk Hermann Hesses (Archivbericht)

Eine bibliographische Übersicht . . . 604

Deutschland:

Der Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland (Archivbericht) . . . 609

Kurzberichte:

Kulturnotizen aus Spanien . . . 617

ZEITREGISTER

April 1947 . . . 618

AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Gertrud Becker, Frankfurt am Main, geb. 27. August 1918
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geb. 27. Juli 1920
Hermann Ehlers, Oldenburg, geb. 1. Oktober 1904
Horst Kliemann, München, geb. 16. Juli 1896
Alexander Kohn-Brandenburg, Vilbel, geb. 13. Februar 1906
Dipl.-Kfm. Hans E. Rosenberg, Konstanz/Bodensee, geb. 27. September 1907
Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geb. 8. April 1917

BERICHTIGUNGEN

Seite 252 Rechte Spalte; OLDENBURGER SONNTAGSBLATT, statt katholische Wochenschrift: *evangelische* Wochenschrift.
Seite 255 linke Spalte Nr. 11 und
Seite 256 linke Spalte Nr. 79; Vita-Nova-Verlag, statt Lugano: *Luzern.*
Seite 483 fünfter Absatz; Moskauer Außenministerkonferenz statt vom 16. bis 26. Dezember 1946: *1945.*
Seite 537 rechte Spalte, letzte Zeile; streiche den Text in der Klammer: *siehe Quellenverzeichnis Seite 544 Nr. 10.*
Seite 538 rechte Spalte, dritter Absatz, 3. Zeile und
Seite 539 linke Spalte, Kapitel „Der Außenhandel mit Büchern", 5. Zeile; statt (22): *(18).*
Seite 542 linke Spalte, 17. Zeile, lies: *meist etwa 30 bis 50 Jahre.*
Seite 543 rechte Spalte, zweiter Absatz, 3. Zeile; streiche: *wie wir eingangs bereits gesehen hatten.*
Seite 544 Quellenverzeichnis Nr. 2, 10 und 11; statt Poeschl: *Poeschel.*
Seite 549 linke Spalte dritter Absatz; lies: seine Stellungnahme erfolgte am 27. November *1946.*
Seite 604 linke Spalte, 4. Zeile von unten; statt Hesse-Biographie: *Hesse-Bibliographie.*

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.
Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel/Taunus, bei Frankfurt am Main.
Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel/Taunus, Gartenstraße 12, Telefon 239.
Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155 oder Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 20. Mai 1947 Auflage 10 000 Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel